Kursbuch 48

Zehn Jahre danach

J. M. Bouguereau, Die Krise des Mythos
Klaus Hartung, Fehler der antiautoritären Bewegung
Jürgen Seifert, Der vorverlegte Notstand
Otto Kallscheuer, Das »System des Marxismus« ist ein Phantom. Für den theoretischen Pluralismus der Linken
Horst Mahler, Ausbruch aus einem Mißverständnis
J. A. Schülein, Der Rückzug ins Private
Berliner Studenten, Was lange gärt, wird endlich Wut
H. J. Benedict, Bürger, Linke und Gewalt
Th. Kuby / Chr. Marzahn, Lernen in Bürgerinitiativen
Oskar Negt, Identitätsprobleme der deutschen Linken

Kursbuch/Rotbuch Verlag 8 Mark

Kursbuch
Herausgegeben von Karl Markus Michel und Harald Wieser
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

48 *Zehn Jahre danach* Juni 1977

Jean Marcel Bouguereau, Die Krise des Mythos. Anmerkungen zur Neuen Linken in Frankreich und Italien 1
Klaus Hartung, Versuch, die Krise der antiautoritären Bewegung wieder zur Sprache zu bringen 14
Jürgen Seifert, Von den Notstandsgesetzen zum vorverlegten Notstand 45
Otto Kallscheuer, Das »System des Marxismus« ist ein Phantom. Argumente für den theoretischen Pluralismus der Linken 59
Horst Mahler, Ausbruch aus einem Mißverständnis 77
Johann August Schülein, Von der Studentenrevolte zur Tendenzwende oder der Rückzug ins Private. Eine sozialpsychologische Analyse 101
Andreas/Micki/Thomas/Ute, Was lange gärt, wird endlich Wut! 119
Hans Jürgen Benedict, Bürger, Linke und Gewalt. Ein subjektives Plädoyer für einen radikalen Pazifismus der Bürgerinitiativen 137
Thomas Kuby / Christian Marzahn, Lernen in Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen 153
Oskar Negt, Interesse gegen Partei. Über Identitätsprobleme der deutschen Linken 175

77-1074

Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am: .....

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 6, im Einzelverkauf DM 8. Anschrift der Redaktion: Kursbuch/Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30, Telefon 2 61 11 96. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Harald Wieser. © 1977 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Beilagen: Diogenes Verlag, Hanser Verlag, Rotbuch Verlag, Wagenbach Verlag, Wohlthat'sche Buchhandlung

Jean Marcel Bouguereau
Die Krise des Mythos

Anmerkungen zur Neuen Linken in Frankreich und Italien

Frankreich

Der Mai 68 gehört der Vergangenheit an. Und doch können ihn die, welche ihn erlebt haben, nicht einfach ad acta legen. Denn für unsere Generation, die damals zwischen 20 und 25 Jahre alt war, bleibt der Mai 68 trotz der allmählich verblassenden Einzelheiten so etwas wie eine Verheißung der Revolution.

Der Beobachter, der beinahe zehn Jahre danach wieder nach Frankreich kommt, wird erstaunt sein: Einerseits hat es keine Verschiebung der Machtverhältnisse gegeben und hat der Staat die Mechanismen der sozialen Kontrolle verfeinert. Andererseits bereitet sich das Mutterland der bürgerlichen Demokratie auf neue Wahlen vor, die diesmal vielleicht – manche sagen: bestimmt – einen Sieg der Linken bringen werden.

Diese Linke ist unverändert die alte geblieben, auch wenn sie nach der Feuerprobe von '68 einen neuen Anfang gemacht hat. Nach dem Mai 68 waren die Sozialisten zur Bedeutungslosigkeit einer Splittergruppe herabgesunken[1]; heute sind sie die größte Partei Frankreichs. Diese traditionellen Verwalter der Republik kämpfen jetzt unter der Fahne der Veränderung. Die Macht ist für sie in greifbare Nähe gerückt, und arithmetisch gesehen hat die Linke seit den letzten Gemeindewahlen die Mehrheit im Lande; die Sozialisten teilen schon die Posten und Stellen unter sich auf.

Die früher verschrienen Kommunisten treten jetzt im Gewand eines menschlichen Sozialismus auf. Ihre dogmatische Schwerfälligkeit macht seit einiger Zeit einem moderner anmutenden Populismus Platz. Und Georges Marchais ist sehr bemüht, den demokratischen Wandel einer Partei glaubhaft zu machen, die noch gestern stolz darauf war, die stalinistischste KP Europas zu sein.

Die organisierte Radikale Linke bietet daneben ein desolates Bild. Der Zustrom neuer Anhänger hat den massiven Mitgliederschwund der letzten Jahre nicht ausgleichen können. Verschanzt hinter ihren Idolen, Symbolen und Ticks erscheint die Radikale Linke heute besonders dann wie ihre eigene Karikatur, wenn sie allen Ernstes von der bevorstehenden Überflügelung der offiziellen Linken träumt.

»Seltsam ist«, sagt Edgar Morin, »daß alles weitergeht wie vorher und doch nichts gleich ist«.

1 *Die Krise des Mythos. Anmerkungen zur Neuen Linken in Frankreich und Italien*

Tatsächlich hat sich die herrschende Klasse nicht von der 68er Krise erholen können. Der Mai 68 gab der jahrelang von De Gaulle bestimmten Politik den Todesstoß und beraubte damit das Regime der massiven Unterstützung im Volk, welche die Stärke des De Gaulleschen Bonapartismus ausgemacht hatte. Das Regierungslager ist in einen zermürbenden Widerspruch verstrickt: zum einen muß die Regierung die Krise überwinden und der Unzufriedenheit mit einem kühnen Reformprogramm vorbeugen; zum andern muß sie ihre konservative soziale Basis zufriedenstellen, die um keinen Preis von diesen Reformen hören will. Die einzigen verwirklichten Reformen – die Gesetze zur Empfängnisverhütung und zum Schwangerschaftsabbruch, die Gewährung der Volljährigkeit ab 18 Jahren, die Reform des Strafvollzugs, die schwammigen Projekte zur Aufwertung der Arbeit in Industrie und Handwerk – rühren nicht an den Kern der sozialen Probleme oder sind nur das gesetzgeberische Hinterherhinken hinter einer in der Gesellschaft schon vollzogenen Entwicklung. Jedenfalls tastet keine dieser Reformen die Interessen der großen Wirtschaft an.[2]

Der Mai 68 liegt weit hinter uns. Und dennoch: Bei den aufeinanderfolgenden Regierungsumbildungen wurden das ewige Hin- und Herschieben hoher Beamter und die Einrichtung neuer Ressorts (Staatssekretärsposten für das Strafvollzugswesen, für Umweltschutz, für die Arbeitsbedingungen in der Industrie, für die Lage der Frau) nicht zuletzt durch den Druck der Linken erzwungen. Aber diese punktuellen Erfolge sind linke »Siege«, die die herrschenden Parteien ohne viel Anstrengung integrieren konnten und die die Autonomie der Linken eher zersetzen als entfalten.

Der autonome Protest der O.S.[3], der Gastarbeiter, der Frauen, der Homosexuellen und der nationalen Minderheiten in den Regionen des alten Frankreich (Bretagne, Okzitanien, Elsaß), der Protest der Ökologisten, der Protest in den Gefängnissen und in den Nervenheilanstalten – dieser radikale Protest ist Protest geblieben und er ist zersplittert.

Auch zehn Jahre danach existiert noch eine beträchtliche Kluft zwischen diesen radikalen Forderungen und ihrer politischen Übersetzung. Hier vielleicht liegt unser Scheitern, wenn überhaupt von Scheitern zu reden ist. Die Stärke dieser Bewegung, ihre spezifischen Inhalte, ihre Radikalität haben alle politischen Ausdrucksmöglichkeiten lahmgelegt. Keines der bisher bekannten Organisationsmodelle hat ihr als dauerhaftes Vorbild dienen können. Der Bruch mit der traditionellen Linken und der kommunistischen Bewegung hat nicht zum Entstehen einer neuen politischen Kraft geführt. Zehn Jahre danach müssen wir zugeben, daß weder in Frankreich noch in Italien die bei Wahlen vorherrschende Stellung der großen Linksparteien gebrochen werden konnte. Im Gegenteil: in diesen beiden Ländern sind die linkssozialistischen Gruppen, die als die legitimen Sprecher dieser Protestbewegung auftraten, am Ende; sie sehen sich selbst radikal in Frage

gestellt, sind von Auflösung oder Massenaustritten bedroht. Und was die Machtverhältnisse anbelangt, so ist die Macht in den Händen derer geblieben, die sie schon immer haben; auch die Perspektive einer möglichen Machtübernahme durch die Linke wird daran im Grunde nichts ändern.
Selbst die beste unter den linksradikalen Strömungen war nicht in der Lage, ernsthaft die Machtfrage zu stellen. Das ist keine Schande. Es sieht so aus, als hätte die kompromißlose Ablehnung der Staatsgewalt jede politische Perspektive verbaut, als wären wir noch immer in einer Phase, in der es darum geht, Teilbereiche der Macht zu erobern, die allgegenwärtige Staatsgewalt zu attackieren und Macht eher hinzuzugewinnen als die Macht zu ergreifen.
Heute riskiert niemand mehr jene euphorischen Prognosen, die nach '68 dazu führten, daß die Radikale Linke in Erwartung der Revolution in das Fahrwasser der traditionellen Politikmacherei geriet. Von daher erklärt sich auch das erstaunliche Umschlagen der Kräfteverhältnisse, das der traditionellen Linken die verlorene Glaubwürdigkeit wiedergab und ihr bescheidenes Projekt einer Wachablösung im Staat attraktiv werden ließ. Hat die Krise der traditionellen politischen Institutionen den Linksradikalismus gefördert, so hat die Krise des Linksradikalismus der historischen Linken den Atem wiedergegeben, der ihr abhandengekommen war – bis zur nächsten Krise.
Seit dem Mai 68 hat es an Ideen nicht gefehlt. Keine Idee war jedoch wirklich neu. Sie waren verdrängt, bis sie durch die Macht der Umstände erneut hervorbrachen. Seit '68 waren sie alle latent vorhanden. Es bedurfte mehrerer Jahre, bis der tiefere Sinn der Mai-Bewegung sich durchsetzen und langsam zum Tragen kommen konnte. Von der extremen Rechten bis hin zur extremen Linken gab es ein und denselben Reflex: den Mai 68 auslöschen. Die einen stellten ihn als bloße Begleiterscheinung hin, als die unvermeidliche Wachstumskrise einer im Umbruch befindlichen Industriegesellschaft; die anderen als eine Streikbewegung von einer bis dahin nie erlebten Stärke. Wieder andere, Vertreter des wahren Marxismus, als Generalprobe, als Vorbote des europäischen 1917, das nicht lange auf sich warten lassen würde.
Wer hat sich wirklich bemüht, die verborgenen Wahrheiten der Mai-Bewegung zu begreifen? Das erregende Gefühl zu wissen, daß die sozialistische Revolution im Westen möglich war, reichte aus, den ganzen Rest abzutun als längst bekannte Phänomene oder als einmalige Symptome. Damit war der weitere Weg vorgezeichnet. Die verschiedenen linksradikalen Gruppen warfen sich, jede mit dem ihr eigenen Stil, als die autorisierten Sprachrohre der Bewegung auf. Was die Stärke der Mai-Bewegung ausgemacht hatte, wurde jetzt die Ursache ihres Scheiterns: uns fehlte die Partei. Diese mußten wir also in aller Eile aufbauen, um nicht das Stelldichein mit der

Geschichte zu verpassen. In dieser Hinsicht waren die Genossen, die mit dieser Frage schon beschäftigt waren, nicht unvorbereitet. Manche versuchten es mit komplizierteren Rezepten, indem sie, das chinesische Vorbild im Kopf, die antiautoritären Erwartungen der Bewegung in die Vorstellung von einer proletarischen Parteiorganisation münden ließen. Wir alle träumten mehr oder weniger chinesische Träume. Die Kulturrevolution zeigte: es war möglich, daß Herrschaft im Sozialismus nicht zwangsläufig zur Bürokratie verkam; daß die Überwindung der Arbeitsteilung im Mittelpunkt eines politischen Kampfes stand, von dem wir nur die Prämissen kannten. Dieses Bild von China, das wir uns blind zurechtgemacht hatten, besaß alle denkbaren Vorteile: der Ordnung und der Unruhe, eines Staates, der nicht das antiautoritäre Beispiel der Pariser Kommune vergessen hatte, einer Partei, die letztlich die Revolte gegen sich selber entfachte. Ließ sich der Marxismus in dem einen Satz zusammenfassen: »Es ist richtig, sich aufzulehnen«? Die Tradition und das Neue konnten sich gut vertragen. Das war die Lösung. Zumindest glaubten das viele.

Einige Jahre später spielt die organisierte Radikale Linke nicht mehr diese dynamische Rolle. Nach einem gewaltigen Mitgliederschwund stürzt sie sich, bei nur geringen Kursänderungen, mit neuen, jungen Aktivisten wieder in eben die Erfahrungen, aufgrund derer sich die vorhergehenden Generationen immer stärker von ihr zurückgezogen hatten; sie vegetiert dahin, sie handelt nicht. Von ihren Teilerfolgen bei den letzten Gemeindewahlen wurde sie genauso überrascht wie die politischen Beobachter.[4] Ihre Wähler hatten sich weniger leiten lassen von der Übereinstimmung mit dem Programm der linksradikalen Koalition – das sicher nur von wenigen gelesen worden war – als vielmehr vom Mißtrauen gegenüber der Linksunion. Diese wie auch die von den Ökologisten erzielten Wahlergebnisse unterstreichen das Paradoxe dieser Situation, in der die sozialen Bewegungen zahlreich aber verzettelt sind und sich politisch nicht artikulieren können. Selbst eine Bewegung wie die Frauenbewegung drückt sich heute nicht mehr einheitlich aus, wie das noch vor einigen Jahren der Fall war. Ihr Auseinanderfallen ist jedoch nicht gleichzusetzen mit ihrem Ende, denn sie ist überall präsent: in den Stadtteilen und Betrieben, in den Gewerkschaften, in gelegentlichen punktuellen nationalen Initiativen. Ähnliches gilt für die gesamte Neue Linke Frankreichs; sie ist nicht greifbar, aber allerorts finden sich ihre Fragmente.

Ein Teil ihrer Arbeiterbasis arbeitet aktiv in den Gewerkschaften, z. B. in der CFDT, die in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht hat. Ansonsten ist sie unorganisiert. Die Gründung und der Erfolg der Tageszeitung *Libération* ist bezeichnend für diese Situation.[5] Zu ihren Lesern gehören aktive Gewerkschafter ebenso wie ehemalige Mai-Linke, die heute im Berufsleben stehen, Studenten, Angehörige von Rand-

gruppen aller Schattierungen, Atomkraftgegner oder Antimilitaristen. Es ist ein Linkssozialismus zwischen Resignation und Revolte, der in *Libération* ein Kommunikationsforum und einen Bezugspunkt findet. Wenn die Zeitung auch Kampagnen initiiert und unterstützt, ergreift sie doch als solche keine direkt politische Initiative. Sie hat zwar nach der Ermordung der in Spanien zum Tode Verurteilten zum großen Marsch auf Spanien aufgerufen, dessen Organisation aber wurde von ad hoc entstandenen Komitees in die Hand genommen – und verspielt.

Die jüngste Krise, die die trotzkistische Ligue Communiste Révolutionnaire erfahren hat, zeigt, wie ernst die organisierte Radikale Linke in Frage gestellt ist. Gerade die Krise dieser Organisation, die zwischen den sektiererischsten und versteinertsten und den flexibelsten und »spontaneistischsten« Organisationen und Gruppen[6] einen besonderen Platz einnimmt, wirft ein Licht auf den Zustand der französischen Neuen Linken.

Innerhalb dieses Spektrums hatte die LCR immer eine vermittelnde Stellung inne. Ihre aktiven Mitglieder »erscheinen gleichzeitig entrückt, vertraut und völlig fremd«. Diese Linksradikalen ähneln ihren Brüdern. Sie mögen die Arbeit nicht, verabscheuen die Hierarchien, freuen sich über jeden Fehler und Mißerfolg der Polizei, sind empört über Ungerechtigkeit, verhöhnen die bestehende Moral. Gleichzeitig aber ereifern sie sich über die Antiautoritären, werden nicht müde zu erklären, die UdSSR sei ein sozialistischer Staat, die Politik (der Staat) bestimme alles, man könne nur gegen sie (ihn) kämpfen, wenn man staatlicher als der Staat, zentralistischer als die Anhänger des Zentralismus, disziplinierter als die bürgerlichen Parteien sei.[7]

Wenn die LCR lange Zeit von den Krisen, denen die anderen Gruppen ausgesetzt waren, verschont blieb, so verdankt sie das ohne Zweifel diesem Doppelcharakter. Aber um die Jahreswende 1976/77 während der Vorbereitung ihres Kongresses war es soweit. Gemäß dem Modell der verschiedenen Strömungen waren die LCR-Mitglieder aufgefordert, sich für eine der vier Strömungen zu entscheiden, zwischen denen die Debatte stattfinden sollte. Erstes Anzeichen dieser Krise war, daß sich drei Monate nach Eröffnung der internen Diskussionen über 40% der Mitglieder abseits hielten und sich weder für die eine noch die andere Strömung aussprechen wollten. In mehreren Städten bildeten sich außerhalb der offiziellen Strömungen »Arbeitsgruppen«, die sich bemühten, die Diskussionen in Gang zu bringen, die man bislang hatte unter den Tisch fallen lassen.

Die Folgen der ständigen Richtungswechsel, der Bruch zwischen der politischen Arbeit und dem Privatleben, die unzureichende Einbeziehung von Fragen des täglichen Lebens, die für die Organisation typische Bürokratie, die Unterdrückung der Frauen – alle diese Fragen wurden von den »Arbeitsgruppen« diskutiert. Es ist von Bedeutung, daß die »Arbeitsgruppen« die Politik der gegenwärtigen Führung nicht rundweg ablehnen, sie stimmen deren Thesen sogar oft zu; hier liegt nicht das Problem für die »Arbeitsgruppen«. Ihnen kommt es vor allem darauf an, daß über die Praxis

diskutiert wird. Das von Mitgliedern aus der Provinz ausgehende Phänomen hat solche Ausmaße angenommen, daß die Ergebnisse des Kongresses, zwei Wochen vor seiner Eröffnung, ungewiß sind. Das um so mehr, als sich die Führung der LCR mit einem weiteren Problem konfrontiert sieht, das sich teilweise mit dem ersten deckt. Eine starke feministische Strömung fordert insbesondere das Recht, Versammlungen ohne Männer durchzuführen, in denen alle politischen Themen diskutiert werden sollen und nicht nur solche, die unmittelbar mit der Unterdrückung der Frau zusammenhängen; sie erhebt den Anspruch, sowohl der LCR als auch der Frauenbewegung angehören zu können.
Zum ersten Mal handelt es sich bei diesem Problem weniger um eine Frage der politischen Linie als vielmehr um eine Frage der politischen Praxis. Der »guevaristische« Mythos des Kaders, der es der LCR erlaubt hatte, die schweren Rückschläge nach '68 zu überstehen, ist schwer angeschlagen. Die LCR befindet sich in dem sie zerreißenden Widerspruch zwischen der Anerkennung des politischen Charakters einer ganzen Reihe von Fragestellungen und der Unmöglichkeit, diese ohne Gefahr für das Funktionieren der Organisation zu integrieren.
Das sichtbarste Zeichen des Unbehagens ist wohl die andauernde Unfähigkeit der LCR, etwas anderes als eine Durchgangsstation zu sein. Viele treten ein, aber mindestens genauso viele treten aus. Das ist eine bei allen Formationen der französischen Linken anzutreffende Erosionserscheinung (aus der KPF treten jährlich 10-15% aus), die aber bei der LCR ganz besonders ausgeprägt ist. Seit dem letzten Kongreß von 1974 hat ein gutes Drittel der Mitglieder die Organisation verlassen. Die Mehrzahl der Abgänger verschwindet still und leise. Sie stehen nicht – so mindestens meinen sie – in ausdrücklichem Widerspruch zu den Positionen der LCR.

»Die Genossen«, so ein Text der Führung, »verlassen uns, um reichere individuelle Beziehungen zu erleben, um ihre durch den Aktivismus beeinträchtigte Berufstätigkeit richtig auszuüben, um zu lesen und um unsere Vorstellungen mit denen anderer Richtungen zu konfrontieren, oder einfach nur, um in ihrem Bereich eine tatsächliche politische Arbeit zu leisten. Das zeigt, daß es einen scharfen Bruch gibt zwischen politischer Arbeit und alltäglichem Leben, dem Leben überhaupt; dieser Bruch wird unerträglich.«

Trotz ihrer Anstrengungen gelingt es der LCR immer noch nicht, eine starke Arbeiterbasis zu bekommen. Selbst die ihr gegenüber positiv eingestellten Arbeiter ziehen es vor, im Rahmen der Sympathisantengruppen »taupes rouges« (Rote Maulwürfe) zu arbeiten, die sich seltener treffen und in denen weniger abstrakt diskutiert wird. Gerade in den letzten Jahren gab es bei vielen Arbeitern der LCR die Tendenz, die Organisation zu verlassen und sich mit einem »Sympathisanten«-Status zu begnügen. So wuchsen die »taupes rouges« stark an, während die Zellen immer mehr schrumpften.
Der Kongreß hat offensichtlich in diesen Fragen keine Klärung gebracht.

Die offiziellen Tendenzen haben sich durchgesetzt. Die Probleme aber werden früher oder später wieder auftauchen; sie werden, falls sie verdrängt werden sollten, neue Massenaustritte nach sich ziehen.[8]

Italien

Wie steht es in Italien, unserem Bruderland? Die Euphorie der letzten Jahre ist einer gewissen Depression gewichen. Fast ein Jahr nach den Wahlen vom 20. Juni und dem spektakulären Erfolg der KPI scheint sich die politische Landschaft grundlegend verändert zu haben. Der gestern noch unwahrscheinliche oder in ferner Zukunft liegende Historische Kompromiß hat einen beachtlichen Schritt nach vorn getan. Seit Juni 76 treibt sich die KPI im Antichambre der Regierungsgewalt herum; der Volksmund hat die derzeitige Regierung schon die Andreotti/Berlinguer-Regierung getauft. Damit verschwindet sichtlich die Perspektive einer radikalen politischen Veränderung. Auch in bezug auf Italien darf man sich nichts vormachen: die Zeit des Heißen Herbstes scheint weit entfernt. Die Stunde des Eurokommunismus ist, bis auf neue Weisungen, die Stunde der Restauration und der Opfer. Der Ausbruch der Studenten und der »emarginati« und die gewalttätigen Schlachten von Rom und Bologna in diesem Frühjahr sind keine verspätete Neuauflage des Heißen Herbstes oder des schleichenden Mai; sie sind vielmehr die ersten wütenden und unartikulierten Anzeichen einer Opposition gegen den Historischen Kompromiß, der Ausdruck sozialer und politischer Brüche, zu deren Enthüllung das Versöhnlertum der politischen Kräfte beigetragen hat.

Auch die Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer Sackgasse. In den letzten Jahren war sie die einzige in Europa, die im Laufe einer Mini-Kulturrevolution die Erwartungen und den geballten Protest der Arbeiterkämpfe einigermaßen aufgenommen hatte. Ihre Stärke war die Autonomie, die aber durch das Spiel der die politische Bühne wieder beherrschenden Parteien weitgehend verlorengegangen ist.

Diese Krise ist um so schlimmer, als die allgemein rückläufige Bewegung in der praktischen Gewerkschaftsarbeit niemandem mehr verborgen bleiben kann: feststeht, daß das Modell aufgegeben ist, nach dem 1969 eine Einheitsgewerkschaft mit einem hochentwickelten Delegierten-System aufgebaut worden war. Das erklärt auch die spürbare Bürokratisierung der Fabrikräte.

»Manche Delegierte«, so der Sekretär der piemontesischen Metallarbeiter, »sind bisweilen selber eine Art Betriebstechnokraten geworden, die aufgrund ihrer genauen Kenntnisse noch besser als die Chefs die Arbeitsbelastungen bestimmen können. Sie haben im Laufe ihrer Tätigkeit die politische Perspektive verloren, nicht mit böser Absicht, sondern weil sie die Logik, auf die sie sich eingelassen haben, unweigerlich dahin trieb.«

Auch der Versuch, die gewerkschaftlichen Forderungen in strukturelle Reformen der Gesellschaft zu übersetzen, die Gewerkschaft und die Arbeiterklasse zum unmittelbaren politischen Protagonisten zu machen, scheint nur dazu geführt zu haben, daß sich die Gewerkschaften vor den Karren der politischen Parteien spannen ließen: es ist dies die Revanche der alten Bonzen-Gewerkschaft über die neue Delegierten-Gewerkschaft.
Einer der Sprecher der gewerkschaftlichen Linken, Bruno Manghi aus Mailand, zieht eine illusionslose Bilanz und kritisiert aufs schärfste die gegenwärtige Praxis der Gewerkschaft, die er »sindacato dell' imagine«, eine Fassadengewerkschaft nennt.

»Wir haben die wichtige Erfahrung gemacht, daß in der Nachkriegszeit die Massen immer dann einen großen Bewußtwerdungsprozeß erlebten, wenn wir einen Weg einschlugen, bei dem das Ideologische, die allgemeine politische Aussage, die Politik überhaupt nicht der Ausgangspunkt waren, sondern das Ziel. Der ›sindacato dell' imagine‹ dreht diesen Prozeß genau um und beschränkt schließlich die Arbeiter und Gewerkschafter auf die Rolle von Weisungsvollstreckern. Die Kämpfe selbst degenerieren zum Losungen- und Parolengeplätscher. Überspitzt könnte man sagen, daß, wenn früher eine gewisse Gewerkschaftsbewegung mit einem Minimum an Kampf das Maximum erreichen wollte, heute dieselbe Gewerkschaft unter Aufbietung aller Kräfte kämpft, um so wenig wie möglich zu fordern . . . Die eigentlichen Probleme werden ausgeklammert. Das tatsächliche, das politische Problem kommt nie zur Sprache; es ist immer in der ›allgemeinen Situation‹, im Himmel der Strategie, es ist etwas, das nie hier und jetzt diskutiert werden kann.«

Nachdem Italiens Radikale Linke ganz Europa als Vorbild gedient hatte, macht sie heute – insbesondere die drei Gruppen PDUP-Manifesto, Avanguardia Operaia und Lotta Continua – eine schwere Krise durch. Die Tatsache, daß gerade das italienische Vorbild nicht von der Krise verschont blieb, muß wohl als Abschluß einer Phase gewertet werden, denn die italienische Linke ging zweifellos bis an die äußerste Grenze einer bestimmten politischen Erfahrung. Sie war »proletarischer« als die französische, weniger beschränkt, litt nicht unter Isolation oder Komplexen gegenüber der traditionellen Linken; sie hatte offensichtlich alle Trümpfe in ihrem Spiel. Am Abend der Wahlen vom 20. Juni 76 bekam sie die erste Ohrfeige in ihrer Geschichte. Sie hatte mit über 1 Million, womöglich sogar mit 2 Millionen Stimmen gerechnet und erhielt mit Mühe und Not 500 000 – weniger als die kleine Radikale Partei. Sie war vereint zu den Wahlen angetreten; nach dem Wahltag war sie gespalten. Und jeder gab dem anderen die Schuld an diesem Mißerfolg.
Bei allen, die viele ihrer radikalen Hoffnungen in Italien hatten Wirklichkeit werden sehen, werden sich diese Vorstellungen von einem Bilderbuch-Italien jetzt in Dunst aufgelöst haben. Im Grunde ist das gar nicht so übel. Denn diese Ernüchterung öffnet die Möglichkeit, klarer zu sehen – für Italien wie für Frankreich.
Ich verfüge über keinerlei Theorie, mit der ich die derzeitige Krise der

italienischen Neuen Linken erfassen könnte. Im Laufe zahlreicher Gespräche mit italienischen Genossen aber bekam ich einige Anhaltspunkte. Unter dem Eindruck der Frauenbewegung entdecken die italienischen Genossen eine Wirklichkeit, die ihnen bisher unbekannt geblieben war: das alltägliche Leben, die persönlichen Probleme, die Sexualität, die Arbeit. Wie groß hier das Bedürfnis und die Verspätung ist, beweist der riesige Erfolg des Romans *Porci con le ali* (Schweine mit Flügeln) im letzten Jahr.[9] Dieser Roman ist eine Art linksradikaler *Love Story*, die die politische und sexuelle Geschichte zweier Oberschüler, Rocco und Antonia, erzählt.

»Bisher funktionierten wir alle nach dem Schema des Klassenkampfs, nach einem Schema, das von der Radikalisierung des gewerkschaftlichen Kampfes bis zum Aufstand reichte. Wir haben das Schema bis zum äußersten vereinfacht, ohne zu berücksichtigen, daß die Leute so unheimlich viel wissen wollen, so unheimlich viele Antworten auf so viele Fragen erwarten – wir haben das alles verdrängt.«

Das sagt Luciano, einer der Gründer und Führer von Lotta Continua. Er hat alle Stationen auf dem Weg der Radikalen Linken mitgemacht: 1968 und die antiautoritäre Studentenbewegung, die Kämpfe bei Fiat und den Heißen Herbst, die »heroische« Bolschewisierung, die Angriffe seitens der Frauenbewegung, die Enttäuschungen des 20. Juni. Er hat beschlossen, sich aus der Führung zurückzuziehen und wieder an der Basis zu arbeiten, denn, so sagt er, »ich mit meiner Geschichte kann das alles nicht ändern«. Und weiter:

»Bisher polemisierten wir immer gegen die Vorstellung des Bolschewismus. Aber das waren nur Worte. Wir sagten, daß das ganze Bewußtsein im Kampf und die Strategie in den Massen liege. In Wirklichkeit aber dachten wir, daß wir das Bewußtsein gepachtet hätten und die Massen die Kraft, der Hebel wären. Heute ist dieser Typ des Aktivismus überholt. Nicht aber die Idee der Revolution, im Gegensatz zu dem, was eine Pressekampagne über das Ende von '68 weismachen will. Heute arbeiten nur noch wenige aktiv in den Gruppen: von den 30 000, die noch vor einigen Jahren organisiert waren, blieben nur ein paar Tausend.«

Die anderen sind jedoch nicht verschwunden, haben sich auch nicht in den Schoß der KPI geflüchtet. Viele Arbeiter sind in den Organisationen geblieben, weil eine politische Aktivität im Betrieb ohne Bezugspunkt außerhalb nicht einfach ist. Die anderen haben neue politische »Heimaten« gefunden: die Frauen in den Frauengruppen, die Jugendlichen in den massenhaft entstehenden »Proletarischen Jugendzirkeln« der Vorstädte.

»Richtig: der Mai 68 ist gestorben; wir haben das allzu gern zugunsten einer von außen übernommenen politischen Vorstellung vergessen. Aber in einem gewissen Sinne können wir eine neue Politik nur machen, wenn wir frei von Mythen zum Mai 68 zurückkehren. Eine solche Politik muß erlauben, daß jeder seinen Alltag in Frage stellt. Wenn der Kampf, wie man so sagt, lange dauern soll, dann kann nicht von den Leuten verlangt werden, daß sie ständig nur die anderen agitieren. Wir befinden uns in einer neuen politischen Phase. Nach '68 fühlte man fast spontan die Notwendigkeit eines totalen politischen Einsatzes im Kampf für eine totale Veränderung, die unmittelbar bevorzustehen schien. Heute kann man das so nicht mehr sagen. Auf der anderen Seite war die Frauenbewegung der bestimmende Faktor bei der

Kritik an ›unpersönlicher‹ Politikmacherei. Nicht allein wegen ihrer neuen Sprache, sondern vor allem deshalb, weil sie wichtige Methodenfragen aufwarf, so z. B.: ›Wie eine revolutionäre Organisation aufbauen?‹ Ich für meinen Teil halte noch immer eine kollektive Organisation für erforderlich, um die Macht zu ergreifen. Aber im Westen wissen wir immer noch nicht, wie man eine solche Organisation aufbaut, wie sie sich legitimiert.«

Ein Kapitel in der Geschichte der Radikalen Linken scheint abgeschlossen zu sein, selbst wenn die alten Verhaltensweisen noch anzutreffen sind und die hier und da geübte Selbstkritik oft nur dazu dient, das Festhalten an alten Gewohnheiten zu verdecken. Das zeigen die jüngsten Spaltungen bei PDUP-Manifesto und Avanguardia Operaia. Die Krise hat alle Gruppen erfaßt, besonders spektakulär aber brach sie im letzten Herbst auf dem Kongreß von Lotta Continua aus. Sicher deshalb, weil diese Organisation weniger konservative Züge aufweist als die anderen; weil sie immer auf radikale Weise, bisweilen mit einem an Wirklichkeitsfremdheit grenzenden Fanatismus die subjektiven Erwartungen zum Bestandteil ihrer Politik gemacht hatte.

Resümee

Der Niedergang des klassischen Linksradikalismus in Frankreich und Italien ist nur die Kehrseite des Auftauchens unterschiedlicher Bewegungen, die es alle gleichermaßen ablehnen, den Kampf für ihre Interessen an andere zu delegieren, und die ihre je eigene Identität fordern. »Wer spricht und in welchem Namen?« Diese grundsätzliche Frage stand schon über den Arbeiterkämpfen nach '68; sie wurde von den Organisationen in ihrer Kurzsichtigkeit oft für ein Symptom des Korporatismus gehalten, bis Minderheitenbewegungen dieser Forderung wieder zum Recht verhalfen, indem sie es ablehnten, das Besondere unter dem Vorwand, es zu politisieren, im Allgemeinen untergehen zu lassen. Sobald diese Forderung ausdrücklich mit dem Anspruch auf das Recht zum Anderssein gekoppelt war, konnte sie nicht mehr übergangen werden. Das Auseinanderfallen und die Ausdehnung der Revolten haben auch das Ende einer gewissen totalitären Redeweise besiegelt, das Ende der großen Synthesen, die allem und jedem seinen Platz zuweisen, ihm aber auch einen Teil seiner Identität nehmen. Die Idee der ›Partei als pluralistisches Sammelbecken‹ hat die Idee der Partei als ›eindeutiger Orientierung‹ nicht retten können.

»Das Sammelbecken ist einerseits die allzu hegelianische Vorstellung, daß ein beliebiger Gedanke einseitig ist und auf einen ihn ergänzenden Gedanken stoßen muß und daß beide zusammen einen dritten, nicht mehr wiederzuerkennenden Gedanken hervorbringen werden. Im Prinzip ist das richtig, es bedeutet aber in der Wirklichkeit ungeheure Kämpfe . . . Wenn andererseits eine einfache und berechtigte Forderung – selbst in einer etwas verkürzten Form wie z. B. ›ich will nicht von meinem Mann ausgebeutet werden‹ – transformiert und mit einer

anderen vermischt wird, verliert sie die Aussicht, in ihrer ursprünglichen Form gehört zu werden.«[10]

Der Anspruch auf Autonomie ist ansteckend, wie das italienische Beispiel zeigt. Die Arbeiterbewegung hat es hier – mehr als in Frankreich – dank ihrer Stärke und ihres Einfallsreichtums seit 1969 geschafft, der Arbeiterklasse wieder die zentrale Stellung im gesellschaftlichen Geschehen zu erringen. Aber diese Schlüsselstellung der Arbeiter trug auch dazu bei, den autonomen Ausdruck der außerhalb der Betriebe bestehenden Bewegungen zu hemmen. Erst in den letzten Monaten gelang der Frauenbewegung der große Durchbruch, der als Katalysator dieser Revolten fungiert und die vollständige Autonomie dieser Bewegungen rehabilitiert.

»Für viele, vor allem junge Arbeiter«, erklärt eine Feministin, Ex-Mitglied von Lotta Continua, »wirkt der Feminismus wie eine Bombe, die sie nicht verstehen konnten. Er war die Zerstörung aller ihrer Ideale, ihrer gesamten Konzeption von Politik. Hinzu kommt die Tatsache, daß eine gewisse Anzahl von jungen Arbeitern im Feminismus einen frontalen Angriff auf ihre Vorstellung von der zentralen Rolle der Arbeiterklasse sahen . . . Sie entwikkelten Verhaltensweisen, die auf Frauenverachtung zurückzuführen sind, die aber auch einen anderen Grund hatten: die Tatsache nämlich, daß sie eigentlich in der Organisation genauso wie wir keinen tatsächlichen Einfluß hatten. Außer auf der verbalen Ebene haben sie kein Gewicht weil sie keine Autonomie besitzen. Wir haben diese Autonomie errungen. Um Recht zu haben, muß man autonom sein.«

Der Ablauf des Kongresses von Lotta Continua, auf dem sich nach dem Beispiel der Frauen die Jugendlichen, die Homosexuellen und die Arbeiter zu getrennten Versammlungen trafen, zeugt von dieser schmerzhaften, aber produktiven Ansteckung, von einer Autonomie, die besonders die professionellen Politikmacher hart treffen mußte: sie blieben in ihrer ganzen Nacktheit vor der Tür, ohne Podium, sie hatten nicht einmal einen Stuhl zum Sitzen.

Indem sich die Frauen weigerten, ihre Emanzipation auf ein unbestimmtes Morgen zu vertagen, haben sie gleichzeitig einen gewissen Typ des Aktivisten in Frage gestellt, besonders den karikaturhaften Typ des Kaders, der die anderen agitiert: er erscheint meist bürokratischer und trauriger als alle anderen, weil seine Rolle in keinem konkreten Verhältnis zu seinen eigenen Bedürfnissen steht.

»Das Persönliche ist politisch«. Dieses Schlagwort, das die Krise der italienischen Radikalen Linken charakterisiert, hat seine Kehrseite: die Erfahrung des Vergnügens und des eigenen Ich kann auch Resignation verdecken, das Ausflippen in widersprüchliche zwischenmenschliche Beziehungen und in Illusionslosigkeit gegenüber den Dingen und ihrer Veränderbarkeit. Aber das ist nicht das Wesentliche. Auch die Fähigkeit des Kapitals und des Staates, die Ideen des Linksradikalismus für ihre eigenen Zwecke zu verwerten, machen die totalisierende Auffassung des politischen Bedürfnisses nicht verwerflich, dessen Zutagetreten eine wesentliche Errun-

genschaft der Bewegung bleibt. Der Rückzug auf sich selbst und in das subkulturelle Ghetto ist nur die Gegenbewegung zu der Auffassung von der Politik als etwas Losgelöstem, Abgehobenem, die in den letzten zehn Jahren ständig unsere politische Praxis bestimmt hat und jetzt überwunden werden muß.

Schließlich sind zwei äußere Phänomene zu erwähnen, die die Neuorientierung noch verstärkt haben: das allmähliche Verblassen des China-Mythos, der zehn Jahre lang die Bewegung in ihren politischen Irrwegen beflügelte, und die Entwicklung einer Oppositionsbewegung im Ostblock, deren Protest uns zur Stellungnahme zwingt. Eine scheinbar verkehrte Welt, in der die Kämpfe auf Umwegen geführt werden, die für unsere noch den Klischees der III. Internationale verhafteten Köpfe veraltet wirken: die Ideologie ist zugunsten der Moral entwertet, deren Nichtigkeit zu verurteilen man uns gelehrt hatte. Und die formalen Freiheiten sind wieder zum wesentlichen Einsatz geworden gegenüber diesem Sozialismus, der versprochen hatte, daß allein er sie zu wahren Freiheiten machen könne.

»Man kann sich nicht mehr gläubig einem Vorbild verschreiben, wenn China sich unbeschwert mit Chile auf eine Stufe stellt oder wenn die UdSSR die schlimmsten autoritären Strukturen aufweist. Das alles war sicher notwendig, damit der Sinn der Umwälzungen der letzten zehn Jahre zum Tragen kommen konnte. Das ist geschehen. Und das ist beachtlich. Von jetzt ab können wir ungehindert nachdenken.«[11]

Aus dem Französischen von Ernst Gerhards

Anmerkungen

1 Bei den Präsidentschaftswahlen im Juni 69 erhielt der sozialistische Kandidat Gaston Deferre nur 5% der Stimmen.

2 Zaghafte Versuche wie der, die beim Wiederverkauf bestimmter Güter erzielten Gewinne zu besteuern, haben die Regierungskoalition so gespalten, daß diese, um ihren Zusammenhalt zu bewahren, die ursprüngliche Gesetzesvorlage noch einschränken mußte. Unter dem Schock der letzten Gemeindewahlen beschloß die Regierung, das Inkrafttreten des Gesetzes um ein Jahr hinauszuschieben. Die Spaltung der Koalition in einen Giscard- und einen Chirac-Flügel ist nur ein Zeichen dafür, daß sich vor den für die jetzt an der Macht Befindlichen entscheidenden Parlamentswahlen die Widersprüche zuspitzen. Allein die Linke erscheint heute – sogar in den Augen gewisser Unternehmer-Fraktionen – imstande, die Reformen durchzuführen, die der Präsident der Republik vergeblich mit Hilfe eines unauffindbaren Zentrums hatte angehen wollen.

3 OS = ouvriers spécialisés: angelernte Arbeiter am Fließband und an (teil)automatischen Maschinen.

4 Drei Gruppen hatten sich gemeinsam zur Wahl gestelt: die LCR, Lutte Ouvrière und OCT. In manchen Städten wie Orléans und Montbéliard erhielten diese Listen über 10%, in der Peugeot-Arbeiter-Stadt sogar an die 18%. Dagegen sind ihre Ergebnisse dürftig in den großen Städten wie Marseille oder Paris.

5 *Libération* wurde 1973 von J. P. Sartre und Mitgliedern der im darauffolgenden Jahr aufgelösten Gauche Prolétarienne gegründet. Sie ist wohl die einzige linksradikale Tageszeitung Europas, die sich finanziell über Wasser halten kann. Täglich werden an die 30 000 Exemplare verkauft; über 60 Personen sind bei ihr »beschäftigt«. Heute ist *Libération* unabhängig von allen politischen Gruppen.

6 Diese Einteilung hat den Vorteil, praktisch zu sein. Die erste Kategorie läßt sich schnell abhandeln. Diese Organisationen sind zeitlos, sie haben keine Geschichte, denn die Geschichte ist für sie nur eine Aneinanderreihung von Zufälligkeiten. Auf der Seite der Trotzkisten schießt zweifellos die OCI den Vogel ab, eine originelle Mischung aus vernünftigem politischen Opportunismus und sektiererischem Terrorismus. Die Trotzkisten von Lutte Ouvrière konzentrieren ihre Aktivität auf eine bestimmte Anzahl von Betrieben, in denen sie einem alten, auf Frankreich beschränkten Arbeiterkult huldigen. Die Kämpfe der Dritten Welt haben sie genauso wenig interessieren können wie alle Protestbewegungen, die in ihren Augen nur kleinbürgerliche Revolten sind. Auf der Seite der Marxisten-Leninisten hat die PCMLF dank ihrer schon beinahe bewundernswerten Verrenkungsfähigkeit nie die fast offizielle Anerkennung der chinesischen Behörden verscherzt. Die zweite Kategorie umfaßt die Gruppen, die zwar eine wichtige Rolle in der Geschichte der Radikalen Linken spielten, sich aber eine nach der anderen selber aufgelöst haben: Die Gauche Prolétarienne und Vive la Révolution. VlR gab eine Zeitung heraus, *Tout*, die ein erster Anstoß zu einer Gegenkultur war. In *Tout* kamen zum ersten Mal die Frauenbewegung, Jugendliche und Homosexuelle selbst zu Wort. Die Gauche Prolétarienne versuchte, das maoistische und proletarische Erbe mit den antiautoritären Ansprüchen der Bewegung in Einklang zu bringen. Die unterschiedlichen Erfolge in ihren Aktivitäten brachten den Widerspruch zum Ausdruck, der zwischen der verrückten Logik einer avantgardistischen Organisation und den Forderungen eines jugendlichen Linksradikalismus nach Freiheit besteht. Schließlich führte dieser Widerspruch über vereinzelte Ansätze einer bewaffneten Organisation zur Selbstauflösung der Gauche Prolétarienne.

7 Unsere Informationen stammen im wesentlichen aus dem Artikel von J. L. Péninou in *Libération* vom 18. und 25./26. 1. 1977.

8 Am 6. 4. 77 verkündete ein in *Libération* veröffentlichtes Kommuniqué zweier LCR-Zellen einen »Streik bei der LCR«: »Für die Sektion des 17. Bezirks ist dies weder eine Beurlaubung noch ein Austritt, sondern ein Streik. Keine Beitragszahlungen, keine Zellen-Versammlungen, keine Vollversammlungen, keine internen Mitteilungen, kein Verkauf der Zeitung *Rouge*. Es ist dies ein aktiver Streik mit Besetzung, Wahl eines Streikkomitees, Verfügung über das Arbeitsmaterial (Vervielfältigungsapparate usw.) durch die Streikenden und das örtliche Solidaritätskomitee ... Der Streik ist unbefristet, er dauert bis zur Erfüllung unserer Forderungen: demokratisches Vorgehen bei Debatten, Neuregelung der Arbeitszeiten für die aktiven Mitglieder, Infragestellung der Methoden bei der Ausarbeitung des Programms und der politischen Linie. Wir appellieren an die nicht streikende Minderheit, sich unsrem Streik anzuschließen und nicht als Streikbrecher aufzutreten!«

9 Die Autoren von *Porci con le Ali*, L. Lombardo Radice und L. Lavera, stehen Lotta Continua nahe.

10 Jean-Paul Sartre, *On a raison de se révolter* (Gallimard).

11 *Libération*, 1. 1. 1977.

Klaus Hartung
Versuch, die Krise der antiautoritären Bewegung wieder zur Sprache zu bringen

Der neue alte Begriff von Politik

Ich habe meine Kindheit und einen Teil meiner Jugend in der DDR verbracht. Aufgewachsen bin ich in kleinbürgerlichen Verhältnissen. Unsere politische Theorie basierte auf zwei Maximen: ›Wir haben nichts davon gewußt‹ und ›Nie wieder Politik‹. Daß man Opfer der Geschichte gewesen war, rechtfertigte alles. Dennoch befand sich meine Familie, apolitisch-politisiert, auf einem zähen, zeitlupenhaften, energielosen und geduckten Feldzug gegen den Sozialismus – es ging um den sonnigen Teil der Wohnung, den wir an einen ›Vopo‹ verlieren sollten. Dieser Kampf zog sich durch alle Instanzen des lokalen Staatsapparates, des neuen Staates am Ort. (Wir haben gewonnen.) – Es war die Periode der ersten Fünfjahrespläne, der Neulehrer, der Bodenreform, der Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften. Der Aufbau des Sozialismus: eine Aufgabe unablässiger Anstrengung, die wir ohnehin nur durch die ununterbrochene Anfeuerung und selbstlose Unterstützung des großen Brudervolks erbringen konnten. – Die politische Realität, also die Politik versprach eine doppelte Opfersituation: Opfer der ›Verhältnisse‹ (›Paß auf, streng dich an, du bist kein Arbeiter- und Bauernkind‹) und Opfer der Zukunft (›Streng dich an, tu dein Bestes für den Aufbau des Sozialismus, sammle Altpapier für den Aufbau der Stalinallee‹). – Der Marxismus hatte mich überzeugt, der Kommunismus *war* die Zukunft (der ›Westen‹ reizte mich nicht), aber ich war unpolitisch. Ich versuchte mich aus der Wirklichkeit davonzustehlen. – Die Aktualität des Klassenkampfes, der Kampf der Kommunisten wurde vermittelt durch die Solidaritätspropaganda für den ›Kampf der westdeutschen Genossen‹. In der Zeit hat sich für mich ein festes Bild geprägt: an den Straßenecken stehend, mit offenem Hemdkragen Flugblätter verteilend, in denen das so selbstverständlich Richtige stand, daß es fast schon unwirklich wurde. Richtiges Bewußtsein und Ohnmacht, Unwirklichkeit und Zukunft, Sozialismus und Straßenecke gehörten für mich zusammen.

Nun, 10 Jahre nach Beginn der antiautoritären Bewegung, sehe ich sie wieder, nicht ›die‹ Genossen, sondern meine Genossen, an der Straßenecke, mit der Wahrheit in der Hand, vor Aldi auf das Volk wartend, das mit Kartons voller Waren zu den Autos hastet. Selbst wenn sie wollten, hätten

sie in diesem Augenblick keine Hand frei. Die Abwehr der Wahrheit wird ihnen leicht gemacht.
Sie ist also wiedergekehrt, die abstumpfende Selbstlosigkeit gegenüber dem Volk. Vor allem aber kehrt ein Begriff von Politik wieder, der schon einmal überwunden schien: ein Begriff, wonach die politische Arbeit schwer ist; wonach die Mißerfolge nicht zählen, wohl aber unser politischer Einsatz. Ein Begriff von Politik, der den Kopf nicht frei macht, sondern den ständig vollen Kopf voraussetzt. Und ein Begriff von Politik, der die besten Fähigkeiten des Ichs, die List, das Tricksen, die Freude, den Gegner an seiner schwächsten Stelle zu treffen, für nichts erachtet – Fähigkeiten, die wir, wenn wir sie entwickelt haben, doch nur mit schlechtem Gewissen gegen unsere Konkurrenten anwenden. Politische Partisanen sind nicht gefragt. Damit verschwindet natürlich auch das Bewußtsein, das es schon einmal gab: daß Politik einfach sein muß, weil alle sie machen müssen; daß Politik der einfachste und kürzeste Weg ist, ein Problem zu lösen. Es ist also wieder ein Begriff von Politik vorherrschend geworden, der mit so ungeheuren Ansprüchen behaftet ist, daß man sich durch keinen möglicherweise erfolgversprechenden Ansatzpunkt irritieren lassen will.
Der Ton der Klage ist merkbar. Ich finde ihn mißlich, aber ich finde sprachliche-theoretische Ausweichmanöver noch mißlicher. Denn der Verlust unserer politischen Unschuld ist beklagenswert und ich kenne eigentlich niemanden, der von diesem Gefühl frei ist. Es ist nicht das Gefühl des ›unbekannten Verlusts‹, der kleinbürgerlichen Melancholie, sondern das des *bewußten* Verlusts, resultierend aus einem wirklichen Verlorengegangensein. Das Gefühl nämlich, daß wir unsere besten Möglichkeiten im Moment von Angst und Unsicherheit, von mangelnder Perspektive tatsächlich preisgegeben haben. Ich meine die Jahre 1969-1971.
In diesem Zeitraum änderte sich die politische Szene abrupt. Mit der ML-Politik und spätestens seit der Gründung der KPD/AO war die Aktionseinheit der Linken zerstört. Eines der wichtigsten politischen Erkenntnisinstrumente, die Demonstration, löste sich von diesem Zeitpunkt an auf, d. h. sie wurde zur Demonstrationsphrase, zum Zeigen von Wahrheit. Wir konnten mit der Demonstration kaum noch eine Aktion entfalten, weil die Gruppen in der Demonstration fraktionell reagierten. Aber die Wirkung des Dogmatisierungsprozesses geht weiter, zumindest weit über diese offensichtlichen Formen hinaus: eine der wichtigsten Folgen war der *Zwang zur politischen Linie.* Das Gründungsfieber der ML-Parteien brachte alle anderen politischen Richtungen unter Legitimationsdruck. Sie mußten ihre Position klären, die politische Spontaneität wurde zum Spontaneismus, und aus dem entstanden die Spontis. Es entstand die Fraktion der Phantasie und der unmittelbaren Bedürfnisse. Jeder gemeinsamen Aktion gingen unzählige taktische Verhandlungen voraus, die die politische

Unbefangenheit endgültig zerstörten. Das ›wir‹ ist also – das ist meine Meinung – nicht verschwunden, sondern ist nach wie vor auf eine lähmende Weise präsent. Und diese Aktualität ist mein Thema.

Kleine Theorie des Straßenverkaufs der »Roten Fahne«

Verweilen wir kurz bei dem Sektenprediger an der Straßenecke! Er soll hier nicht kritisiert werden (wen träfe die Kritik auch?). Wie kann man ihn erklären? Der notorische Vorwurf gegen die marxistisch-leninistischen Sekten ist, daß sie ihren Avantgardeanspruch durchsetzen wollen. Aber die KPDs haben diesen Anspruch zwar ausdrücklich im Programm, doch freizusprechen ist davon niemand. *Er ist die historische Krankheit der Studentenbewegung,* unter der wir alle leiden. Was ist der Kern des Avantgardeanspruchs? Schaut man genau hin, so fällt sofort auf, daß die verschiedenen Sekten ihrem Anspruch, die Kämpfe anzuleiten, äußerst ungeschickt nachgehen. Sie leisten sich die lautstarke Konkurrenz vor den Fabriktoren, sie stoßen die Leute, die anfangen, politisch etwas zu machen, vor den Kopf, indem sie sich als Kader geradezu aufdrängen. Man könnte das mit einer Flut von Geschichten belegen. Aber darum geht es nicht. Denn der Avantgardeanspruch, formuliert an der Straßenecke, hat eine verwickeltere Geschichte. Bilden wir uns eine Theorie des Straßenverkaufs der *Roten Fahne,* der *KVZ* etc. Die Genossen begegnen dem Proletariat im schlechtesten Moment, nach dem Einkaufsstreß, beladen mit zu teuren Waren, aggressiv. Nach den Waren wird das Wahre feilgeboten. Was passiert mit einem Linken, was entwickelt sich bei ihm, welche Erfahrungen macht er eigentlich in dieser Situation, wo er stündlich auf hundert Ablehnungen stößt, um sich dann mit einem auseinandersetzen zu müssen, der seinen Sermon mit den Worten einleitet: »Euch müßte man mal . . .« Worauf wir hier treffen, ist das Wesen des politischen Sektierertums: *die Enttäuschung über das Volk wird zum Legitimationsprinzip der Parteiarbeit. Der Mißerfolg rechtfertigt täglich die Fortsetzung der politischen Linie. Der gegenwärtige Mißerfolg ist der Garant für die Zukunft der Partei.* Ich habe damit nur ein scheinbares Paradox formuliert. Glucksman hat auf die Diskussion während des Stalinismus über den Widerspruch zwischen *der* Wahrheit (Prawda) und *den* Wahrheiten (Istina) hingewiesen. Es ist ein integraler Bestandteil der Parteiexistenz, die Mitglieder in einen Raum stabiler Interpretationen der politischen Wirklichkeit einzuführen: in die Wahrheit also. Alle Fragen müssen beantwortet sein, die ›DDR-Frage‹, die ›Gewerkschaftsfrage‹, das Verhältnis zu China etc. etc. Aber für die politische Praxis kann es nur Wahrheit*en* geben, zumal angesichts der unentfalteten Zustände in Deutschland. Wer etwas erreichen will, muß sich um Wahrheiten im Handgemenge bemühen. Es bedingt sich wechselseitig: die Entwicklung von Wahrheit*en* und die Entfaltung von politischem Selbstbe-

wußtsein. Und das letztere hat als Quelle wiederum die Vertrautheit mit den konkreten politischen Verhältnissen. Der Zugang zu den Wahrheit*en*, denn sie sind immer die eigenen, wird durch die Partei abgeschnitten. Allerdings wird er nicht einfach verhindert, sondern durch die Parteiarbeit geradezu aufgelöst. Der Straßenverkauf ist nicht zufällig unverzichtbarer Bestandteil der Schulung der Mitglieder. Die Propaganda der politischen Linie kann nicht auf wirklichen, d. h. ernstzunehmenden politischen Widerstand von seiten des Volkes stoßen, weil sie in Momenten praktiziert wird, wo es keine Diskussion geben kann. Die Parteimitglieder müssen lernen, mit mangelnder Resonanz fertigzuwerden und sich an ihre laute Stimme zu gewöhnen.
Noch einmal: was interessiert hier? Die sog. nichtdogmatische Linke, die ›Spontis‹ haben längst jede Kritik gegenüber den marxistisch-leninistischen Sekten aufgegeben. Sie haben den erlittenen Bruch der Solidarität zwischen 1970 und 1972 vollendet, nehmen es hin, daß diese geradezu charakterologisch erstarren, zu ›K-Gruppen‹, zu ›Chaoten‹. Aber die comicstripartigen gegenseitigen Verzeichnungen der politischen Identität verdecken die gemeinsame Problematik der *Linken*, die es trotz aller gegenteiligen Beteuerungen noch gibt. Über die antiautoritäre Bewegung zu reden in diesem Moment, heißt von der Linken zu reden, ihre Identität, ihre gespaltene Identität zu achten und sie für kritikwürdig, also für änderbar zu erklären.

Scheitern oder politische Niederlage der antiautoritären Bewegung?
Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der antiautoritären Bewegung, daß die Vorstellungen einer naturwüchsigen Krise derselben ausdrücklich widerlegt werden muß. Die Bewegung hat keine – sagen wir – demonstrative Niederlage erlitten. Sie ist nicht dort geschlagen worden, wo die Liberalen die Massaker kommen sahen, auf der Straße. Es läßt sich auch nicht bloß ein Verlust der Bewegungskraft oder des Mobilisierungsschwungs konstatieren. Bei einer solchen Interpretation wäre man schnell bei den Vorwürfen der Spaltung angelangt bzw. würde versuchen, den ersten Spalter zu brandmarken.
Die politische Niederlage der Bewegung läßt sich eher dingfest machen an dem schleichenden *Verlust der erkämpften Rechte*. Die Rechte der Schüler, die Drittelparität an den Hochschulen, die Demokratisierung von Klinikverfassungen u. a., das sind die Rechte, die beinahe nebenbei von der antiautoritären Bewegung erkämpft wurden. Es war das ›Mindeste‹, was wir forderten. Mit dem Beginn der ML-Politik veränderte sich das Verhältnis zu diesen ›erkämpften Gebieten‹. Der Dogmatismus räumte die Realität beiseite und baute die Bühne der Klassengesellschaft auf, auf der wir uns jetzt noch um die richtigen Kulissen streiten. Nicht nur die marxistisch-leninistischen Gruppen, sondern praktisch alle relevanten politischen Hal-

tungen beteiligten sich an diesem Unternehmen. Die soziale Realität wurde aufgelöst in ein Feld von Haupt- und Nebenwidersprüchen. Die politische Realität erstarrte zunächst in unserem Kopf und dann erstarrten wir. Es stellte sich plötzlich heraus, daß weite Teile der antiautoritären Politik sich im Feld der ›Nebenwidersprüche‹, des ›Reproduktionsbereichs‹ bewegen. Die politische Praxis wurde mithin hierarchisiert, aufgeteilt in ›eigentliche‹ Praxis und perspektivlose Handwerkelei. Der Betrieb wurde der Ort der politischen Identität. Mit der strategischen Dominanz der Organisation auf ›Betriebsebene‹ wurden unsere bislang erkämpften Rechte von uns selbst entwertet und theoretisch fallengelassen, *bevor* sie fast kampflos verlorengingen. Allerdings: diese Selbstliquidation erfaßt den Sachverhalt nur deskriptiv. Dahinter steht die Erfahrung, daß der Staatsapparat seit der sozial-liberalen Koalition erfolgreich war und durch Reformpolitik *und* Aufbau des Repressionsapparates das Gesetz des Handelns gegenüber der Linken zurückeroberte.

Die Eigentümlichkeit der Niederlage der Studentenbewegung ist gerade darin zu suchen, daß sie durch eine Fülle strategischer Floskeln es immer wieder schaffte, das Feld, auf dem wir gerade zurückwichen, als politisch bedeutungslos hinzustellen. Erst als der Verlust unserer Rechte mit dem Radikalenerlaß zum gesellschaftlichen Tatbestand geworden war, wurde – allerdings *nachdem* die Spuren unserer Niederlage getilgt waren – dieser Prozeß politisch wieder aufgenommen: ›Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes‹ hieß es jetzt. Es waren aber *unsere* Rechte, die *wir* uns genommen hatten. Stilisiert zu einem objektiven Vorgang, zu einer allgemeinen, quasi naturwüchsigen Politik des Staatsapparates konnte dann angeklagt werden. Was? ›Der Abbau‹. Nicht der Streit für weitergehende Rechte, sondern der verbale Kampf für die Erhaltung des status quo, der seinerzeit nicht für verteidigungswert gehalten wurde, stand nun auf der Tagesordnung.

Die Kampagnen gegen das Berufsverbot bewegen sich nach wie vor auf dem niedrigsten politischen Niveau, auf dem Niveau der ›Fälle‹, der unschuldigen Opfer staatlicher Verfolgung. Die juristische Dimension ist weitgehend verinnerlicht. Unsere politischen Rechte haben sich in unseren Köpfen in juristische Rechte verwandelt. Wir lügen uns in die Tasche, wenn wir unser politisches Schicksal mit der Härte des kapitalistischen Staatsapparats begründen wollen. Gerade an dem Punkt ist der Blick zurück ein Blick nach vorn.

Die nachträgliche Stilisierung der antiautoritären Bewegung

Der Diskriminierung der antiautoritären Bewegung in den Jahren 1970-1972 scheint jetzt ihre Verbiederung zu folgen. Es ist inzwischen fast ein ehrendes Epitheton, wenn Spontis (als Gruppe) oder Aktionen wie die

von Brokdorf in die Tradition der Studentenrevolte gestellt werden. Selbst die marxistisch-leninistischen Gruppen (Parteien) besinnen sich zumindest für die Hochschule auf antiautoritäre Aktionsformen. Nach meinem Empfinden wird allerdings ein solcher Traditionalismus eher von dem vagen Gefühl einer einst vorhandenen gesellschaftlichen Bedeutung motiviert. Problematischer ist es schon, wenn ›später politisierte‹ Genossen der antiautoritären Revolte als einer verpaßten politischen Jugend nachtrauern. Die Studentenrevolte hat dabei den etwas zweifelhaften Ruf, den subjektiven Faktor besser ins Spiel gebracht zu haben. Der gegenwärtige Horizont ist von politischen Notwendigkeiten und umfassenden weltpolitischen Strategien (die es sich leisten können, vom absterbenden US-Imperialismus auszugehen) geradezu verstellt, ja doppelt verstellt, weil wir zugleich in unserem Kopfe einen Begriff vom Staatsapparat haben, der so umfassend und total ist, daß sich gegen ihn nichts machen läßt, außer ihn ›endgültig‹ zu zerschlagen. Aus der Lähmung einer endlosen revolutionären Zukunft, die offenbar durch keinen politischen Erfolg nähergebracht werden kann – und da dies unerträglich ist, werden die Beispiele von Volkswiderstand, die Kämpfe in Wyhl und Brokdorf, der Protest gegen Mittelkürzungen im sozialen Bereich zu Schritten einer revolutionären Strategie umgeformt, was die Beteiligten gegen eben diese Strategie mobilisiert und an den unmittelbaren Zielen festschweißt – und aus der lähmenden Präsenz eines staatlichen Repressionsapparates, der scheinbar jede Wendung des revolutionären Kampfes instrumentell vorbereitet hat, wendet sich der Blick fast zwangsweise zurück zur antiautoritären Bewegung als einem utopischen Gefilde politischer Unbefangenheit. Nichts ist falscher als gerade dieses Bild. Es gehört zur Ironie der Dogmatisierung der linken Bewegung, daß mit ihr die Studentenrevolte retrospektiv ›spontaneisiert‹ wurde. Ausgerechnet die Marxisten-Leninisten haben diese Zeit zur ›Emanzipationszeit‹ stilisiert, haben der Selbstbefreiung eine unwiderlegliche Bastion in der Vergangenheit verschafft.

Es wäre eine bequeme Version, daß die ›Protestgeneration‹ sich bloß freier zu den individuellen Bedürfnissen verhalten hätte. Wir rebellierten, waren aber keine Rebellen, sondern auf jeden Fall auch Streber. Wir setzten uns gegenseitig unter Leistungsdruck, überforderten uns und die anderen, ließen die anderen unter unseren hohen Ansprüchen leiden. Wir waren radikal, auch gegenüber dem Mitgenossen. Immer hatte jemand schneller das Richtige gelesen. Wir waren Subjekt und Objekt der Bewegung zugleich. Was wir gerade begriffen hatten, hatten wir dem anderen voraus. Die Auftritte von Rainer Langhans waren sorgfältig inszeniert. Die spontanen Steinwürfe waren mit Angst besetzte Initiationen. Die spontanen sit-ins an der Uni waren sorgfältig vorbereitet, nur die theoretische Grundlage, das Referat über Berkeley, wurde erst vorgelesen, als das erste sit-in schon lief.

Das war so nicht geplant. Die Kommune I, Inbegriff studentischer Radikalität, wurde vom SDS mit ausgeklügelter Taktik rausgeworfen, wegen mißbräuchlicher Benutzung des Namens SDS. Die (klein)bürgerliche Herkunft wurde in der antiautoritären Bewegung nicht einfach durchbrochen. Im gleichen Maße wurden (klein)bürgerliche Wünsche auf die politische Arbeit projiziert oder vielleicht auch geweckt: es endlich zu schaffen, auf einem teach-in zu reden; von den SDS-Häuptlingen anerkannt zu werden; in der politischen Diskussion den Mund aufzubekommen; und vor allem der Druck, frei zu sein, es zu schaffen, frei zu sein, spontan reagieren zu können.

Dieser Leistungsdruck hatte einen Nebeneffekt, der nicht zu unterschätzen war: im Kampf um die Anerkennung durch den Mitgenossen ergab sich quasi beiläufig die gesellschaftliche Anerkennung. Professoren, die einst aussichtslos entfernt waren, erfragten sich gierig von uns unsere Meinung und unsere nächsten Ziele; Politiker ließen sich zur Rede stellen und ergaben sich willfährig den einfachsten Provokationen. Der politische Erfolg der Studentenbewegung war nicht nur für die offizielle Politik überraschend; er überraschte auch uns selbst. Unsere politischen Vorstellungen, scheinbar abstrakt in einer übermächtigen Wirklichkeit, setzten diese tatsächlich in Bewegung. Das Durchbrechen der ›demokratischen Spielregeln‹ – von uns mit Gefühlen der Hilflosigkeit und Angst vor den namenlosen Möglichkeiten der ›faschistoiden‹ Repressionsagenturen begonnen – produzierte eine blind um sich schlagende Hilflosigkeit des Staates, die uns erst unserer Macht inne werden ließ. Die Schlacht an der Oper, der 2. Juni 1967, hatte eigentlich alle Merkmale einer Niederlage. In die Enge getrieben, sind wir zusammengeschlagen worden. Und auf den Tod eines Genossen können wir bis heute noch nicht wirklich reagieren. Aber: *daß* der Senat überhaupt es sich zum Ziel gesetzt hatte, die studentische Opposition zu vernichten, und dies mit allen Anzeichen militärischer Vorbereitung, das erst stellte uns unsere Macht vor Augen. Von da an gab es etwas zu verteidigen, was es vorher – im Nachkriegsdeutschland – noch nicht gegeben hatte: eine radikale Opposition. – Hinzu kam noch, daß wir – zu unserem Entsetzen – über ein Propagandainstrument verfügten, das ›haltet den Dieb‹ schrie, bevor wir nur etwas geklaut hatten. Die *Bild*-Zeitung insbesondere legte uns auf die Revolution fest, als diese für uns noch ein historischer Begriff war; sie stellte das Chaos dar, als wir noch das formelle Recht auf Demonstration zu einem wirklichen machen wollten; sie beschwor den Umsturz der Verhältnisse, als wir *in* diesen Verhältnissen noch nach einer Chance für politische Selbsttätigkeit suchten.

Der politische Erfolg (und nicht spontane Selbstbefreiungsakte) war eine der entscheidenden Triebkräfte der Bewegung. Hier bekamen wir – und holten uns – das, was uns in unserer bürgerlichen Herkunft versagt worden

war: die Anerkennung. Der politische Erfolg, das war nicht zuletzt eines unserer wichtigsten Erkenntnisinstrumente für die Realität. Die Realität, die *wir* in Bewegung brachten, konnten wir begreifen, und uns damit von dem Begriff einer übermächtigen Realität freimachen. (Es fragt sich, ob anders politische Erkenntnis möglich ist.)
Wie widersprüchlich, atemlos und verunsichernd ein unter diesen Konstellationen verlaufender Politisierungsprozeß tatsächlich war, verschwindet unter der gegenwärtig vorherrschenden Stilisierung der antiautoritären Revolte als reiner Emanzipationsbewegung. Es liegt auf der Hand, daß die Quelle dieser Stilisierung in der Hilflosigkeit der heutigen politischen Generation gegenüber ihren eigenen Bedürfnissen und mithin in den Schwierigkeiten gegenüber dem gegenwärtig herrschenden Begriff politischer Arbeit zu suchen ist. Daß politische Gruppen dezimiert oder lahmgelegt werden, weil ihre Mitglieder erst einmal ›zu sich selber finden müssen‹; daß politische Diskussionen erstarren, weil plötzlich von einer Seite die Frage aufkommt, ›was hat das eigentlich mit uns zu tun‹, diese Wiederkehr der verdrängten Bedürfnisfrage, die ihre Verdrängung wiederum herausfordert, ist nicht die Folge der Dogmatisierung. Beides, die verstockte Suche nach den ›eigentlichen‹ Bedürfnissen und ihre Entwertung um der Organisation willen, bedingt sich gegenseitig, hat aber seine Wurzel in dem tatsächlichen politischen Machtverlust der Linken.

Machtverlust und die vergessenen politischen Fehler

Diesen Machtverlust mit offenen Augen wahrzunehmen und die Politik, die dazu führte, bloßzulegen, ist nach wie vor eine ungelöste Aufgabe. Bedrükkender noch als der Versuch, eine unbefleckte antirevisionistische Politik zu praktizieren, ist eigentlich die schubartige Konjunktur von Anwälten psychischer Bedürfnisse. Symptomatisch dafür ist der Erfolg von Duhm, der nichts weniger ist als ein Theoretiker der Emanzipation. Niemand sieht offenbar, nein, das kann man natürlich nicht behaupten; vielmehr, niemand hält es für nötig, dagegen zu protestieren, auf welch devote Weise da die psychischen Konflikte gegenüber der unbefragten Pflicht zur politischen Arbeit vertreten werden.

»Die individuellen Konflikte, die individuellen Bedürfnisstrukturen können nicht folgenlos aus der politischen Arbeit ausgeklammert werden. Die Tatsache, daß wir alle unter strukturell ähnlichen Konflikten leiden, die Tatsache, daß wir aus einer bürgerlich-reaktionären Charakterstruktur heraus agieren, muß bewußt in die politische Arbeit hineingenommen werden. Denn sonst bleibt die neurotische Psyche weiterhin ihren eigenen reaktionären Lösungsversuchen überlassen, erstarrt die politische Theorie zum Dogma, weil sie nur als Dogma eine von Zweifeln und Angst entlastende Ersatzidentität bietet. Die Struktur politischer Gruppen wird dann zur Herrschaftsstruktur, denn nur so repräsentiert sie die gewohnten bürgerlichen Angstabwehr-Rollen von Führern und Geführten, Starken und Schwachen, Subjekten und Objekten; die Außengruppen werden zu Feindgruppen, denn nur so bilden sie eine geeignete

Projektionsfläche, mit deren Hilfe die eigene Stabilität gewahrt werden kann. (Duhm, zit. nach: Harald Harrer, Heinz Funke, Dieter Duhm (Hrsg.), *Politische Arbeit und Emanzipation*, Köln 1974, S. 13).

Die ›neurotische Psyche‹, das ist eine Sache, die bereinigt werden muß. Stärker kann man eigentlich den Sinn des neurotischen Konfliktes nicht entwerten. Eine solche Auffassung ist unendlich weit von der Einsicht der antiautoritären Bewegung entfernt, daß die revolutionäre Produktivkraft gerade in der kollektiven Wendung der sonst einsam ausgetragenen Neurosen liegt. Duhm erneuert den schon langsam verblassenden Alptraum revolutionärer Realitätstüchtigkeit: den ›Kader‹. Er belastet den politischen Lebenslauf noch mit therapeutischen Auflagen und fällt, nebenbei bemerkt, sicher auf die List der Neurose herein. Denn der Widerspruch von politischer Arbeit und verdrängten psychischen Bedürfnissen ist nicht einfach ein erlittener Widerspruch. An ihm wird auch festgehalten um ganz bestimmter Zwecke willen. Zumindest mäßigt der Aufenthalt in diesem Widerspruch die Angst vor der Zukunft, die man in diesen deutschen Verhältnissen wahrlich haben kann.

Das irrlichternde Bild einer einst vorhandenen politischen Identität ist repressiv. Ich erinnere mich an eine deprimierende Auseinandersetzung vor etwa zwei Jahren: Der KSV an der FU-Berlin hatte Peter Schneider eingeladen und ein ›hearing‹ über den *Lenz* vorbereitet. Er legte ein geradezu rührendes Positionspapier vor, wonach Peter Schneider summarisch zugebilligt wurde, daß er die psychischen Konflikte während der Studentenbewegung ›richtig‹ geschildert, aber es unterlassen habe, die ›korrekte‹ Konsequenz, den Aufbau der Partei des Proletariats nämlich, in seine Darstellungen einzubeziehen. Die KSV-Germanisten trauten sich nicht, das scheinheilige Spiel zwischen Autobiographie und Romanform in Frage zu stellen. Sie sahen nicht, daß Peter Schneider sich in der Autobiographie die Freiheit des Romans nimmt, um den Roman auf das zu beschränken, was die Autobiographie hergibt. Sie analysierten nicht, ob sich hier jemand von seinen Schwierigkeiten losschreibt, ob die starke Persönlichkeit des Lenz, die noch in der Unsicherheit sicher ist, überhaupt die Erfahrungen in der antiautoritären Bewegung darstellt. Sie wollten von Peter Schneider nichts als das kleine Zugeständnis für ihre Partei. – Peter Schneider, schlecht vorbereitet und schlecht gelaunt, wußte gar nicht, wohin er zuerst greifen sollte angesichts der Fülle der Argumente, die auf seiner Seite standen. Er war unendlich überlegen, er hatte – uneinholbar – die Erfahrungen der Revolte voraus, so übermächtige Erfahrungen, daß sie gar nicht mehr überprüfbar waren. Und das ist eine der unangenehmsten und unsolidarischsten Folgen der Selbstliquidation der antiautoritären Revolte, daß ihre Erfahrungen unüberprüfbar versiegelt sind, wohl aber bei jedem Kneipengespräch siegreich hervorgeholt werden können.

Darum also und weil ich nicht glaube, daß die gegenwärtigen Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden können, wenn unsere Vergangenheit weiterhin versteinert bleibt (was der privaten Nutzung und Vermarktung durchaus nicht widerspricht), ist die politische Kritik der antiautoritären Bewegung nach wie vor aktuell. Zu oft ist vom ›Scheitern‹, vom ›Zerfall‹ der Studentenbewegung geredet worden und zu wenig davon, woran wir eigentlich gescheitert sind. Wir geben leichtfertig zu, die größten Fehler gemacht zu haben. Aber die größten Fehler erkannten wir immer dann, wenn wir schon die Antwort darauf in der Tasche hatten. Wo also sind die kleinen Fehler?

Die politische Unmittelbarkeit von antiautoritärer Bewegung und Staatsapparat

Durch die gesamte Geschichte der antiautoritären Bewegung hindurch spielte das Verhältnis zum Staatsapparat eine zentrale Rolle. Es war zunächst einmal der geschichtlichen Konstellation zu verdanken, daß es zwischen Studentenrevolte und Staatsapparat eine gewisse politische Unmittelbarkeit gab, vor der die Wirklichkeit der Klassengesellschaft erst einmal zurücktrat. Die ›Protestgeneration‹ war aufgewachsen in der ›Staatskultur‹ der 50er Jahre, dem lebensfeindlichen und drückenden Klima, das der siegreiche Antikommunismus mit sich gebracht hatte. Die breiten radikaldemokratischen Bewegungen wie ›Kampf dem Atomtod‹ und gegen die Wiederaufrüstung hatten das Stigma politischer Ohnmacht nicht abstreifen können. Die Kommunistenjagd war keine isolierte Unterdrükkungsmaßnahme gewesen, sondern gehört in das Bild allseitiger Geschichtsvernichtung. Wenn auch in seiner Brutalität nicht so offenkundig, war doch die Vernichtung der Urbanität durch Wiederaufbau und verkehrsgerechte Stadtplanung auch eine politische Maßnahme mit nicht zu unterschätzender repressiver Qualität. Die Architektur der 50er Jahre strengte sich an, ›die Straße‹ als Lebensraum zu entwerten. Sie stellte die Häuser mit den Rückseiten zur Straße, verzichtete auf Straßenecken und versuchte alles, um Suburbia ins Zentrum zu verlegen. Nicht zufällig entdeckte die antiautoritäre Revolte wieder ›die Straße‹, nicht zufällig entwickelten sich neue Lebensprinzipien gerade in den vom Verfall bedrohten Bürgerburgen.

Am Rande von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder wurde die unaufgearbeitete deutsche Geschichte wieder virulent. In der Kritik der bürgerlichen Faschismustheorien, die für das politische Bewußtsein der Studentenbewegung fundamental war, entzifferten wir die Geschichtsvernichtung, die Einmauerung der Geschichte des Faschismus in den Zeitraum des Dritten Reiches. Aus dieser Kritik ergab sich, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Faschismus hervorgebracht hatten, durchaus noch

fortdauerten und der nachfaschistische Staatsapparat gegenüber dem Faschismus einen Lernprozeß durchgemacht hatte, den es erst noch zu erkennen galt. Wir entdeckten, daß in der BRD mit einer formalisierten Opposition die Herrschaft ausgeübt wurde; daß die politische Sphäre, die Öffentlichkeit, die Parlamente öffentlich-nichtöffentliche Instrumente waren, in denen die Klassenwidersprüche bereinigt wurden, um zu verhindern, daß sie wahrnehmbar werden. In der Analyse der formalen Demokratie entzifferten wir die Klassenstruktur der Gesellschaft. In dieser Kritik war damit schon ein Moment der späteren antiautoritären Politik erkannt: daß Politik innerhalb der ›Spielregeln‹ der ›formalen Demokratie‹ mit ohnmächtiger Politik gleichzusetzen war. Politische ›Selbsttätigkeit‹, den Regeln der repräsentativen Demokratie schon entgegengesetzt, hatte damit als unmittelbaren Gegner den Staatsapparat, denn die machtgeschützte Legislative verstand sich durchaus als Teil des Staates. Gleiches galt für die Öffentlichkeit.

Aber nicht nur die zugeschnürte Existenz und der gepreßte Atem – Ergebnis einer allseitigen Durchdringung der Lebensbereiche durch den Staat – provozierte die politische Unmittelbarkeit zum Staatsapparat, die für die Studentenbewegung charakteristisch war. Noch etwas anderes kam hinzu: Das Proletariat war uns zunächst gleichgültig. Das war nicht einfach falsches Bewußtsein, denn ohne die Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Proletariat hätten wir niemals den Sprung aus der Hochschule hinaus auf ›die Straße‹ geschafft. Nichts wäre falscher, als gerade darin die (klein)bürgerliche Herkunft der Studentenrevolte nachweisen zu wollen. Denn der politisierende Kleinbürger wird eher naturwüchsig vom Proleten angezogen. Daß wir die Reaktionen des Proletariats politisch ignorierten, wenn sie uns auch persönlich verunsicherten, entsprang einer richtigen geschichtlichen Wahrnehmung. Der Antikommunismus der Nachkriegszeit hatte es mit sich gebracht, daß gewissermaßen das Proletariat zur Klasse an sich, zum geschichtslosen Produzenten des Mehrwerts geworden war. So schien es uns. Die Situation des Proletariats vollendete geradezu das Bild einer Gesellschaft ohne Klassenwidersprüche, das zu zerstören unser Ziel war. Wir glaubten nicht, daß der Arbeiter, wenn er der Spur seiner materiellen Interessen folgt, schon auf den revolutionären Weg stoßen wird. Nur der Ausbruch aus seiner Situation, der Übertritt in das ›antiautoritäre Lager‹ schien uns vorstellbar. Das Manipulationstheorem, bald zurecht als missionarisches Ideologem kritisiert, hatte immerhin *die* menschliche Seite, daß damit der Anspruch auf Überprüfung der eigenen Lebensverhältnisse formuliert wurde (also die Überprüfbarkeit für denkbar gehalten wurde).

Hier sei eine kurze Bemerkung über die antiautoritäre Gesellschaftsanalyse eingeschoben: die Begriffe ›System‹, ›Manipulationszusammenhang‹, ›Staatsmaschine‹ etc. wurden gebraucht, *obwohl* die klassischen marxisti-

schen Begriffe bekannt waren. Kenner der marxistischen Theorie deckten mühelos den existentialistischen Zug dieser Gesellschaftsanalyse auf und entlarvten die Theorie der antiautoritären Revolte als voluntaristische Ideologie. Sie übersahen dabei das Entscheidende: die Beweglichkeit des politischen Gedankens, der sorgfältig genug war, die Stärke des Gegners auch im Lager seiner eigentlichen Feinde, der Arbeiter, zu entdecken, um die schwache Stelle zu finden.
Die Reaktion des Proletariats war für uns auch deswegen nicht verbindlich, weil wir uns am Befreiungskampf der Dritten Welt orientierten. Da auch das Proletariat mittelbar von der Ausbeutung der Dritten Welt profitierte, war eine Arbeiterinteressenpolitik für uns auch politisch falsch. Nicht von der Organisation des nationalen Proletariats, sondern durch den Befreiungskampf der Dritten Welt würde die Frage der Revolution entschieden werden. Die kulturrevolutionäre Erschütterung der kapitalistischen Staaten war darum der authentische revolutionäre Beitrag, der aus den Widersprüchen des Spätkapitalismus hervorgebracht werden konnte. Daß besetzte Institute, Kinderläden, Jugendzentren zu ›befreiten Gebieten‹ erklärt wurden, war nicht nur Revolutionsromantik. Vielmehr drückte sich darin das Gefühl aus, daß es einen internationalen Zusammenhang der Revolution gab, der sich bis in den selbstorganisierten und erkämpften Alltag hinein entfalten konnte.

Einige Hinweise zum politischen Inhalt des »Durchbrechens der Spielregeln«

Der antiautoritäre Inhalt des Kampfes gegen den Staatsapparat ist heute nicht so einfach nachzuvollziehen. Die Begriffe sind vielleicht noch bekannt, allein die politische Sprache wird nicht mehr verstanden. Vielleicht wird deutlich, was sich in unseren Köpfen verändert hat, wenn man die Rede von Rudi Dutschke auf dem Kongreß in Hannover, nach dem 2. Juni 1967, nachliest.

»Bei Professor Habermas kann es noch mit Marx so heißen: es genügt nicht, daß der Gedanke zur Wirklichkeit drängt, die Wirklichkeit muß zum Gedanken drängen. Das war richtig für die Zeit der transitorischen Notwendigkeit des Kapitalismus. Davon kann schon längst keine Rede mehr sein. Die materiellen Voraussetzungen für die Machbarkeit unserer Geschichte sind gegeben. Die Entwicklung der Produktivkräfte hat einen Prozeßpunkt erreicht, wo die Abschaffung von Hunger, Krieg und Herrschaft materiell möglich geworden ist. Alles hängt vom bewußten Willen der Menschen ab, ihre schon immer von ihnen gemachte Geschichte endlich bewußt zu machen, sie zu kontrollieren, sie sich zu unterwerfen; das heißt, Professor Habermas, Ihr begriffsloser Objektivismus erschlägt das zu emanzipierende Subjekt . . . (Beifall, Pfiffe)
Wir hatten in monatelanger Diskussion theoretisch herausgearbeitet, daß die bürgerliche Demokratie, in der wir leben, sich gerade dadurch auszeichnet, daß sie es dem Lord gestattet, mit seinem Hund spazieren zu gehen, und so auch den Vietnam-Protesten den Weg zur Verfügung stellt und die Kanalisierung des Protestes durchführt. Aus dieser . . . (Beifall) aus

dieser theoretischen Einschätzung der Integrationsmechanismen der bestehenden Gesellschaft ist es für uns klar geworden, daß die etablierten Spielregeln dieser unvernünftigen Demokratie nicht unsere Spielregeln sind, daß Ausgangspunkt der Politisierung der Studentenschaft die bewußte Durchbrechung dieser etablierten Spielregeln durch uns sein mußte . . .
Wir sind mit unseren Aktionszentren in Westberlin jetzt schon über eine Woche tätig, das ist der längste Zeitraum wirklich massenhafter, politischer Kontinuität, die wir je in Westberlin gehabt haben, wir haben die Hoffnung, daß diese räteartigen Gebilde an allen westdeutschen Universitäten in den nächsten Tagen gegründet werden, denn die rationale Bewältigung der Konfliktsituation in der Gesellschaft impliziert konstitutiv die Aktion, wird doch Aufklärung ohne Aktion nur zu schnell zum Konsum, wie Aktion ohne rationale Bewältigung der Problematik in Irrationalität umschlägt . . .
Ich fordere die Aktionszentren auf, daß sie koordinierte politische Aktionen in der ganzen Bundesrepublik und Westberlin in den nächsten Tagen und Wochen mobilisieren, denn es geht darum, daß wir für Dienstag in Westberlin eine Demonstration beantragt haben zur Aufhebung des Demonstrationsverbotes. Meine Damen und Herren! Sollte diese Demonstration nicht gestattet werden, so haben wir bei uns beschlossen, daß unmittelbar nach Verbot der Demonstration über Kampfaktionen gegen dieses Demonstrationsverbot beraten wird und darüber entschieden wird . . . (Starker Beifall, Zurufe)«
(Zit. nach: Frank Wolff, E. Windaus, *Studentenbewegung 1967-69*, Frankfurt 1977, S. 74)

Dem Text ist die Wucht dieser Rede zunächst kaum zu entnehmen. Mit den für das heutige Empfinden überaus dürren Worten, daß ›Aktionszentren‹ ›koordinierte politische Aktionen in der ganzen Bundesrepublik . . . mobilisieren‹ sollen, wurde, mit Worten zwar, aber nicht verbal, etwas ausgedrückt, was die politischen Verhältnisse tatsächlich ändern sollte: Es war die öffentliche Erklärung, daß wir angesichts eines blutigen Unterdrükkungsversuches nicht zurückweichen wollen, sondern den Kampf aufnehmen. Was diese scheinbar abstrakten Floskeln an bedrohlicher politischer Entschlußkraft bargen, spiegelt noch am ehesten die Reaktion von Habermas wider:

»Warum braucht er eine dreiviertel Stunde, um eine voluntaristische Ideologie hier zu entwickeln, die man vorher – – (Zurufe, Zischen) meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß Sie schon Ihren Kommilitonen vom RCDS besser hätten ausreden lassen! Mich lassen Sie bitte ausreden! – Ich bin der Meinung, er hat eine voluntaristische Ideologie hier entwickelt, die man im Jahr 1848 utopischen Sozialismus genannt hat und der unter heutigen Umständen – jedenfalls ich glaube, Gründe zu haben, diese Terminologie vorzuschlagen – linken Faschismus nennen muß. (Beifall, Pfui-Rufe, Pfiffe) – Ich – jawohl! Es sei denn, es sei denn, daß Herr Dutschke aus dem, was er an Überbau hier entwickelt hat, praktisch keine Konsequenzen zu ziehen wünscht. Das hätte ich gern geklärt. Ich hätte gern geklärt, ob er nun willentlich die manifeste Gewalt herausfordert nach den kalkulierten Mechanismen, die in diese Gewalt eingebaut sind und zwar so, daß er das Risiko von Menschenverletzung, um mich vorsichtig auszudrücken, absichtlich einschließt oder nicht. Die offizielle Version, gegen die Sie auf eine so überaus überzeugende, auf eine so überaus erfolgreiche Weise, meine Berliner Kommilitonen, in den letzten Tagen mit dem besten Recht angegangen sind, nämlich die Version, daß der Tod eines Kommilitonen auf das Konto von provokationistischen Studentengruppen geht, diese Version – und ich hätte das gern Herrn Dutschke gefragt – würde sie Wahrheit werden können, wenn seine Strategie sich durchsetzt? Oder habe ich ihn total mißverstanden?« (Zit. nach: Frank Wolff, E. Windaus, a.a.O., S. 76)

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß Habermas einer politischen Willenserklärung (die er als voluntaristische Ideologie zu fixieren versuchte) einen Begriff des kapitalistischen Staatsapparats entgegenhielt, der gegenwärtig fast wieder selbstverständlich geworden ist. Daß das Unterdrükkungspotential des kapitalistischen Staatsapparates für alle revolutionären Zufälle gerüstet ist, mit Handgranatengesetz, Antiterrorgruppen, Verfassungschutz etc., das wird insbesondere in den diversen *Roten Fahnen*, *KVZs* etc. heruntergebetet. Und der Verdacht liegt nahe, daß eine propagandistische Verdopplung der Macht des Staatsapparates eben den Zweck verfolgt, den Habermas seinerzeit verfolgte: die Ohnmacht des politischen Subjekts zu beschwören.

Was ist das politische Moment an Rudis Sprache? Er formuliert die revolutionäre Möglichkeit (daß die ›Abschaffung von Hunger, Krieg und Herrschaft materiell möglich geworden ist‹) und setzt dazu, was uns möglich ist: die ›bewußte Durchbrechung der etablierten Spielregeln‹. Er vertuscht nicht, sondern er formuliert die Spannung zwischen der Notwendigkeit der Revolution und unserer Praxis. In diesen abstrakten Formeln wird die politische Realität unendlich präziser festgehalten als in der gegenwärtigen inflationären Entwicklung von Kampfzielen und propagandistischen Kampffronten. Formeln wie »Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes«, »Kampf dem Berufsverbot«, »Kampf der Militarisierung der Polizei« etc. sind deswegen abstrakt, weil sie bloß Ziele propagieren und die subjektiven Kampfmöglichkeiten nicht zur Sprache bringen. Rudi forderte nicht zum »Kampf gegen die Vernichtungspolitik der studentischen Opposition (und aller fortschrittlichen Kräfte)« auf, sondern versuchte, eine mögliche Bewegungsform des politischen Subjektes zu artikulieren, auch um den Preis, daß er bloß von ›Aktionszentren‹ sprechen konnte. In Begriffen wie ›Durchbrechen der etablierten Spielregeln‹ wird nicht die Klassennatur des kapitalistischen Staatsapparates übersehen. Vielmehr: diese Begriffe sind deswegen politisch, weil sie noch die Merkmale des Begreifens bewahren. Dieser Hinweis auf die Sprache soll besagen, daß der Kampf gegen den Staat von der antiautoritären Bewegung als ein Problem der Mobilisierung und des politischen Lernens begriffen wurde. Die strategische Frage war die Frage: wie weit sind wir, was können wir tun. Die Protestbewegung protestierte weniger als die marxistisch-leninistischen Parteien heute, sie nannte allerdings ihre militanten Kämpfe Protest, während der Protest heute allemal ›Kampf‹ ist.

Ku-Damm-Krawalle und politische Erfahrung

Das ›Durchbrechen der Spielregeln‹ wäre als bloße politische Taktik mißverstanden. Es war genaugenommen unser politisches Sinnesorgan. Das Durchbrechen der Bannmeile, das Einschlagen der Rektoratstüren, die Eier

aufs Amerikahaus, die Steine in die Schaufensterscheiben waren nicht einfach spontane Widerstandsakte. Überhaupt war dabei wenig Spontanes. Man kehrte oft genug von Demonstrationen zurück mit dem leeren Gefühl, immer noch keinen Stein geworfen zu haben. Aber nicht die Spontaneität des politischen Aktes war entscheidend, sondern die Entfaltung einer neuen politischen Wirklichkeit gegenüber einer Gesellschaft, in der nichts möglich war außer Anpassung.

»Exemplarisch sind in diesem Zusammenhang die Demonstrationen, die nicht als politische Aktionen an sich erfolgreich waren, deren Haupterfolg vielmehr in der überdimensionalen Berichterstattung der Boulevardpresse bestand: also die vielen kleinen Aktionen von 1966 und 1967, die mit dem Namen ›Spaziergangsdemonstrationen‹ und ›Wasserspiele am Kranzlereck‹ ihre rituelle Bezeichnung gefunden haben. Diese zeitweise fast wöchentlich stattfindenden, in ihrem Charakter stets gleichbleibenden Aktionen sind damals auch innerhalb der studentischen Linken oft kritisiert und in ihrem politischen Sinn angezweifelt worden. Sie trugen in der Tat Züge von Perspektivlosigkeit und Wiederholungszwang in sich und schienen nur für den Effekt in der Presse produziert worden zu sein. Die bei den Spaziergangsdemonstrationen von der Kommune ausgeteilte Parole, daß demonstrieren Spaß machen müsse, gab den rechten Kritikern, denen mangelnder Ernst ein Sakrileg war, und den linken Kritikern, für die der Spaß den Mangel an politischer Perspektive nicht aufwog, gleichermaßen Auftrieb. Es schien so, als seien die Studenten auf die extensive Berichterstattung der *Bild*-Zeitung hereingefallen, die in dem Maße, wie sie diese Aktionen verdammte, zur Wiederholung aufforderte und dadurch tatsächlich die studentische Praxis an einem harmlosen Punkt zu fixieren schien. Die abstrakte Gegenübersetzung von Wiederholungszwang und politischer Vernunft erbringt jedoch nichts, sie konnte schon damals nicht erklären, warum jene Demonstrationsrituale mindestens ebenso sehr wie die politische Aufklärung zur Erweiterung der studentischen Basis beitrugen. Die permanenten Krawalle auf dem Kurfürstendamm erscheinen in einem anderen Licht, wenn sie als das betrachtet werden, was in der Psychoanalyse unter dem Begriff Wiederholung dialektisch entfaltet wird: als entscheidendes Mittel, diejenigen Widerstände gegen Selbstbefreiung zu brechen, die in der Individualanalyse allein die Erinnerung – und in der politischen Praxis allein das politische Räsonnement – nicht zu brechen vermag. Daß gerade die Spaziergangsdemonstrationen trotz aller Kritik außerordentliche Attraktivität besaßen und immer neue Gruppen mobilisierten, wird erst in dieser Perspektive verständlich. Längst entschwundene individuelle Konflikte in der Familie und Schule, verdrängte Erfahrungen von unmittelbarer Bedrohung durch physische Gewalt wurden unter veränderten Bedingungen aktualisiert, wurden wiederholbar und veränderten sich in der Wiederholung: die individuelle Konfrontation mit der Gewalt, die ehemals nur durch Identifikation mit dieser Gewalt erträglich geworden war, wiederholte sich als kollektive, und selbst die Frustration, die diese Auseinandersetzungen als bloßes Spielen mit der Gegengewalt mit sich brachten, war als kollektive Frustration eine andere als die nur individuell erfahrene. Der in der Gestalt der Polizei auftretenden Autorität konnte anders begegnet werden als den Autoritäten, die man, um nicht unterzugehen, verinnerlicht hatte. Im kollektiven Standhalten gegenüber der autoritären Gewalt der Polizei blieb die Beschimpfung, die Verhöhnung, das Auslachen der Autorität nicht mehr auf die geheimen Phantasien der Einzelnen beschränkt. Im Angriff auf die Polizei und selbst noch im Wegrennen spielten nicht nur Angst und Gewissensbisse, sondern auch Geistesgegenwart und Muskelbewegung eine Rolle, Waffen, die zunächst gegen die Gewalt der verinnerlichten Zwänge wirksamer waren als gegen die Staatsgewalt. In der schützenden Anonymität der Masse ging darum nicht, wie das bürgerliche Ressentiment unterstellt, die subjektive Energie des Einzelnen unter, sie kam hier erst zu ihrem Recht. Daß spontanes Handeln, kollektive Initiative, Selbstorganisation der Masse nicht nur auf Diskussionen

eingeübt werden konnte, sondern Errungenschaften der agierenden Masse selbst waren, beweist, welch mächtige Triebkraft die Aufhebung individueller Unterdrückung für die Selbsttätigkeit der Masse ist . . .
Der Wichtigkeit, die die periodischen Krawalle auf dem Kurfürstendamm für die Konsolidierung der anti-autoritären Bewegungen gehabt haben, entsprach freilich die relative Unklarheit, die diese Aktionen nach außen hin hatten.
Die *Bild*-Zeitung (stellte), wenngleich in denunziatorischer Absicht, den politischen Zusammenhang wieder her, der in dem Öffentlichkeitsargument der Studenten verlorenzugehen drohte. Die Studenten konnten aus der *Bild*-Zeitung lernen, daß ihr Versuch, ein öffentliches Problembewußtsein über Vietnam zu schaffen, nicht genügte; daß ihr Kampf wirklich der Kampf gegen den Staatsapparat war; daß ihre Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt nur im Angriff auf die Ruhe und Ordnung der herrschenden Bürokratien in den Metropolen Realität gewinnen konnte. Sie mußten darüber hinaus lernen, daß die Lahmlegung des Kurfürstendamms noch nicht, wie Springer zugleich suggerierte, die unüberschreitbare Grenze im Kampf gegen den Staatsapparat war.« (Zit. nach: SDS/KU-Autorenkollektiv, *Der Untergang der Bild-Zeitung*, Berlin o. J., S. 120 ff.)

Wendung zur Militanzideologie

In den Krawallen organisierte sich nicht nur die antiautoritäre Bewegung, sie war auch gezwungen, das, was sie auf der Straße tat, öffentlich zu vertreten. Sie war gezwungen, jeden politischen Schritt zu rechtfertigen. Die segensreiche Rolle bestimmter rechter Kritiker der Studentenbewegung ist nicht zu unterschätzen. Hier könnte man wirklich melancholisch werden, weil es gegenwärtig keinen vor Empörung roten Runge mehr gibt, der gerade *den* Text von Marcuse gelesen hatte, den wir Tags zuvor praktisch umzusetzen versucht hatten, und der uns zur Rede stellt.
Ich meine damit die ›Gewaltdebatte‹. Diese Diskussion, die in der gesamten Geschichte der antiautoritären Bewegung durchgehalten wurde, war von zentraler Bedeutung für die politische Konsolidierung der mobilisierten Studentenmassen. Es fing an mit den Eiern gegen das Amerikahaus, Ostern 67, über die die Ostermarschierer vor Wut schäumten. Provoziert wurde diese Diskussion nicht zuletzt immer wieder von ›Liberalen‹ und ›Radikaldemokraten‹, die bei jedem Steinwurf um den Verlust der studentischen Massenbasis zitterten und jede erreichte Stufe der Militanz wie eine Bastion verteidigten. In der Rechtfertigung gegenüber diesen Argumenten analysierten wir nicht nur den Staatsapparat, sondern loteten auch den real möglichen Widerstand aus. Nicht die allgemeinen Repressionsmöglichkeiten des Staatsapparates wurden herausgearbeitet. Vielmehr ging es um die Frage: Welche politischen Möglichkeiten hat der Staat, wie weit kann er gehen, wenn wir uns so oder so verhalten. Die ›Büßerdemonstration‹ nach dem 2. Juni ist ein Beispiel dafür, daß wir uns auch wieder in die politische Ironie flüchten konnten, wenn wir in die Gefahr gerieten, in das berühmte ›offene Messer‹ zu rennen. Wir akzeptierten die Auflage, mit Ordnern zu demonstrieren, und organisierten eine Demonstration, bei der auf 200 Ordner 1 Demonstrant kam.

Dennoch: diese politische Elastizität ging unmerklich verloren. Mit der Gewaltdiskussion entstand langsam eine Militanzideologie, wonach eine Demonstration bald politisch fragwürdig wurde, bei der nicht Schaufensterscheiben zu Bruch gingen. Die Wende kam mit der Straßenschlacht am Tegeler Weg, November 1968 (»die turbulenteste Straßenschlacht der deutschen Nachkriegsgeschichte«, *Die Zeit*): Nach den sogenannten Osterunruhen drohte uns eine umfassende Kriminalisierung. Es wurden über 1000 Verfahren eingeleitet gegen diverse ›Rädelsführer‹. Zu der Justizkampagne, die wir angesichts dieser politisch defensiven Situation vorzubereiten versuchten, fiel uns praktisch nichts ein. Die Justizkampagne war das schlechte Gewissen aller SDS-Diskussionen dieser Zeit. Ich kann mich an ein optimistisches Konzept erinnern, wonach sich die Justiz schon mit den 1000 Verfahren selbst lahmlegen würde – eine wahrlich rührende Einschätzung der Funktionsweise der Klassenjustiz. – Vor dem Berliner Landgericht am Tegeler Weg sollte gegen Horst Mahler ein Ehrengerichtsverfahren stattfinden, aufgrund des Vorwurfs, er habe nach den Schüssen auf Rudi Dutschke mit das Springer-Hochhaus gestürmt.
Wir hatten uns für einen *Angriff* vorbereitet, mit Helmen und Stöcken. Die ersten Reihen für den Sturm auf die Polizeibarriere waren festgelegt. In dem folgenden Straßenkampf gelang es, die Polizei mehrfach zurückzuschlagen. Am Schluß waren zehnmal mehr Polizisten verletzt als Genossen. In militärischen Kategorien hatten wir den ersten Sieg auf der Straße errungen. Ein Sieg, der in die Zukunft zu deuten schien, weil zum erstenmal auch das Proletariat in Gestalt von Rockern mitgekämpft hatte.

»Ich glaube, die eigentliche Militanz ist darin zu sehen, daß die Demonstration in verschiedenen Etappen eine Organisation verriet und eine relative Ordnung, wie sie bisherige Demonstrationen nicht verraten haben. Und das hängt wiederum damit zusammen, daß die Demonstranten nicht ausschließlich Studenten waren, die ja noch zu Ostern in panischem Schrecken vor zwei Polizeiketten – 2000 Studenten den Kurfürstendamm heruntergerannt sind, sondern diese Demonstration bestand aus einer Melange von Lehrlingen, jungen Arbeitern und gewissen Kadern an der Universität, insbesondere eben denen, die unmittelbar von der Justiz betroffen waren. Und was wir daraus lernen, aus dieser Demonstration, ist das, daß wir tatsächlich in einem viel stärkeren Maße, als wir jemals angenommen hatten, solche Aktionen und Demonstrationen planen können und daß wir auch den Einsatz der Gewalt planen können.
Und es müßte eigentlich für uns alle klar sein, daß es keine Fortsetzung einer solchen Demonstration gibt, linear gewissermaßen, daß wir es auch nicht in erster Linie als 'nen existentialistischen Befreiungsakt betrachten müssen, sondern daß wir es in erster Linie unter planerischen und organisatorischen Gesichtspunkten betrachten müssen. Was mich selbst anlangt in dieser Demonstration, so war mir von vornherein klar, daß ich eben so militant wie möglich vorgehen würde dort, aber mir war natürlich nicht klar, daß das diese Formen annehmen würde und diese relative strategische – Verzeihung! taktische Geschlossenheit annehmen würde. Und deswegen glaube ich, daß gerade die Demonstration am Montag uns lehrt, daß wir jetzt über eine viel größere Kampfvielfalt verfügen . . .«
(Zit. nach: Frank Wolff, E. Windaus, a.a.O., S. 176)

In dieser Analyse von Semler wird der ›Tegeler Weg‹ schon als neue Etappe im revolutioären Kampf umgedeutet. Mit dem Beweis der Militanz konnte man sich einen Ausbruch aus der Defensive der Justizkampagne erhoffen. Es war eine neue Etappe, allerdings in einem anderen Sinn. Wir hatten uns auf die Ebene des Machtkampfes begeben, und mit dem Sieg war für uns im Grunde schon klar geworden, daß es da nicht weiterging. Wir berührten die Klassengrenze der antiautoritären Bewegung. Mit dem Tegeler Weg begann ein doppelter ideologischer Prozeß, der von uns – zu unserem Schaden – nicht offengelegt wurde. Der Begriff des Staatsapparates entpolitisierte sich und erstarrte zum immer totaler werdenden Panorama einer Repressionsmaschine. Gleichzeitig entwickelte sich die Einsicht, daß wir eine historische Grenze erreicht hatten. Wir standen vor dem politischen Ende der antiautoritären Provokationsstrategie.

Machtverlust und die vergessenen politischen Fehler

Diese entscheidend wichtige Einsicht wurde nicht in das Zentrum der Strategiediskussion gerückt, sondern wurde in Konzepten des langfristigen Parteiaufbaus rationalisiert und verschoben. Mit der ML begann die Vernebelung der politischen Wirklichkeit. Aktionismus am Ku-Damm galt als kleinbürgerlich, gegen ihn wurde die geduldige Organisationsarbeit im proletarischen Bereich ausgespielt. Angesichts unserer politischen Grenze zerschlugen wir das Kampfinstrument der Demonstration lieber selbst: Bei Anlässen, bei denen wir reagieren mußten, wie bei dem Einfall des US-Imperialismus in Kambodscha, wurde die Demonstrationsroute systematisch durch proletarische Viertel gelegt, wo wir nur noch mechanisch ›Sieg im Volkskrieg‹ rufen konnten, uns aber sicher nicht mit der Polizei anlegen würden. Das Proletariat wurde dabei als Instrument zur Lähmung des antiautoritären Aktionismus mißbraucht.

Die folgende Entwicklung soll nur in groben Zügen angedeutet werden: insbesondere die marxistisch-leninistische Politik oder Propaganda begann, die allgemeinen Repressionsmöglichkeiten des kapitalistischen Staatsapparates mit seiner konkret möglichen Politik zu identifizieren. Die tagespolitische Analyse, die die Schwächen und Widersprüche des Gegners hätte bloßlegen können, verschwand. Im Gegenteil: die Stärke des Gegners verschmolz mit der propagandistischen Linie der linken Sekten. Mit der umfassenden Repressionsmacht des Staates wurde die politische Schwäche, die Gespaltenheit und strategische Unsicherheit der Linken rationalisiert.

Der Ausbau des Unterdrückungsapparates im Zuge der RAF-Verfolgung legitimierte Tag für Tag die Notwendigkeit des Parteiaufbaus.

»Die RAF hatte zum ersten Mal in der Geschichte der ›Neuen Linken‹ das Monopol des Staates auf Gewaltanwendung in aller Öffentlichkeit in Frage gestellt. Es war allen bewußt, daß der Staat diese Herausforderung mit einem Vernichtungsfeldzug beantworten würde.

Goethe Institut e.V. Bibliothek

Zugleich war die Linke durch Spaltungen im Zuge der Konkurrenzkämpfe marxistisch-leninistischer Aufbauorganisationen politisch geschwächt. Die Propagierung der Organisationsschemata stand zu den Erfordernissen des illegalen Kampfes in einem flagranten Widerspruch. Mit der RAF-Verfolgung erhöhte sich so automatisch der Legalitätsdruck auf die kommunistischen Organisationen. Die organisatorischen Voraussetzungen, vor allem die spontanen Organisationsformen für Massenaktionen, für Kampagnen, für die Mobilisierung der Öffentlichkeit waren durch die Spaltungsprozesse innerhalb der Linken ruiniert worden, bzw. galten in der Regel als Praktiken spontaneistischer Fraktionen. Unter diesen Bedingungen setzte sich die naturwüchsige Tendenz durch, daß die einzelnen Gruppen weniger darüber nachdachten, wie eine gemeinsame Kampffront gegen die Verfolgungsmaschine aufzubauen sei, sondern viel eher aus ihrem Gruppenegoismus heraus ihr Verhältnis zur RAF und zum Staatsapparat bestimmten. Mit der RAF-Verfolgung nahm jedenfalls erst einmal die Zerrissenheit, die innere Feindschaft und die ideologische Diskriminierung zu . . .
Der Versuch linker Organisationen, sich von der angegriffenen RAF zu distanzieren und zugleich zum Widerstand gegen den reinen abstrakten Terror des Staates aufzurufen, mußte notwendig in eine ohnmächtige Nachtrab- und Protestpolitik münden.«
(Zit. nach: Rote Hilfe West-Berlin, »Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken, in: *Kursbuch 31*, S. 35)

Die Instrumentalisierung der Verfolgung und Niederlage der RAF hat nicht nur die Solidarität innerhalb der Linken zerrüttet, sie hat unsere politische Ohnmacht unbegreifbar für uns gemacht.
Nach der Erschießung von Georg von Rauch hatten wir den Berliner Innensenator Neubauer als politisch Verantwortlichen entlarvt. Aber auf die Forderung nach dem Rücktritt von Neubauer reagierte ein großer Teil im teach-in mit Lachen. Es war das unfreieste Lachen, das ich jemals gehört habe. Zwei Gründe hatte es: Es sei politisch falsch, gegen eine Charaktermaske zu kämpfen; und: er wird ohnehin nicht zurücktreten. Abstrakter Marxismus und reale Ohnmacht hatten sich unlösbar verbunden.

Die Angst vor dem Proletariat

Am Anfang war unser Verhältnis zum Proletariat realistisch und beschissen. Wir hatten Angst. In unsere langen Haare verborgen gingen wir in nicht allzu schnellem Schritt an pöbelnden Bauarbeitern vorbei. Für die Müllkutscher, die auf der vom Senat veranstalteten Gegenkundgebung gegen den Vietnamkongreß 1968 vor dem Schöneberger Rathaus voller Wut gelobten, dem Spuk ein Ende zu machen (der Spuk waren wir) und einen Mann, der nicht mal im Haarschnitt Rudi glich, als Rudi Dutschke verprügelten, für diese Müllkutscher hatten wir keinen überzeugenden Begriff. Sollten wir sie als Mobilgarde der Konterrevolution oder als manipulierte Arbeiter begreifen? Wir hatten Angst, in eine Straßeneckendebatte zu geraten und auf die Aufforderung ›geht doch nach drüben‹ zum hundertsten Mal nicht die ›richtige‹ und zugleich spontane Antwort zu wissen. Aber: die antiautoritäre Provokationsstrategie, die die Reaktionen der Arbeiter politisch ignorierte, resultierte nicht aus dieser Angst. Vielmehr wurden die aggressiven Reaktionen der Arbeiter eher als Rechtfertigung

unserer Politik begriffen. Auch wenn sie feindselig reagierten, waren sie doch nicht unsere Feinde. In ihren Reaktionen lag etwas Richtiges, wenn auch auf die vertrackteste Weise verzerrt. Wir waren gezwungen, sie theoretisch begreifen zu lernen.
Die Aufforderung ›geht doch nach drüben‹ verbarg die richtige Frage ›warum geht ihr nicht nach drüben?‹, d. h. wie unterscheidet sich euer Sozialismus von dem der DDR? Als wir die Frage erkannten, die ›DDR-Frage‹, erkannten wir auch, daß wir sie nicht beantworten konnten. Es war noch nicht die Zeit, wo Kommunisten mit dem Anspruch, auf alle Fragen eine Antwort zu wissen, Politik machten. – Der Ausspruch ›euch sollte man vergasen‹ schien zunächst eine typische faschistische Äußerung, bis wir begriffen, daß diejenigen, die das sagten, sich sicher nicht organisieren und zur Waffe greifen würden. Sie selbst waren Opfer der Geschichte und, provoziert durch uns, formulierten sie die Möglichkeit von Vernichtung. Erfahrungen, die sie schlucken mußten, äußerten sich gleichsam als Introjekt: dieser Ausspruch enthielt also auch die geheime Warnung ›paßt auf, sonst werden sie euch vergasen‹. – In diesen theoretischen Analysen begegneten wir der Geschichte des Proletariats. Eine Erfahrung, die wir dann selbst zerstörten, als wir um des Aufbaus der proletarischen Organisation willen das reale deutsche Proletariat zum abstrakten Repräsentanten des Hauptwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital umformten.

»Transformation der antiautoritären in eine proletarische Bewegung«
Das Feld der theoretischen Erfahrungen waren die Straßenagitationen, die von uns zuerst nach dem 2. Juni 1967 bewußt aufgenommen worden waren und die Ostern '68 intensiviert wurden. Ostern '68, nach dem Attentat auf Rudi und den folgenden Kämpfen gegen den Springerkonzern, war die Phase, in der die jungen Arbeiter und Lehrlinge politisiert wurden. Die Frage nach der richtigen Agitation war nicht die Frage nach der richtigen sprachlichen Maske, sondern schon die Frage, wie unsere Politik durchgesetzt werden kann.
Der Arbeiter sollte politisiert werden, aber nicht dadurch, daß wir uns zum besten Interpreten seiner wahren Interessen aufschwangen, sondern dadurch, daß wir uns verständlich machten. Der Gegensatz zwischen Arbeitern und Studenten wurde nicht vertuscht. Vielmehr: das Bewußtsein, daß die Spannung zwischen dem radikalisierten Studenten und dem aggressiven Arbeiter aufrechterhalten werden mußte und um keinen Preis durch Anpassungsmanöver an das Proletariat entwertet werden durfte, war getragen von der Hoffnung, daß sich mit der Klassenvermischung eine ungeheure revolutionäre Produktivkraft entfalten ließe. Aber das war nur dann möglich, wenn in dieser Konfrontation niemand sich zwingen ließ, um einer vorläufigen Verständigung willen die politische Identität preiszugeben.

Von dieser Hoffnung war die Basisgruppenbewegung, die nach Ostern '68 begann, getragen. Mit ihr sollte eingeleitet werden, was in einer schon etwas beunruhigend mechanistischen Formel die »Transformation der antiautoritären Bewegung in eine proletarische Bewegung« hieß. Daß damit eine qualitative Veränderung unserer Politik einhergehen würde, war klar:

»Die Schwierigkeiten, in die die Studentenbewegung in dem Augenblick geriet, da ihr der Arbeiter, mit dessen Apathie wir uns abgefunden hatten, als Genosse begegnete, machten deutlich, daß wir nicht nur gegen unsere individuelle Geschichte, sondern auch gegen unsere Tradition als politische Bewegung anzukämpfen hatten, um die studentische Protestbewegung in eine sozialistische Bewegung zu überführen. Darum haben wir den Genossen, die noch auf jene Funktionäre hören, die dauernd den Verlust der studentischen Massenbasis befürchten und die Mobilisierung der Studenten als Problem verewigen wollen, folgendes zu sagen: die Sicherung der studentischen Massenbasis, die Konsolidierung der Studentenbewegung an der Universität nützt nichts, wenn sie nicht dazu dient, die Klassenschranken in den universitären Institutionen und im Bewußtsein der Studenten niederzureißen, die Wissenschaft der Arbeit in den Basisgruppen, dem Kampf der Lehrlinge und Schüler, der Ausbildung revolutionärer Lehrer, Ärzte, Ingenieure zur Verfügung zu stellen, die Universität zu einer Produktionsstätte für den Klassenkampf zu machen.

Die Krise, in die die Studentenbewegung geraten ist, seit der studentische Kampf seine ersten Reflexe in der Arbeiterschaft gezeigt hat, ist die einzig produktive Krise, in die eine revoltierende Studentenschaft geraten kann. Die Langsamkeit und Mühseligkeit, mit der diese Transformation der Studentenbewegung sich organisatorisch festigt, sollte darum niemanden ungeduldig machen. Es gibt unter den vielen Übergangsphasen, die wir durchgemacht haben, keine entscheidendere und schwierigere als die, in der sich der studentische Kampf als in einen sozialistischen und proletarischen Kampf transformierbar erweisen muß.

Wir haben unter diesem Gesichtspunkt unsere gesamten theoretischen und praktischen Prämissen neu zu überprüfen. Das Urteil, vor dem sich unsere Praxis zu verantworten hat, ist nicht mehr die bürgerliche Presse, auch nicht mehr die *Bild*-Zeitung, es ist das Urteil der Arbeiterklasse. Die Provokationstechniken, die wir in unseren Aktionen erprobt haben, müssen daraufhin überprüft werden, ob sie ihre Funktion erfüllt haben und in solche Aktionen überführt werden können, die den Arbeitern unmittelbar nützen und organisatorische Konsequenzen für den gemeinsamen Kampf zwischen Arbeitern und Studenten haben. Und wir müssen angesichts der Tatsache, daß die revolutionärsten Gruppen in der Basisarbeit, in der Lehrlings-, Schüler- und Sozialarbeiterbewegung zu scheinbar reformistischen Praktiken greifen müssen, auch den Begriff von revolutionärer und reformistischer Arbeit überprüfen, der an der Universität für uns klar unterscheidbar und fast problemlos geworden ist.«

(Zit. nach SDS/KU-Autorenkollektiv, *Der Untergang der Bild-Zeitung*, a.a.O., S. 125 f.)

Solche Sorgfalt und Freundlichkeit der theoretischen Analyse scheint mit der Liquidation der antiautoritären Bewegung untergegangen zu sein. Dieses Zitat erhellt präzis die Wende der Bewegung. Es ging dann sehr schnell. Ein halbes Jahr, nachdem dieser Text erschienen war, wurden aus den benannten Schwierigkeiten Vorwürfe, aus den Widersprüchen in der Praxis ideologische Unterschiede, aus ›Langsamkeit und Mühseligkeit‹ der politischen Arbeit im ›proletarischen Bereich‹ ›Handwerkelei‹. Die vehemente Beschleunigung der Spaltungen innerhalb der Bewegung und die Einmündung der Spaltungsprozesse in konkurrierende Organisationen hat nachträglich das Bild des naturwüchsigen Scheiterns der antiautoritären

Bewegung entstehen lassen. Über das, was sich in den Jahren 69/70 abgespielt hat, gibt es kaum genaue Darstellungen.
Kein Wunder: mit zu vielen Fragen wurden wir konfrontiert, und wir hatten den Kopf zu voll von Strategien und Organisationskonzepten. Als dann die Widersprüche innerhalb der Bewegung als Parteien legalisiert wurden und diese den Fundus der Arbeiterbewegung plünderten, um ihre Herkunft aus der Krise der antiautoritären Bewegung zu vernebeln, wurde auch diese Periode ideologisch bereinigt. Nicht Perspektivlosigkeit, Angst vor Zukunft, nicht Ratlosigkeit, wie im Alter von 30 Jahren das Leben weitergehen sollte, spielten mehr eine Rolle. Auf einmal gab es Genossen, die in der Uniform der höheren Einsicht »in die Notwendigkeit des Aufbaus der Partei« die Besitztümer der Bewegung verteilten. Wer bekam die RPK? Wer bekam das Sozialistische Zentrum? Wer bekam die DIN A3-Druckmaschine, die doch vordem allen gehörte? Ebenso wie wir unseren kleinen Verrat an Solidarität gering schätzten, weil er historisch notwendig schien, schätzten wir unsere damaligen politischen Handlungsweisen und Erfahrungen für Nichts, weil es das Proletariat zu organisieren galt. Für diesen Selbstbetrug bezahlen wir heute noch.

Strategiedebatte und die Verdrängung der politischen Erfahrung
Zwei Gefühle beherrschten uns während der antiautoritären Bewegung und machten uns sicher: einmal das Gefühl der Einigkeit, das in jedem Ku-Damm-Krawall erneuert wurde. Nichts schien absurder, als daß auf dem Vietnamkongreß im Frühjahr '68 die französische Delegation mit zwei Organisationen vertreten war. Daß es auch bei uns Fraktionen geben konnte, schien undenkbar. Als Ostern '68 mit der bundesweiten Blockade der *Bild*-Zeitungs-Auslieferung die Bewegung sich schubartig verbreiterte und zugleich mit der Basis-, Betriebs- und Stadtteilarbeit neue Praxisgebiete wichtig wurden, löste sich der gemeinsame Lernprozeß auf. Die neuen politischen Erfahrungen konnten nicht mehr ohne weiteres verallgemeinert werden, und es entstanden unterschiedliche Vorstellungen von richtiger Politik. Insbesondere die Basisarbeit mußte sich, von vornherein und ehe sie noch ihre unmittelbare Praxis geklärt hatte, mit der Frage auseinandersetzen, wie Betriebsgruppenarbeit mit der Justizkampagne und dem internationalistischen Kampf zusammenhängt. Die Genossen gerieten in den Verdacht, ins Proletariat wegzutauchen. Ihre Einsicht, daß die Kampagnenpolitik nicht bruchlos in der Betriebsarbeit fortzuführen sei, daß es gelte, zunächst das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen und sich auf die konkreten Bedingungen des jeweiligen Betriebes einzulassen, wurde als Abgleiten in ›Realpolitik‹ (Rabehl) denunziert. In dieser Denunziation steckte ein wahrer Kern, der um keinen Preis hätte ignoriert werden dürfen: die Einheit der Bewegung stand tatsächlich auf dem Spiel, *weil* sich die politi-

sche Arbeit konkretisierte. Es wäre notwendig gewesen, eben diese Einheit produktiv aufzulösen, die Dezentralisierung und Konkretisierung der antiautoritären Praxis bewußt anzugehen, selbst um den Preis des Verlustes an politischer Macht. Statt dessen begann die Suche nach einer neuen Strategie (und später die Suche nach der ›richtigen‹ Organisation), um diesen Prozeß wieder unter die Kontrolle zu bringen. In diesem Verhalten liegt die Quelle eines großen Teils der späteren politischen Fehler: *mit den Mühen der Strategiefindung wurden die neuen politischen Erfahrungen derart strapaziert, bis sie nicht mehr erkennbar waren. Die Strategiediskussion verlor die Beziehung zum Stand der Erfahrungen und zum Bewußtsein des politischen Subjektes.* Sie wurde instrumentell.

Das zweite Gefühl während der antiautoritären Bewegung war schon wesentlich ambivalenter: das Gefühl ›die Revolution steht vor der Tür‹ – uns muß nur der richtige nächste Schritt einfallen und: der Faden darf nicht abreißen. Ideologisiert wurde dieses Gefühl in der Mobilisierungsstrategie bis hin zu dem eine Zeitlang fast selbstverständlichen Konzept, daß das Militantere auch das politisch Richtigere sei. Mit der Straßenschlacht am Tegeler Weg Herbst '68 erlitten wir den ersten Schock. Um den Machtkampf mit dem Staatsapparat aufzunehmen, war es offensichtlich zu früh. Wir haben aber diese Erfahrung nie richtig verarbeitet. Statt dessen wurde die Militanz selber zur Ideologie, zum Hebel für das Vorantreiben der Kämpfe. Dabei überschritten wir unbemerkt eine entscheidende Grenze: wir waren dabei, *uns aus einer radikalen Bewegung in eine militante Minderheit zu verwandeln*, für die es dann – um Habermas *hier* zu zitieren – die kalkulierbaren Mechanismen der Staatsgewalt gab.

Warum waren wir nicht in der Lage, uns diese Grenze bewußt zu machen? Vielleicht, weil damit unsere persönliche Geschichte auf einmal anders ausgesehen hätte. Bis zu diesem Zeitpunkt konnten wir *unsere* Radikalisierung mit der Entfaltung der Bewegung gleichsetzen: je mehr wir uns die Möglichkeiten revolutionärer Gewalt aneigneten, desto machtvoller wurde die Bewegung. Diesen Zusammenhang hat insbesondere eine Fraktion zum Hauptprinzip erhoben: die Rote Armee Fraktion. Ihre erste Erklärung im Juni 1970, nach der Befreiung von Baader, teilt die Genossen in ein ›wir‹, die bis zur letzten revolutionären Konsequenz gegangen sind, und ein ›ihr‹, die daraus eine revolutionäre Agitation zu entwickeln haben:

»Die Baader-Befreiungs-Aktion haben wir nicht den intellektuellen Schwätzern, den Hosenscheißern, den Alles-besser-Wissern zu erklären, sondern den potentiell revolutionären Teilen des Volkes. Das heißt denen, die die Tat sofort begreifen können, weil sie selbst Gefangene sind. Die auf das Geschwätz der ›Linken‹ nichts geben können, weil es ohne Folgen und Taten geblieben ist. Die es satt haben!

Den Jugendlichen im Märkischen Viertel habt ihr die Baader-Befreiungs-Aktion zu erklären, den Mädchen im Eichenhof, in der Ollenhauer, in Heiligensee, den Jungs im Jugendhof, in der Jugendhilfsstelle, im Grünen Haus, im Kieferngrund. Den kinderreichen Familien, den

Jungarbeitern und Lehrlingen, den Hauptschülern, den Familien in den Sanierungsgebieten, den Arbeiterinnen von Siemens und AEG-Telefunken, von SEL und Osram, den verheirateten Arbeiterinnen, die zu Haushalt und Kindern auch noch den Akkord schaffen müssen – verdammt!«
(Zit. nach: *Agit 883*, Nr. 62, 6. 6. 70)

Die Haltung, durch radikale persönliche Konsequenzen das Ziel der Revolution festzuhalten, zeigte sich auch in dem öffentlichen Schritt in die Illegalität. Die Genossen der RAF tauchten so unauffällig unter wie ein Mann, der vor unseren Augen in der Wand verschwindet. Die Bombenserie im Frühsommer '71 war nicht nur eine offene Herausforderung des Staates, sondern auch eine Beschwörung der Ziele antiautoritärer Militanz: so wurden Bomben gegen Springer, gegen die US-Armee, gegen den Polizeiapparat und gegen die Justiz gelegt. Diese quasi militärische Fortführung der antiautoritären Militanzideologie hatte nie die Chance, den Volkswiderstand zu erwecken; sie taugte nur zur Erpressung der Sympathisanten. *Denn die Grenze antiautoritärer Militanz war eine Klassengrenze.*
Diese Klassenschranke wurde mit der Basisarbeit bewußt, aber leider nicht öffentlich diskutiert. Unsere Opfer, unsere Militanz, unser Risiko, wegen Demonstrationsdelikten verurteilt zu werden, unser Mut beim Steinewerfen brauchten wir zwar vor dem Arbeiter nicht zurückzunehmen. Aber: angesichts der Machtverhältnisse im Betrieb, angesichts der wirklichen Probleme des ›Alltagslebens der Volksmassen‹ zeigte es sich, daß unsere Radikalisierung unsere Sache war. Wir waren so weit, und mußten von vorne anfangen. Lohnkämpfe ließen sich nicht mit Militanz abhandeln, und welche Rolle wir dabei spielen würden, war gänzlich unklar. Der narzißtische Schock angesichts dieser Klassenschranke war, daß wir diese durch unsere Radikalisierung nicht überwinden konnten.
Die politischen Konsequenzen aus dieser Erfahrung lagen eigentlich auf der Hand: nicht nur Geduld mit den neuen Praxisansätzen, sondern ein Schritt zurück war notwendig. Wir waren nicht mehr das revolutionäre Subjekt, sondern hatten eigentlich die Pflicht, uns in politische Studenten zurückzuverwandeln. Innerhalb der allgemeinen revolutionären Aufgaben galt es, unsere besondere Aufgabe zu entdecken, unsere besonderen Fähigkeiten einzusetzen. Wir hätten beginnen müssen, uns zu Anwälten des Volkes, zu Lehrern, zu Ärzten zu qualifizieren, die anfangen, die alltäglich diffamierten Rechte des Volkes zu verteidigen. – Nicht nur für diesen Fall, sondern auch für die anderen Bemerkungen in diesem Zusammenhang gilt, daß die Einsichten irgendwie gemacht worden sind, allerdings in einem parteitaktischen oder strategischen Zusammenhang, der diese um das Beste brachte, um die selbsttätige Verwirklichung: Die Parole »Dem Volke dienen« entspricht äußerlich zwar dem oben erwähnten Anspruch, aber praktisch hatte sie die politische Entmündigung der politischen Intelligenz gegenüber

der Weisungsbefugnis der Partei zur Konsequenz. Die zweite Konsequenz aus der Erfahrung der Klassenschranke der Bewegung ist weniger deutlich. Wenn die antiautoritäre Politik nicht liquidiert werden sollte, welche Wendung mußte sie dann nehmen? Das, was wir uns während der antiautoritären Revolte an alltäglicher Freiheit und selbstbestimmtem Leben erkämpft hatten, hätten wir mit dem proletarischen Alltag konfrontieren müssen. In den proletarischen Stadtteilen herrschten ja noch die 50er Jahre mit allen Konnotationen: Antikommunismus, Kommunikationslosigkeit, Mißtrauen gegenüber dem Nachbarn, kostspieligen ›Anschaffungen‹ und isolierter Kleinfamilie. Hier lag die Chance der antiautoritären Politik, die Chance einer produktiven Klassenvermischung.

»Betriebserfahrungen« als Instrument zur Liquidation antiautoritären Verhaltens

Aber das Gegenteil geschah: die Betriebsarbeit erhielt unvermittelt den Vorrang. Die Studenten begannen, sich im exotischen Gefilde von Leichtlohngruppen, progressiven Abteilungen, Bilanzanalysen und Gewerkschaftspolitik zurechtzufinden. Von der Betriebsgruppenarbeit ging sehr bald eine Hierarchisierung der Bewegung aus. Wer Arbeiter kannte, zwischen Lohngruppen unterscheiden konnte, galt mehr. Daß Flugblätter vor allem verständlich sein mußten, daß man nicht bis in die Nacht diskutieren konnte (›Frühschicht‹), daß die Arbeiter dies oder jenes (noch) nicht verstehen, beherrschte die Diskussionen. Die Rigidität der Betriebsdisziplin wurde unvermittelt zur Grundlage der Kritik am antiautoritären Arbeitsstil, der Proletarier zum Argument, mit dem man Genossen mundtot machen konnte. Die Nähe zum Arbeiter versprach politischen Fortschritt gegenüber dem Genossen. Diese Anpassung an den Arbeiter begann nicht nur die Solidarität innerhalb der Bewegung zu zerrütten, sie bedeutete politisch, daß die erfahrene Klassenschranke mißachtet wurde und die politische Arbeit mit Arbeitern zur Legitimation des Avantgardeanspruchs der antiautoritären Bewegung sich entwickelte.

Vor dem Arbeiter konnte man sich keine politischen Fehler leisten, konnte man sich vor allem nicht *den* Fehler leisten, zuzugeben, daß wir zu diesem Zeitpunkt selber nicht wußten, wie es weitergehen sollte. Damit veränderte sich unversehens unser Begriff von Politik: wir begannen für andere, für den Arbeiter Politik zu entwerfen. Der erste Versuch erlitt ein humoristisches Fiasko, aus dem man eigentlich hätte lernen können. Eine der ersten Forderungen war ›Arbeiterkontrolle‹ (vs. Gewerkschaftspolitik). Die Reaktion der Arbeiter: »Was, die wollen uns kontrollieren?« Diese Erfahrung belehrte uns nicht. Statt dessen begann nun die Forderungspolitik und damit die Suche nach der richtigen Forderung: »500 DM Lehrlingslohn«, »60 Pfennig mehr!« Es begann die Diskussion über Maximal- und Minimal-

forderungen. Man hoffte, daß sich die Arbeiter schon hinter der richtigen Forderung sammeln würden. Diese Politik hieß nicht weniger, als dem Arbeiter die Sprache rauben, bevor er noch den Mund aufgetan hat. Sie kam dann so weit auf den Hund, daß die verschiedenen Zeitungsverkäufer vor den Fabriktoren mit den unterschiedlichsten ›richtigen‹ Forderungen antraten und damit die Frage der Durchsetzung zur Absurdität werden ließen.
Im Sommer '69 ging der erste Schub von Genossen ›organisiert‹ in die Betriebe, d. h. sie taten es mit einem in den wesentlichen Zügen ausgearbeiteten strategischen Konzept. Man konzentrierte sich auf die Elektroindustrie als die (für Berlin) am stärksten konzentrierte Industrie. Mit anderen Worten: der Hebel wurde in den objektiven Formationen des Kapitals gesucht. Arbeiter in der Kleinindustrie waren weniger ›objektiv‹ revolutionär. Dieser Ansatz stand unter einem ungeheuren Leistungsdruck, der noch in die Höhe schnellte, als der Schock der Septemberstreiks '69 kam. *Wir* waren auf die spontanen Kämpfe des Proletariats nicht vorbereitet. Gleichwohl hatten wir das Gefühl, daß mit diesen Streiks eine neue ›Etappe‹ des Klassenkampfs beginne, die wir nicht verpassen dürften. So formierte sich jenes groteske Gebilde der ›Ruhrkampagne‹, in deren Namen eine Reihe von Funktionären aus Berlin ins Ruhrgebiet fuhr, um die strategischen Erfahrungen auch sicherzustellen.
In den Jahren danach war es der Hauptvorwurf gegen die proletarischen Aufbauorganisationen, daß sie rigide und unterdrückend seien. Insbesondere die rätekommunistische Fraktion sah in ihnen die Wiederholung der Herrschaft der Parteibürokratie über die spontanen Massen. Diese Furcht ist sicherlich überzogen, denn die mühsamen Nachbildungen bolschewisierter Parteiapparate wurden im Grunde Opfer der antiautoritären Bewegung, die sie liquidieren sollten: sie fanden nicht mehr den Kontakt zum rebellischsten Teil der Arbeiterklasse, der Jugend. Diese war schon zu sehr von der antiautoritären Bewegung berührt, als daß sie auf ein eigenes Leben verzichtet hätte. Sie verließen die Sphäre des Großbetriebs, in der die linken ›Kader‹ gerade die Arbeit aufnahmen, um Unterschlupf in Wohngemeinschaften, in Handwerkskollektiven etc. zu finden. – Nicht Härte, Stalinismus, Bürokratie etc. ist den Parteiansätzen vorzuwerfen, sondern etwas anderes:

»Den Aufbau von Machtorganen des Proletariats fördern, bedeutet in der gegenwärtigen Lage, auf Abteilungsebene, in der Einheit von Untersuchung-Aktion-Organisierung Gruppen aufzubauen . . . Der Kader, der in einem bestimmten Betrieb arbeitet, hat die Aufgabe, in seiner Abteilung eine Gruppe aufzubauen . . . Der Kader hat im weiteren die Aufgabe, . . . eine besondere Schulung zu leisten. Die Schulung muß das Ziel erreichen, daß alle den Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital sowie die Notwendigkeit, gegen alle Formen der Diktatur der Bourgeoisie zu kämpfen, erkannt haben. Die Gruppe soll nicht deswegen auf der Ebene des Arbeitsplatzes gebildet werden, um die Diskussionen etwa auf die Probleme am Arbeitsplatz zu beschränken. Arbeitsplatznah sollen die Gruppen vielmehr deshalb sein, weil

die Schule des Proletariats für den Klassenkampf der Betrieb ist und die Arbeitergruppen sich hauptsächlich im Betrieb als Machtorgane erweisen werden. Die Diskussion muß alle Probleme berühren – von der häuslichen Situation bis hin zu politischen Problemen im allgemeinsten Sinne. Aufgabe der Kader ist es, dafür zu sorgen, daß politische Fragen so diskutiert werden, daß die auf Abteilungs- und Betriebsebene organisierten Arbeiter in Kampagnen gegen den Imperialismus und den Staatsapparat arbeiten . . .«
(Aus: *Die nächsten Schritte der PL/PI* [Proletarische Linke / Parteiinitiative], Berlin o. J.)

»Voraussetzung für die Kooptation in die PL/PI ist mindestens dreimonatige Massenarbeit unter Anleitung der PL/PI sowie Teilnahme an einem Schulungskurs der PL/PI. Während Angehörige der Arbeiterklasse diese Voraussetzungen in der Regel in einer der Abteilungsgruppen erfüllen können, werden Angehörige der Intelligenz nach Teilnahme an einem vorbereitenden Lehrgang in der Regel diese Voraussetzungen in einer mindestens drei-monatigen Tätigkeit in einem von der PL/PI angeleiteten Untersuchungskollektiv schaffen. Die Organisation überzeugt sich in jedem Falle eingehend (bei Angehörigen der Intelligenz vor Beginn des Lehrgangs), daß die betreffenden Genossen die Verpflichtungen eines Mitglieds tatsächlich erfüllen können. Das bedeutet für Angehörige der Intelligenz: Ihre Studienwahl und Berufsentscheidung erst nach gründlicher Diskussion mit der Organisation zu fällen; immer dann, wenn die Organisation es von ihnen verlangt, langfristig die Massenarbeit in einem von der Organisation festgelegten Gebiet (Betrieb, Wohnbezirk etc.) zu betreiben, und zwar so lange, wie die Organisation es von ihnen verlangt . . .
In der Regel wird die Organisation darauf dringen, daß Angehörige der Intelligenz für mindestens ein Jahr im Betrieb arbeiten. (Davon kann in begründeten Fällen abgewichen werden).« (Aus der »Plattform« der PL/PI)

Die brüske, unfreundliche Sprache macht klar, daß man einem Orden beitritt, der unablässige Anstrengung fordert. Der politische Puritanismus schlägt fast schon in Zynismus um, wenn behauptet wird, die »Schule des Proletariats für den Klassenkampf (sei) der Betrieb«. Revolten, Ausbruchsversuche, ja selbst der Versuch, auch andere Chancen für das eigene Leben zu überprüfen (beispielsweise die Mittlere Reife machen), galten mithin schon als Klassenverrat. Dieser Instrumentalisierung des Proletariers für die politische Strategie entspricht die bürokratische Blässe, mit der von den individuellen Bedürfnissen gesprochen wird: die »häusliche Situation«. Weiter konnte man sich von der antiautoritären Bewegung nicht entfernen. Aber diese Züge sind bei genauerer Hinsicht nicht das Wesentliche: denn die Spitze dieser Organisationsimitation richtet sich gegen die Intellektuellen selbst. Intellektuelle warnen vor dem verräterischen Wesen des Intellektuellen. Die eigenen Genossen werden verschärften Kontrollen anempfohlen und wegen kleinbürgerlicher Klassenherkunft zur Mindeststrafe von einem Jahr Betrieb verurteilt. Was bedeutet das? Damit soll praktisch der Unterschied zwischen Prolet und Student geleugnet werden, indem er zu einem Problem der Disziplin entwertet wird. Die Selbstliquidation der antiautoritären Haltung bei der Organisation des Proletariats ist der Versuch gewesen, auch den Klassengegensatz zwischen Proletariat und antiautoritärer Bewegung, aus dem allein die neuen politischen Erfahrungen entspringen konnten, zu liquidieren. Wir deformierten den Proleten zum

zerstörerischen Instrument gegen uns selber. Warum? Um der Hoffnung *oder* Illusion willen, auch weiterhin die Geschichte bestimmen zu können, die uns zu entgleiten drohte.

Die Partei für das Proletariat

Mit dem Beginn der ML-Politik Ende '69 verschärften sich die oben skizzierten Entwicklungen. Die ›Organisationsfrage‹ hatte schon vorher eine bedrohliche Qualität. Mit dem Aufreißen von Widersprüchen innerhalb der Bewegung und der Verbreiterung der politischen Praxis war schon die ungewohnte Frage aufgekommen: Wer organisiert wen? Und: Von wo aus wird organisiert? Die Fragen hatten ohnehin eine gewisse Schärfe, weil sie sich an den Macht- und Herrschaftsstrukturen innerhalb der Bewegung entzündeten. – Die ML brachte ein neues Element in die Organisationsdebatte: die Selektion der Genossen. Es entstand der kalte Blick, den wir nie für möglich gehalten hätten: was ›bringt‹ uns diese Gruppe, dieser Genosse? Es konnte passieren, daß man am Morgen von zwei Genossen zum Kadergespräch aufgesucht wurde, um am Abend als kleinbürgerlicher Abenteurer denunziert zu werden.

Mit der ML gerieten alle Cliquen unter Konkurrenzdruck. Die Frage: Wer organisiert wen? wurde entscheidend verkürzt zu der Frage: Wer organisiert? Das hieß: wie muß ich mich orientieren, um nicht zu vereinsamen, um meine Freunde nicht zu verlieren. Der letzte Versuch, diese Konkurrenzsituation zu durchbrechen und eine gemeinsame Strategiedebatte einzuleiten, war die ›Arbeitskonferenz‹ im Dezember 1969. Auf dieser Konferenz brach zum ersten und auch zum letzten Mal für längere Zeit ein historisches Bewußtsein dessen, was man tat, durch: Die Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Kaderorganisation, die die Partei von oben aufbaut, statt sie aus den spontanen Massenkämpfen zu entfalten, wurde aus der Geschichte des deutschen Proletariats abgeleitet. Als durch Faschismus geschlagene Klasse sei das Proletariat nicht in der Lage, sich selbst zu diesem Zeitpunkt zu organisieren. – Dieses Moment geschichtlicher Wahrheit wurde in der Konkurrenz des Organisationsaufbaus nicht mehr überprüft.

Statt dessen brachte die Gründung der KPD/AO es mit sich, daß geradezu ein Wettlauf entstand, wer am schnellsten eine möglichst umfassende, mit zureichender Propagandatechnik ausgestattete Organisation den Arbeitern vor die Augen stellt. Die geringen praktischen Erfahrungen der Basis-, Betriebs- und Lehrlingsgruppen wurden strapaziert, um strategische Formeln zu gewinnen. Und vor allem: die Gruppen wurden gespalten, zerfielen oder wurden liquidiert.

Insbesondere die KPD/AO (später KPD) verschärfte die liquidatorische Tendenz. Sie denunzierte alles Antiautoritäre summarisch als ›kleinbürger-

lich‹ und alle antiautoritäre Praxis als ›Handwerkelei‹. Der rüden Denunziation von Genossen entsprach die Schamlosigkeit der Anpassung ans Proletariat. ›Feste Verhältnisse‹ wurden legalisiert (›Heiratsbefehl‹), lange Haare wurden kurz, die politische Sprache wurde ›einfach‹, d. h. zum marxistischen Comicstrip.
Sind die Entwicklungen mit dieser Darstellung erklärt? Ich möchte auf zwei Gesichtspunkte hinweisen, die vielleicht schon implizit getroffen sind. Daß das Proletariat zur Waffe wurde, mit der wir uns gegenseitig die politische Freiheit zerschlugen, ist nicht allein (oder wahrscheinlich gar nicht) mit Größenwahn und Machtpolitik zu erklären. Sicherlich trieb uns die Abwehr gegen die Resignation, daß die Bewegung an eine Grenze gestoßen war, daß die Revolution wieder hinter den Horizont fiel und unsere Lebenszeit vielleicht nicht ausreichen würde, sie zu erleben, in diese Sackgasse. Ich glaube aber, daß noch etwas anderes eine Rolle spielte: die Begegnung mit der deutschen Geschichte im Widerstand des Proletariats. Das Proletariat nahm unseren besten Willen, unsere Opferbereitschaft, unser Solidaritätsangebot mit Mißtrauen auf. Seine doppelte Niederlage, die Niederlage der KPD 1933 und seine Niederlage, indem es zum Instrument des Faschismus geworden war – als Armee des Dritten Reiches – war als kollektive Erfahrung präsent. Die antiautoritären Krawalle wogen sie nicht (noch nicht) auf. – Dieser Erfahrung haben wir uns entwunden – zu unserem Schaden.

Kurze Klage über den Verfall der politischen Theorie
und ein Hinweis auf nicht verarbeitete Erfahrungen

Ich habe keine Angst, daß der Parteidogmatismus über das Proletariat siegt. Erstens ist das gar nicht möglich, und zweitens arbeitet schon die Dialektik der Geschichte. Die Existenz mehrerer sich bekämpfender marxistisch-leninistischer Organisationen ist Schule und Anschauung genug, daß nur die eigene Kraft weiterhilft.
Ich breche bei diesem Punkt ab, um etwas zu beklagen, was besonders schmerzt: den Niedergang der Theorie. Daß marxistisch geschulte Intellektuelle die Texte der Klassiker zur Legitimation im politischen Handgemenge herabwürdigten, ist eine Schmach. Daß wir auf der Basis von *Was tun?* die Organisation aufbauen wollten, wo doch Lenin die Organisationsprinzipien von *Was tun?* unter der historischen Bedingung der Allmacht der russischen Geheimpolizei entwickelt hatte (und wir erfolgreich öffentliche Politik machten), diese theoretische Unredlichkeit gegenüber Lenin wird durch keinen Leninismus aufgewogen. Schlimmer noch scheint mir, daß im Ausgang der Studentenrevolte ausgerechnet die ›bolschewisierte‹ KPD der Zeit vor 1933 zum Modell einer neuen Klassenkampforganisation werden konnte, die mit verantwortlich war für die verheerendste Niederlage der

deutschen Arbeiterklasse. Einem geschichtlich bewußten Arbeiter muß dieser Versuch als Hohn erscheinen; und der Hohn ist, daß dieser Versuch die Resignation und mithin das Vergessen der eigenen geschichtlichen Erfahrungen bei dem deutschen Proletariat voraussetzt. – Und nicht das allein ist die lähmende Erfahrung, sondern auch dies, daß sie nicht mehr formulierbar ist, daß es keine kritische Instanz gibt, auf die alle Genossen noch hören könnten. Wir haben die Institutionen unserer Theoriebildung, die teach-in's zerstört oder zu einer Revue der politischen Linien verkommen lassen.
Damit haben wir uns der politischen Ausdrucksmöglichkeiten beraubt, und hätten sie doch bitter nötig. Wir haben in den Jahren Erfahrungen gemacht, die wir nur schlucken konnten. Ich meine zum Beispiel die Erschießung von Petra Schelm, junge Proletarierin aus Spandau, erschossen bei einer Großfahndung in Hamburg, Frühsommer 1971. Zu der Zeit hatten wir gerade die Kampagne gegen die Fahrpreiserhöhung der BVG vorbereitet. So kam jene makabre Demonstration zustande, auf der vorn der Nulltarif gefordert und hinten ›Rache für Petra‹ gerufen wurde. Bei der Beerdigung war niemand in der Lage, eine Rede zu halten, überhaupt etwas zur Sprache zu bringen. Nur noch die Geste, das Niederlegen der Roten Fahne auf dem Grab war uns möglich. – Auch die Empfindungen waren fraktioniert: Petra Schelm, Georg von Rauch, Tommy Weisbecker – für die einen waren es Exempel staatlicher Unterdrückungspolitik, für die anderen Märtyrer des bewaffneten Kampfes. Aber ihr Tod läßt sich nicht so einfach rechtfertigen, noch weniger wegrationalisieren. Sie haben ihr Leben verloren in einer Verstrickung (die Ausbruchsversuche mit einbezogen) ohnmächtiger Politik, aus der wir uns bis jetzt noch nicht befreien konnten. Aber das ist kein Thema der Klage mehr.

Ich habe mich mit dem Scheitern und der politischen Niederlage der antiautoritären Bewegung auseinandergesetzt, weil ich die Bewegung noch für kritikwürdig halte. Das heißt auch, daß es noch Adressaten für diese Kritik gibt. Trotz politischen Kostümwechsels, trotz gescheiterten Avantgardeanspruchs, trotz unzähliger politischer Niederlagen, trotz Resignation und Bruch der Solidarität hat es kein Zurückfluten in das bürgerliche Lager gegeben. Die Bewegung hat sich politisch zerstört, die Genossen machen weiter. Wir haben immer noch den langen Atem, immer noch reiben wir uns aneinander wund, also wollen wir weitermachen. Wir haben hundertmal, ohne Hoffnung und voller Verstocktheit, gerufen »Wir werden siegen«. Wir werden trotzdem siegen.

TRIKONT: SEIT 10 JAHREN DABEI:

Che Guevara
BOLIVIANISCHES TAGEBUCH
Vorwort von Fidel Castro

288 Seiten 6. Auflage 11,80 Mark
54.000

Daniel Cohn Bendit *Neuauflage*
LINKSRADIKALISMUS

Die Jugendbewegung 1968 war nicht nur gegen die kapitalistische Gesellschaft gerichtet. Sie verstand sich im radikalen Widerspruch zu den Kommunistischen Parteien. Ihre Inhalte waren den KPs nicht nur unverständlich, sondern sie diffamierten die Bewegung auf allen Ebenen und griffen sie direkt an. Cohn Bendits Linksradikalismus ist eine grundsätzliche theoretische Abrechnung mit dem „revolutionären" Traditionalismus. Die Neuauflage wird eingeleitet und ist mit zahlreichen Bildern versehen.

ca. 300 Seiten ca. 12 Mark

Daniel Cohn Bendits Autobiografie
DER GROSSE BASAR

Mai 68 aus heutiger Sicht. Kritik des Kommunismus. Israel. Starkult. In Deutschland: Rocker, politischer „Terrorismus", Häuserkampf, Kinder, Wohngemeinschaften – wie denkt und lebt die Spontilinke.

174 Seiten 12 Mark

Michael „Bommi" Baumann
WIE ALLES ANFING

Bommi ist einer der wenigen Arbeiter, die von Anfang an in die Berliner Politscene und Subkultur integriert waren. Er gehörte zur Bewegung 2. Juni und war an den ersten militanten Stadtguerillaaktionen beteiligt. Seine Geschichte ist zugleich die Geschichte der Berliner Linken.
Seit 1975 ist das Buch wegen Billigung von Gewalt verboten. Demnächst wird vor dem BGH darüber verhandelt.

144 Seiten 10 Mark

Neuauflage
Jerry Rubin
DO IT!

Wenn sich die Bedürfnisse, Wünsche, Vorstellungen der amerikanischen Revolte überhaupt in einem Buch ausgedrückt haben, dann in „DO IT". Die dort angeschnittenen Themen, Zerstörung der Familie, die Verbindung von Ironie und Politik, Militanz und Liebe, Aggressivität und Dope sind gerade in letzter Zeit wieder zu wichtigen Inhalten geworden, auch wenn sich vieles verändert hat.

263 Seiten 10 Mark

SPK – AUS DER KRANKHEIT EINE WAFFE MACHEN
Vorwort von Jean-Paul Sartre

Zu einer Zeit, als fast alle linken Gruppen die Auseinandersetzung mit Krankheit bestenfalls als Tummelplatz für Randgruppenstrategien sahen, entwickelte das SPK an der Universität Heidelberg ein radikal neues therapeutisches Modell.
Das Modell wurde 1972 mit vorher nicht gekannter Brutalität von Staatsschutzorganen zerschlagen.

136 Seiten 3. Auflage 7,80 Mark

Karl Heinz Roth
DIE „ANDERE" ARBEITERBEWEGUNG

Karl Heinz Roth, heute Opfer eines infamen Justizverfahrens, war schon während der Studentenunruhen ein „theoretischer Außenseiter". Er beschäftigte sich mit Themen, die nicht im Mittelpunkt der Diskussion standen und deren Brisanz erst heute zutage tritt. Die ‚andere' Arbeiterbewegung ist der erste große Versuch, die deutsche Geschichte der unorganisierten Arbeiter, der Ausländer, Frauen, Handlanger, des Fließbandproletariats zu schreiben.

425 Seiten 4. Auflage 20 Mark

TRIKONT-VERLAGSKOLLEKTIV
Josephsburgstr. 16, 8000 München 80 Tel. 089/43 38 74

Walter Moßmann arbeitete von Anfang an im SDS. Er begann Lieder zu machen, die sich direkt auf Aktionen des SDS bezogen: auf die Notstandskampagne, auf Vietnam u.a.. Die ersten Flugblattlieder sind 68/69 entstanden. In Funk und Fernsehen wurden sie verboten.

Walter Moßmann **NEUE LIEDER**

Die Platte hat noch keinen Titel, sie wird im Juni 77 herauskommen LP US - 31 (T) 18 Mark

LP (m Th) US - 10
18 Mark

Jürgen Seifert
Von den Notstandsgesetzen zum vorverlegten Notstand

Im Jahre 1967, achtzehn Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, war der CDU-Staat überfällig. Heute, ein Jahrzehnt später, sind SPD und FDP ohne Perspektive. Die Realität einer wirtschaftlichen Krise, insbesondere ihr heutiges Ausmaß, hat das Bewußtsein in der Bundesrepublik verändert. Man weigert sich im allgemeinen – von der wieder bedeutungsloser gewordenen Linken abgesehen –, den Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise und Wirtschaftskrisen zuzugestehen; doch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und die Abschiebung ausländischer Arbeiter produzieren Ängste, Konkurrenz und die Bereitschaft, sich intensiverer Ausnutzung der Arbeitskraft auszusetzen. Zwar konnte die SPD im Herbst 1976 noch die Stimmen der Mehrheit der Arbeiter binden, weil diese – angesichts des Schicksals der ausländischen Kollegen in der Bundesrepublik – wissen, wie tief sie fallen können. Es ist jedoch fraglich, ob dies auf die Dauer und insbesondere bei arbeitslosen Jugendlichen, bei arbeitslos gewordenen Frauen oder in den von Strukturkrisen betroffenen Branchen und Regionen weiter gelingt. Die »Regierung der Macher« arbeitet, aber sie arbeitet wie eine Ehefrau, die glaubt, eine Ehekrise durch das Wienern der Wohnung oder gute Kotletts überwinden zu können. Die SPD-FDP-Koalition kämpft ohne Ziele ums bloße Überleben. Als eine scheinbar über den Klassen und Klassenkämpfen stehende Instanz, der es um den »sozialen Frieden« geht, verhindert sie mehr und mehr Kämpfe der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften, zerstört damit selbst die Voraussetzungen ihrer Politik und unterhöhlt mögliche Widerstandsbastionen gegen Angriffe auf die demokratische Republik. Die Union erweist sich weiterhin als unfähig, bessere Angebote zur Lösung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme zu machen. Sie bietet sich an als Meister von Zucht und Ordnung. Die Linken kennen das Ziel, aber weisen keinen Weg. »Bündnispolitik« tritt an die Stelle von Perspektiven mit konkreten Alternativen zur gegenwärtigen Politik, die eine realisierbare Möglichkeit als greifbar zeigen. In solcher Situation bietet sich die Formel »Eurokommunismus« als Hoffnung an und erfüllt eine ähnliche Funktion wie das, was einmal »Friedenspolitik« genannt wurde. Der Kampf um verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Positionen wird nur von wenigen als vordringliche Aufgabe erkannt:

Mit der Anerkennung der Kategorie »übergesetzlicher Notstand« für den Bereich des Verfassungsrechts, die im Frühjahr 1977 angesichts der Übergriffe des Verfassungsschutzes zur Diskussion steht, würde das schon lange lädierte Grundgesetz als mögliche Schutzbastion geschleift.

Solange die CDU die Regierungen in der Bundesrepublik führte, hat sie versucht, durch Grundgesetzänderungen, insbesondere durch die Notstandsgesetzgebung die Verfassung den Formen ihrer Herrschaftsausübung anzupassen. Aus den Reihen der CDU/CSU kam während der Großen Koalition die Forderung nach einer »Total-Revision« des Grundgesetzes. Der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung und die staatliche Indienstnahme der Verfassung gegen den Kompromiß des Grundgesetzes war ein wesentliches Moment der studentischen Protestbewegung.

SPD und FDP haben seit 1969 das Grundgesetz in seiner äußeren Form weniger angetastet. Doch unter ihrer Verantwortung wurden Instrumente entwickelt, die geeignet sind, die Verfassung als »Schutzwall« auf andere Weise durchlöcherbar oder wirkungslos zu machen. Diese Phase der Verfassungsentwicklung wird durch folgende Tendenz gekennzeichnet: Die Verfassung der Bundesrepublik bleibt äußerlich unangetastet und gilt auch weiterhin für den »Normalfall«; daneben aber entsteht zur Sicherung des »sozialen Friedens«, zur Bekämpfung von Wirtschaftskrisen und ihren Auswirkungen sowie im Bereich des Staatsschutzes gleichsam eine andere Verfassung dadurch, daß einzelne Bereiche der Exekutive in immer größerem Ausmaß sich Befugnisse anmaßen oder kraft Gesetzes Befugnisse erhalten, Sonderbehandlungen oder Maßregelungen durchzuführen, die die Grundrechte in ihrer Substanz bedrohen. Die hergebrachten Freiheitsrechte werden weiter gefeiert; derjenige aber, der in die Situation kommt, sich auf die Grundrechte stützen zu müssen, muß erkennen, daß heute immer weniger den Rechten des Bürgers gegen den Staat als dem Recht des Staates gegen den Bürger der Vorzug gegeben wird.

Die normative Verfassung wird unterlaufen durch Maßnahmen, die gesetzliche Regelungen »strapazieren« oder die in »zweifelhafter Legalität« erfolgen. Bezuggenommen wird dabei häufig auf Generalklauseln oder auf andere bewußt unklar gelassene Bestimmungen, aber auch auf die Kategorie vom »übergesetzlichen Notstand«, die der einstige »Kronjurist« der SPD, Adolf Arndt[1], als »Tarnwort für den Verfassungsbruch« bezeichnet hat. Die Häufigkeit, mit der gegenwärtig von »Grauzonen des Rechts« die Rede ist, signalisiert das Entstehen dieser neben dem Grundgesetz stehenden anderen Verfassung. Grauzone bedeutet dabei zum Teil eine Umschreibung der Tatsache, daß die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung (eines der Kennzeichen des Rechtsstaates) dadurch außer Kraft gesetzt wird, daß Akte der Verwaltung nicht aufgrund gesetzlicher Ermächtigung erfolgen, sondern als Maßnahme der Gefahrenabwehr dargestellt und durch Berufung auf den

Schutz des Staates oder auf die Sicherung der freiheitlich demokratischen Grundordnung abgeleitet werden. Franz Josef Strauß hat am 9. April 1977 diesen Tatbestand zugestanden: »Die notwendigen Maßnahmen sollten der Grauzone, dem Zwielicht einer scheinbar fehlenden gesetzlichen Grundlage entzogen werden.«[2] Die von Strauß geforderte »gesetzlich einwandfreie Ermächtigung« ist jedoch nichts anderes als die Legalisierung des Illegalen; wer nicht mitmacht, dem wird unterstellt, daß er das »Halbdunkel zweifelhafter Legalität« bestehen lassen will.[2a]

Für die verfassungsrechtliche Analyse ist es angemessen, die dargelegten Tendenzen durch den Begriff *»Rechtsstaat mit Grauzonen«* zu charakterisieren.[3] Damit kann der Begriff »Doppelstaat« vermieden werden, der von Ernst Fraenkel[4] zur Analyse des deutschen Faschismus entwickelt worden ist. Die Gefahr der »Entwicklung eines neuen ›Doppelstaates‹«, von der Bernhard Blanke gesprochen hat[5], ist im Begriff »Rechtsstaat mit Grauzonen« mit angesprochen; das Mißverständnis oder die Fehldeutung, das bei der Verwendung des Begriffes »Doppelstaat« dadurch entstehen kann, daß Tendenzen mit einem vorschnellen und globalen Faschismusvorwurf gleichgesetzt werden, kann ausgeschlossen werden. Das ist wichtig, denn der Versuch, gleichsam »entrechtlichte Bereiche zu schaffen durch Sonderbefugnisse für die Inhaber der vollziehenden Staatsgewalt«[6], ist zunächst nicht mehr als der Griff nach einem bewährten Instrument aller Konservativen in der Situation, in der das Recht für ihre Interessen zur Fessel wird.

Insbesondere im Bereich des Staatsschutzes und des vorverlegten Staatsschutzes sind neben dem Grundgesetz »Grauzonen« entstanden:

1. Dazu gehört der Bereich, der unter dem Stichwort »Berufsverbote« abgehandelt wird. Im Grundgesetz ist festgelegt, daß über das Verbot politischer Parteien ausschließlich das Bundesverfassungsgericht entscheiden soll. Während der Großen Koalition ist vereinbart worden, »das Instrument des Parteienverbots endgültig aus der Hand zu legen«[7]. Die Folge ist, daß Regierung und Verwaltung – faktisch der Verfassungsschutz – in der Form zwar »nicht rechtlich geltend« gemachter, in der Realität jedoch sehr wirksamer Verrufserklärungen Sanktionen verhängen, die für das Parteimitglied empfindliche Nachteile, teilweise die Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz bedeuten.[8]

2. Das Grundgesetz legt in Art. 18 fest, daß nur das Bundesverfassungsgericht darüber entscheiden kann, ob jemand die Grundrechte »verwirkt«, weil er sie im Kampf gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung mißbraucht. Diese Verfassungsbestimmung läuft leer. Man hat Wege gefunden, die es ermöglichen, daß häufig sogar die Verwaltung darüber entscheidet, wer den Schutz der Grundrechte verliert.[9]

3. Die Polizei darf ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl die »Unverletzlichkeit« der Wohnung nur dann antasten, wenn »Gefahr im Verzug« liegt.

Heute ist bei Hausdurchsuchungen im Bereich der Staatsschutzdelikte die Durchsuchung ohne Entscheidung des Richters bereits die Regel geworden. Das soll dadurch legalisiert werden, daß im »Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz des Bundes und der Länder« vom 11. Juni 1976 – unter bestimmten Voraussetzungen – der Polizei zum Zwecke der Gefahrenabwehr das Betreten einer Wohnung jederzeit gestattet wird.

4. Durch das Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz wurde die Post- und Telephonkontrolle an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Minimale Kontrollmöglichkeiten wurden geschaffen. Durch die 1972 in das Bundesverfassungsschutzgesetz aufgenommene Formel, »nachrichtendienstliche Mittel« anwenden zu dürfen, sah sich der Verfassungsschutz befugt, Richtmikrophone, Wanzen, Peilfunkgeräte und dergleichen einzusetzen und – obwohl (wegen Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG) damit keine Grundrechtseinschränkungen gestattet wurden – in den grundgesetzlich geschützten Kernbereich des Bürgers einzudringen. Die minimalen Kontrollmöglichkeiten nach dem G-10-Gesetz konnten dadurch unterlaufen werden. Zudem gelang es durch die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern und zwischen verschiedenen »Diensten«, die vom Innenausschuß des Bundestages geforderte klare Verantwortlichkeit zu umgehen.

5. Geheimdienste haben – weil dies durch Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen ist oder weil eine gesetzliche Ermächtigung dazu fehlt – in der Bundesrepublik keine polizeilichen Befugnisse. Durch sogenannte offene Beschattungen hat man sich »Ersatz« für die fehlende Kompetenz verschafft: Es gibt Beispiele für eine »ständige Begleitung«, die nicht mehr der Observation dient, sondern den Betroffenen – und alle, die mit ihm verkehren – unter psychischen Druck setzt und wohl auch setzen soll (und damit zumindest auf der objektiven Tatseite den Tatbestand der Nötigung erfüllt).[10]

6. Das Grundgesetz gewährt die freie Wahrnehmung des Versammlungs-, Demonstrations- und Vereinigungsrechts. Zur Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren gehört der freie, durch keine Behinderung erschwerte Zugang. Diese Rechte werden durch die verschiedensten Formen von Teilnehmererfassung und durch Speicherung der erfaßten Daten zunehmend beschnitten. Die elektronische Datenverarbeitung macht in einem früher unvorstellbaren Umfang die Zusammenführung solcher Daten möglich. So wird die Teilnahme an friedlichen, genehmigten und ordnungsgemäß durchgeführten Demonstrationen vom Verfassungsschutz bei »Anhörung zur Einstellung in den öffentlichen Dienst« als eine belastende »gerichtsverwertbare Tatsache« aufgeführt.

7. Durch § 88a, § 130a und andere neu in das StGB aufgenommene Strafbestimmungen wurde nicht nur die Befürwortung bestimmter Straftaten unter Strafe gestellt, sondern auch die Verbreitung, öffentliche Ausstellung, das

Herstellen, Beziehen, Liefern und Vorrätighalten entsprechender Druckerzeugnisse etc. Da kein Buchhändler in der Lage ist, sämtliche von ihm verbreiteten Bücher und Schriften daraufhin zu überprüfen, ob in ihnen verbotenerweise Straftaten befürwortet werden oder nicht, ist das Verlagswesen und der Buchhandel dem Zugriff der Strafverfolgungsbehörden ausgeliefert. Da die Verbreitung etc. von Schriften nicht erst von dem Zeitpunkt an unter Strafe gestellt wird, wenn dies in irgendeiner Form öffentlich festgestellt ist, würde für die Buchhändler heute selbst die durch das Grundgesetz ausgeschlossene Zensur – durch die festgelegt würde, was verbreitet werden darf – mehr Rechtssicherheit bieten als die gegenwärtige Handhabung. Selbst wenn die Zahl der gegenwärtig durchgeführten Verfahren gering ist: Die Bestimmungen schüchtern allein durch ihre Existenz ein; zudem geben sie den Strafverfolgungsbehörden die Möglichkeit zum jederzeitigen Zugriff.[11]

Solche Beispiele findet man nicht nur im Bereich des Staatsschutzes, sondern auch im Wirtschaftsverfassungsrecht. Durch eine Änderung des Grundgesetzes (Art. 109) wurde der Exekutive hier weitgehender Spielraum gewährt. Allerdings finden wir in diesem Sektor weniger eine anordnende Exekutive, sondern spezielle Gestaltungs- und Kooperationsformen, die gerade deshalb funktionieren, weil sie auf weitgehendem Verzicht auf Rechtszwang beruhen. Gesprächsrunden, spezielle Sachverständigengremien oder Planungsstäbe treffen durch Orientierungsdaten, Stillhalteabkommen oder auf ähnliche Weise häufig Entscheidungen, die die Grundrechtsträger stärker treffen können als die klassischen Eingriffe der Staatsgewalt.

Legitimiert werden solche Eingriffe mit den höchsten Werten. Im Bereich des Wirtschaftsverfassungsrechts beruft man sich auf Wachstum, Vollbeschäftigung, Währungsstabilität, Konjunktursteuerung und ähnliches; kurz: auf die Notwendigkeit der Bekämpfung von Wirtschaftskrisen. Im Bereich des Staatsschutzes geht es – wie dargelegt – um »Staatssicherheit«, um Gefahrenabwehr und um den Bestand der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Für den Fall, daß alles das nicht hilft, gibt es neuerdings wieder die Kategorie des »überverfassungsgesetzlichen Notstandes« (für Adolf Arndt: »eine verwerfliche Beschönigung des Verfassungsbruchs, des Verfassungsverrats. Wer mit solchen Spekulationen umgeht, ist unter allen Verfassungsgegnern der ärgste und gefährlichste«)[12].

Die freiheitlich demokratische Grundordnung des Grundgesetzes wird nicht mehr bestimmt von Ecksteinen, die den verfassungsrechtlichen Rahmen setzen, innerhalb dessen politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen ausgetragen werden, sondern als ein Wertsystem. Entweder wird das Wertsystem als Superlegalität dem Grundgesetz als normativer Ordnung gegenübergestellt, besser übergeordnet, *oder* die Grenze des Zulässi-

gen wird nicht mehr durch das Gesetz, sondern durch »Güterabwägung« oder durch eine in der Politik gezogene Grenze zwischen »Freund« und »Feind« bestimmt. Dabei soll die Güterabwägung und die Bestimmung des »Verfassungsfeindes« zwar »nach rechtsstaatlichen Grundsätzen erfolgen«, aber »wenn die Sicherheit des Landes oder seiner Bürger schwer bedroht ist, kann und muß man höhere Risiken eingehen« (so der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Günter Nollau)[13].
Die Verwendung der freiheitlich demokratischen Grundordnung als einer »Superlegalität« hat Ulrich K. Preuß in Anlehnung an den von Otto Kirchheimer entwickelten Begriff der »zweistufigen Legalität« sehr treffend charakterisiert.[14] Preuß hat dargelegt, daß mittels einer solchen übergeordneten Wertordnung in einer spezifischen Dialektik von Regel- und Ausnahmerecht die normative Ordnung des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt werden kann. Auch die Ersetzung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung im Staatsschutz durch eine »Güterabwägung« führt zur Auflösung der normativen Verfassung: Die Grenze des Zulässigen wird dann nicht mehr durch Verfassung und Gesetz, sondern nach den Erfordernissen des Kampfes oder durch die Grenzlinie zum »Feind« bestimmt. Das sind die verfassungsrechtlichen Konsequenzen des Satzes von Günter Nollau: »Auch ein Bergführer muß unter Umständen einen lawinengefährdeten Hang begehen, um einen Verunglückten zu retten.«[15]

Die studentische Protestbewegung hat die Rolle des Kampfes gegen die Notstandsgesetze für die damalige außerparlamentarische Opposition häufig verdrängt. Die Bedeutung des Kampfes um Verfassungspositionen wurde ebensowenig aufgearbeitet wie die damalige Niederlage.[16] Die damals entwickelten Grundpositionen haben sich verfestigt und bestimmen noch heute die verfassungspolitische Auseinandersetzung.
Für die einen endete »der politische Widerstand der Linken gegen die Notstandsgesetze schließlich – wenige Wochen nach den militanten Osterkämpfen 1968 – mit jener kläglichen Bonner Prozession«[17]. Man erklärte, die verfassungsändernden Notstandsgesetze seien kein Verstoß gegen die Prinzipien des Grundgesetzes, sondern »nichts als dessen konsequente und für die Staatsgewalt notwendige Fortentwicklung«[18]. Nur »eine fundamental-oppositionelle Organisation, die sich gegen die vom Verfassungsstaat geschützten Strukturen und gegen jede Art oligarchischer Transformation wendet«, könne mit einem »organisierten Nein« die »Fesseln staatsbürgerlich-parlamentarischer Gleichschaltung« sprengen und »den Führungskonflikt wieder zu einem Herrschaftskonflikt ausweiten«.[19]
Für die anderen war der Kampf gegen die Notstandsgesetze – trotz der Niederlage – ein Kampf, in dem diejenigen zurückweichen mußten, die mittels der Notstandsgesetze und der anderen vorgesehenen Verfassungsän-

derungen die Bundesrepublik in einen autoritären Verfassungsstaat zu überführen versuchten. Der zähe Kampf um die Verfassung und die entstandene Bewegung habe – im Hinblick auf die Verfassung – die Kräftekonstellation verändert. Das sei von Bedeutung auch für die Anwendung der für die Inhaber der Staatsgewalt neugeschaffenen Befugnisse. Beim Kampf um Verfassungspositionen kämpfe die Linke insgesamt um die Sicherung ihres Aktionsraumes.

Noch heute heißt es hier: Abschied von der Rechtsstaatsillusion[19a]; dort: Kampf um Verfassungspositionen.

Es hat an Versuchen nicht gefehlt, die Verfestigung der beiden Grundpositionen aufzuheben.[20] So wurde unterschieden zwischen sozialistischer Strategie einerseits und der für das politische Überleben unter Umständen notwendigen juristischen Aktion andererseits. Es wurde von der Notwendigkeit eines »instrumentellen Verhältnisses zum Recht« gesprochen und als Autorität Georg Lukács zitiert:

»Das Gelten [. . .] des Rechts soll [. . .] als bloß empirisches Dasein behandelt werden. So wie etwa der Segler auf die Richtung des Windes genau aufpassen muß, ohne deshalb seine Fahrtrichtung von ihm bestimmen zu lassen, im Gegenteil, um – ihm zum Trotze und ihn ausnützend – an dem ursprünglich gesteckten Ziele festzuhalten.«[21]

So wurde eine situationsgemäße Analyse der jeweiligen Situation gefordert und darauf hingewiesen, daß die Negation des Rechts um jeden Preis nur die Kehrseite des Postulats der Regelhaftigkeit um jeden Preis sei. Es wurden die Voraussetzungen analysiert, die es erst möglich machen, den Kampf um Rechtspositionen dialektisch zu führen als einen Teil des alle Bereiche der Gesellschaft umfassenden Klassenkampfes, in dem die Massen Rechtspositionen als »Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse« selbst nutzen. Schließlich wurde – gegenüber dem Einwand, der Kampf um Verfassungspositionen sei letztlich Legitimationshilfe für die Gegenseite – an das erinnert, was Marx und Engels in der Auseinandersetzung mit den Bakunisten im Jahre 1871 gesagt hatten:

»Die politischen Freiheiten [. . .], das sind unsere Waffen; und wir sollten die Arme verschränken und Abstention üben, wenn man sie uns nehmen will? Man sagt, jede politische Aktion bedeute, das Bestehende anerkennen. Aber wenn dieses Bestehende uns die Mittel gibt, um gegen das Bestehende zu protestieren, so ist die Anwendung dieser Mittel keine Anerkennung des Bestehenden.«[22]

Doch noch heute stehen sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – beide Positionen unvermittelt gegenüber. Wenn Argumente in dieser Weise wirkungslos bleiben, ist es Zeit zu prüfen, ob die seit etwa einem Jahrzehnt in der Bundesrepublik vorgebrachten Argumente nicht auf andere Gründe zurückzuführen sind, die der Auseinandersetzung zugrunde liegen.

Entscheidend für die unterschiedliche Einschätzung verfassungsrechtlicher Fragen im politischen Kampf ist die unterschiedliche Einschätzung von

Liberalen, Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Zur Voraussetzung der verfassungsgestaltenden Grundentscheidungen des Grundgesetzes gehört, daß insbesondere Liberale und Sozialdemokraten den Bestand der demokratischen Republik und der die demokratische Teilhabe ermöglichenden demokratischen Grundrechte garantieren und als Gegenmacht gegenüber allen Tendenzen fungieren, die Klassenherrschaft im Ernstfall durch Suspendierung der Verfassung aufrecht zu erhalten.[23] In der Großen Koalition speziell durch die Notstandsgesetzgebung wuchs die Erfahrung, daß Sozialdemokraten diese Funktion nur bedingt wahrnehmen. Verfassung und wichtige Rechtspositionen verändern sich, wenn die politisch-sozialen Kräfte fehlen – oder wenn auch nur vorübergehend die stete Bereitschaft aussetzt –, solche Positionen zu behaupten.

Dem »Abschied von Rechtsstaatsillusionen« liegt die Einschätzung zugrunde, daß sowohl SPD als auch FDP die Funktion eines Gegengewichts nicht mehr wahrnehmen und daß das Parlament als Operationsbasis für eine sozialistische Opposition abzuschreiben ist. SPD und FDP bilden mit den Unionsparteien ein »Parteienkartell«. Innerhalb des Kartells gibt es zwar Spannungen; stärker jedoch sind die gemeinschaftlichen Interessen, die beispielsweise in den Formeln »Politik der Gemeinsamkeit« und »Solidarität der Demokraten« zum Ausdruck kommen.

Beim »Kampf um Verfassungspositionen« – auch wenn er nicht im Sinne einer alternativen Auslegung des Rechts, sondern dialektisch in Form eines umfassenden politischen Kampfes geführt wird – ist dagegen die Perspektive entscheidend, daß es darum geht, unter Zurückstellung der langfristigen politischen Zielsetzungen unterschiedliche politische Kräfte zu vereinen und zu einer Macht werden zu lassen, die das politische Kräftefeld verändert. Ein solcher Kampf ist unter den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen in der Bundesrepublik nur dann sinnvoll zu führen, wenn schon nicht SPD und FDP als Organisationen, so doch wenigstens Teile dieser Parteien für den Kampf um die demokratische Republik und die »Unverbrüchlichkeit« der demokratischen Grundrechte der Verfassung gewonnen werden können.

Die Schlüsselrolle insbesondere der SPD für die unterschiedlichen verfassungspolitischen und verfassungstheoretischen Erörterungen in der Bundesrepublik ist bislang nur unzulänglich herausgearbeitet worden. Diejenigen, die Sozialdemokraten und Liberale schlechthin abgeschrieben haben, haben bis heute keine konkrete politische Strategie vorgelegt; diejenigen, die versuchen – sei es durch Erinnerung an die Tradition und die Erfahrungen der Weimarer Zeit, sei es durch den Hinweis, daß morgen Sozialdemokraten selbst von der Preisgabe zentraler Verfassungspositionen betroffen sein können – Sozialdemokraten dazu zu bewegen, wenigstens für die Unverbrüchlichkeit der demokratischen Freiheitsrechte und die Aufrecht-

erhaltung verfassungsrechtlicher oder gesetzlicher Verfahrenssicherungen einzutreten, können nur auf Ansätze für die weitere Arbeit verweisen. Das eigentliche »Dilemma der verfassungspolitischen Diskussion der Linken in der Bundesrepublik«[24] besteht darin, daß viele von denen, die von der SPD schon lange keine sozialistische Politik mehr erwarten und deshalb in dieser oder jener Form »erhoffen«, daß die SPD in der Arbeiterklasse die bisherige Massenloyalität verliert, eben wegen dieser Hoffnung oder wegen individueller Erfahrungen, wegen Fixierungen oder Narben der SPD selbst in Fragen der Verfassung und des Rechts nicht mehr trauen können. Dennoch haben Sozialdemokraten und Liberale für den Bestand der demokratischen Republik eine Schlüsselstelle inne; dennoch müssen Sozialdemokraten und Liberale in dieser Frage bei ihrem eigenen Anspruch genommen werden; dennoch bedürfen Sozialdemokraten und Liberale in der Regel (weil sie sich selbst heute noch nicht bedroht fühlen) des Anstoßes, um den Kampf gegen Grauzonen des Rechts aufzunehmen.

Da die K-Gruppen gerade in verfassungsrechtlicher Hinsicht keine ernstzunehmenden Vorstellungen anbieten können[25] und da mancher der einstigen Kämpfer gegen Rechtsstaatsillusionen – wenn er nicht resigniert oder sich bloß mit der Erzeugung von »Begründungsschwierigkeiten für politische Institutionen«[26] abquälen will – auf seine Weise den Kampf um die eigenen Rechte führt, besteht eine gewisse Chance, daß die Linke an die Erfahrungen des Kampfes gegen die Notstandsgesetze anknüpft.
Die von mir skizzierten Grauzonen betreffen nicht das, was man Normalfall nennt, sondern die Ausnahme. Es handelt sich in fast allen Fällen um »notständische Ersatzfunktionen«, um »vorbeugende Notstandsvorsorge«.[27] Diese vorverlegten Notstandsmaßnahmen sind an die Stelle der klassischen Ausnahmebefugnisse der Exekutive getreten. Durch sie soll der »Ausbruch eines solchen offenen Ausnahmezustandes, die Krise, die tödlich werden könnte«, verhindert werden.[28]
Die Linke (auch die liberale Linke) hat immer gegen Notstandskompetenzen opponiert, weil die Geschichte zeigt, in welcher Weise sich der Gebrauch solcher Befugnisse verselbständigen kann. Notstandsbefugnisse waren immer das Einfallstor für eine »Nebenverfassung«. So wurde mittels einer extensiven Auslegung von Art. 48 Weimarer Reichsverfassung die normative Verfassung ausgehöhlt durch die auf Art. 48 gestützte Diktatur des Reichspräsidenten. Durch vorverlegte Notstandsbefugnisse kann das Grundgesetz der Funktion nach in ähnlicher Weise ausgehöhlt werden.
Das Entstehen einer »Nebenverfassung« auf der Grundlage von Ausnahmebefugnissen kann nur dadurch verhindert werden, daß Ausnahme- und Normalzustand eindeutig getrennt werden. So forderten Helmut Ridder und Ekkehart Stein in der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze:

»Das Friedensrecht darf nicht vom Kriegsrecht materiell unterwandert werden [. . .] Der Übergang vom normalen Friedensrecht zu dem nur im Kriegsfall zu rechtfertigenden Ausnahmerecht muß an ein Verfahren gebunden werden, das jeden Mißbrauch ausschließt.«[39]

Beim Kampf gegen die Notstandsgesetze konnten – wenigstens zum Teil – derartige Verfahren in der Form von Feststellungsbeschlüssen oder -erklärungen durchgesetzt werden.

Die Grundsätze für die Trennung von Ausnahmerecht und Recht der Normallage gelten auch für die vorverlegten Notstandsbefugnisse. Solche Verfahrenssicherungen und Feststellungserklärungen können den gegenwärtigen Klassenkampf, der zur Zeit mit aller Härte von »rechts« geführt wird, nicht aufheben. Formale Verfahren und ausdrückliche Feststellungserklärungen sind jedoch ein Erschwernis; sie bedeuten Legalitätszwang. Sie sind zugleich ein Mittel, um die Durchbrechung von Grenzlinien bewußt zu machen. Sie erleichtern es, eine Abwehrfront aufzubauen. Sie verändern zwar die Klassenkonstellation nicht, sind aber ein Vorteil für denjenigen, der in der Defensive steht.

Die Sicherungsfunktion formaler Verfahrensregeln und ausdrücklicher Feststellungserklärungen wird häufig verkannt. Das geschieht vor allem, weil es in Deutschland keinen wirklichen Kampf um habeas-corpus-Rechte gegeben hat. Vielfach ist nicht einmal klar, daß erst aufgrund der Suspendierung von Art. 114 Weimarer Reichsverfassung durch die Notverordnung vom 28. Februar 1933 die rechtliche Schranke beseitigt wurde, die der Gestapo den Weg frei machte zur Einlieferung politischer Gegner in Konzentrationslager. Von diesem Zeitpunkt an kam es nicht mehr auf das Formerfordernis des richterlichen Beschlusses an. – Aber auch jeder, der heute einmal festgenommen worden ist, weiß, was die »bloß« formale Verfassungsverfahrensregelung bedeutet, daß spätestens am Ende des folgenden Tages ein Richter über die Festnahme zu entscheiden hat.

Grauzonen des Rechts entstehen dadurch, daß verfassungsrechtliche und gesetzliche Verfahrenssicherungen und Feststellungserklärungen Schritt für Schritt abgebaut oder daß sie bei der Inanspruchnahme neuer vorverlegter Notstandsbefugnisse nicht geschaffen werden. In einer Situation, in der die Linke in der Bundesrepublik in die Defensive gedrängt und in Grauzonen des Rechts Sanktionen ausgesetzt ist, kommt es darauf an, die Stoßrichtung des gegenwärtigen Angriffs zu erkennen. Gerade weil der Stoß zur Zeit mit juristischen Mitteln geführt wird, wäre es verhängnisvoll, wenn die Linke – besonders dann, wenn sie den Kampf als politischen Kampf führt – den verfassungspolitischen und verfassungsrechtlichen Sektor ausklammern würde.

Die Linke muß in einer kritischen Diskussion klären, was sie in der Abhöraffäre des Jahres 1977 bewirkt und wo sie versagt hat. Zwar ist es richtig, daß Linke schon seit Jahren ähnliche, subjektiv vielleicht sogar

massiver empfundene Eingriffe hinnehmen mußten. Doch die neuerdings bekanntgewordenen Abhörfälle schufen eine grundsätzlich neue Qualität: Die Legitimierung von Aktionen gegen die Verfassung mittels der Kategorie des »überverfassungsgesetzlichen Notstandes«.

Die Linke hat Anlaß zur Selbstkritik. Muß es so sein, daß man im Hamburger Presse-Dreigestirn *(Spiegel, stern, Zeit)* die Möglichkeiten klarer sieht und die verfassungsrechtlichen Alternativen so deutlich aufzeigt wie Rudolf Augstein? Wo sind in der von der Linken publizierten Papierflut die Analysen, die die Grauzonen des Rechts exakt untersuchen und das dokumentieren, was von mir zusammenfassend dargestellt wird? Hat es die Linke verlernt, nüchtern wie im Kampf gegen die Notstandsgesetze Material zusammenzustellen, das diejenigen überzeugt, die es noch nicht sind?

Die Abhöraffäre des Jahres 1977 könnte auch für die Linke – wie die *Spiegel*-Affäre 1962 – ein Wendepunkt sein. Wenn es in der nächsten Zeit nicht gelingt, im Bereich des vorverlegten Staatsschutzes die Kategorie »überverfassungsgesetzlicher Notstand«, die Verwendung von Werten als einer Superlegalität und eine »Güterabwägung« nach »Grundsätzen« zurückzudrängen und die strikte Bindung an verfassungsrechtliche und gesetzliche Verfahrensbestimmungen durchzusetzen, die verhindern sollen, daß die Ausnahme zur Regel wird, dann werden die »Grauzonen« unvermeidlich auch in anderen Bereichen des Gemeinwesens auftauchen und die Bindung der Verwaltung an Verfassung und Gesetz zur Farce werden lassen. Wer in der Linken meint, wir hätten dabei nichts zu verlieren außer unseren Illusionen, der sollte (zur Probe) sein Aktionsfeld einmal nach Brasilien oder Chile verlegen.

Anmerkungen

1 Adolf Arndt, »Der Rechtsstaat und sein polizeilicher Verfassungsschutz«, in: Adolf Arndt, *Gesammelte juristische Schriften,* hrsg. von E.-W. Böckenförde und Walter Lewand, München 1976, S. 163.

2 Franz Josef Strauß, Interview mit der *Welt,* »Wir müssen auf alles gefaßt sein«, *Die Welt,* 9. 4. 1977, Nr. 83, S. 2.

2a Friedrich Karl Fromme, »Einigungs-Zwang im Wahlkampf«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 6. 1972, Nr. 140, S. 1.

3 S. dazu die teilweise ausführlichere Darstellung in der Neuauflage Jürgen Seifert, *Grundgesetz und Restauration,* 3. Aufl., Darmstadt/Neuwied 1977.

4 Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat,* Frankfurt/Köln 1974; englische Fassung 1940.

5 Bernhard Blanke, »›Staatsräson‹ und demokratischer Rechtsstaat«, *Leviathan,* Jg. 3, H. 2, 1975, S. 167.

6 Jürgen Seifert, *Kampf um Verfassungspositionen,* Frankfurt/Köln 1974, S. 10 u. 11.

7 So Robert Leicht, »Trotz böser Erfahrungen kein Anlaß zur Resignation«, *Süddeutsche Zeitung,* 28. 1. 1977, Nr. 22, S. 4.

8 S. dazu insbesondere die Entscheidungen des BVerfG vom 22. 5. 1975 und vom 29. 10. 1975; vgl. den Abdruck in Erhard Denninger, Hrsg., *Freiheitlich demokratische*

Grundordnung, Bd. II, Frankfurt 1977, S. 520 ff. und 692 ff.; hier findet man im Abschnitt V (S. 489-639) eine Sammlung wichtiger Texte über Sanktionen im Öffentlichen Dienst.

9 S. dazu Jürgen Seifert, »Das Auslegungsmonopol des Bundesverfassungsgerichts bei der Verwirkung von Grundrechten«, *ebd.*, Bd. I, S. 225 ff.

10 Jürgen Seifert, »Anmerkung«, *Kritische Justiz*, Jg. 7, H. 2, 1974, S. 208 f. und die Ergänzung dazu: »›Offene Beschattung‹ durch Sicherungsgruppe?«, ebd., Jg. 8, H. 1, S. 99 f.

11 S. dazu die vom Buchladen »Das Politische Buch«, Berlin hrsg. Broschüre, *Beschlagnahmt. Willkommen in der Bundesrepublik*, Berlin 1976; die vom Verband des Linken Buchhandels hrsg. Broschüre, *88a in aktion oder wie man bücher verbrennt, ohne sich die finger schmutzig zu machen*, Frankfurt 1976, wurde in Hannover beschlagnahmt; vgl. zum Gesamtkomplex der hier unter Ziff. 1 bis 7 dargelegten Fragen auch Sebastian Cobler, *Die Gefahr geht von den Menschen aus. Der vorverlegte Staatsschutz*, Berlin 1976, mit viel Material.

12 Adolf Arndt, »Demokratie – Wertsystem des Rechts«, in: Adolf Arndt, Michael Freund, *Notstandsgesetze – aber wie?*, Köln 1962, S. 13.

13 Günter Nollau, *Wie sicher ist die Bundesrepublik?*, München 1976, S. 199, s. auch S. 164.

14 Ulrich K. Preuß, *Legalität und Pluralismus*, Frankfurt 1973, S. 9 ff.; Otto Kirchheimer, »Legalität und Legitimität« (1932) in: *Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat*, Frankfurt 1967, S. 10.

15 Günter Nollau, a.a.O. (Anm. 13), S. 199.

16 S. dazu Jürgen Seifert, »Linke in der SPD (1945-1968)«, in: *Die Linke im Rechtsstaat*, Bd. 1, Berlin 1976, insbes. S. 249 ff. mit weiteren Nachweisen.

17 Reiner Geulen, »Kann man mit einer bürgerlichen Verfassung eine sozialistische Praxis legitimieren?«, in: Gerhard Stuby, *Disziplinierung der Wissenschaft*, Frankfurt 1970, S. 208. Geulen hat seine damalige Position inzwischen revidiert. An dieser Stelle unterschlägt er, daß zum Kongreß »Demokratie vor dem Notstand« im Jahre 1965 etwa 1500 nach Bonn kamen (das war damals ein Erfolg); drei Jahre später beim Sternmarsch waren es 70 000.

18 Ebd., S. 209.

19 Johannes Agnoli, Peter Brückner, *Die Transformation der Demokratie*, Berlin 1967, S. 73 f.

19a Gerd Temming, »Abschied von der Rechtsstaatillusion«, in: *Kritische Justiz*, 1972, H. 4, S. 393-404.

20 S. zum folgenden insbes. Jürgen Seifert, *Kampf um Verfassungspositionen*, Frankfurt/Köln 1974, mit weiteren Nachweisen; ferner Wolfgang Abendroth, *Arbeiterklasse, Staat und Verfassung*, hrsg. von Joachim Perels, Frankfurt/Köln 1975.

21 Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Berlin 1923, S. 261.

22 Marx/Engels, *Werke*, Bd. 17, Berlin[-Ost] 1962, S. 416 f.

23 S. dazu Jürgen Seifert, »Wolfgang Abendroth und die SPD«, in: Wolf-Dieter Narr, Hrsg., *Auf dem Weg zum Einparteienstaat*, Opladen 1977, S. 242 ff., insbes. S. 246 f.

24 S. dazu auch den gleichnamigen Beitrag von Thomas Blanke, in: Hubert Rottleutner, *Probleme der marxistischen Rechtstheorie*, Frankfurt 1975.

25 S. dazu meine Besprechung in *Kritische Justiz*, Jg. 8, H. 1, 1975, S. 114 ff.

26 So Jürgen Fischer in der Einleitung zum Abschnitt »Theorien zur Krise des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates«, in: Erhard Denninger, a.a.O. (Anm. 8), Bd. 1, S. 376 f.

27 Helmut Ridder, *Die soziale Ordnung des Grundgesetzes*, Opladen 1975, S. 59.

28 Carl Schmitt, *Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924-1953* (geschrieben 1958), Berlin 1973, S. 260.

29 Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V., Hrsg., *Der permanente Notstand*, Göttingen 1963, S. 13; s. auch Jürgen Seifert, *Der Notstandsausschuß*, Frankfurt 1967, insbes. S. 95.

RIAS
BERLIN

Vom Titel des Buches darf man sich nicht täuschen lassen. Eine Darstellung der Studentenbewegung in den entscheidenden Jahren 1967 - 69 ist das nicht, jedenfalls nicht im Sinne eines Versuches der Geschichtsschreibung. Es ist zugleich weniger und mehr. Weniger — denn es beschreibt die Jahre des SDS hauptsächlich aus dessen eigener Perspektive, und auch das nur an drei Ereignissen, die zwar für die Entwicklung des SDS Marksteine gewesen sind, die Studentenbewegung als ganze aber keineswegs abdecken. Das Buch enthält drei Filmskripte des Ulmer Instituts für Filmgestaltung, zum Teil gemeinsam mit einer Gruppe des Frankfurter SDS verfaßt. Die Filme selbst sind bisher so gut wie unbekannt, obwohl sie einzigartiges Dokumentarmaterial enthalten. Da die Hersteller nicht in erster Linie Aktion aufs Zelluloid gebannt haben, wie es das Fernsehen in jenen Jahren vorzugsweise tat, sondern Reden, Diskussionen und interne Auseinandersetzungen, kann man diese Filme durchaus auch lesen. Und hier liegt eben des „Mehr als Geschichtsschreibung": es wird eine Unmittelbarkeit erreicht, die jene Jahre in der Erinnerung wieder lebendig werden lassen.

Dokumentarisch dargestellt sind in den drei Filmen der Zeitabschnitt vom Schah-Besuch mit dem Tod Benno Ohnesorgs bis zum Vietnam-KOngreß im Februar 1968; dann die Diskussion im Frankfurter SDS mit Habermas, Friedeburg und Mitscherlich kurz vor der nächtlichen Besetzung des Soziologischen Seminars im Wintersemester 1968/69; und schließlich die letzte SDS-Delegiertenkonferenz im November 1968 in Hannover, der sich im Frühjahr 1970 die Auflösung des SDS-Bundesvorstandes anschloß. Angereichert wurde der Buchtext durch den Abdruck einiger ergänzender Referate, Protokolle und Erklärungen.

Was dem Buch zusätzliches Gewicht verleiht, ist das Vorwort von Frank Wolff und Eberhard Windaus. Sie beteuern, es **„im eigenen Namen, nicht im Auftrag einer Organisation"** geschrieben zu haben, und man darf es ihnen glauben; aber sie schreiben natürlich von einem politischen Standort aus, der irgendwo zwischen allen linken Stühlen zu finden ist. Jedenfalls suchen sie die Schuld am elenden Zustand der ehemals **„Neuen Linken"** nicht wie andere beim jeweils gegnerischen Grüppchen: **„ . . . wir, denen die Begriffe Umwälzung, Verändern, historischer Prozeß so leicht herauskamen, stehen in linke Häuflein versprengt hilflos vor den großen Veränderungen der letzten Jahre. Keine spektakuläre Aktion oder Kampagne, keine organisatorische Anstrengung nach der Revolte hat ernsthaft an den dynamisch und doch eigentümlich geschichtslosen Verhältnissen gerüttelt, oder eben im kindlichen Sinne. Es hilft nichts, daß die Linke zur Zeit stärker erscheint, zahlenmäßig, als vor zehn Jahren. Denn sie hätte mit den Aufgaben viel größer wachsen müssen — und vor allem: sie ist mit dem Brustton der Überzeugung in Sackgassen marschiert. Wir sind selbst betroffen und befangen, aber wir wollen doch unsere wichtigste Entdeckung bei der Arbeit an den Dokumenten bekanntmachen: daß diese Sackgassen nämlich allesamt schon Ende '68 und früher strategisch im SDS angelegt waren.**

Daß die Revolte vorbei sei, ist eine Zwecklüge und zugleich real; verleugnet lebt sie in lächerlichen Latzhosen totalitären Zuschnitts, obskuren Heilslehren, Trödel, in schäbigen Kneipen mit betäubender Musik. Zwecklüge: sie macht uns zu Rückwärtsgewandten, die am Vergangenen festhalten wollen, vernichtet fortwährende Gültigkeit und akute Not eines modernen Freiheitskampfes, der ohne ein würdiges Gedächtnis nicht leben kann, schließlich macht sie blind gegen die Schwächen und die Größe der weltweiten Rebellion von zehn Jahren."

Die Studentenbewegung war sensibler, als alle ihre verbissenen Kritiker damals ahnten. Die beiden Vorwortschreiber haben sicher recht, wenn sie meinen, daß damals **„alle wesentlichen, fast existentiellen Fragen von Familie, Erziehung, Sexualität, Kultur und Wissenschaft, Bewußtsein, sinnloser Arbeit, langweiliger Freizeit, Herrschaft"** aufgerissen wurden; und die Revolte war nur insofern politisch im engeren Sinne, als sie das alles im Zusammenhang der bestehenden Gesellschaftsordnung in Frage stellte. Man wird es eines Tages wohl zur Kenntnis nehmen müssen, daß hinter ihr eine moralische Erschütterung stand.

Sendung: 1o.3.1977 / 22.00 / II
Manuskript: Walter Kirchner
Titel: Studentenbewegung 1967 - 69,
Verlag Roter Stern,
Postfach 180 147,
6 Frankfurt am Main

Neuerscheinungen bei Kiepenheuer & Witsch

Erica Fischer/Brigitte Lehmann/
Kathleen Stoffl
Gewalt gegen Frauen
128 Seiten
Broschur DM 12,–

Frauenmißhandlungen und Vergewaltigungen sind heute Thema Nummer eins der internationalen Frauenbewegung. Wo liegen die Wurzeln zu solchem Verhalten der Männer? Wie war es möglich, daß die Frauen bis jetzt die ihnen angetane Gewalt als ihr persönliches Schicksal begriffen und stumm erlitten haben? Die Autorinnen berichten, analysieren und schildern die vorhandenen Strategien der Gegenwehr.

Ulrich Sonnemann (Hrsg.)
Der mißhandelte Rechtsstaat
in Erfahrung und Urteil bundesdeutscher Schriftsteller, Rechtsanwälte und Richter
160 Seiten
Broschur DM 16,80

Dieser Band will den Blick schärfen für Unrechtsvorgänge
Strafvollzug – Klassenjustiz – Justizirrtum – »Gewalt«-Paragraph – Untersuchungshaft
sind die Stichworte, unter denen der mißhandelte Rechtsstaat beleuchtet wird.

K&W Verlag Kiepenheuer & Witsch

Verlag Association GmbH

Neuerscheinungen

S. Marks
Studentenseele
Erfahrungen im Zerfall der Studentenbewegung

Seit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Rationalisierungsoffensive an der Universität beschäftigt sich die Linke wieder mit der UNI. Hinzu kommt der nostalgische Blick auf „zehn Jahre Studentenbewegung".
Marks verzichtet in seinem Buch völlig auf die gängigen Ansätze und versucht, die Studentenbewegung in die Jugendrevolte der sechziger Jahre einzuordnen. Erst als sich die Studentenbewegung aus dieser Revolte löste, um sich Formen traditioneller Vertretungspolitik zuzuwenden, setzt für S. Marks der Niedergang der Bewegung ein.
erscheint Herbst 1977, ca. 150 S., ca. 12,– DM

M. Kukuck
Student und Klassenkampf
Studentenbewegung in der BRD seit 1967

Diese Arbeit erschien bereits 1975 und hat bis heute ihren Wert als materialreiche Darstellung der Studentenbewegung nicht verloren. Kukuck verbindet den Versuch einer Analyse mit einer detaillierten Darstellung der verschiedenen Fraktionen der Studentenbewegung und ihrer ideengeschichtlichen Herkunft.
2. Auflage Frühjahr 1977, 280 S., 16,– DM

Erich Fried
So kam ich unter die Deutschen
Gedichte

Bereits in den sechziger Jahren kam der jüdisch-österreichische Emigrant vor den Nazis, Erich Fried, zurück nach Deutschland – damals noch voller Hoffnung, daß sich die Vergangenheit nicht wiederholt.
Heute, nach Vietnam, der Studentenrebellion und dem mörderischen Polizeistaat BRD ist Fried Mitglied des P.P. Zahl-Komitees, Teilnehmer bei unzähligen Veranstaltungen zur Solidarität mit politischen Gefangenen und einer der bedeutendsten deutschsprachigen engagierten Lyriker. Seine Gedichtzusammenstellung zeigt, daß es bereits 5 vor 12 ist, aber auch Hoffnung und Mut zur Veränderung vorhanden ist.
124 S., 10,- DM

Bruns/Schrammer/Larking/Bolle
Mit Samthandschuh und Eisenfaust
Polizei in der BRD

Diese Arbeit untersucht die Struktur der Polizei und die soziale Zusammensetzung der in ihr Beschäftigten. **ca. 150 S., ca. DM 10,–**

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51

Verlagsprospekt anfordern!

Otto Kallscheuer
Das »System des Marxismus« ist ein Phantom

Argumente für den theoretischen Pluralismus der Linken

I

Das Attribut »pluralistisch« ist in der Diskussion der westdeutschen Linken ein Schimpfwort. Mit dem Etikett »schlecht pluralistisch« ist eine Vielfalt von Positionen und Theorien gemeint, die schlicht konsequenzenlos bleibt, aus der nichts folgt und die darum Partei ist: Partei für das Bestehende. Was dagegen gesetzt wird, ist eine oder *die* »Klassenposition«, die für die einen mit bereits bestehenden Staaten (DDR, SU, China . . .) und Parteien marxistisch-leninistischer Prägung identisch ist, für die anderen nicht. Diese Haltung unter großen Teilen der alten und neuen Linken ist vielleicht verständlich – verzeihlich ist sie nicht. Sie beruht nämlich auf der Voraussetzung, daß *echte Alternativen* zur bürgerlichen Wissenschaft nur im Gewande eines absoluten Wahrheitsanspruches auftreten können: als *der* Marxismus, *die* Arbeiterklasse, *die* Zerschlagung *des* bürgerlichen Staates – und basta.

Verständlich ist diese Haltung angesichts der Erfahrung mit einer Variante von »Pluralismus« (und den muß man wirklich in Anführungszeichen setzen), den die neue Linke mit ihrer Entstehung kennengelernt hat, der, mehr noch, eine der Ursachen ihrer Entstehung war: der Pluralismus der formierten Gesellschaft des CDU-Staates und der Großen Koalition. Dieser war ein *Pluralismus ohne Alternativen*, denn er setzte die verteilten Rollen eines einheitlichen Konzerts ohne Mißtöne voraus; er war ein Pluralismus der Interessengruppen, Verbände, Vereine, Parteien, der außerhalb seiner selbst keine Veränderung wahrnehmen, geschweige denn in Gang setzen konnte, weil er auf der *Kontinuität korporativer Strukturen* und Organisationsformen beruhte.[1] Echte demokratische Alternativen konnten sich darum nur als APO, nur außerhalb des Parteienkartells organisieren und bewegen. Entsprechendes gilt für den Theorienpluralismus der korporativistischen Ordinarienuniversität, der nach dem Prinzip »Keine Krähe hackt der anderen ein Auge aus« funktionierte und seine grundlegende Immobilität und Lernunwilligkeit nur mühsam kaschierte.

Demgegenüber war die APO die einzige Kraft, die wirklich Alternativen ins Spiel brachte: in ihrem Handeln war sie *Bewegung*[2]. Von Bewegung (im Singular) zu sprechen, setzte damals nicht eine einheitliche Theorie oder Weltanschauung voraus; es war möglich, weil die durchaus unterschiedli-

chen Lebensbereiche, Ereignisse, Erfahrungen an den verschiedensten ›Fronten‹ zu einer Dimension von Gemeinsamkeit *zusammengesetzt* wurden, die die disparaten, pluralen, partikularen Lebensinteressen, Kampfinhalte und Öffentlichkeitsformen gerade *nicht* ersetzte oder sich ›von außen‹ über sie stülpte. Bestimmend für die Bewegung waren gemeinsame *Handlungsbezüge*. Theoretisch experimentierte sie mit den unterschiedlichsten Erklärungs- und Kritikansätzen der bürgerlichen Gesellschaft und Lebensweise, u. a. auch der marxistischen. *Den* Marxismus jedenfalls gab es für die radikaldemokratische, außerparlamentarische, linke Bewegung als identitätsstiftenden Bezugspunkt nicht, und auch als bestimmte Flügel der Studentenbewegung sich dezidierter marxistischen Traditionen (und zwar *bestimmten* Traditionen)[3] zuwandten, geschah dies, um die eigenen, problematisch werdenden Handlungsbezüge klären zu helfen. Der Bezug auf *eine* fertige, abgeschlossene Theorie *des* Marxismus war damit aber gerade nicht intendiert.

Heute, 10 Jahre später, stellt sich die Situation genau umgekehrt dar. Die Momente, die es (vielleicht) möglich machen, von der oder den Linken zu sprechen, sind gerade *nicht* gemeinsame Handlungsbezüge, -möglichkeiten, -aufgaben, bilden *kein* artikuliertes Verhältnis zu den verschiedenen Initiativen und Bewegungen hier und heute in der Bundesrepublik. Ob es um die Bürgerinitiativen, die Frauenbewegung oder um die neuen Formen und Versuche von Studentenbewegung geht: die Linke muß überall wieder versuchen, ein konkretes Verhältnis zu diesen Bewegungen überhaupt erst herzustellen. Wenn in der März-Ausgabe der Zeitung *links* »am Beispiel Brokdorf« von der möglichen Chance für die Linke gesprochen wird, »in der Krise ihre Isolierung zu durchbrechen« und »mit ihren Arbeitsansätzen an unruhigem und lernbereitem Bewußtsein anzuknüpfen«, so ist damit zunächst auch gesagt, *daß die Linke heute keine Bewegung mehr ist:* die *Linke* und die verschiedenen Formen gesellschaftlicher *Bewegungen* fallen auseinander. Und an den Bürgerinitiativen gegen die KKWs ist zuletzt nur besonders deutlich geworden, daß die westdeutsche Linke aus ihrem unreflektierten, bestenfalls interventionistischen Verhältnis zu diesen neuen Bewegungen noch keineswegs herausgekommen ist, sondern den Bewegungen hinterherhinkt.

Was aber dann ist *die Linke*, und worüber stellt ihre Identität sich her, wenn nicht über Handlungsbezüge? Man kann auf diese Frage verschiedene Antworten geben: über die gemeinsame Bedrohung, die tendenzielle oder faktische Kriminalisierung durch Gesinnungsjustiz, Berufsverbote, Repression; über Elemente einer einst gemeinsamen, sich dann immer mehr zerfasernden Geschichte usw. Von ihrem Selbstverständnis her aber ist der Linken heute vor allem und anders als vor zehn Jahren der theoretische Bezug auf den Marxismus gemeinsam. *Der* Marxismus hält als Orientie-

rungs-, Ausgangs- oder (perspektivischer) Fluchtpunkt die zerstreute und zersplitterte westdeutsche Linke zusammen – und er hält sie *als* zersplitterte zusammen (denn jeder Splitter ist natürlich im Besitz *des* authentischen Marxismus). Die spezifischen Gründe, warum es zu dieser Vorstellung eines (einzigen) Marxismus in der westdeutschen Linken gekommen ist (natürlich *einen* für jede Fraktion *anderen*), sollen hier nicht untersucht werden. Ihre Folgen sind gerade in der aktuellen Identitätskrise der Linken verhängnisvoll, da sie nur zu leicht zu einem Partei- oder Theorieegoismus führen können, der mehr Denkbarrieren aufbaut als beseitigt. *Eine* dieser Folgen ist das ungeklärte Verhältnis der marxistischen Linken zum Pluralismus: d. h. zur Forderung, daß jeder Perspektive oder Entscheidung mehrere (politische, theoretische) Alternativen vorausgehen können und müssen, wenn sie als Entscheidung rechtfertigbar sein soll. Gegen diese Verdrängungshaltung sollen im folgenden einige politische (Kap. II) und, was ihre systematischen Prämissen angeht, theoretische (Kap. III) Argumente geltend gemacht werden.

II

Der erste, im engeren Sinne *politische* Knotenpunkt des problematischen Verhältnisses von Marxismus und Pluralismus betrifft den Sozialismusbegriff selbst. Denn die Frage, was Sozialismus heißt, muß so lange offen bleiben – und ich will hier dafür plädieren, sie (wieder) als offene zu behandeln –, wie sie nicht nur nach der Seite der Produktions- und Eigentumsformen, sondern auch nach der Seite der Formen gesellschaftlicher (Selbst-)Organisation beantwortet werden kann. Der ›reale Sozialismus‹, mit dem wir – ob wir wollen oder nicht – als Linke in jeder innenpolitischen Auseinandersetzung beständig konfrontiert sind –, kennt von seinem Selbstverständnis her jedenfalls weder eine Pluralität politischer, noch theoretischer Positionen: das institutionelle und ideologische System ist grundlegend einheitlich und hierarchisch aufgebaut. Die westdeutsche Linke aber hat sich, je mehr sie sich von den radikaldemokratischen Anfängen der Studentenbewegung zum Marxismus hin entwickelte, zunehmend den Luxus geleistet, die Frage nach *institutionellen* Alternativen nicht nur zum Parlamentarismus, sondern auch zum »sowjetischen Modell« zu verdrängen. Es hilft uns wahrlich nichts, uns mit der Hoffnung auf die Spontaneität der Massen zu begnügen oder auf die »untrennbare Verbindung« von Demokratie und Sozialismus zu verweisen, die bis heute noch von jeder Strömung der Arbeiterbewegung in Anspruch genommen wurde (und auf die sich heute ebenso die KPdSU wie die SPD berufen!).[4] Verfehlt wäre es aber auch, diese offene Frage nach dem Zusammenhang von Demokratie und Sozialismus als bloße Frage aktueller Kommuniqués abzu-

Goethe Institut e.V. Bibliothek

tun, der Kritik an sowjetischen Arbeitslagern, an der Ausbürgerung Wolf Biermanns usw. Auch diese Fragen sind wichtig und notwendig; solange sich die Linke jedoch damit begnügt, läßt sie sich diese *ihre* Fragen von den Monopolen der bürgerlichen veröffentlichten Meinung nur aufdrängen, und dann sind es nicht mehr ihre Fragen. Wenn wir von den sogenannten Eurokommunisten etwas lernen können, so werden es kaum Patentrezepte sein, sondern die Bereitschaft, diese Frage als *unsere* zu akzeptieren.

»*Wir sind es*«, formulierte in diesem Zusammenhang Eric Hobsbawm[5], »die uns bewußt werden, daß eine bestimmte Entwicklung der UdSSR negativ war, daß wir einen Sozialismus, der Stalinismus ist, *nicht wollen* und zwar nicht nur, weil er für die öffentliche Meinung nicht akzeptabel erscheint . . . Deshalb ist die Thematik des Verhältnisses Demokratie-Sozialismus in unsere Diskussionen eingetreten, ist sie innerhalb des Eurokommunismus präsent. Es ist ein Irrtum zu sagen, daß dies eintrat, weil die Sozialisten oder Christdemokraten nicht für uns stimmen, wenn wir Stalinisten sind. Wir haben aus anderen, grundlegenderen und ernsthafteren Motiven aufgehört, Stalinisten zu sein, die den Weg zur neuen Gesellschaft und ihre Form betreffen.«

Zu diesen Gründen gehört die grundsätzliche Kritik am ›sowjetischen Modell‹, das für Selbstorganisation der Produzenten ebenso wenig Raum läßt wie für die offene Diskussion und Entscheidung zwischen verschiedenen Alternativen. Wenn sich gleichzeitig die demokratischen und sozialistischen Oppositionsbewegungen in den sowjetischen Gesellschaften[6] und gerade die ungarische oder polnische Neue Linke heute offen als »Vertreter des politischen Pluralismus«[7] verstehen, so steht ihre historische Erfahrung dahinter,

daß in diesen Gesellschaften jede »mögliche Liberalisierung notwendig begrenzt ist. Diese Grenze wird durch das Fehlen der Entstehung autonomer Organisationen gezogen. Es gibt ganze Sphären von Institutionen, die nur unter Bedingungen organisatorischer Autonomie funktionieren können; und deren Fehlen ist die allgemeine Konsequenz der institutionellen Struktur sowjetischen Typs.«[8] Zu solchen Institutionensystemen – fährt der pseudonyme ungarische Marxist fort – gehören aber nicht nur der Markt, der im Kapitalismus ein vom politisch-institutionellen System unabhängiger Regulationsmechanismus ist und ›hinter dem Rücken‹ der Individuen die gesellschaftliche Einheit herstellt, sondern auch alle Formen bewußter demokratischer gesellschaftlicher (Selbst-)Organisation und Kontrolle: »Alle gesellschaftlichen Organisationen setzen als Mindestbedingungen ihres Funktionierens voraus, daß sie von jenen funktionellen Organisationen unabhängig sind, zu deren Kontrolle sie selbst gebildet wurden. Daraus folgt, daß man in den sowjetischen Gesellschaften nicht von gesellschaftlichen Organisationen sprechen kann.«[9]

Daß es nicht möglich ist, für die Gesellschaften des ›realen Sozialismus‹ von einer sozialistischen ›Basis‹ und einem nichtsozialistischen ›Überbau‹ zu sprechen – also Ökonomie und Politik in einer dem Kapitalismus analogen Weise zu trennen – soll hier nicht extra begründet werden. Wenn es sich aber so verhält, dann muß aus der Kritik der sowjetischen Gesellschaften auch in die Bestimmung dessen, was wir unter Sozialismus verstehen, notwendig ein pluralistisches Institutionenmodell eingehen. Warum?

Wenn Sozialismus die Befreiung der gesellschaftlichen Produzenten bedeutet, dann setzt er demokratische Kontrollmechanismen voraus. Sozialistische Demokratie ist aber keine Eigenschaft, kein Zustand, sondern ein System von *Regeln,* »auf deren Basis es möglich ist, eine Entscheidung als kollektive anzusehen«[10]. Im gleichen Maße, wie unsere Kritik am bürgerlich parlamentarischen System auf den ideologischen, nur formalen Charakter von Freiheit und Gleichheit bei gleichzeitiger Klassenherrschaft abzielt, müssen wir an den sowjetischen Gesellschaften die strukturelle Unmöglichkeit von Entscheidungsfreiheit kritisieren. Denn diese hat, in den Worten des liberalen sozialistischen Philosophen Bobbio, zur Voraussetzung,
– daß die Gesellschaftsmitglieder »auch in dem Sinne frei sein müssen, daß sie zwischen realen Alternativen, zwischen unterschiedlichen Lösungen wählen können«;
– daß »keine Mehrheitsentscheidung die Rechte der Minderheit einschränken darf, besonders nicht das Recht, unter gleichen Bedingungen selbst zur Mehrheit werden«[11].
Mit diesen (ohnehin minimalen) *Forderungen* ist über die faktische Möglichkeit ihrer Verwirklichung freilich noch nichts ausgesagt. Bezeichnend ist nur, daß diese Frage in der westdeutschen Linken gar nicht gestellt worden ist. Sie zu stellen setzte nämlich voraus, das spannungsreiche Verhältnis von normativen und empirischen Aussagen im Sozialismusbegriff überhaupt als Problem anzusehen. Unter den Marxisten findet sich diese produktive Spannung alleine bei Gramsci.[12].
Von vielen Genossen wird auf die Reklamation eines institutionell-politischen Pluralismus in der sozialistischen Bewegung geantwortet werden: ›Die Interessen der Arbeiterklasse können sich aber doch keinem abstrakten Pluralismuspostulat unterordnen!‹ Ich halte dagegen, daß dieser Einwand auf der Verkennung des gleichen Problems beruht, welches ich gerade genannt habe: des Unterschieds von Normen und empirischen bzw. Gesetzesaussagen nämlich. Von der Arbeiterklasse im Sinne der Gesamtheit der Mehrwert produzierenden Lohnarbeiter zu sprechen, ist eine auf Basis des Marxschen *Kapital* gerechtfertigte Hypothese. Die Behauptung jedoch, daß *die* Arbeiterklasse ein *homogenes Subjekt* mit einheitlichen Interessen sei (die keiner besonderen Regeln zur Feststellung ihrer Interessen mehr bedarf), wurde bisher aber immer nur von *Parteien* aufgestellt. *Das* Interesse *der* Klasse wurde (sei es in der frühen sozialdemokratischen, sei es in der kommunistischen Tradition) somit tendenziell mit dem der Partei identifiziert, und nicht zufällig ist in der marxistischen Tradition immer nur von *der* Arbeiterpartei die Rede. Wie jede ernstzunehmende Klassengeschichtsschreibung zeigt, ist aber jene *Identifikation von Klassenpolitik und Parteipolitik* – vor allem in der kommunistischen Tradition – immer eine Selbstinterpretation der Partei(en) gewesen, die nie die Gesamtheit der

Interessen und Fraktionen innerhalb der Arbeiterbewegung verkörpert haben. Sprachlich ist sie (wie etwa in der Rede von den ›objektiven Interessen des Proletariats‹ handgreiflich wird) die Verkleidung einer normativen Aussage als Tatsachenaussage: die objektiven Interessen sind nämlich immer andere (weitergehende) als die jeweils faktischen Interessen der Klassenbewegung; die Rede von den objektiven Interessen beinhaltet also die *Forderung*, die Klassenbewegung möge weitergehende Interessen artikulieren als sie tatsächlich artikuliert – in Gestalt der Partei. Eine solche Forderung *kann* gerechtfertigt sein, *wenn* sie sich als solche zu erkennen gibt. Dann ist sie aber nicht einfach ›objektiv notwendig‹, sondern muß sich Einwänden aussetzen, anderen Erfahrungen und der Kritik anderer Organisationen. Sie muß neben sich also »das legitime Recht der Werktätigen auf verschiedene Parteien (darunter auch reformistische) anerkennen, deren Politik durch deren Mitglieder selbst zu verändern sei«[13].
Aus dem Gesagten soll hervorgehen, daß die Diktatur *des* Proletariats nichts anderes sein kann als Parteidiktatur, denn das Proletariat (als Subjekt) gibt es nicht. Pluralismus ist also eine Forderung, die, wie der alte Hobsbawm sagt (vgl. Anm. 5), »*vor allem* innerhalb der Arbeiterklasse« ihre Bedeutung hat. Die aktuellen Entwicklungen der westeuropäischen kommunistischen Bewegung zeigen, daß diese Frage keine akademische ist. Die französischen Kommunisten haben das Bündnis mit den Sozialisten sicherlich nicht in der Absicht geschlossen, Mitterand »wie der Strick den Gehängten« (Lenin) zu stützen; und in den dezentralen, basisdemokratischen Initiativen, die zumindest *ein* Element der Strategie der italienischen Kommunisten sind, drückt sich das historische Bewußtsein aus, daß die Partei nicht die Klasse ist, nicht das proletarische Selbstbewußtsein der bürgerlichen Gesellschaft und nicht die Präfiguration einer zukünftigen.

III

> »Die ideologische Vorstellung eines pluralistischen Marxismus kann zu politischem Pluralismus, der Leugnung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei und letztlich der Arbeiterklasse führen.«

Das angeführte Zitat habe ich als Motto gewählt, um deutlich zu machen, daß zwischen dem bisher angesprochenen politischen Knotenpunkt des Pluralismusproblems und im engeren Sinne theoretischen Fragen des marxistischen Selbstverständnisses durchaus Zusammenhänge bestehen, die wir kritisch aufarbeiten sollten. Es stammt auch nicht vom KBW oder der KPD/ML, sondern aus den ›Grundprinzipien über die politische Haltung gegenüber der Wissenschaft‹, die die ungarische sozialistische Arbeiterpartei 1969 per ZK- und Parteitagsbeschluß angenommen hat und die 1973

vom kulturpolitischen Ausschuß des ZK als Begründung für das *Berufsverbot* für Vertreter der ungarischen Neuen Linken (Heller, Vajda, Márkus, Hegedüs u. a.) herhalten mußten.[14] Als theoretischer Stein des Anstoßes wurde dabei u. a. ein Artikel von Mihály Vajda angeführt, der, von der *faktischen Vielfalt* philosophischer Konzeptionen im philosophischen Marxismus ausgehend, die Möglichkeiten eines echten Dialogs von Marxismus, Existentialismus und Phänomenologie zu umreißen versuchte.[15]
Im Unterschied zu allen früheren Epochen der Geschichte marxistischer Theoriebildung ist die Existenz unterschiedlicher und gegensätzlicher Tendenzen heute kein marginales Phänomen mehr. Selbst die offizielle Arbeiterbewegung ist davon in einem Ausmaß ergriffen, daß es rein deskriptiv sinnlos geworden ist, von *einem* Marxismus noch zu reden. Wir stehen

»in einer historischen Epoche, in der es keinen Marxismus mehr gibt, sondern zahlreiche untereinander verfeindete Marxismen, die gegeneinander in wahrem und regelrechtem theologischen, oder, was auf das Gleiche hinausläuft, politischen Zorn eifern und in ›Schulen‹ gruppiert, um nicht zu sagen ›verschlossen‹ sind«[16].

Das Problem, dem die folgenden Thesen gewidmet sind, betrifft nun die Frage, warum es insbesondere den westdeutschen Marxisten so schwer fällt, diese Realität des linken Theorienpluralismus zu akzeptieren oder sie, darüber hinaus, als *irreversiblen* Prozeß zu begrüßen, der zugleich neue theoretische Chancen mit sich bringt.[17]

Thesen

1. Betrachtet man die aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der Linken, so fällt auf, daß sich die Linke in ihrer Zerstrittenheit doch darin einig ist, daß es einen (einzigen) Marxismus muß geben können, wovon die jeweilige wissenschaftliche Aussage oder politische Schlußfolgerung die (einzig) richtige ›Ableitung‹ oder die (einzig) schöpferische ›Anwendung‹ sein soll. Wie Bernhard Blanke zutreffend bemerkt hat, wird bei diesem ›Stil‹ innerlinker Auseinandersetzung – der in der Tat ›Inhalte‹ linker Identität zum Ausdruck bringt – »eine ganz entscheidende Dimension verdrängt: die Möglichkeit des Irrtums«[18].
Bisher vermute ich noch weitgehende Zustimmung – vielleicht nicht bei Parteimarxisten (deren Gruppierung jeweils bereits im Besitz des ›wissenschaftlichen Sozialismus‹ ist), aber bei all den anderen, den undogmatischen Marxisten, die jede ›Ontologisierung der historischen Dialektik‹ ja gerade in ihrer Funktion als Legitimationswissenschaft marxistisch-leninistischer Parteien kritisieren. In einem Artikel in der Wochenzeitung der italienischen Kommunisten mißt Gian Enrico Rusconi etwa dem Stil und Ton der meisten Beiträge der in den letzten Jahren im *Argument* erschienenen

Beiträge zur ›Widerspiegelungsdiskussion‹ jene Funktion zu: »den Marxismus als Grundlagenwissenschaft jenseits jeder möglichen Problematisierung, jenseits jeder wissenschaftstheoretischen Unsicherheit darzustellen«[19]. Doch dem undogmatischen Konsens der Kritik am orthodoxen Marxismus mißtraue ich. Gilt doch – wie der italienische Kommunist Rusconi bemerkt – für die Diskussionen der ›undogmatischen‹ *ebenso* wie der ›orthodoxen‹ Marxisten (die Einteilung stammt von Rusconi) das Verdikt einer »substantiellen Geschlossenheit aller Beteiligten gegenüber den Beiträgen anderer Länder, die erst heute zaghaft überwunden wird«. Diese Abgeschlossenheit nach außen scheint mir jedoch selbst noch ein Symptom: auch die undogmatischen Marxisten gehen von der Voraussetzung des (einen) Marxismus aus.

Sie nehmen ihn nur nicht als bereits gegeben an (als proletarische Weltanschauung, als realisierten Sozialismus . . .), sondern als *noch nicht* realisierte Aufgabe – und in diesem ›noch nicht‹ liegt das große Plus an (möglicher) Lernfähigkeit der Neuen Linken. Dennoch ist dieses ›noch nicht‹ nicht wirklich offen und »damit verengt sich zugleich der Horizont des linken Pluralismus«[20]: gemeinsame Basis für die Linken aller Schattierungen kann der Marxismus deshalb sein, so Blankes Begründung[21], »weil die materialistische Dialektik die einzige Theorie ist, die kritisch auf sich selbst angewendet werden muß«. (Zwischenfrage: Stimmt das überhaupt? Müssen nicht – um einige willkürliche Beispiele zu nennen – die Sprachspieltheorie des späten Wittgenstein, die Psychoanalyse, die feministische Kritik an ›männlichen‹ Herrschaftsmechanismen, der erkenntnistheoretische ›Anarchismus‹ Feyerabends, die Foucaultsche Theorie von Wahrheit/Wissen als Machtsystem von Regeln »kritisch auf sich selbst angewendet werden«, *wenn* man sie ernst nimmt?) Selbst jene Genossen, die die ›German-Ableitungs-Literature‹ mit Recht und Witz kritisieren, haben meist keinerlei Schwierigkeiten, von *der* materialistischen Theorie, *der* Dialektik o. ä. zu sprechen.[22]

2. Diese Zuversicht auf eine sich (letztendlich immer wieder) herstellende Einheit und Einzigkeit ist dem Marxismus, soweit mir bekannt, unter allen emanzipativen Theorien eigentümlich. Die jeweils spezifische Form, in der diese Einheit (von Wesen und Erscheinung, von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Kritik, von Taktik und Ethik) zum Problem wird, ist abhängig von der historischen Situation, von den Handlungs- und Denkspielräumen, die den Marxisten und/oder der Arbeiterbewegung in dieser Situation offenstehen. So kann man im Anschluß an Karl Korsch feststellen, daß

»in Phasen des kämpferischen Aufbruchs die aktivistisch-subjektive Dimension des Marxismus überwiegen wird, [während] in Zeiten der Latenz des Klassenkonflikts oder nach einer Niederlage die objektiv-ökonomische Seite [die Überhand gewinnt], die das Schwergewicht

von der subjektiven Rebellion der Menschen auf die objektive Rebellion der Produktivkräfte verlagert«[23].

Diese beiden Extreme stehen aber selbst unter der Voraussetzung der Einheit von objektiver und subjektiver Dimension der Kapitalismusanalyse; und die Frage nach der Natur dieser Einheit und Einzigkeit ist damit selbst eine systematische Frage. Ihre Beantwortung wird zeigen, ob

»alle Versuche, die marxistische Lehre als Ganzes . . . wiederherzustellen, heute reaktionäre Utopien [sind]« oder ob der »Traum« einer »theoretischen Wiederherstellung« der »Ideen von Marx« eine rationale und für gesellschaftliche Emanzipationsbewegungen brauchbare Grundlage hat. (Zwischen diesen beiden Antworten scheint Korschs Haltung in seinen letzten Lebensjahren geschwankt zu haben.)[24]

3. In einem kurzen und unverschämten Beitrag wie diesem hier kann diese Frage – auf die es heute ebenso viele Antworten wie ›Marxismen‹ gibt – natürlich nicht beantwortet werden. Ich muß mir also zum Zwecke möglichst deutlicher Einseitigkeit (d. h. um Widerspruch herauszufordern) einen Pappkameraden ›des‹ Marxismus aufbauen, um ihn dann möglichst einfach kritisieren zu können. Die keineswegs originelle These, die ich hier vorbringen will – sie ist schon von so verschiedenen Leuten wie Böhm-Bawerk, Althusser oder Colletti mit unterschiedlichen Schlußfolgerungen vertreten worden – ist, daß diese systematische Einheit des Marxismus selbst ein historisches Phänomen oder anders gesagt ein Geburtsfehler ist: daß sich der Systemanspruch ›des‹ Marxismus seinem philosophischen Vorläufer, dem Hegelschen System verdankt (und mit ihm beerdigt werden sollte). Gerade aus diesem Grunde ist es durchaus sinnvoll, die verschiedenen Phasen und Krisen marxistischer Theoriebildung als Problem »Hegel in der Geschichte des Marxismus« zu behandeln, wie dies der italienische Philosoph Giuseppe Vacca als »Arbeitshypothese« skizziert hat.[25] Selbst wenn ich in der *Bewertung* dieses Hegelschen Erbes kaum mit Vacca konform gehen dürfte, kann ich seiner *Diagnose* doch vollauf zustimmen. Danach läßt sich die innere Architektur des Marxismus (soweit er *System* sein will) entlang der Kategorien Widerspruch/Totalität/Dialektik zumindest als Modell nachbauen:

»der (gesellschaftliche) *Widerspruch* als sein Gegenstand, die *Totalität* als theoretischer Anspruch, die Gesamtheit der gesellschaftlichen Widersprüche nach einer präzisen Hierarchie zu beherrschen, die *Dialektik* oder *materialistische* Kennzeichnung der Funktion von Erkenntnis und Denken«[26].

Dieses (vereinfachte) Modell wollen wir uns anschauen.

4. Die Einheitlichkeit/Einzigkeit der Marxschen Theorie (soweit sie sich als System versteht) beruht auf der (problematischen) Voraussetzung, daß »Revolutionstheorie« und »Gesellschaftstheorie« in eins gesetzt werden. Das heißt: mit *derselben Theorie* sollen sich

– sowohl die inneren Systemleistungen der bürgerlichen Gesellschaft (Zir-

kulation, Reproduktion der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, Legitimität, politisch-institutionelle Stabilität etc.) und die ihre »Instabilität involvierende Dysfunktionalität«[27]
– als auch eine Orientierung gesellschaftlicher und gesellschaftsverändernder Handlungen von Subjekten und Klassen (die, was schon problematisch genug ist, als Subjekte aufgefaßt werden müssen) bestimmen lassen.
›Objektivität des Widerspruchs‹ und ›Subjektivität des Widerspruchs‹ fallen nach diesem Modell letztendlich zusammen; die Theorie bestimmt »*Totalität*«, sofern sie die Einheit des (erkannten) Objektbereichs über die Einheit (der Selbsterkenntnis) des erkennenden und handelnden ›Subjekts‹ Proletariat herstellt. Darüber, *daß* eine solche Einheit der (Selbst-)Erkenntnis als »Totalität« (als Faktum oder Aufgabe, s. o.) möglich und sinnvoll sei, sind sich die meisten Marxisten einig[28]; in der Antwort auf die Frage aber, *wo* (an welchem ›systematischen Ort‹) diese Einheit zu suchen, *wie* sie aufzufassen sei, unterscheiden sich nicht nur die Marxisten, sondern auch die Etappen der Entwicklung des Marxschen Denkens selbst – das jeweils unterschiedliche Verständnis von ›Widerspruch‹ und ›Totalität‹ korrespondiert jeweils einem anderen Akzent von ›Methode‹ oder *›Dialektik‹*.
5. Die Entwicklung des Marxschen Denkens läßt sich u. a. nach dem Schlüssel lesen, wie bzw. an welchem ›systematischen Ort‹ der Zusammenhang von Gesellschaftstheorie – die sich dem frühen Marx noch in eher geschichtsphilosophischer Form darstellte – und Handlungsorientierung herzustellen sei.[29] Oder, um die Termini von oben wieder aufzunehmen: *Wie stellt sich die Fusion von ›Objektivität des Widerspruchs‹ und ›Subjektivität des Widerspruchs‹ her?* Es ist klar, daß die unterschiedlichen Antworten, die Marx jeweils gab (und die wir zum Zwecke unseres Pappmodells in die gleiche hegelsche Matrix einordnen), von der jeweiligen klassenpolitischen Situation ebenso abhängig sind wie von Dr. Marxens theoretischer Entwicklung.
Beim *jungen Marx,* dem revolutionären Demokraten im Pariser Exil, findet diese Fusion in einem spezifischen Subjekt statt: dem ›Gattungswesen‹, der Emanzipation der menschlichen ›Wesenskräfte‹ (bzw. seiner Hoffnung darauf). Insofern ist die Deutung Althussers durchaus zutreffend, der beim jungen Marx einen eher geschichtsphilosophischen/anthropologischen ›Humanismus‹ von geringer wissenschaftlicher Relevanz diagnostiziert. Wie jedoch Jacques Rancière (der 1965 das entsprechende Kapitel in *Lire le Capital* schrieb) inzwischen nachgewiesen hat[30], findet dieser ›theoretische Humanismus‹ nicht allein auf der Szene der ›geschichtsphilosophischen Ideologien‹ statt: er ist das Terrain der Begegnung der Marxschen Revolutionserwartungen mit den Losungsworten des Pariser Proletariats, er ist die Form der damaligen Marxschen Interpretation von Arbeitererfahrung, der Hypostasierung des Proletariats zum *Gattungswesen.*

»Der Marxsche Diskurs findet sich unter doppeltem Zwang: von seiten der Arbeiterbewegung, um für ihre Ansprüche, die die Bourgeoisie todsicher als metaphysisch verurteilen wird, eine theoretische Rechtfertigung zu liefern, denn ihre Logik wird durch nichts anderes zusammengehalten als durch die Arbeiteridee der Selbstemanzipation der Produzenten – andererseits ist er durch seine an der Hochschule von oben erhaltenen Lektionen gezwungen, den proletarischen Gewißheiten einen bestimmten theoretischen Ausdruck, den der dialektischen Negativität zu geben und damit den Begriff eines unauffindbaren Proletariats zu bilden und faktisch die Praktiken der Arbeiteravantgarden an der Elle dieses unauffindlichen Proletariats zu messen.«[31]

Auch beim *späten Marx* findet sich noch jene Spannung zwischen den vielfältigen, disparaten Formen von Arbeitererfahrung und jenem in der Tat geschichtsphilosophischen Begriff vom Proletariat als Subjekt, als »Klasse für sich«. Die systematische Einheit der Kapitalismus- und Revolutionstheorie wird jedoch durch ein ganz anders geartetes ›Subjekt‹ garantiert, das ›automatische Subjekt‹ Kapital: die Reproduktion der Formen der Wert- und Mehrwertproduktion. Neben und z. T. an die Stelle des vom Arbeiterkampf *produzierten* ›Widerspruchs‹ – des *Einspruchs* oder Anspruchs des »seines Gegenstands verlustig gegangenen Arbeiters« – der die bürgerliche Klasse zur Neuzusammensetzung der technischen, ökonomischen und politischen Mechanismen der kapitalistischen Entwicklung zwingt[32], tritt die ›Objektivität des Widerspruchs‹, das Sich-Selbst-Widersprechen der ökonomischen Formen, die Krise als Vorbedingung eines selbstbewußten und organisierten Klassen-›Subjekts‹. Kurzformel: Die wahre Schranke des Kapitals ist das Kapital selbst.[33] Wir können mit Recht vermuten, daß sich in dieser Akzentverschiebung *auch* die gescheiterten Hoffnungen der revolutionären Welle Ende der 40er Jahre niedergeschlagen haben.

6. Kompliziert wird die Entwicklung dadurch, daß der späte Marx dieser ›objektiven Dialektik‹ nicht mehr nur einen (geschichts)philosophischen, sondern einen strikt wissenschaftlichen Wert beimaß, bzw. seine wissenschaftlichen Analysen der bürgerlichen Gesellschaft permanent in Hegelschen Begriffen interpretierte. Soweit Marx Hegelianer blieb, konnte es für ihn einen systematischen Unterschied zwischen ›philosophischer‹ und ›analytischer‹ Dimension, zwischen ›Kritik‹ und ›Wissenschaft‹ nicht geben.

»Die Interaktion zwischen einem Kern von Grundannahmen und den Kategorien, den analytischen Konstrukten einer Theorie, ist in jedem wissenschaftlichen Unternehmen eine normale Sache . . . [Insofern] braucht man vor der ›Metaphysik‹, oder, um weniger unangenehme Termini zu benutzen, vor der ›präanalytischen Auffassung‹ auch keine Angst zu haben: das Problem liegt vielmehr darin, daß es gute und schlechte ›Metaphysiken‹ gibt. Und das . . . hängt von den Resultaten ab.«[34]

Welche Wirkung hat also die Hegelsche Metaphysik im Marxismus gehabt?

7. Um beim westdeutschen Marxismus zu bleiben, so ließe sich dessen theoretische Situation derzeit ganz gut mit den bissigen Worten charakteri-

sieren, die Marx in der *Deutschen Ideologie* dem »Verfaulungsprozeß des absoluten Geistes« gewidmet hat: »Nach Erlöschen des letzten Lebensfunkens traten die verschiedenen Bestandteile dieses caput mortuum in Dekomposition, gingen neue Verbindungen ein und bildeten neue Substanzen«, die jedoch allesamt ihren Ursprung im Hegelschen System nicht verleugnen können. Schematisch ausgedrückt bewegen sie sich zwischen zwei Extremen:

– Der dogmatische Marxismus (erkenntnistheoretisch v. a. durch verschiedene Varianten der marxistisch-leninistischen Widerspiegelungstheorie repräsentiert) knüpft an an die Hegelsche Ontologie (besser ›Onto-Logik‹) als wesentlich *geschlossenes* System.

– Demgegenüber haben die (vor allem an die Frankfurter Schule angelehnten) Ansätze eines undogmatischen Marxismus versucht, ein Verständnis marxistischer Theorie zu finden, welches gegenüber neuen theoretischen und lebenspraktischen Problemen *offen* ist; und zwar indem sie (ähnlich wie Korsch und Lukács in den 20er Jahren) Elemente der Hegelschen Geschichts- bzw. Erfahrungsphilosophie aufgriffen.

Das Problem besteht nun darin, daß innerhalb der hegelisch-dialektischen Problematik die *Methode* systematisch vor allem innerhalb der *Ontologie* (d. h. der *Wissenschaft der Logik*) entwickelt ist. An diese aber konnten und wollten die meisten der undogmatischen Marxisten eben *wegen* ihres geschlossenen Systemcharakters nicht anknüpfen. Darum hat bei uns paradoxerweise gerade der undogmatische Marxismus kein Verhältnis zu Methodenfragen entwickelt, d. h. zu der Art und Weise, Argumente oder Theorien zu vergleichen. Der sogenannte Positivismusstreit hat die Marxisten zudem daran gehindert, sich mit nicht-dialektischen Entwicklungen von Wissenschaftstheorie und Theorie der Wissenschaftsgeschichte auseinanderzusetzen. Damit aber war das Problem nur verdrängt, denn der Begriff »dialektisch« ist nur ein Name für Verfahren, die selbst methodisch gerechtfertigt werden müssen. Die Hegelsche Auffassung von Methode, wonach »irgend etwas nur begriffen und in seiner Wahrheit gewußt [ist], als es der *Methode vollkommen unterworfen* ist«, beruht auf der (identitätsphilosophischen) Voraussetzung, daß sie »die eigene Methode jeder Sache selbst« sei, »weil ihre Tätigkeit der Begriff ist«.[35]

8. Für einen ›objektiven‹ Begriff von Dialektik im Marxschen System müßte dementsprechend in der Tat die Voraussetzung gemacht werden, »je schon unter identitätsphilosophischen Prämissen zu philosophieren«[36] – wie dies in der bekanntesten westdeutschen *Kapital*-Interpretation ja auch geschehen ist. Diese Voraussetzung bedeutet dann u. a., daß der Gegenstand der Untersuchung (im Verlauf der Analyse) *immer derselbe sei*, daß die theoretische Darstellung also nur der *Selbstentwicklung* des Gegenstands folge.

Gerade diese Voraussetzung – für die sich bei Marx in der Tat manche Belegstelle finden ließe – ist aber für eine rationale Rekonstruktion seiner Kapitalismustheorie nicht aufrechtzuerhalten. Wenn bei Hegel etwa das ›Wesen‹ ein entwickelterer Begriff des ›Seins‹ ist, der ›Grund‹ ein vollständigerer Begriff des ›Wesens‹ (sein soll), so ist der Begriff der Mehrwertproduktion nicht ein vollständigerer Begriff der Zirkulation, der der Verwertung nicht ein vollständigerer Begriff des Tauschwerts. Mehrwertproduktion und Tauschwert bilden vielmehr einen komplexen Mechanismus, innerhalb dessen Zirkulation und Tauschwert eine Funktion darstellen.

Ebensowenig kann für die Kapitaltheorie jene systematische Voraussetzung von ›Immanenz‹ in der Hegelschen Logik geltend gemacht werden, die in der *Möglichkeit der Selbstthematisierung von Gedanken* gesehen werden muß: Die Reflexion (d. h. die Umkehrung der Beziehung des Denkens auf Gegenstände) soll es ermöglichen, das ›reine‹ Denken als ›Beziehung auf sich selbst‹ zur kategorialen Grundlage aller Gegenstände zu machen. Daß eine solche Struktur der ›Selbstbezüglichkeit von Gedanken‹ Marx als heuristisches Modell und sprachliches Vorbild der Erklärung von Akkumulation als ›Selbstverwertung des Werts‹ gedient haben mag, macht natürlich den in der westdeutschen Diskussion üblichen Umkehrschluß nicht richtiger, die Hegelsche Theorie als ›Ausdruck‹ oder ›Widerspiegelung‹ eben jener ›Selbstverwertung des Werts‹ anzusehen.

9. Natürlich lassen sich bei Marx im *Kapital* auch Argumentationslinien feststellen, in denen er in Hegelschen Termini Strukturzusammenhänge in eine Richtung zu denken versucht, die einem ›objektiven‹ Duktus im skizzierten onto-logischen Sinne genau entgegengesetzt ist: in denen er vielmehr *gegenüber* den Systemleistungen der bürgerlichen Gesellschaft auf der Irreduzibilität eines *lebensweltlichen* Moments beharrt. Dieser Aspekt – auf den sich die Frankfurter Schule, die phänomenologischen und existentialistischen Marxisten immer zu recht berufen haben[37] – steht mit dem emanzipativen Anspruch seiner Theorie in engem Zusammenhang. Diese Thematik von Bedürfnis/Gegenständlichkeit/Lebenswelt ließe sich vielleicht philosophisch in jener »indirekt materialistischen Lehre vom Ding« erdeuten, die vor 10 Jahren Hans-Jürgen Krahl in einem Adorno-Seminar zu dechiffrieren versuchte, die jedoch, wie er sagte, »an keiner Stelle systematisierbar oder zu positivieren wäre«[38]. Hier liegt aber der tote Hund Hegel begraben. *Im System* gerät jene Thematik in den Sog der identitätsphilosophischen ›Logik des Kapitals‹ hegelschen Musters, den Mechanismus der »Theorie eines *Prozesses ohne Subjekt*, oder, was dasselbe ist, eines Prozesses, dessen Subjektivität der Prozeß selbst ist[39]. Solche Logik ist aber nicht nur wissenschaftlich unbrauchbar – was ja nicht das Schlimmste wäre –, ihr entspricht gleichzeitig eine bestimmte *»Konstruktion* der Realität«, eine spezifische *»Logik der Politik«*[40], die dann in der Hegelschen Staatsphilosophie deutlicher faßbar wird. Gegen diese hatte der junge Marx opponiert, weil sie – wie die *Wissenschaft der Logik* – die Brüche in Kontinuität auflöst. Hegels Staat bezeichnet ja nicht etwa einen ›Über-Bau‹, sondern »den Gesamtmodus des Funktionierens, des politischen Verhaltens der bürgerlichen Gesellschaftsstruktur. Staat und bürgerliche Gesellschaft sind Termini, die im gleichen homogenen Raum operieren«.[41]

Halten wir ein: Die erste Verschiebung, die wir in der Entwicklung der Marxschen Theorie feststellten (These 5.), war die des Proletariats zum Gattungswesen in den Frühschriften. Im *Kapital* findet nun – Gott sei Dank nicht durchgängig – eine zweite Verschiebung des proletarischen Einspruchs gegen die kapitalistische Entwicklung, der Widerstandsmomente von Lebenswelt gegen Wert- und Mehrwertproduktion statt: die zum ›objektiven Widerspruch‹. Subjektivität wird *dem Prozeß untergeordnet.* Dieser Prozeß wird nach einer ›Logik‹ gedeutet, wonach »etwas nur begriffen und in seiner Wahrheit gewußt ist, als es *der Methode vollkommen unterworfen* ist« (vgl. Anm. 35). Solche Parallelität von *Wissenschaft der Logik* und Staatsphilosphie bei Hegel, zum Anspruch der Marxschen Theorie, brauchte uns eigentlich nicht weiter zu stören – stünde nicht zwischen dem 19. Jahrhundert und uns der Stalinismus, der sich genau auf jene Identität von ›Subjektivität des Widerspruchs‹ und ›Objektivität des Widerspruchs‹ berufen hat: auf den *Materialismus als Staatsraison.*

»In der Tat bestätigt die reale Erfahrung des realisierten Sozialismus die Kontinuität . . . einer hegelianisierenden Praxis des Staats . . . Der realisierte Sozialismus gibt uns die Kontinuität eines gestaltenden Schemas von Staat, der ganz innerhalb der Arbeit ist . . . er ist ein *Geist, ›der arbeitet‹* . . .«[42]

Vor diesem Hintergrund kann der Absolutheitsanspruch des ›wissenschaftlichen Sozialismus‹, als Wissenschaft der Bewegungsgesetze des Kapitalismus automatisch eine Emanzipationstheorie geliefert zu haben, und kann die Abqualifizierung alternativer ›utopischer‹ Sozialismusentwürfe nicht mehr aufrechterhalten werden.[43] Kapitalismustheorie und Revolutionstheorie fallen heute mehr denn je auseinander; und von dieser Feststellung hat auch jeder Versuch auszugehen, sie wieder neu zusammenzusetzen.

10. Vielleicht war es, wie Marx im Januar 1858 an Engels schrieb, »mere accident«, daß ihm »einige ursprünglich dem Bakunin gehörige Bände Hegels« in die Hände fielen und ihm dabei Hegels *Logik* »in der Methode des Bearbeitens (des ›Kapitals‹) große Dienste geleistet hat«. Es scheint kein Zufall zu sein, daß Bakunin sie zuvor weggeworfen hatte.

IV

In den obigen Thesen wurden in verknappter Form nur einige theoretische Elemente ›des Marxismus‹ aufgelistet, die uns Marxisten daran hindern könnten, die aktuelle Vielfalt von ›Marxismen‹ nicht als Mangel, sondern als Chance zu begreifen; die uns daran hindern könnten, zu anderen emanzipativen Theorien ein nicht-absolutistisches Verhältnis zu gewinnen. Insofern waren die Thesen destruktiv und skeptisch.

Was jetzt folgen müßte, wäre die Skizze einer möglichen positiven rationalen Rekonstruktion. Sie müßte vorschlagen, wie mit dem Kern des Forschungsprogramms der Marxschen Kapita-

lismustheorie anders umgegangen werden kann, wie andere sozialistische Strategien gewonnen werden können – beides auf eine Weise, die an Kriterien, die *jenseits* der Marxschen Theorie(n) liegen, überprüft werden kann: Kriterien theoretischer Konsistenz, empirischer Überprüfbarkeit und Problemlösungskraft / Kriterien lebenspraktischer Brauchbarkeit / Verfahren zur Rechtfertigung der in der Theorie angelegten impliziten Handlungsorientierungen etc. (Denn – dies dürfte deutlich geworden sein – die Rede davon, daß der bloße ›immanente Nachvollzug‹ einer Theorie bereits Beweis ihrer Richtigkeit sei, ist nur auf identitätsphilosophischer Basis möglich.)

Im Rahmen dieses Artikels kann ich diese Aufgabe nicht angehen. Er hat vielmehr dann seine Funktion erfüllt, wenn er einsichtig hat machen können, daß eine solche Beschäftigung praktischen Sinn hat. Ein fertiges – allenfalls noch empirisch zu vervollständigendes – System ›Marxismus‹ würde uns daran hindern, alte und neue Probleme als Probleme überhaupt zu bemerken.

Die Einsicht, daß ›der Marxismus‹ ein idealistisches Phantom (oder ein materialistisches) ist, mag ein erster Schritt sein. Die Zersetzung dieses materialistischen Weltgeistes wäre also »nicht eine von Atomen, die zu verbinden, sondern eine von Scherben, die zusammenzusetzen sind. Trümmer einer Sache, die zersprungen ist«[44]. Dann mag auch die Rede von der Rekonstruktion marxistischer Theorie wieder einen Sinn bekommen, nämlich den, »daß man eine Theorie auseinandernimmt und in neuer Form wieder zusammensetzt, um das Ziel, das sie sich gesetzt hat, besser zu erreichen«[45].

Anmerkungen

1 Vgl. Wolf-Dieter Narrs Einleitungsbeitrag über die »Fortsetzung des CDU-Staats mit anderen Mitteln« in dem demnächst erscheinenden Bd. II *Die Linke im Rechtsstaat (1966-1976)*, Berlin (Rotbuch Verlag) 1977.

2 S. Thomas Schmidt, »Facing Reality: Organisation kaputt«, ein Artikel, der auch durch den Widerspruch, zu dem er herausfordert, fruchtbar ist, in: *Autonomie* Nr. 1, Okt. 1975 (Trikont Verlag), S. 16 ff.

3 Vgl. Rudi Dutschkes Bericht »Zur Literatur des revolutionären Sozialismus von K. Marx bis in die Gegenwart«, in: *SDS-Korrespondenz*, Sondernummer 1966 (Neudruck Amsterdam 1970).

4 Vgl. Norberto Bobbio, *Quale Socialismo? Discussione di un'alternativa*, Torino (Einaudi) 1976, S. 68-70. Diese Aufsatzsammlung des eher aus der liberaldemokratischen Tradition kommenden Rechtsphilosophen, der Mitglied der sozialistischen Partei ist, wird seit einem Jahr in der gesamten italienischen Linken heftig und kontrovers diskutiert.

5 »L'eurocommunismo e la transizione lungha dell'Europa capitalista«, Interview von Fabio Mussi und Giuseppe Vacca mit E. Hobsbawm, in: *Rinascita*, Nr. 12, 1977.

6 Vgl. »Die westeuropäische Linke und die Opposition in der Sowjetunion«, in: *Sozialistisches Osteuropakomitee / INFO* 15-16, S. 3 ff.

7 So Karel Modzelewski in seinem offenen Brief an Gierek, in: *Politique Hebdo* Nr. 248, Dez. 1976.

8 Marc Rakovski (Pseudonym), »Der Marxismus angesichts der sowjetischen Gesellschaften«, in: *Die Neue Linke in Ungarn*, Bd. II, Berlin (Merve-Verlag) 1976, S. 146.

9 Rakovski, a.a.O., S. 148.

10 Bobbio, a.a.O., S. 96.

11 Bobbio, a.a.O., S. 43. Bobbio führt insgesamt sechs solcher Regeln an.

12 S. Valentino Gerratana, »La nuova Strategia, che si fa luce nei ›Quaderni‹« (Vortrag auf dem vom 27.-29. Januar von der PCI in Rom veranstalteten Seminar über ›Hegemonie, Staat und Partei bei Gramsci‹), in: *Rinascita*, Nr. 5, 1977.

13 Peter Brandt, »Einheitsfront und Volksfront in Deutschland«, in: *Prokla*, Nr. 26, S. 43. Dieser Artikel ist einer der wichtigsten Beiträge zu einer neuen Selbstverständigung der Linken über die Probleme ihrer historischen und politischen Identität. Der Schlußabschnitt zu ›Fragestellungen linker Bündnispolitik heute‹ führt einige Argumente und Erfahrungen, die für ein *»pluralistisches Bündnismodell«* der sozialistischen Bewegung sprechen, genauer aus, als dies hier möglich ist. Auf ihn sei deshalb ausdrücklich verwiesen.

14 »Positionspapier des Kulturpolitischen Arbeitsausschusses beim ZK der USAP zu den antimarxistischen Ansichten mehrerer Sozialforscher«, in *Die neue Linke in Ungarn*, Bd. II, a.a.O., S. 168.

15 Vgl. M. Vadja, »Marxismus, Existentialismus, Phänomenologie. Ein Dialog«, in: *Individuum und Praxis. Positionen der ›Budapester Schule‹*, Frankfurt/M. 1975, S. 32-77.

16 Bobbio, »Quale Socialismo?«, a.a.O., S. 22. Eine brauchbare Übersicht über die meisten der aktuellen marxistischen theoretischen Positionen (und ein Versuch, die Bedingungen ihrer Vergleichbarkeit für den Bereich der Kritik der politischen Ökonomie zu bestimmen) findet sich in Steffen Neugebauers Aufsatz »Gibt es eine Krise des Marxismus?«, der voraussichtlich in der Nr. 14 von *Mehrwert* erscheinen wird. Dort werden einige der hier nur angetippten Fragen gründlicher dargestellt.

17 Vgl. Peter Brückners Beitrag über »die Partikularisierung des marxistischen Weltgeistes« (d. i. sein Beitrag auf der sog. ›Organisationsdebatte‹ in Hannover) in: *Langer Marsch*, Nr. 21, April 76, der mit anderen theoretischen Argumenten zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt.

18 B. Blanke, »Kritik und Selbstkritik. Zu Stil und Inhalt der innerlinken Auseinandersetzung«, in: *PROKLA*, Nr. 23, S. 7.

19 G. E. Rusconi, »Uno strappo violento con la tradizione«, in: *Rinascita*, Nr. 32, 1975.

20 Blanke, a.a.O., S. 13.

21 Dies ist allerdings nicht seine einzige Begründung. Er führt vielmehr zwei weitere Argumente an: nämlich die Notwendigkeit, sich auf eine »Theorie über die Grundstrukturen und die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus« ebenso zu beziehen wie auf die »reale Geschichte der Arbeiterbewegung«. Beides halte ich für eine notwendige, wenngleich nicht hinreichende Orientierung sozialistischer Diskussion, und zwar genau aus dem Grund, den Blanke selbst angibt, daß »der Marxismus in seinen jeweiligen historischen Erscheinungsformen nicht die einzige aktuell mögliche kapitalismuskritische Theorie und Politik ist«.

22 Z. B. Helmut Reinicke, »Lernzyklus und soziale Bewegung«, in: Jürgen Ritsert (Hg.), *Zur Wissenschaftslogik einer kritischen Soziologie*, Frankfurt/M. 1976, S. 214-247.

23 Götz Eisenberg, »Der ›neue Student‹ und die alternde Linke«, in: *Politikon*, Nr. 53, Nov. 1976, S. 16.

24 S. K. Korsch, *Politische Texte*, hg. von Erich Gerlach und Jürgen Seifert, Frankfurt/M. 1974, S. 385, S. 394.

25 G. Vacca, »Hegel nella storia del Marxismus, Un'ipotesi di lavoro«, in: ders., *Scienza, Stato e Critica di Classe. G. Della Volpe e il Marxismo*, Bari (De Donato) 1970, S. 103-119. (Der Artikel erschien ursprünglich zu Hegels zweihundertstem Geburtstag in der PCI-Zeitung *Rinascita*.)

26 Ebda. S. 106 f.

27 So hat H. F. Fulda in seinem Papier »Dialektik als Darstellungsmethode im ›Kapital‹ von Marx« (Skript, S. 20) den Begriff des ›Widerspruchs‹ bei Marx zu rekonstruieren versucht. Eine Kurzfassung dieser Interpretation hat er als »These zur Dialektik als Darstellungsmethode (im ›Kapital‹ von Marx)« auf dem Moskauer Hegelkongreß 1974 vorgetragen; in: *Hegel-Jahrbuch 1974*, hg. von W. R. Beyer, Köln 1975, S. 204-210.

28 Es ist sicher kein Zufall, daß die wenigen Ausnahmen wie *Della Volpe, Colletti, Althusser* (bis 1968) samt und sonders *Anti-Hegelianer* sind.

29 Zu neueren Antworten auf dieses Problem vgl. J. Ritsert, »Praktische Implikationen in Theorien«, in: ders. (Hg.), *Zur Wissenschaftslogik einer kritischen Soziologie*, Frankfurt/M. 1976, S. 46-83.

30 S. Jacques Rancière, »Gebrauchsanweisung für einen Neudruck von ›Das Kapital lesen‹«, in: ders., *Wider den akademischen Marxismus*, Berlin (Merve-Verlag) 1975, S. 56-74; ders., *La Leçon d'Althusser*, Paris (Gallimard) 1974; vgl. auch die von J. Rancière und Alain Faure herausgegebene Dokumentensammlung *La parole ouvrière 1830/1851*, Paris (U. G. E. collection ›10/18‹) 1976. Das von Rancière und anderen Genossen initiierte »Zentrum zur Erforschung der Ideologien der Revolte« gibt die Zeitschrift *Révoltes logiques* heraus, die für 60 Francs Jahresabonnement bei den éditions Solin, 1 rue des Fossés Saint Jacques, 750 05 Paris zu bestellen ist.

31 J. Rancière, »La bergère au Goulag«, in: *Révoltes logiques*, Nr. 1, S. 101.

32 Dies ist die von Mario Tronti (in: *Arbeiter und Kapital*, Frankfurt/M., Verlag Neue Kritik 1974) entwickelte Lektüre des *Kapital* als *Geschichte* von Klassenkämpfen.

33 Die Fruchtbarkeit und Lebendigkeit der *Grundrisse* liegt wohl u. a. darin, daß sie zwischen den hier mit ›früher/später Marx‹ bezeichneten Polen oszillieren.

34 Salvatore Veca, »Ancora su scienza e filosofia in Marx«, in: *Rinascita*, Nr. 11, 1977.

35 G. W. F. Hegel, *Wissenschaft der Logik*, Bd. II (Suhrkamp-Werkausgabe, Bd. 6), Frankfurt/M. 1969, S. 551 f.

36 S. Helmut Reichelt, *Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx*, Frankfurt/M. 1970, S. 155, vgl. auch S. 73 ff.

37 Vgl. Pier Aldo Rovatti, *Critica e scientificità in Marx*, Milano (Feltrinelli) 1973, der auf S. 13 f. auch eine zusammenfassende bibliographische Übersicht über diese Theorietradition gibt, zu der auch einige Entwicklungen der osteuropäischen Philosophie zählen (s. Anm. 15).

38 H.-J. Krahl, »Zur Wesenslogik der Marxschen Warenanalyse«, in: *Konstitution und Klassenkampf*, Frankfurt/M. 1971, S. 36.

39 Biagio De Giovanni, *Hegel e il tempo storico della società borghese*, Bari (De Donato) 1970, S. 8 f.

40 Diesen Nachweis führt De Giovanni im zitierten Buch. Vgl. auch G. Marramao's Rezension, in: *Ästhetik & Kommunikation*, Nr. 18, S. 80-88.

41 S. Veca, »Nodi. Smith Ricardo Hegel«, in: ders. (Hg.), *Hegel e la economia politica*, Milano (G. Mazzotta editore), 1975, S. 25.

42 Antonio Negri, »Rileggendo Hegel, filosofo di diritto«, in: Fulvio Tessitore (Hg.), *Incidenza di Hegel. Studi raccolti in occasione del secondo centenario della nascita del filosofo*, Napoli (Morano editore) 1970, S. 266 f.

43 Vgl. Rudolf Rocker, *Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus*, Darmstadt (Verlag Die Freie Gesellschaft) o. J.; André Glucksmann, *Köchin und Menschenfresser. Über die Beziehung zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager*, Berlin (Wagenbach) 1970.

44 J. Rancière, *Wider den akademischen Marxismus*, a.a.O., S. 79.

45 Jürgen Habermas, *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*, Frankfurt/M. 1976, S. 9.

Neue Rotbücher

Birgit Pausch
Die Verweigerungen der Johanna Glauflügel
Erzählung

Birgit Pausch beschreibt die Visionen und Assoziationen, die Kindheits- und Alltagsschrecken einer Frau. Den Kampf gegen die vorgefertigten Bilder, Sätze und Reaktionen, gegen die Zensur der Gefühle, die die Wahrnehmung der eigenen Situation verhindert.
Rotbuch 164. 96 Seiten. DM 7.–

Ören schreibt Gedichte aus einem Exil, das nicht nur sein Exil ist: das Privatexil all derer, die ihre Hoffnungen und ihre Identität suchen. Gedichte von Straßen und ihren Leuten, von Kneipen und Fabriken, Liebes- und Traumgedichte.
Rotbuch 168. 72 Seiten. DM 7.–

Rotbuch Verlag

aktuell in der edition suhrkamp

R. Medwedew, R. Havemann, J. Steffen u. a.
Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen *es 609, DM 14,–*

M. Bloch, F. Braudel, L. Febvre
Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse *es 814, DM 14,–*

Rossana Rossanda, Lucio Magri
Der lange Marsch durch die Krise *es 823, DM 9,–*

Géza Róheim
Psychoanalyse und Anthropologie. Drei Studien über die Kultur und das Unbewußte *es 839, DM 10,–*

Becker, Bovenschen, Brackert
Aus der Zeit der Verzweiflung. Zur Genese und Aktualität des Hexenbildes *es 840, DM 12,–*

Eric J. Hobsbawm/Giorgio Napolitano
Auf dem Weg zum ›historischen Kompromiß‹. Ein Gespräch über Entwicklung und Programmatik der KPI *es 851, DM 6,–*

Ernst H. Gombrich, Julian Hochberg, Max Black
Kunst, Wahrnehmung, Wirklichkeit *es 860, DM 6,–*

Erwin Piscator
Theater der Auseinandersetzung *es 883, DM 6,–*

Horst Mahler
Ausbruch aus einem Mißverständnis

Biogramm: 1936 in einer schlesischen Kleinstadt als Sohn eines Zahnarztes geboren / 1945 Flucht vor der Roten Armee nach Mitteldeutschland / 1949, nach Vatertod, Übersiedlung nach Westberlin / 1955-59 Studium der Rechts»Wissenschaften« an der FU Berlin. Mittenreingetreten in eine schlagende Verbindung und wieder raus / 1956 Mitglied der SPD geworden / 1958/59 im Dunstkreis von Harry Ristock Leiter der Juso-Arbeitsgemeinschaft in Charlottenburg / Seit 1959 aktive Mitarbeit im SDS. Kooptation in den Landesvorstand. Aufgrund des Wehnerschen Unvereinbarkeitsbeschlusses aus der SPD hinausgesäubert / 1962 Mitorganisator und Redner der ersten »1. Mai-Gegenkundgebung« der »Neuen Linken«. In den Tagen der »Kuba-Krise« (Oktober 1962) bei einer antiimperialistischen Kundgebung am Kranzler-Eck zum ersten Mal von der Polizei festgenommen und wegen Verunglimpfung der amerikanischen Besatzungsmacht und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz mit einem Strafbefehl geehrt. Das deshalb drohende Berufsverbot (Examenssperre) durch Mauscheleien mit SPD-Größen abgewendet. Danach Anwaltskarriere / Gründete 1966 als Antwort auf die Große Koalition zusammen mit Gewerkschaftern, Oberschülern und SDS-Mitgliedern die »Novembergesellschaft«, die im Frühjahr 1967 in Westberlin den »Republikanischen Club« (RC) als Kontakt- und Kommunikationszentrum der im Entstehen begriffenen außerparlamentarischen Opposition (ApO) organisierte. Stellvertretender Vorsitzender des RC / 1967-69 als Verteidiger in zahlreichen Prozessen gegen ApO-Aktivisten – u. a. gegen die K I, Fritz Teufel, Rudi Dutschke, Peter Brandt, Beate Klarsfeld, Andreas Baader – der bürgerlichen Justiz zum Ärgernis geworden. Zielscheibe zahlreicher Hetzartikel in der Springerpresse. Organisierte nach den Ereignissen vom Juni 1967 Gegenermittlungen zur Aufdeckung der Erschießung von Benno Ohnesorg sowie der Umstände und Hintergründe des brutalen Polizeiüberfalls auf friedliche Demonstranten / Nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke am Gründonnerstag 1968 go-in von 5000 wütenden Demonstranten im Verlagshaus von Axel Cäsar Springer; dafür im März 1969 zum ersten Mal vor Gericht gestellt und zu zehn Monaten Gefängnis sowie in einem von Springer angestrengten Zivilprozeß zur Zahlung von einer Viertelmillion Mark Schadenersatz verurteilt. Ein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verhängung eines sofortigen Berufsverbotes war am 4. November 1968 unter dem Eindruck einer schweren Straßenschlacht vor dem Landgericht am Tegeler Weg noch gescheitert / Mitbegründer und Gesellschafter des *Berliner Extradienst* bis 1968.

Nach der Baader-Befreiung vom 14. Mai 1970 von der Staatsanwaltschaft der Beihilfe an dieser Aktion durch Herbeiführung einer Ausführungsgenehmigung für Baader verdächtigt. Haftbefehl. Reise in den Nahen Osten. Nach Rückkehr am 8. Oktober 1970 in Westberlin verhaftet. Seitdem ununterbrochen in Haft – davon 3½ Jahre in strenger Isolierhaft / 1971 im Zusammenhang mit der Baader-Befreiung vor einem Schwurgericht der Beihilfe zum versuchten Mord angeklagt – und freigesprochen / 1973 nach Bekenntnis zum »Konzept Stadtguerilla« der »Rote Armee Fraktion« (RAF) wegen Gründung und Rädelsführerschaft in einer »kriminellen Vereinigung« (Baader-Mahler-Meinhof-Gruppe) sowie aufgrund falscher Aussagen des Kronzeugen Ruhland wegen schweren Raubes zu zwölf Jahren Freiheitsentzug verurteilt /

1974 nach Kassierung des freisprechenden Urteils durch die Revisionsinstanz erneute Verhandlung wegen versuchten Mordes im Zusammenhang mit der Baader-Befreiung und Verurteilung zu weiten vier Jahren Freiheitsentzug (Gesamtstrafe: 14 Jahre Freiheitsentzug) / Bruch mit der Politik der RAF und öffentliche Selbstkritik. Danach Mitglied der »Roten Hilfe« und der KPD nahestehend / Im März 1975 Freilassung im Austausch gegen den als Geisel von der »Bewegung 2. Juni« gefangengenommenen Westberliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz abgelehnt / Im Mai 1976 Strafanzeige von 100 demokratischen Persönlichkeiten – Arbeitern, Handwerkern, Professoren, Schriftstellern, Rechtsanwälten, Ärzten, Künstlern, Architekten u. a. – gegen den meineidigen Kronzeugen Ruhland, um damit den Weg für ein Wiederaufnahmeverfahren gegen das Kammergerichtsurteil freizumachen. (H. M.)

Manchmal scheint es, als hätten wir hinter uns nur Trümmer aufgehäuft, unter denen unsere Hoffnungen begraben liegen. Doch der Schein trügt.
Früher gab es nur kapitalistische Krisen; heute erleben wir die Krise des Kapitals. Die Antworten von gestern haben kein Echo mehr. Was haben wir übersehen? Warum?
Ich kann zunächst nur für mich selbst Rechenschaft geben. Wenn ich sagen sollte, wie für mich alles angefangen hat, fiele mir der Faschismus ein. Äußerlich war ich ihm entronnen; aber noch danach war alles irgendwie von seinem Schatten überzogen. War ich nicht – kollektivschuldig – ein Stück jener Eisernen Ferse, die die Völker gerade abgehackt hatten? Im Umgang mit Ausländern und Opfern des Faschismus fühlte ich Fassungslosigkeit. Freudianer werden ganz andere Ursprünge dieses Schuldkomplexes herauspopeln wollen; doch behält er seine ursächliche Bedeutung. Ich wollte einer von den »anderen Deutschen« werden.
Ich versuchte es auch mit Verdrängungen; aber die Erinnerung an den großen – längst noch nicht toten – Wolf war stärker. Sie vergällte es, mit den Wölfen zu heulen. Vielleicht klingt das prätentiös; aber wie soll ich anders den mir selbst gestellten Anspruch benennen, ohne den nicht zu verstehen ist, warum ich zur revolutionären Bewegung der sechziger Jahre gestoßen bin; – denn in dem, was ich war und was ich tat, gehörte ich ja eigentlich schon auf die andere Seite, war Kopflanger. Aber als denen, die mich bezahlten, die Menschenschlächtereien in Indochina und anderswo wieder zusagten, sie daran sogar – wenn auch nur indirekt – verdienten, fiel es immer schwerer, ihnen den Kopf zu vermieten und als Draufgabe auch noch das Lächeln mitzuliefern. Wenn sie Freiheit sagten, meinten sie »Profit«, – und ich verstand: »Imperialismus«.
So erinnerte ich mich an Lenin. Was ich für die Geldsäcke tun sollte, war nicht mehr das, was ich tun wollte. Ich hatte das Gefühl, zu den »eigentlich wichtigen Sachen im Leben« nicht mehr zu kommen. Das ist ein scheußliches Gefühl.
Was ich gelesen hatte – mehr Lenin als Marx –, war insgesamt sehr wenig; aber genug, um die russische Oktoberrevolution als Hoffnung und Ausweg

aus einem unerträglichen Zwiespalt zu sehen. Lenin, der mich von aller Kollektivschuld freisprach, hielt ich nicht nur für einen großen revolutionären Führer sondern auch für einen bedeutenden Theoretiker. Ende der fünfziger Jahre hatte ich eine Seminararbeit über die leninistische Staatslehre geschrieben und dabei den russischen Revolutionär als Autorität und theoretisches Gewissen verinnerlicht. Mit Marx habe ich mich erst später etwas intensiver befaßt; ihn las ich schon im Lichte des »Leninismus«. Er war für mich so nur der erste »Leninist« und seine Theorie der vorausgedachte Grund des »Leninismus«. Den Gedanken, zwischen beiden könnte ein Widerspruch bestehen, ließ ich nicht zu. Ich hielt die beiden für Riesen, gegen deren Größe ich nicht anzudenken wagte. Aber kann man Marx so überhaupt verstehen?
In den folgenden Jahren ging ich im Zick-zack, um mich heute in einem Wald von Fragezeichen wiederzufinden. Ich will den erreichten Standpunkt skizzieren, weil dann der Weg dahin besser zu übersehen und vielleicht auch zu begreifen ist.

Nach der Leninschen Imperialismustheorie ist der Kapitalismus etwa um die Jahrhundertwende in sein höchstes Stadium eingetreten und in »Fäulnis« übergegangen; die allfällige proletarische Revolution wird seitdem vermeintlich von »Arbeiteraristokraten«, »Opportunisten«, »Reformisten« und »Renegaten« verraten und verkauft. Die von dem großen Russen eingestimmten Revolutionäre sehen sich so in einem Meer von Verrätern. Warum ist mir – und nicht nur mir – nicht aufgefallen, daß das eine durch und durch idealistische – richtiger *subjektivistische* – Geschichtsauffassung ist? Trotz völliger Reife der »objektiven Bedingungen« soll sich der »subjektive Faktor« seit nunmehr schon fünfundsiebzig Jahren von einer Handvoll Verrätern und korrupten Elementen in die Irre führen lassen; – ganz und gar gegen seine eigentlichen Interessen, wobei auf das Konto der »Renegaten« so ganz nebenbei noch zwei Weltkriege und diverse andere Menschheitskatastrophen gingen. Was wäre das wohl für ein »Subjekt«? – Auch so kann man die Arbeiterklasse verhöhnen! Wir merken jetzt, daß da was nicht stimmt.
Das Neue, was noch nicht ist, kündigte sich zuerst in der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre an; sie blieb aber noch auf vertrackte Weise befangen im Begriffsraster der Leninschen Imperialismustheorie und der daraus abgeleiteten Komintern-Ideologie; die Antiautoritären vervollständigten lediglich die Galerie der »Revolutionsverhinderer«, indem sie die »Partei neuen Typs« – die leninistische – selbst als hemmenden Faktor ausmachten, deren Grundirrtum sie aber teilten. In diesem Mißverständnis war die Revolution etwas geworden, das man nur noch zu »machen« brauche, daher auch sofort und unter allen Umständen machen müsse.

Darein mischten sich dann die Einflüsse von Bakunin und Che Guevara. Daß es nicht vorwärts ging, war immer die Schuld der anderen, der »Opportunisten« und »Revisionisten«, der »Dogmatiker« und »Anarchisten«. Das war dann schon die Ebbe der Studentenbewegung, gegen die einige sich mit dem »Konzept Stadtguerilla« stemmten – vergeblich. Hätten wir es besser wissen können? Die Fragen stellt allemal die gesellschaftliche Wirklichkeit, und unsere schlauen Bücher beantworten bestenfalls, was sie gefragt werden. Erst als sich die Krise des Kapitals zugleich auch als die Krise der revolutionären Bewegung herausstellte, wurden wir mit dem Kopf auf neue Fragen gestoßen. Mir scheint, daß Marx und Engels zwar sehr wichtige, aber nur sehr allgemeine Hinweise auf die heute gesuchten Antworten geben, die wir uns tastend wohl selbst erarbeiten müssen. Man müßte sich wundern, wenn's anders wäre.

In einer noch unbekannten Landschaft geben besonders Marxens *Grundrisse* helles Licht. In ihnen ist die Hegelsche Dialektik noch deutlicher am Werke als später im *Kapital.* Der Entwicklungsgedanke ist frischer herausgearbeitet. Beides macht einen Widerspruch in Marxens Werk sichtbar.

Als Erforscher der dialektischen Entwicklungsgesetze der Gesellschaft hat Marx nie einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Menschheit die klassenlose Gesellschaft nur als ausgereifte Frucht des Kapitals pflücken könne, und er kritisierte die utopischen Sozialisten, weil sie schon ernten wollten, als der Baum noch gar nicht geblüht hatte.

»Eine Gesellschaftsformation«, so schrieb er im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, »geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwikkelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind«. In diesem Satz ist für die Gesellschaft ein wesentliches Moment des allgemeinen dialektischen Entwicklungsbegriffs ausgesprochen, der sich in der Wissenschaft für alle lebendigen Dinge als gültig erwiesen hat. Auf diesem Grund läßt es sich sicher stehen.

Rückschauend erkennen wir heute, daß das Kapital weder zu Marxens Lebzeiten noch in den Perioden von 1914 bis 1923 oder von 1929 bis 1945 schon alle Produktivkräfte entwickelt hatte, für die die kapitalistische Formation weit genug ist. Der Geldsack hat die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte nach 1883 und auch noch nach 1945 stürmisch vorangepeitscht, und wenn wir die unterschiedlichen Produktivitätsgrade vergleichen, gewinnen wir das Maß für die Unreife der objektiven Bedingungen der sozialistischen Umwälzung zu Marxens Lebzeiten und auch später, als Lenin die Revolution in Westeuropa herbeisehnte.

Eine tiefgreifende Veränderung der lebendigen Produktivkraft, des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, erfüllt erst jetzt die Dialektik von Herr und

Knecht, worauf ich später zurückkommen werde. Welche Entwicklungen zu seiner Zeit noch nur als Möglichkeit im Schoße der kapitalistischen Formation schlummerten, hat Marx hellsichtig vorausgedacht (nachzulesen in den *Grundrissen*, S. 582-600 der Dietz- und der EVA-Ausgabe). Sobald er aber aus der Rolle des Theoretikers in diejenige des praktisch handelnden Politikers schlüpfte, mußte sich die historische Schranke seines Erkenntnisvermögens geltend machen. Angesichts der sich vor seinen Augen entfaltenden revolutionären Klassenkämpfe durfte er seiner Vision künftiger Technologien *im Kapitalismus* bis hin zur Automation durchaus mißtrauen und das Reifestadium des Kapitalismus für schon erreicht halten. Für den revolutionären *Politiker* Marx lag es nahe, die kämpferischen Bewegungen der Arbeiterklasse seiner Zeit als die unmittelbaren Vorboten der sozialistischen Revolution zu *verkennen* und zu verkünden, daß die gesellschaftliche Umwälzung bereits auf der geschichtlichen Tagesordnung stehe,– für welche Verkündigung es zahlreiche Zeugnisse in seinen Schriften gibt. Nach seinem Tode ist Engels auf diesen Widerspruch gestoßen. In seiner Einleitung zu Marxens »Die Klassenkämpfe in Frankreich« schrieb er (1895):

»Die Geschichte hat uns allen, die ähnlich dachten, unrecht gegeben. Sie hat klargemacht, daß der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion; sie hat dies bewiesen durch die ökonomische Revolution, die seit 1848 den ganzen Kontinent ergriffen und die große Industrie in Frankreich, Österreich, Ungarn, Polen und neuerdings Rußland erst wirklich eingebürgert, aus Deutschland geradezu ein Industrieland ersten Ranges gemacht hat – alles auf kapitalistischer, im Jahre 1848 also noch sehr ausdehnungsfähiger Grundlage.«

Marx und Engels haben – wie mir scheint – den Charakter der Klassenkämpfe ihrer Zeit, an denen sie als revolutionäre Politiker aktiv teilnahmen, falsch bestimmt. Auch Lenin hat später das Wesen der russischen Oktoberrevolution verkannt. Aus diesem Irrtum ist eine Revolutionstheorie hervorgegangen, die uns daran hindert, die in den entwickelten Industrieländern noch ausstehende gesellschaftliche Umwälzung richtig zu begreifen.
Diese von vielen sicherlich als Anmaßung empfundene Behauptung muß ich begründen. Ich will es in der gebotenen Kürze versuchen.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte der Siegeszug der maschinellen Großindustrie, mit der das Kapital erst die ihm gemäße Form der Produktion hervorgebracht hatte, die absolute physische, moralische und gesellschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse als eine wesentliche Schranke des Kapitals in Erscheinung treten lassen. In der Hand des Geldsacks wurde die Maschine zur vernichtenden strategischen Waffe gegen das Industrieproletariat, das in absolutem Mangel und völliger Ohnmacht zugrundezugehen drohte. Auf dem Höhepunkt seiner Ohnmacht existierte es nur erst als Sein-für-das-Kapital, hatte noch kein Sein-für-sich. Die Lohnarbeit hatte sich noch nicht als Klasse-für-sich dem Kapital entgegengesetzt; sich

politisch noch nicht konstituiert. In dieser Lage konnte sich die Arbeiterklasse nicht einmal als solche – geschweige denn als freie Vereinigung entfalteter Individuen – reproduzieren. Mit ihrer Vernichtung wäre aber auch das Kapital zugrundegegangen. So erwies sich das Arbeiterelend als Schranke für das Kapital, die es bei Strafe des eigenen Untergangs überwinden mußte – und nur überwinden konnte in der allgemeinen Form des Kampfes der Gegensätze, der auf dem Punkte seiner äußersten Zuspitzung revolutionäre Züge annahm. Das dürfte der Grund dafür sein, daß »dieselben Leute«, die die revolutionären Arbeiter niederwarfen, »wie Karl Marx zu sagen pflegte, ihre Testamentsvollstrecker geworden« sind (Engels). *Diese* Revolutionsperiode war aber noch nicht das Aufscheinen der endgültigen historischen Grenze der kapitalistischen Produktionsweise, der Schranke, die das Kapital als solches für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte ist. Nicht die soziale Umwälzung stand damals auf der Tagesordnung, sondern eine *politische* Revolution, durch die sich die Arbeiterklasse als Klasse-für-sich, als politisches Subjekt, der Bourgeoisie entgegensetzte. War vorher das Proletariat als Klasse *nur* Sein-für-Anderes, das blutig geschundene und bis zur Erschöpfung abgerackerte *Objekt* der kapitalistischen Profitgier, so war erst mit seiner Herausbildung zur Klasse-für-sich das Kapitalverhältnis in seinen gegensätzlichen Momenten – Lohnarbeit und Kapital – seiner Bestimmung gemäß voll entwickelt. Erst auf dieser Grundlage war der Weg frei für die dem *Kapital* mögliche Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Die revolutionäre Krise in der Mitte des 19. Jahrhunderts kündigte nicht das Ende der kapitalistischen Formation an, sondern war im Gegenteil erst der Beginn ihrer vollen Entfaltung auf ihrer eigentümlichen Grundlage, der maschinellen Industrie. Die Erhebung der Arbeiterklasse zum politischen Subjekt war – wie Engels später (1892) hervorhob – notwendige Bedingung dafür, daß die Bourgeoisie die volle soziale und politische Herrschaft über die Nation erlangte. Es ist dies die dialektische Repulsion, durch die das Proletariat den Einwirkungen des Kapitals bestimmte Grenzen setzt, so zugleich das Kapital als das Andere seiner selbst (erste Negation) setzt; aber noch nicht das Kapitalverhältnis als solches aufhebt (was die Negation der Negation wäre, die noch aussteht).

Eine genauere Untersuchung wird wahrscheinlich zeigen, daß dieser Prozeß in England mit den Erfolgen der Chartistenbewegung, in Frankreich mit dem Aufstand der Pariser Kommunarden – trotz ihrer Niederlage – und in Deutschland mit der Novemberrevolution von 1918 im wesentlichen abgeschlossen war.

Marx hat das Kapital als prozessierenden Widerspruch dargestellt und darin die Lage der arbeitenden Klasse als die eine Seite des Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital untersucht. Er hat – wie ich reichlich

unfromm meine – etwas Wichtiges übersehen: nämlich daß die Klasse der Lohnarbeiter an ihr selbst ebenfalls ein Widerspruch ist – einerseits Produzent des Kapitals und seiner Entwicklung, andererseits sein Totengräber.
Die in der Arbeiterklasse lebendig verkörperte Lohnarbeit ist das Andere des Kapitals, sein Gegensatz. Aber als dieser Gegensatz ist sie zugleich auch Moment des Kapitals, welches ohne sie nicht ist. Die Arbeiterklasse ist in dieser Bestimmung das produzierende *Organ des Kapitals* und damit auch das Werkzeug zur Vollbringung seiner »historischen Mission«. Das Kapital entwickelt sich durch die Produktionstätigkeit der Arbeiterklasse, die sich nur dann von der Tyrannei des Profits, von Ausbeutung und Unterdrükkung, befreien kann, wenn sie selbst durch ihre Fronarbeit die materiellen und geistigen Bedingungen einer höheren Produktionsweise hervorgebracht hat. Lohnarbeit ist entfremdete Arbeit, Arbeit für Andere; aber zugleich ist sie auch Arbeit für das Proletariat selbst, – in dem Sinne nämlich, daß die Produzenten durch ihre Arbeit für das Kapital auch für sich selbst die Bedingungen ihrer Befreiung – der Negation des Kapitals – hervorbringen. Die Arbeiterklasse muß also den Kapitalismus – ihre eigene Sklaverei – auch *bejahen*; und kein proletarischer Revolutionär hat diese Notwendigkeit zugespitzter hervorgehoben als Lenin, der mit Rücksicht auf die rückständigen Produktionsverhältnisse in Rußland schrieb, »daß das Erwecken des Menschen im ›Arbeitstier‹« durch das Kapital »so gigantische, welthistorische Bedeutung (habe), daß es alle Opfer (rechtfertige)« (Werke Bd. 1 S. 398).
Andererseits ist die Arbeiterklasse als solche das wichtigste Moment der sich im Kapitalverhältnis entwickelnden gesellschaftlichen Produktivkräfte, die über die beschränkten kapitalistischen Produktionsverhältnisse hinauswachsen und diese schließlich sprengen. Indem sich das Kapital seiner Bestimmung gemäß entwickelt und seine Kräfte entfaltet, tendiert es in doppelter Weise dazu, die Existenz der Produzenten zu vernichten. In der einen Form durch die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander, die die Konkurrenz auch unter den Arbeitern erzeugt, und die jene zwingt, immer aufs neue zu versuchen, das allgemeine Lebensniveau der Arbeiterklasse unter das für ihre Reproduktion erforderliche Minimum zu senken; in der anderen Form dadurch, daß es, sobald es an seine endgültige historische Schranke stößt, die ganze Gesellschaft in seinen eigenen Untergang hereinzureißen droht – eine Drohung, die heute als Atomkriegsgefahr und Gefahr von Umweltkatastrophen eine sehr reale Gestalt annimmt. So sind die Produzenten bei Strafe des eigenen Untergangs genötigt, den Kapitalismus zu verneinen, ihre Sklaverei praktisch zu negieren.
Die Dialektik dieses Widerspruchs und seine Folgen für den ökonomischen und politischen Kampf der Arbeiterklasse hat Marx meines Wissens nirgends untersucht. Dabei handelt es sich nicht nur um einen ideellen

Widerspruch; dieser ist vielmehr auch durchaus real – als Interessengegensatz innerhalb der Arbeiterklasse und auch innerhalb jedes einzelnen Arbeiters selbst. Dieser Gegensatz spiegelt sich wider im gesellschaftlichen Bewußtsein der Arbeiterklasse, in deren politischer Bewegung er die einander bis zur Feindschaft entgegengesetzten Strömungen des Reformismus und des – zunächst nur abstrakten – Revolutionarismus hervorbringt.
Man stelle sich die Frage, welche Politik die Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer Lebensinteressen verfolgen mußte, solange sie mit *Notwendigkeit* in das Joch des Kapitals gespannt war; solange die Voraussetzungen für seine Abschüttlung noch nicht hervorgebracht waren und die sozialistische Revolution noch im Nebel einer jahrhundertfernen Zukunft lag!
Der abstrakte *Revolutionarismus* deutet das »Ausbleiben« der Revolution als das Resultat des reformistischen »Verrats«, kämpft gegen die »ideologische Verunreinigung« der proletarischen Partei – wie Don Quichotte gegen die Windmühlenflügel – und erfindet den Feind in den eigenen Reihen, bis er schließlich – durch Selbstzerfleischung ermattet – am Wegrand liegen bleibt. Gleichwohl war er ein notwendiges Moment der Arbeiterbewegung, indem er die revolutionäre Dimension ihres Kampfes offen hielt.
Der *Reformismus* bleibt befangen in den Schranken des Kapitals und ruiniert sich in den fruchtlosen Versuchen, die Agonie des Profitsystems »sozialer« oder »humaner« zu gestalten. Er war notwendig, um die ökonomischen und politischen Interessen des Proletariats *als Lohnarbeiter,* also innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise, in revolutionsloser Zeit gegen die An- und Übergriffe des Kapitals zu verteidigen und die Fähigkeit der Produzenten zur Selbstbestimmung zu entwickeln.
Doch in dieser Getrenntheit der untrennbaren Momente der Arbeiterbewegung besteht deren historischer Mangel, ihr Unvermögen, sich zum Subjekt des gesellschaftlichen Prozesses aufzuschwingen. Wir, die wir den Reformismus stets giftig denunziert haben, haben uns vielleicht zuwenig Gedanken darüber gemacht, ob der geringe Einfluß des Leninismus in den entwickelten Industrieländern einerseits und die Zählebigkeit des sozialdemokratischen Reformismus andrerseits nicht Ausdruck der prinzipiellen Unwahrheit der Leninschen Theorie sind. Diese Überlegung hätte eigentlich nahe gelegen, zumal wenn man bedenkt, daß Lenins Gedanken die revolutionäre Praxis in einem gesellschaftlich rückständigen und industriell unterentwickelten Land reflektieren.
Wir erst können *heute* Lenins Irrtum erkennen, der in seiner Imperialismustheorie davon ausgeht, daß der Kapitalismus seit der Jahrhundertwende überreif und in Fäulnis übergegangen sei. Folglich begriff er die Opfer, die Zerstörungen, das Elend, die der Imperialismus der Menschheit brachte, als Fäulniserscheinungen; tatsächlich aber sind es die *faux frais* d'évolution, die toten Kosten der Entwicklung des Kapitals. In den Zerstörungen und

riesigen Menschenopfern setzt sich das Arbeiterelend der frühindustriellen Epoche auf erweiterter Stufenleiter fort.
Die Konsequenz der leninistischen Verratsideologie ist in den entwickelten Industrieländern der unendlich wiederholte und stets vergebliche Versuch der Nihilierung des Reformismus. Dieser erhält sich gerade durch den Kampf gegen den bolschewistischen Nihilismus als das, was er ist: als notwendiges Moment des Kapitalverhältnisses. Das Kapital benötigt für seine ideologische Reproduktion in den Köpfen der Produzenten den realen, nicht aufgehobenen Gegensatz von Reformismus und Revolutionarismus; es bedarf der Leninisten ebensosehr wie der Sozialdemokraten. Das Volk kann sich nur dadurch befreien, daß es *beide* überwindet; die Getrenntheit der Momente negiert.

Marx meinte, es genüge nicht, wenn sich der Gedanke zur Wirklichkeit dränge; die Wirklichkeit müsse auch zum Gedanken drängen. Angesichts einer zum Gedanken drängenden Wirklichkeit scheint das Problem für uns heute aber darin zu bestehen, daß *falsche* Gedanken die drängende Wirklichkeit blockieren.
Folgenschwerer als Marxens falsche Einschätzung der Klassenkämpfe seiner Zeit – und m. E. der eigentliche Grund der gegenwärtigen ideologischen wie praktischen Irrläufe der revolutionären Bewegung – war und ist die falsche Bestimmung der russischen Oktoberrevolution durch Lenin, die allerdings mit dem Marxschen Irrtum innerlich zusammenhängt.
Lenin begriff die Oktoberrevolution als Anfang der proletarischen Weltrevolution und die Sowjetgesellschaft als eine sozialistische. So wurde sie in aller Welt als Vorbild der sozialistischen Umwälzung gepriesen – und für die antisozialistische Agitation ausgeschlachtet. Weil sie in Wirklichkeit *nicht* die sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse in Rußland brachte, hat diese falsche Etikettierung in den Arbeiterbewegungen der entwickelten Industrieländer – übrigens nicht nur dort – zu erheblichen ideologischen Deformationen und zur Aufgabe des wissenschaftlichen Standpunktes geführt. Tatsächlich hat der »Leninismus« das wissenschaftliche Werk von Karl Marx zu einer Zitatsammlung für die Legitimation einer voluntaristischen Politik degradiert. Daher wird auch erst die Kritik der Oktoberrevolution und des »Leninismus« mit dem Rüstzeug der dialektischen Gesellschaftswissenschaft das Marxsche Gedankengebäude wiederherstellen und den Weg für seine schöpferische Weiterentwicklung freimachen. Eine verhunzte Wissenschaft ruft Kräfte auf den Plan, die das Kind mit dem Bade ausschütten und uns in die Wüste eines theorielosen Utopismus zerren wollen. Diese Gefahr ist schon ziemlich groß, und es wird Zeit, daß wir ihr begegnen. Ich möchte im folgenden einige Gesichtspunkte andeuten, denen wir m. E. Aufmerksamkeit schenken sollten.

Die erste Periode in Lenins Wirken als Revolutionär ist bestimmt durch seine Polemik gegen die Volkstümler, die meinten, der Kapitalismus sei eine dem russischen Volk wesensfremde, von außen aufgepfropfte Produktionsweise, die sich in Rußland nicht entwickeln könne. Lenin versuchte, den Standpunkt der Volkstümler zu widerlegen, indem er ihnen überzeugend nachwies, daß sie von einer falschen Theorie über die Entstehung des inneren Marktes ausgingen, und indem er die im russischen Dorf massenhaft vorhandenen Tendenzen zur spontanen Entstehung kapitalistischer Produktionsverhältnisse aufzeigte. Er hatte nicht erkannt, daß die Volkstümler – wenn auch ziemlich bewußtlos – auf das eigentliche Problem der russischen Entwicklung gestoßen waren; auf die Frage nämlich, ob sich ein gesellschaftlich rückständiges, industriell unterentwickeltes Land – wie Rußland eines war – eigenständig auf kapitalistischer Grundlage entwickeln kann, wenn es schutzlos der Weltmarktkonkurrenz hochentwickelter Industrieländer ausgesetzt ist, die zunehmend neben dem Warenexport auch auf den Kapitalexport angewiesen sind.

Erst sehr viel später – und ohne die gebotenen Konsequenzen daraus zu ziehen – hat Lenin, als er seine Imperialismustheorie ausarbeitete, in den »Heften zum Imperialismus« Material zusammengetragen, das sichtbar macht, in welchem Umfang das vorrevolutionäre Rußland von ausländischem Monopolkapital ausgeplündert und beherrscht wurde, wodurch der Entwicklung des russischen Kapitals sehr enge Grenzen gezogen waren. Diese Überlagerung einer rückständigen gesellschaftlichen und ökonomischen Basis durch das hochentwickelte imperialistische Monopolkapital – das zeigen die zahlreichen Untersuchungen der ökonomischen Prozesse in den Entwicklungsländern mit aller Eindringlichkeit – bremst oder blokkiert gar die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte in den rückständigen Gebieten, für die sich das Kapital also hier zuerst als Fessel erweist, die gesprengt werden muß.

Indem Lenin gegenüber den Volkstümlern auf der Möglichkeit und *Notwendigkeit* einer kapitalistischen Entwicklung Rußlands nach westeuropäischem Vorbild beharrte, hat er die Revolution, die er schließlich gemacht hat, m. E. gar nicht verstanden. Es erging ihm darin nicht besser als vielen großen Revolutionären vor ihm. Seine weltgeschichtlichen Verdienste als revolutionärer Führer werden dadurch nicht kleiner; denn obwohl er sich in einem – durchaus *unvermeidlichen* – Irrtum befand, handelte er im entscheidenden Augenblick richtig, als er im Oktober 1917 in Rußland die Arbeiter, Bauern und Soldaten zur Eroberung der Staatsmacht führte.

Die revolutionäre Staatsmacht konnte jedoch die fehlenden materiellen und geistigen Bedingungen einer sozialistischen Produktionsweise nicht ersetzen. *Weil sie fehlten,* war das Resultat der Oktoberrevolution nicht »der

Sozialismus«, sondern eine Entwicklungsdiktatur eigener Art, die theoretisch erst noch auf den Begriff zu bringen wäre.
Der Mangel am Notwendigsten diktierte die Politik des Sowjetstaates, und es ist unausweichlich, daß »mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen« muß (Marx), – wenn es den revolutionären Produzenten nicht gelingt, die in der Revolution errungene politische Macht gegen die potentiellen Eliten – die Partei–, Staats- und Wirtschaftsbürokratie – zu behaupten. In der Sowjetunion ist ihnen das nicht gelungen.
Unter der Bedingung eines äußerst labilen Gleichgewichts zwischen der Arbeiterklasse, den landwirtschaftlichen Produzenten und der Bürokratie mag die PARTEI dann ein wesentlicher revolutionärer Faktor sein, wenn und soweit sie die Mitte dieser widersprüchlichen gesellschaftlichen Kräfte, deren Einheit, ist und der Klassenkampf *innerhalb* der Partei in einer Politik resultiert, die die wesentlichen *gemeinsamen* Interessen verwirklicht und widerstreitende Sonderinteressen zurückdrängt. Durch die Partei könnte so, wenn sie sich wirklich auf die Produzenten in den Fabriken und in der Landwirtschaft *stützt*, sie nicht entmündigt und einschüchtert, das *antagonistische* Moment im Widerspruch zwischen der Bürokratie und den unmittelbaren Produzenten aufgehoben werden. Unter der Führung Mao Tse-tungs waren die chinesischen Revolutionäre sich dieses Problems bewußt geworden und sie versuchten diesen Weg zu gehen.
In der Sowjetunion hat die Bürokratie die Macht in der Partei und im Staate an sich gerissen. Die Sowjets der Werktätigen sind wesentlich nur die Kulisse für die Diktatur der Bürokratie, die sich zu einer neuen Ausbeuterklasse entwickelt hat. Die PARTEI ist zum Organ einer volksfeindlichen Herrschaft degeneriert. Weil Lenin mit der von ihm geschaffenen PARTEI in Rußland den Oktoberaufstand erfolgreich organisieren konnte, meinen viele, daß es mit einer solchen Partei auch anderswo klappen müßte, zum Beispiel bei uns. Ich habe das auch geglaubt.
Man kann aber diesen Parteibegriff von seiner gesellschaftlichen Grundlage in den unterentwickelten Gebieten, von der dort unvermeidlichen Diktatur der Entwicklungsinteressen des Gemeinwesens über die Konsuminteressen der Individuen, von dem dort anders bestimmten Widerspruch zwischen körperlicher und geistiger Arbeit usw. nicht ablösen, ohne damit seinen wesentlichen Kern zu zerstören. Die Versuche, ihn auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in den kapitalistischen Industrieländern zu übertragen, ähneln dem Versuch, das Huhn zurück in das Ei zu stopfen. Eine solche Partei kann hier weder vor noch nach der sozialen Revolution – und schon gar nicht mittendrin – den revolutionären Kräften nützlich sein. Die Umwälzung hier bereitet sich vor und kündigt sich an in den vielfältigen Ansätzen zur gesellschaftlichen Selbstbestimmung der Werktätigen. Diese

empfinden den gar nicht demokratischen Zentralismus und die rigide Disziplin der bolschewistischen Partei als *Fremdkörper* – und stoßen ihn ab. Indem er seine Parteitheorie verallgemeinerte und die bolschewistischen Prinzipien auf die Arbeiterbewegung in den entwickelten Industrieländern angewendet sehen wollte, hat Lenin auch in der Organisationsfrage den »Marxismus« nicht schöpferisch weiterentwickelt, sondern – *revidiert*. Es scheint notwendig zu sein, gegen seinen Revisionismus die Ansichten von Marx und Engels dazu wieder in Erinnerung zu rufen, nur damit man die Leute in dieser Frage nicht mehr so leicht ins Bockshorn jagen kann. Wie wir uns zu organisieren haben, das müssen wir schon selbst herausfinden. Engels polemisierte gar nicht übel gegen die »sozialistischen Machthaber« und die »straffe Disziplin« der Sozialdemokratie, die seines Erachtens »einer kleinen Sekte« wohlanstünde, nicht aber einer großen Partei des deutschen Proletariats. Er fand es auch »naturgemäß«, daß die »stramme Organisation« der Lassalleaner in »vollständiger Auflösung« endete.
Die Leninisten hätten freilich recht – und deshalb finden sie sich selbst so überzeugend –, würden alle Unterdrückten oder doch deren Mehrheit nach ihren Richtlinien handeln. Zweifellos wäre in diesem Falle die Herrschaft des Geldsacks im Handumdrehen futsch. Bloß: das Problem ist ja gerade, warum sich hier die Werktätigen von den bolschewistischen Rezepten nicht überzeugen lassen. Sie fürchten wohl, mit solch einer Partei die Despotie des Kapitals nur einzutauschen gegen die Tyrannei der Bonzen.

Unser Verhältnis zur Industriearbeiterschaft scheint nicht in Ordnung zu sein.
Sie führte die Klassenkämpfe im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts um die Sicherung ihrer Existenz als Lohnarbeiterklasse. Die Theoretiker dieser Bewegung hängten ihr dafür einen Ausschließlichkeitsanspruch um: nur sie sollte die führende Klasse bei der revolutionären Überwindung des Kapitalismus sein können. Nun hat zwar schon Engels sehr ketzerische Bemerkungen über die »Fabrikarbeiter« und die gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter gemacht, die sich offensichtlich von den in sie gesetzten Erwartungen wenig beeindrucken ließen. Schon 1892 erwartete er von diesen beiden »›beschützten‹ Abteilungen der Arbeiterklasse« in England keine revolutionären Initiativen mehr. Die gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter »haben es fertiggebracht« – so schrieb er –, »sich eine verhältnismäßig komfortable Lage zu erzwingen, und diese Lage akzeptieren sie als endgültig. Sie sind die Musterarbeiter der Herrn Leone Levi und Giffen, und sie sind in der Tat sehr nette, traktable Leute für jeden verständigen Kapitalisten im besondern und für die Kapitalistenklasse im allgemeinen.« (Nachzulesen in seinem Vorwort zur englischen Ausgabe seines Werkes *Lage der arbeitenden Klasse in England* von 1892.)

Da nun aber in der russischen Oktoberrevolution die Fabrikarbeiter wiederum die erste Geige spielten – hingebungsvoll und mitreißend –, waren seitdem alle Hoffnungen auf eine baldige Revolution auch in den industriell entwickelten Ländern auf das Industrieproletariat gerichtet. Das wäre weiter nicht schädlich, wenn diese Fixierung nicht zur Folge hätte, daß die revolutionäre Potenz anderer Fraktionen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters unbeachtet bliebe oder gar geleugnet würde.
Als sich aber auch in den sechziger Jahren trotz der weltweiten Unruhe die Industriearbeiter nicht oder kaum rührten, gingen viele von uns auf die Suche nach einem »neuen« revolutionären Subjekt; und zwar nicht erst, als wir gelegentlich von Arbeitern sogar verhauen wurden. Die Suche ergab sich aus einer spätestens in der Mitte der sechziger Jahre empfundenen Verzweiflung. Die Notwendigkeit der Revolution immer klarer erkennen *und fühlen*, dabei aber nicht sehen und nicht wissen, was und wo die revolutionäre Klasse, das »Subjekt« dieser Umwälzung, eigentlich ist, das ist schlimm. Wie leicht entsteht daraus Hoffnungslosigkeit! Von hier aus führte der Weg über eine völlig abstrakte Identifizierung mit den Befreiungskämpfern der Dritten Welt zu ganz abenteuerlichen Konzepten, z. B. zum »Konzept Stadtguerilla« der RAF.
Ob das Klassenschema des Kommunistischen Manifests denn noch gültig sei, darüber ist viel diskutiert und geschrieben worden, was ja schon ein Zeichen dafür ist, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit in den kapitalistischen Industrieländern darüberhinaus ist.
Gibt es so etwas wie ein historisches Schuldgefühl? Dann wäre es wohl das, was uns so selbstquälerisch einseitig am Gegensatz von Intelligenz und »Arbeiterklasse« festhalten läßt. Mit einem Schuß Unterwürfigkeit betrachten wir uns lediglich als »Bündnisschicht« des revolutionären Subjekts. Das beeinträchtigt unser gesellschaftliches Selbstbewußtsein ganz erheblich. Unsere Kahlköpfigkeit verstecken wir unter Ballonmützen, – ebensogut hätten wir uns auch Schlafmützen überziehen können.
Das Problem des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Intellektuellen, der Dialektik von körperlicher und geistiger Arbeit, von Herr und Knecht, ist ein schwieriges Problem.
Nach Hegel ist die Bestimmung des Menschen, die ihn vom Tier unterscheidet, das *Denken*. Marx und Engels legen den Unterschied in die *Arbeit*. Aber was ist die Arbeit ohne Denken? Murx!
Arbeit als die dem Menschen eigentümliche Lebensäußerung ist die Einheit von geistiger und körperlicher Bewegung. Es gibt keine Arbeit, die entweder *nur* motorische Bewegung oder *nur* geistige Bewegung ist. Motorik und Intelligenz sind unterschiedene, aber untrennbare Momente der Arbeit, die als deren Einheit den Widerspruch derselben als aufgehoben – ideell – enthält. Zugleich ist dieser Widerspruch aber auch nicht aufgehoben – also

real: als Gegensatz von körperlich Arbeitenden und werktätiger Intelligenz.
Sobald der Mensch über die ersten, noch dem Tierreich zugehörigen Formen der Geselligkeit hinaus war, traten diese beiden unterschiedenen Momente der Arbeit notwendig auseinander und in Gegensatz zueinander. Die Erhaltung – d. h. *Reproduktion* – des Gemeinwesens erforderte bestimmte Verrichtungen, die überwiegend intellektueller Natur waren und deren erste und wichtigste wohl die Vereinheitlichung des praktischen Willens der Individuen – sei es bei der Jagd, im Kriege oder bei der Produktion der materiellen Bedarfsgüter – war. Mit der weiteren Entwicklung wurden diese überwiegend intellektuellen Verrichtungen zur ausschließlichen Tätigkeit bestimmter Individuen, die zu *Herren* wurden, d. h. die sich fremden Willen aneignen und so ihren Leib durch die Leiber ihrer Knechte vervielfältigen.
Es fehlt nicht an Beweisen, daß die Menschen – Herren wie Knechte – zu allen Zeiten die Bewegung ihres Geistes, die intellektuelle Tätigkeit, als eine höhere, ihnen als Menschen gemäßere Lebensform ansahen. Sie streben danach, das motorische Moment, die Notwendigkeit der unmittelbaren physischen Einwirkung auf die Natur, ihre körperliche Arbeit, auf ein Minimum zu reduzieren und das Feld ihrer geistigen Betätigungen auszuweiten. Die Privilegierung der geistigen Arbeit in der auf Ausbeutung beruhenden Klassengesellschaft ist Ausdruck dieses Strebens.
Bei geringer Produktivität der Arbeitskraft – also vornehmlich in den vorkapitalistischen Formationen – bestimmte die körperliche Arbeit der landwirtschaftlichen und handwerklichen Produzenten die materielle Produktion und damit zugleich die Reproduktion des Gemeinwesens. Sie allein galt als *Arbeit*, während die geistige Tätigkeit mehr als Genuß denn als Arbeit erschien und mit der Vertreibung aus dem Paradies nicht in Zusammenhang gebracht wurde.
Die Wachstumskräfte des Kapitals verkehren tendenziell das Verhältnis von körperlicher und geistiger Arbeit in dem Sinne, daß letztere zum bestimmenden Moment der gesellschaftlichen Produktion wird. In der dritten industriellen Revolution vollzieht sich ein deutlicher Funktionswandel der Arbeit. Er ist charakterisiert durch das tendenzielle Verschwinden der körperlichen Arbeit, die zudem aufhört, unmittelbar *formgebende* Arbeit zu sein, indem die Formung des Arbeitsgegenstandes zur Funktion der Maschine wird.

Es »verschwindet die unmittelbare Arbeit und ihre Quantität als das bestimmende Prinzip der Produktion – der Schöpfung von Gebrauchswerten – und wird sowohl quantitativ zu einer geringen Proportion herabgesetzt, wie qualitativ als ein zwar unentbehrliches, aber subalternes Moment gegen die allgemeine wissenschaftliche Arbeit, technologische Anwendung der Naturwissenschaften nach der einen Seite, wie gegen die aus der gesellschaftlichen Gliederung

in der Gesamtproduktion hervorgehende allgemeine Produktivkraft – die als Naturgabe der gesellschaftlichen Arbeit (obgleich historisches Produkt) erscheint. Das Kapital arbeitet so an seiner eigenen Auflösung als die Produktion beherrschende Form.« (Marx, *Grundrisse* S. 587 f.)

Vielleicht sollte ich diese These mit einwandfreien statistischen Analysen belegen und nicht mit Marxens Autorität hantieren. Hätte ich das erforderliche Material zur Hand, wäre ich vielleicht auch so verfahren. Aber ist dieser Beweis überhaupt noch nötig? Sind es nicht offenkundige Tatsachen? Das Marxzitat hätte dann nur noch den Zweck, offenzulegen, daß dieser entscheidend wichtige Gedanke eben schon von Marx gedacht und formuliert worden und nicht auf meinem Mist gewachsen ist.

Der *Wert* im Sinne des Marxschen Wertgesetzes macht die verschiedenen Erscheinungsformen der Arbeit als *allgemeine* menschliche Arbeit vergleichbar. So sind trotz ihres qualitativen Unterschieds körperliche und geistige Arbeit im Wert in ein *quantitatives* Verhältnis gesetzt. Dieses ändert sich; und es ist zu sehen, welche Bedeutung diese Tatsache hat.

Die Besonderung von körperlicher und geistiger Arbeit fällt zusammen mit der Entstehung der Klassengesellschaft. Auf dem primitiven Niveau der Produktivkräfte in den vorkapitalistischen Klassengesellschaften fiel die besonderte geistige Arbeit (verkörpert beispielsweise in den Priester- und Beamtenkasten des Alten Ägyptens, die die *produktiven* Funktionen der Bevorratung, der Berechnung des jahreszeitlichen Rhythmus, der Leitung der Bewässerungsarbeiten zu verrichten hatten) gegenüber der körperlichen Arbeit *quantitativ* nicht ins Gewicht. Ohne Schmälerung der Ausbeutungsrate konnte sie aus der Mehrwertauspressung ausgespart bleiben, privilegiert und selbst zur Grundlage der Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts werden. Entsprechend blieb der Begriff der Arbeit selbst auf die körperliche Arbeit des Landmannes und des Handwerkers eingeengt, was Ausdruck der historischen Bedingtheit des gesellschaftlichen Bewußtseins ist. (Wir scheinen indessen die Eierschalen dieses bornierten Arbeitsbegriffes noch immer mit uns herumzuschleppen.)

War die besonderte geistige Tätigkeit zunächst im wesentlichen Verrichtung allgemeiner gesellschaftlicher Funktionen, wurde sie vom Kapital auf seiner Jagd nach Mehrarbeitszeit als allgemeine Produktivkraft (Entwicklung der Naturwissenschaften und deren technologische Anwendung in der maschinellen Produktion) der materiellen Produktion einverleibt; doch blieb sie als geistige Arbeit vorerst noch privilegiert und Titel zur Aneignung von Mehrarbeit anderer.

Mit der sprunghaften Zunahme der geistigen Arbeit im Prozeß der Verwissenschaftlichung der materiellen Produktion, der Planung, Kombination und Leitung auch im Überbaubereich ändert sich das. Stagnation oder gar Schrumpfung des Quantums körperlicher Arbeit in der materiellen Pro-

duktion bei gleichzeitiger rapider Steigerung des Quantums geistiger Arbeit – die hier in erster Linie als *potenzierte* einfache Arbeit betrachtet werden muß – verändern die gesellschaftliche Stellung der Intelligenz. Von seinen Verwertungsschwierigkeiten geängstigt und vom Profithunger getrieben erkennt das Kapital unter dem Gewand überkommener Privilegien den mehrwertträchtigen Leib der geistigen Arbeit. Deshalb erleiden die Eierköpfe jetzt ihre Vertreibung aus dem Paradies. Ihre veränderte Lage ist gekennzeichnet durch Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Konkurrenzdruck und dadurch ernötigte Überarbeit, Angleichung des Einkommensniveaus an den proletarischen Standard, relative soziale Verelendung.

Es verändert sich auch ihr gesellschaftliches Bewußtsein. Der Geistesarbeiter begreift sich mehr und mehr als *lohnabhängig*. Seine »Deklassierung« erlebt er jedoch widersprüchlich und durchaus anders als die einfachen Warenproduzenten die ihnen angetane Proletarisierung. Letztere war handgreifliche Expropriation. Mit ihren Produktionsmitteln, in denen sie ihre gesellschaftliche Existenz verkörpert sahen, verloren der einfache Warenproduzent, der Krämer und Kleinunternehmer ihr Selbstbewußtsein. Das, was Äußerung ökonomischer Zwangsgesetze war, betrachteten sie als persönliches Schicksal, als Folge eigenen Versagens. Ihr sozialer Abstieg wurde in ihrer Umgebung aus vermeintlichen persönlichen Mängeln erklärt. Die ökonomische Deklassierung bewirkte zugleich ihre soziale Entwurzelung mit all ihren demoralisierenden Folgen.

Die Deklassierung oder besser: die Entprivilegierung der Intellektuellen ist dagegen völlig anders charakterisiert. Nach ihrer produktiven Funktion bleiben sie, was sie sind: Geistesarbeiter. Ihr »Handwerkszeug« – ihre Qualifikation – haben sie an sich. Die stigmatisierende Prozedur der Enteignung kann an ihnen nicht vollzogen werden. Der Kern ihrer sozialen Geltung bleibt so intakt. Die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Arbeit nimmt sogar noch zu und nicht ab. Ihr gesellschaftlicher Ortswechsel – der Übergang aus sozialer Privilegierung in den Interessenzusammenhang der lohnabhängigen Schichten – vollzieht sich nicht als Einzelschicksal, erscheint nicht mehr als die Folge persönlichen Versagens, sondern als Ausdruck gesellschaftlichen Wandels, der als solcher erkannt und begriffen wird. Den Intellektuellen bleibt das Selbstvertrauen erhalten, aus dem die Kraft zum Widerstand erwächst.

Die umbruchartige Plötzlichkeit des Übergangs, der sich innerhalb einer Generation vollzieht, erleichtert die Bewußtwerdung des darin wirkenden Klassenantagonismus, und die »Deklassierung« wird bald als »Aufstieg« in die zum Totengräber des Geldsacks berufene Klasse begriffen.

Sollte es nicht *das* gewesen sein, was sich in der Studentenrevolte der sechziger Jahre zum ersten Male zeigte?

Die Klassengesellschaft festigte sich, als die Privilegierung der geistigen

Arbeit notwendig geworden war, um die gesellschaftlichen Strukturen zu ermöglichen, in denen sich die wachsenden Produktivkräfte der Menschen entwickeln konnten, bis schließlich die geistige Arbeit auch *unmittelbar* zu einem Moment – und zwar zum bestimmenden – der gesellschaftlichen Produktivkräfte geworden ist. Sie durchdringt heute alle gesellschaftlichen Bereiche und ist nicht mehr nur in einer relativ kleinen Schicht – einer Elite – verkörpert, sondern in einer *Masse* von Individuen mit wissenschaftlicher oder technologischer Qualifikation. In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache wichtig, daß jetzt alle Tätigkeitsfelder – also auch die nicht unmittelbar der Produktionssphäre zugehörigen – mehr und mehr kapitalförmig strukturiert werden, die kapitalistische Arbeitsorganisation und Profitorientierung so verallgemeinert wird.

Diese Dialektik der Arbeit negiert so die wichtigste Bedingung der Herrschaft ausbeuterischer Minderheiten, die nur möglich ist, solange der Interessengegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit größer ist als der Gegensatz zwischen dem Klasseninteresse der Intelligenz und den Macht- und Herrschaftsinteressen der Produktionsmitteleigentümer. In dem Maße, wie die materielle Produktion selbst eine Angelegenheit intellektueller Arbeit wird und dadurch der gesellschaftliche Gesamtarbeiter selbst alle für die Reproduktion des Gemeinwesens notwendigen intellektuellen Fähigkeiten verkörpert, erfüllt sich die Dialektik von Herr und Knecht. Indem der »Knecht« – hier die Produzenten in ihrer Gesamtheit – »durch sein eigenes Tun die Dinge bildet«, bildet er sich selbst, »während der Herr des arbeitslosen Einkommens nur noch im Genuß, bestenfalls im Machtgenuß vorkommt, so wird durch Arbeit, durch dieses Formieren das Bewußtsein eigener Kraft und Tätigkeit seiner selbst inne . . .« (Bloch).

So erst – wenn alle wesentlichen gesellschaftlichen Funktionen zu Funktionen der Lohnarbeit werden – wird der gesellschaftliche Gesamtarbeiter zur Selbstbestimmung fähig und in die Lage versetzt, die Herrschaft der Produktionsmitteleigentümer abzuschütteln. Der Knecht hebt die fremde Herrschaft auf und wird zum selbstbestimmten gesellschaftlichen Individuum, zur freien Assoziation der Produzenten, indem er die gegensätzlichen Momente von Direktion (Disposition) und Realisation (Ausführung fremden Willens) in sich vereint.

Die »Entprivilegierung« der Intelligenz als Prozeß bringt endlich auch den abstrakten Begriff ihrer »Privilegierung« in Fluß. Verschiedene Momente sind zu erkennen, die sich in unterschiedliche Richtungen entwickeln. Die Privilegierung der geistigen Arbeit besteht m. E. im wesentlichen darin, daß a) Wissen und seine produktive oder anderweitige gesellschaftliche Anwendung selbst quasi zu Kapital im Sinne eines gesellschaftlich durchsetzbaren Anspruchs auf Aneignung eines Teils des Mehrprodukts aus *fremder* Arbeit werden;

b) unter den Bedingungen der kapitalistischen Arbeitsteilung die geistige Arbeit ein Mehr an Entfaltung der persönlichen Anlagen und Neigungen bedeutet und die Arbeit ein gewisses Maß an Selbstgenuß ermöglicht, während der körperlich Arbeitende in seiner einseitigen Verrichtung verkümmert und verkrüppelt;
c) der Geistesarbeiter eher in die Lage kommt, mit dem Geldsack markten und streiten zu können, um sich einen Anteil an dem *selbst* geschaffenen Mehrprodukt zu sichern (was von der Aneignung des von anderen produzierten Mehrwerts genau zu unterscheiden ist).
Das erste Moment – Wissen als Kapital – wird tendenziell schon innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise – wie bereits angedeutet – aufgehoben, indem die geistige Arbeit massenhaften Charakter annimmt und ihre »Honorierung« dadurch ihren speziellen Bestechungscharakter verliert und in Arbeitsentlohnung umschlägt. Zwar haben viele Intellektuelle immer noch eine Stellung inne, die ihnen die Aneignung *fremden* Mehrprodukts ermöglicht, die in diesem Sinne Ausbeuter sind; aber sie sind immer weniger charakteristisch für die Intelligenz als soziale Schicht. Der Klassencharakter der Intelligenz wird immer weniger von Ausbeuterinteressen und immer mehr von dem Interesse an der Überwindung von Ausbeutung und Eigentümerherrschaft, insoweit also von proletarischen Interessen, bestimmt.
Das zweite Moment – die geistige Arbeit als Selbstgenuß – entwickelt sich in entgegengesetzter Richtung. Die Entwicklung geht hier nicht auf Nivellierung nach unten, d. h. der Charakter der Arbeit als Selbstverwirklichung soll nicht und wird nicht verschwinden; die Geistesarbeiter sollen nicht aufhören, geistig zu arbeiten. Vielmehr wird der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit dadurch aufgehoben werden, daß auch die ehemals überwiegend körperlich Arbeitenden ihre intellektuellen Anlagen und Fähigkeiten entwickeln können und selbst geistige Arbeiten übernehmen, während die Intellektuellen ihrerseits ihren Anteil an jenem unauflöslichen Rest einfacher körperlicher Verrichtungen auf sich nehmen. In der Generationenfolge heißt das, daß die »ungelernten« Arbeiter »aussterben« und ein Geschlecht von Produzenten heranwächst, die sowohl geistig als auch körperlich arbeiten. In diesem Prozeß verkörpert der Intellektuelle schon heute mehr als der körperlich Arbeitende die Wesenszüge des voll entwikkelten, sich selbst verwirklichenden Individuums. Das dürfte der Grund dafür sein, daß er im Prozeß der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise das politisch und kulturell vorwärtstreibende Moment ist. Zwar ist der Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit erst nach Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufhebbar; man wird aber deshalb die geistige Arbeit als solche unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht eigentlich als *ausbeuterisches* Privileg ansehen können, um

dessentwillen die unmittelbaren Produzenten den Intellektuellen den Klassenkampf ansagen müßten.
Das dritte Moment – die Aneignung eines Teils des *selbst* geschaffenen Mehrprodukts – ist eine treibende Kraft im Verkalkungsprozeß des Kapitals (dessen Verwertungsschwierigkeiten dadurch zunehmen), somit ein Moment der Zuspitzung der Systemkrise. Die Arbeiterklasse – oder besser: der gesellschaftliche Gesamtarbeiter – hat kein Interesse daran, die Intelligenz zu hindern, sich den größtmöglichen Anteil an dem selbstproduzierten Mehrprodukt anzueignen. In dem Maße, wie die Intelligenz darin Nachahmer findet, wird die Agonie des Geldsacks verkürzt werden.
Wenn diese Überlegungen richtig sind, so folgt aus ihnen wohl, daß schon jetzt das Trennende im Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit tendenziell verschwindet und die gemeinsamen antikapitalistischen Interessen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters das Verhältnis von körperlich Arbeitenden und werktätiger Intelligenz bestimmen.
Ich halte es also für flach – ja geradezu schädlich –, die werktätige Intelligenz heute nur als Bündnisschicht der »Arbeiterklasse« zu sehen. Auch scheint mir der Begriff »Arbeiterklasse« wenig geeignet zu sein für die Bestimmung des revolutionären Subjekts. Was darunter gemeinhin verstanden wird, ist nur eine bestimmte *Fraktion* des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, die zudem heute auch durchaus nicht das vorwärtstreibende Moment der revolutionären Bewegung ist.

Ich glaube, in dem sich wandelnden Klassencharakter der Intelligenz zeigt sich am deutlichsten der Unterschied zwischen der russischen Oktoberrevolution bzw. der chinesischen Revolution und dem sich heute in den entwickelten Industrieländern ankündigenden sozialen Umbruch. In der vorrevolutionären Gesellschaft Rußlands bzw. Chinas bildete die Intelligenz noch eine ausbeuterische Elite, deren revolutionäre Bewegung aus dem Widerspruch zu den vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen in diesen Ländern zu erklären ist. Vor, während und nach der Revolution war bzw. ist dort die Intelligenz eine zahlenmäßig verschwindende Minderheit. Auch nach dem Sturz der Ausbeuterklassen basiert die materielle Produktion fast ausschließlich auf der körperlichen Arbeit der landwirtschaftlichen und industriellen Produzenten, während das Quantum der geistigen Arbeit dagegen verschwindend gering, aber für die industrielle Entwicklung von umso größerer funktioneller Bedeutung war und ist. Es sind also hier noch die objektiven Voraussetzungen für die Privilegierung der geistigen Arbeit gegeben. Es wäre zu untersuchen, ob sie auch notwendig – historisch damit unvermeidlich – ist. Dieser Frage will ich hier nicht nachgehen, sondern lediglich einige Faktoren erwähnen, die jedenfalls die »Gefahr« einer solchen Entwicklung begründen. In den Anschauungen der Menschen – auch

der Arbeiter und Bauern – in den rückständigen Gebieten ist die Vorstellung noch tief verwurzelt, daß geistige Arbeit gleichsam von Natur aus den Anspruch auf eine im Vergleich zum Arbeiterlohn wesentlich höhere Entlohnung bzw. Honorierung und auf andere Annehmlichkeiten und Vorrechte gewährt. Es kommt hinzu, daß mit der nach der Revolution einsetzenden forcierten und planmäßigen Industrialisierung der Entwicklungsländer der Bedarf an geistiger Arbeit und deren gesellschaftliche Bedeutung sehr schnell zunehmen. Die knappen »Ressourcen« an intellektueller Arbeit bilden in diesen Aufbaugesellschaften einen permanenten »Engpaß«, der eine optimale Mobilisierung des Potentials an geistiger Arbeit notwendig macht. Da diese sich aber am allerwenigsten durch direkten – gar physischen – Zwang, sondern – unter dem Einfluß ausbeuterischer und elitärer Einstellungen – am ehesten durch die Gewährung von materiellen Anreizen und Privilegien zu Höchstleistungen und zur Loyalität gegenüber der revolutionären Regierung bewegen läßt, ist die Gefahr der Entartung der Intelligenz zu einer neuen Ausbeuterklasse in den Entwicklungsländern gegeben, die mit fortschreitender Industrialisierung sogar noch beträchtlich zunimmt, ehe auch dort die materiellen Bedingungen für die notwendige »Entprivilegierung« der Intelligenz – wie in den kapitalistischen Industrieländern – entstehen. Der in den Entwicklungsgesellschaften unvermeidliche latente oder offene Klassenkampf zwischen den unmittelbaren Produzenten und der werktätigen Intelligenz führt notwendig zu Versuchen der letzteren, die gesellschaftlichen Entscheidungen und die zu ihrer Durchsetzung erforderlichen Machtmittel zu monopolisieren, um die Privilegien gegen die von den unmittelbaren Produzenten ausgehenden egalitären Bewegungen behaupten zu können.

Deshalb trifft für China zu, was Mao Tse-tung als Generallinie für die ganze Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus entwickelt hat: daß es in der »sozialistischen« Gesellschaft Klassen und Klassenkampf, den Kampf zwischen den zwei Linien und den Kampf zwischen den zwei Wegen, zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, noch gibt.

Doch aus dem Richtigen wird Falsches, wenn es von den gesellschaftlichen Bedingungen eines Entwicklungslandes losgelöst und auf die gänzlich anderen Verhältnisse in den kapitalistischen Industrieländern übertragen wird. In Westeuropa, Nordamerika, Australien und in Japan wird die sozialistische Revolution Ausdruck der Tatsache sein, daß der Kapitalismus dort endgültig das *Ende* seines geschichtlichen Weges erreicht hat und nach der Entmachtung des Geldsacks sich die Frage einer Restauration des Kapitalismus überhaupt nicht mehr stellen kann. Die Umwälzung wird hier aus dem Bewußtsein der werktätigen Massen entstehen, daß das Kapital abgewirtschaftet hat, seine Herrschaft nur noch Qual und Fäulnis, Still-

stand und Rückschritt auf der ganzen Linie bedeutet und die Reproduktion des Gemeinwesens unmöglich macht. Niemand – außer den paar gestürzten Ausbeutern – wird danach noch auf den Gedanken kommen, das Alte, den Kapitalismus, wiederherstellen zu wollen. Die Agitation für die Restauration wird völlig wirkungslos bleiben und bei den endlich befreiten Produzenten nur noch die bittere Erinnerung an die überwundene Knechtschaft wachhalten.

Auch wird sich in den entwickelten Industrieländern die werktätige Intelligenz nach der Lösung der Machtfrage in einer völlig anderen Lage befinden als beispielsweise heute in China. Dort haben die Arbeiter und Bauern zwar von ihrem ideologischen Anspruch her ein sehr interessenbewußtes und kritisches Verhältnis zu den Intellektuellen. Da diese ihnen aber an speziellem Wissen und besonderen Fähigkeiten überlegen sind und den Massen als kleine Minderheit gegenüberstehen, ist ihre wirksame politische und fachliche Kontrolle durch die revolutionären Kräfte sehr schwierig. Sie können – weil »Mangelware« – in zugespitzten Klassenkampfsituationen auch nicht in großem Maßstab ausgetauscht – d. h. »in die Wüste geschickt« – werden. Man ist auf sie angewiesen. Sollte sich die revolutionäre Regierung entschließen, sie durch Terror sich gefügig zu halten und einzuschüchtern, so muß sie die »Intelligenzia« umso mehr durch materielle Anreize zur Hergabe ihrer für den Aufbau unentbehrlichen Leistungen motivieren. Mir scheint das der wesentliche Kern der Stalinschen Politik gewesen zu sein.

In den entwickelten Industrieländern dagegen hat die geistige Arbeit bereits massenhaften Charakter angenommen. Den »Funktionären« im gesellschaftlichen Bereich und in der Wirtschaft steht nicht eine Masse weitgehend ungebildeter Produzenten gegenüber, sondern massenhaft auch »Intellektuelle«. Sie können die gesellschaftlichen Funktionsträger jederzeit auf ihrem jeweiligen Fachgebiet kontrollieren und durch demokratischen Entscheid der Produzenten jederzeit ersetzen. Das massenhafte Vorhandensein wissenschaftlicher Qualifikation im Volke selbst beraubt die »Funktionäre« und »Experten« ihrer *elitären* Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, also der wichtigsten Voraussetzung für die Restauration der Ausbeuterherrschaft. Eine Funktionärsschicht, die für sich Privilegien beanspruchte, könnte doch nicht die gleichen Privilegien auch denen zuschanzen, die von ihrer Qualifikation her den gleichen Anspruch stellen, aber wegen ihrer großen Zahl nur zu einem sehr geringen Bruchteil in exponierte Stellungen aufrücken können. Diese bilden – weil selbst »Intellektuelle« – ein gegen die Privilegierung einer Minderheit von Intellektuellen gerichtetes egalitäres Kontrollpotential, das die Verselbständigung von Funktionärs- und Expertencliquen wirksam verhindern kann. In Westeuropa wird es also – aller Voraussicht nach – nach der Entmachtung der Bourgeoisie einen wirklichen, die neue Gesellschaft gefährdenden Kampf der »zwei

Wege« nicht geben. Es wird hier nur noch darum gehen, die *Reste* – die »Muttermale« – der alten Gesellschaft zu überwinden.
Nun wird vielleicht deutlich, wie sehr angesichts des qualitativen Unterschieds zwischen den hier angesprochenen revolutionären Prozessen die Verkennung der russischen Oktoberrevolution und der chinesischen Revolution als sozialistische Revolutionen mit Vorbildcharakter auch für uns den revolutionären Kräften hier *schaden muß*. In den vorstehenden Überlegungen finden wir vielleicht auch den Schlüssel zum Verständnis der erstaunlichen Tatsache, daß der »Antisozialismus« Anziehungskraft auf die Massen ausüben konnte und noch ausübt. Die Vorstellung, den russischen oder chinesischen Weg gehen zu sollen, könnte sich so als eines der wesentlichen Hindernisse erweisen, die heute das Umschlagen der Sehnsucht nach einer klassenlosen Gesellschaft in revolutionäre Tat blockieren. Müssen wir nicht endlich klarmachen, daß die Demokratie der frei assoziierten Produzenten, die wir zu erringen haben, etwas ganz anderes ist, als gemeinhin – auch von den Leninisten – unter »Diktatur des Proletariats« verstanden wird; mit dieser nicht die geringste Ähnlichkeit hat?

Ich erinnere hier an das, was ich eingangs geschrieben habe: daß ich am Anfang einer politischen Odyssee die russische Oktoberrevolution als Hoffnung und Ausweg aus einem unerträglichen Zwiespalt gesehen hatte. Dieser Ausgangspunkt war richtig und falsch zugleich. Richtig, weil die russische Oktoberrevolution und die chinesische Revolution wesentliche Bedingungen für die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise sind, indem beide der weiteren imperialistischen Expansion des Kapitals Grenzen setzen und seinen Herrschaftsbereich einschrumpfen; falsch, soweit ich die Sowjetunion und die Volksrepublik China für sozialistische Gesellschaften – wenn auch mit Schönheitsfehlern – hielt und deshalb auch irgendwie an ein kommendes »Sowjetdeutschland« mit proletarischer Einheitspartei usw. glaubte.
Heute erst beginne ich die Verständnislosigkeit zu begreifen, mit der uns die Werktätigen in diesem Lande begegneten. Was wir propagierten, hatte mit ihren radikalen Bedürfnissen nichts zu tun, mußte ihnen fremd und abstoßend erscheinen. Sie haben uns einfach ausgespuckt.
Wenn ich mit diesen Überlegungen nicht auf dem Holzweg, sondern der Wahrheit ein Stück näher gekommen bin, dann sind eine ganze Reihe von Begriffen und Parolen gänzlich unbrauchbar, an denen ich mich bisher orientiert habe. Welche Antworten gelten noch? Welche neuen Fragen sind zu stellen?
Die Trümmer hinter uns, um uns – das sind eingestürzte Mauern, die uns gefangen hielten.

Tegel, im März 1977

sozialmagazin

bringt **Erfahrungen von der Basis,** z. B.:

Basisgruppen

Protokolle, Aufzeichnungen, Tagebücher aus Jugendwohnkollektiven...

Den Alltag ändern

...Arbeitslosen-Selbsthilfe...

Wehrt Euch des Lebens

...Kinderzentren...

Mit niederschlägen muß gerechnet werden

...Jugendzentren...

Erst viel Dampf, dann nur noch Krampf

...Arbeiterinitiativen...
(Dazu Analysen, Strategien und Organisationsansätze, zum Beispiel die SPAK:

Ohne Theorie keine Praxis, ohne Organisation keine Theorie)

Die Verlegenheit mit der Theorie

Das Zutrauen zum eigenen Denken bei der Aufhebung der Knechtschaft

Kritisches Denken und seine Entsprechung im Gefühl

Weil die Erfahrungen sich ducken müssen;

Die Angst vor der Theorie

(Wie man sich gegen ein institutionalisiertes Denken wehrt, das von der praktisch-widersprüchlichen Seite seines Gegenstandes ausgeschlossen ist – ohne dabei auf Theorie zu verzichten:

Nur Mut – Theorie tut gut)

Wo der Alltag zum Widerstand zwingt

Tagebuch aus dem Knast

Mädchen im (katholischen) Erziehungsheim:

Isoliert, totgeschwiegen, Prügel im Kinderheim

(Was in den totalitären Einrichtungen des Staates passiert, wie Gefangene sich selbst helfen, was man von außen dazu tun kann)

Coupon
Vorzugsangebot zum Kennenlernen

Ich bestelle zum Vorzugspreis von DM 10,– (inkl. Versandkosten und MwSt.) ein Probeabonnement (4 Hefte ab lfd. Nr.) der Zeitschrift SOZIALMAGAZIN.
Bitte beachten Sie: Wir liefern nach Ablauf des Probeabonnements zum regulären Bezugspreis (Jahresabonnement DM 40,– inkl. Versandkosten und MwSt.) weiter, falls nach Auslieferung des dritten Heftes keine Abbestellung erfolgt.

Name

Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift 1066

BELTZ VERLAG, Postfach 1120, 6940 Weinheim

Literatur zum Thema

Theodor W. Adorno u.a.:
Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie
Mit Beiträgen von Ralf Dahrendorf, Harald Pilot, Hans Albert, Jürgen Habermas, Karl R. Popper. Sammlung Luchterhand 72. 352 Seiten. Kt. DM 11,80

Jürgen Habermas:
Strukturwandel der Öffentlichkeit
Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Sammlung Luchterhand 25. 400 Seiten. Kt. DM 12,80

Hans Heinz Holz:
Die abenteuerliche Rebellion
Bürgerliche Protestbewegungen in der Philosophie. Stirner. Nietzsche. Sartre. Marcuse. Neue Linke. Philosophische Texte 5. 290 Seiten. Kt. DM 44,–

Hans Heinz Holz:
Logos spermatikos
Ernst Blochs Philosophie der unfertigen Welt. Philosophische Texte 2. 250 Seiten. Kt. DM 40,–

Leo Kofler: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft
Neuausgabe. Soziologische Texte 38. 338 Seiten. Kt. DM 28,–

Herbert Marcuse:
Der eindimensionale Mensch
Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Sammlung Luchterhand 4. 282 Seiten. Kt. DM 9,80

Herbert Marcuse:
Vernunft und Revolution
Hegel und die Entstehung der Gesellschaftstheorie. Sammlung Luchterhand 78. 399 Seiten. Kt. DM 14,80

Kurt Lenk: Ideologie
Ideologiekritik und Wissenssoziologie. Soziologische Texte 4. 488 Seiten. Kt. DM 28,–

Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein
Studien über marxistische Dialektik. Sammlung Luchterhand 11. 514 Seiten. Kt. DM 12,80

Georg Lukács: Schriften zur Ideologie und Politik
Georg Lukács Werkauswahl Bd. 2. Ausgewählt und eingeleitet von Peter Ludz. Soziologische Texte 51. 852 Seiten. Kt. DM 50,–

Luchterhand

Johann August Schülein
Von der Studentenrevolte zur Tendenzwende oder der Rückzug ins Private
Eine sozialpsychologische Analyse

Die Thesen dieses Aufsatzes beziehen sich ausdrücklich nur auf sozialpsychologische Aspekte politischen Handelns. Sie stellen also in keiner Weise eine umfassende Theorie dessen dar, was ich die *Fundamentalopposition* nennen möchte und womit eine Politik gemeint ist, die sich nicht auf das Ziel beschränkt, politische Macht umzuverteilen, sondern die die Reorganisation von Sinnstrukturen erreichen will. Dieses Ziel hat für uns seit der Studentenrevolte an Konturen gewonnen, und eben darin liegt auch die politische Bedeutung dieser Revolte.
Mit den Jahren 1967 und 1968 verglichen, gibt es heute, zehn Jahre danach, keine einheitliche linke Politik mehr. Stattdessen dominieren Rechtskräfte. Die Reformeuphorie ist verflogen und politische Scheuklappen aller Art sind wieder Mode. Auch die Jüngeren suchen erneut Trost bei Ideologien, die viele schon für tot oder doch im Sterben begriffen gehalten hatten.
Um die sozialpsychologischen Strukturen fundamentaloppositioneller Politik unter diesen neuen Bedingungen zu analysieren, ist es unumgänglich, noch einmal auf die alte Bewegung zurückzublicken, und zwar nicht nur, weil die Studentenrevolte der politische Maßstab für die Tendenzwende ist, sondern weil zwischen der linken Revolte und der rechten Wende ein beinahe direkter Zusammenhang besteht. Denn die aktuelle Situation resultiert *auch* aus der gesellschaftlichen Dynamik, welche die Studentenrevolte auslöste und zum Ausdruck brachte.

1. Zur Öffentlichkeit im CDU-Staat

Die Studentenrevolte war – ökonomisch gesehen – ein Produkt einer vergleichsweise krisenfreien Phase der Prosperität. Psychisches Elend wird erst sichtbar, wenn das physische nicht mehr so stark ist oder, wie Bertolt Brecht sagt: erst kommt das Fressen und dann die Moral. Zum anderen ist die Reflexion von Sinnstrukturen quasi ein »Luxusprodukt«, welche sich nur unter der Voraussetzung einer gesicherten ökonomischen Basis ausbreiten kann. Eine weitere Triebkraft war die spezifische Öffentlichkeit des CDU-Staates der Nachkriegszeit. Die politische und kulturelle Sphäre war

farblos, windstill und autoritär und jede Diskussion des status quo wurde unterdrückt. Diese Unterdrückung konnte Erfolg haben, weil die linke Tradition in Deutschland während des Faschismus vernichtet worden war. Die mit ihr verbundene Rückkehr zum (politischen) Absolutismus bei einem sich gleichzeitig vollziehenden manischen ökonomischen Aktivismus – beides steht in der deutschen Tradition der Untertanenmentalität – ist von Alexander Mitscherlich als ein Versuch interpretiert worden, die Vergangenheit des Faschismus zu bewältigen, ohne sich mit ihr auseinandersetzen zu müssen. Mitscherlich hat damit eine Interpretation angeboten, die zumindest zum Teil die rigide Starre der öffentlichen Verkehrsformen und ihre strukturelle Legitimationsschwäche erklärt, denn sie verweist darauf, daß die starre Öffentlichkeit sozialpsychologische Bewältigungsfunktionen in sich trug. Durch den Rückgriff auf autoritäre Traditionen und durch den ökonomischen Fortschritt wurde die öffentliche Legitimationsschwäche nur oberflächlich verdeckt und um so prekärer, je größer sich der Widerspruch zwischen den klassischen bürgerlichen Formen und Inhalten der Öffentlichkeit und den realen Reproduktionsschwierigkeiten des modernen Kapitalismus gestaltete. Bildungsbürgerliche Ideale, althergebrachte Normensysteme u. a. waren nur schwer mit den davon völlig verschiedenen Imperativen des »Konsumismus« vereinbar.
Die Öffentlichkeit der Bundesrepublik war daher widersprüchlich und repressiv und zugleich starr und legitimationsschwach. Als sich die bewältigungstechnischen Funktionen nach Ablauf der Rekonstruktionsphase abgenutzt hatten und nicht mehr ausreichten, um die disparaten Momente der sozialen Entwicklung zu integrieren, wurde sie entsprechend anfällig für Kritik und Konflikte.

2. Zum Wandel des bürgerlichen Sozialcharakters

Sozialpsychologischer Hintergrund der Erfolge und Schwierigkeiten, die die kritischen und konfliktbereiten Personen mit der Radikalität ihrer Kritik hatten, ist der Wandel des bürgerlichen Sozialcharakters während der beiden großen Etappen des Kapitalismus: des liberalen Konkurrenz- und des modernen Kapitalismus der Gegenwart.
Typisch für die Phase des liberalen Konkurrenzkapitalismus waren Charakterstrukturen, die – in der Terminologie der Psychoanalyse – eher *anal* und *ödipal* gefärbt waren. Die Identitätsbildung der bürgerlichen Subjekte vollzog sich im räumlich wie zeitlich fest umrissenen und kontinuierlichen Kontext der Kleinfamilie. Deren Rollenstruktur und ihr Interaktionssystem förderten, vor allem durch die autoritär-patriarchalische Form der Sozialisation, die Entstehung *fester Ich-Grenzen (und Abgrenzung)* nach außen und *fester Abwehrstrukturen* nach innen. Das intrafamiliale Interaktions-

profil produzierte gleichzeitig, vor allem durch die fast treibhausmäßig gezüchtete Dynamik der ödipalen Phase, die Entstehung eines *starken und starren Über-Ichs.* Solche Charakterstrukturen begünstigen eine konventionelle und kontinuierliche Identität mit Verhaltensweisen wie Fleiß, Gehorsam, Ordentlichkeit – also mit jenen Eigenschaften, die im allgemeinen dem »innengeleiteten Subjekt« zugeschrieben werden.

Der Übergang zum modernen Kapitalismus hat die Entstehung des klassischen bürgerlichen Charakters in doppelter Weise sabotiert: zum einen veränderten sich radikal die Sozialisationsbedingungen, zum anderen wurden die Eigenschaften dieses Charakters zunehmend dysfunktional. Nicht, daß Fleiß, Gehorsam, Ordnungssinn nicht mehr gefragt gewesen wären. Aber die psychische Form, in der der bürgerliche Sozialcharakter diese Fähigkeiten entwickelte, störte mehr und mehr. Seine im wörtlichen wie im übertragenen Sinn zurückhaltende Einstellung, seine konventionelle Starre und die Trägheit seiner Objektbeziehungen paßten nicht in die Welt von Walt Disney und Bernie Cornfeld. Statt Sparsamkeit, Beharrungsvermögen und Ehrbarkeit waren nun Konsumfähigkeit, Opportunismus und die Eigenschaft gefragt, die eigene Identität nach Bedarf zu wechseln.

Zugleich hatte die innere Dynamik des modernen Kapitalismus die isolierte Privatsphäre »refeudalisiert« (Habermas) und traditionelle Sinnbestände sowie traditionelle Macht- und Rollenverhältnisse zerstört. Die klaren und übersichtlichen Hierarchien und Beziehungen von Dingen, Personen und Handlungen zerfielen, die klassischen Sozialisationsstrukturen lösten sich auf. Ein besonders plastisches Beispiel dafür ist die Veränderung des Vaterbildes. Der Vater hat in dem Maße, in welchem seine ökonomische wie politische Macht und Funktion schwanden, auch als Sozialisationsinstanz sowohl Bedeutung als auch Konturen verloren. War früher der pater familias die zentrale Integrationsfigur der Familie, so ist heute sein Bild so blaß und verwischt, daß eher seine Schwäche (und deren Pendant: die kompensatorisch vorgetäuschte Stärke) zum Problem geworden ist.

Der Prozeß der Sozialisation kompliziert sich. Eltern werden »verunsichert« und verhalten sich widersprüchlich, gesellschaftliche Systeme intervenieren mittelbar und unmittelbar in den Erziehungsprozeß und produzieren zusätzliche Komplikationen. Anale und ödipale Momente verblassen, »orale« Charakterstrukturen dominieren. Als Sozialisationsparadigma hat die Mutterfixierung die Bindung an den Vater abgelöst. Beides, die Veränderung der Sozialstruktur und die Veränderung der Sozialisationsbedingungen, hat Konsequenzen in bezug auf die Identität der Subjekte. Sie besitzen heute nur noch selten jene formale Ich- und Über-Ichstärke, wie sie für den klassischen bürgerlichen Charakter kennzeichnend war. *Diffuse Ichgrenzen* und nur *schwach entwickelte Abwehrsysteme* bilden sich aus. *Regression* wird daher zum vorherrschenden Abwehrmechanismus. Die Objektbezie-

hungen sind nur schwach entwickelt und bleiben ebenso oberflächlich wie kurzlebig. Desgleichen schwach und strukturlos entwickelt ist das Über-Ich, die intrapsychische Steuerungsinstanz des klassischen bürgerlichen Sozialcharakters. Aus diesem Grunde sind auch Persönlichkeitsdefekte und nicht Konflikte, wie etwa Symptomneurosen, das vorherrschende psychische Problemprofil. Dieser Problemzusammenhang wird in der psychoanalytischen Theorie unter den Stichworten *chronische Identitätskrise* und *narzißtische Charakterneurose* behandelt. Die damit angesprochenen psychischen Phänomene sind die Kehrseite der gesellschaftlichen Funktionalität oraler Charakterstrukturen, die durch ihre hohe Flexibilität, durch ihre hohe instrumentelle Produktivität und ihre Konsumorientierung haargenau in die Erfordernisse des modernen Kapitalismus passen.

3. Die Studentenbewegung – Kritik und Phantasie versus Pragmatismus und Routine

Das skizzierte System der Verkehrsformen im CDU-Staat förderte beides: klassische und neue psychische Strukturen. Während man in der Schule lernte, sich an Goethe und Schiller zu orientieren, lernte man im Fernsehen, daß Meister Propper und der Weiße Riese die neuen Leitbilder waren. Dabei kann man davon ausgehen, daß der meiste »Widerstand« gegen die neuen Tendenzen im Mittelstand vorhanden war: hier war die Lebenswelt noch so konsistent, daß die klassischen analen und ödipalen Interaktionsmodi noch weitgehend intakt waren. Hier bestand daher auch am ehesten die Möglichkeit, die rückschrittlichen Momente der neuen Tendenzen des modernen Kapitalismus wahrzunehmen, was im Bildungsbürgertum dann meist die (ambivalente) Form der Trauer ums bürgerliche Individuum annahm. Die Studentenrevolte ist insofern nicht ganz zu Unrecht als »Mittelstandsbewegung« bezeichnet worden, denn sie hat in der Tat auf den in der Mittelklasse am deutlichsten registrierten Sinnverlust reagiert. Sinnverlust ist dabei ein Synonym für die angedeuteten gesellschaftlichen und charakterologischen Entwicklungen.

Um diese Erfahrungen in politische Praxis umzusetzen, bedurfte es unter den beschriebenen sozialstrukturellen Bedingungen lediglich einer besonderen Kombination der psychischen Tugenden, die für den klassischen bürgerlichen Sozialcharakter im günstigsten Fall kennzeichnend waren:

– *Über-Ich-Stärke*, d. h. die Fähigkeit sich autonom moralisch zu engagieren und gegen dominierende Zwänge durchzusetzen,

– *Ich-Stärke*, d. h. ein Realitätsprinzip, welches die Herstellung von Gegenidentität fördert und dem Subjekt zugleich die Möglichkeit gibt, sich selbst etwas zuzutrauen,

– *konsistente Objektbeziehungen,* d. h. eine Beziehung zur Realität, die zugleich »Solidarität« mit ihr zuläßt, also gewissermaßen die Möglichkeit, der Realität etwas zuzutrauen.
Fundamentalopposition im CDU-Staat bedurfte daher, anders ausgedrückt, eines *konventionell kritischen Bewußtseins.* Man mußte vor allem imstande sein, Widersprüche zwischen Anspruch und Realität aufzudecken, d. h. sich von ideologischen Einflüssen zu befreien und aus der Realität die Alternativen, die ihr immanent waren, aber unterdrückt blieben, zu erkennen. Um die Opposition zur Geltung zu bringen, waren unkonventionelle Methoden nötig. Das bedeutete, abstrakt ausgedrückt: eine wirksame Opposition war auf ein zur *kritischen Transzendenz fähiges Symbolsystem* angewiesen.
Was mit diesen Notwendigkeiten gemeint ist, wird vielleicht deutlicher, wenn man beschreibt, was *nicht* nötig war. Nicht nötig war die praktische Kompetenz im Umgang mit alternativen Normen- und Verhaltenssystemen. Im Gegenteil: Erfahrung im Umgang mit dem, was man an Alternativen entwarf, hätte die Naivität, das Andere realisieren zu wollen (ohne die die Studentenrevolte kaum ihre Durchschlagskraft gehabt hätte), wahrscheinlich zerstört. Erforderlich war transzendierende kritische Phantasie, nicht praktisch reflexive Kompetenz und Routine.
Der Beginn der Studentenrevolte ist deswegen sozialpsychologisch quasi ein Resultat des Umschlags autonomer Ichleistung, die Realisierung seiner selbsttranszendenten Fähigkeiten, wobei das Ferment neuer charakterologischer Tendenzen, des sogenannten oralen Charakters also, gewiß eine Rolle gespielt hat. Festzuhalten ist jedoch, daß ihr Anfang nicht die Konsequenz der Politisierung dieser neuen Charakterstrukturen ist, sondern psychoökonomisch noch weitgehend auf der klassischen bürgerlichen Identität basierte.
Die Durchsetzung der Studentenrevolte erforderte soziale Verhältnisse, die mit ihr korrespondierten. Sie bedurfte eines Gegners, der ihre Interaktionsmethoden durch komplementäre Reize förderte. Dieser Gegner war in der repressiven und moralisch anfälligen Öffentlichkeit vorhanden. Ohne die völlig bornierte Reaktion dieser Öffentlichkeit hätte die Studentenrevolte wohl kaum ihren Aufschwung genommen. In einem (ebenso beliebten wie oft mißbrauchten bzw. mißverstandenen) sozialpsychologischen Bild ausgedrückt: Die Studentenrevolte war der Aufstand der Söhne gegen inkompetente und schwache Väter, deren zunehmende Identitätslosigkeit offensichtlich war.
Sie hatte einen beträchtlichen Anpassungs- und Legitimationsvorsprung vor den unflexiblen und panisch reagierenden Institutionen und Repräsentanten der Öffentlichkeit. Diese waren gegenüber den formal und inhaltlich unorthodoxen Techniken der Studenten erst einmal hilflos. Und ihre

Hilflosigkeit resultierte nicht zuletzt daraus, daß die Studenten bisher sorgsam tabuisierte Probleme thematisierten, Angst und Schuldgefühle weckten und auf diese Weise Reaktionen erzwangen, die ihre antiautoritäre Kritik nur bestätigten.

4. Individuelle Risiken der Studentenrevolte

In dem Moment, wo die Studentenrevolte zu einer sozial erfolgreichen Bewegung wurde, veränderten sich die Eintrittsbedingungen und Dimensionen der durch sie vermittelten soziopsychischen Identität jedoch grundlegend: Die allgemeine Logik der bürgerlichen Öffentlichkeit ließ zur Mode werden, was als Widerstand gegen diese Logik begonnen hatte.
Nun traten die *sozialpsychologischen Risiken der Studentenrevolte* viel stärker in den Vordergrund. Die Verlockung war groß, auf eine erfolgreiche Bewegung quasi mitaufzuspringen, ohne große Anstrengung an ihrem Erfolg zu partizipieren und ihre politischen und sozialen Produkte zur Befriedigung rein privater Interessen zu benutzen. Zur provokativen Gegenidentifikation genügten bald meist schon äußere Attribute wie Parka, lange Haare usw. Der Nachweis tatsächlicher moralischer und politischer Überlegenheit gegenüber dem »Establishment« erübrigte sich, solange dieses sich selbst laufend disqualifizierte und solange die verbale Reklamation, die Alternative, das ganz Andere schon darzustellen, zu genügen schien. Unter diesen Umständen kippte der Mut, das ganz Andere zu denken und realisieren zu wollen, um in die Arroganz, das Andere schon zu *sein*. Das züchtete regelrecht *linkes Pharisäertum* und zog Subjekte an, die unter dem Deckmantel politischer Begründungen undurchschaute ödipale Konflikte ausagierten. Der anfängliche Erfolg der Studentenrevolte bot indirekt die Möglichkeit, private Konflikte als öffentlichen Vorgang zu deklarieren und somit unauffällig zu rationalisieren; dabei interferierte die Logik des Modischen (die zunahm, je mehr politische Reflexion von privatistischen Zwekken überlagert wurde) mit der »Vaterlosigkeit« der Rebellion und produzierte die bizarresten Blüten. Dies wurde noch verstärkt durch die Tatsache, daß der verblüffende Erfolg der Studentenrevolte dazu verführte, die Realität falsch einzuschätzen. Es schien so, als würden die Verhältnisse, einmal angeschlagen, schon zusammenbrechen. Das wiederum steigerte latente oder auch manifeste *Omnipotenzvorstellungen* und Verschmelzungsphantasien, also Phantasien mit dem Inhalt, die Realität magisch beherrschen und steuern zu können.
Ein weiteres sozialpsychologisches Risiko lag darin begründet, daß die Studentenrevolte die traditionellen und konventionellen inneren und äußeren Bewältigungstechniken relativierte, aber deswegen noch keine »besse-

ren« Umgangsmodi zur Verfügung stellen konnte. Sie produzierte mit dem selbst gesetzten normativen Zwang, sich anders, d. h. nicht bürgerlich zu verhalten, daher zugleich regressive Tendenzen. Verdinglichte Bedürfnisse, die vorher von bürgerlichen Konventionen in Schach gehalten wurden, drangen nun ins Handeln durch, statt – wie eigentlich intendiert – abgeschafft zu werden. Die Zerschlagung des konventionellen inneren und äußeren Abwehrsystems ohne die Herstellung einer psychischen Struktur, die es tatsächlich überflüssig machte, mündete dann oft in Regression: in blindes Ausleben von nur mühsam als politisch deklarierten Impulsen. Ein krasses Beispiel ist die Sexualmoral. Aus der berechtigten Kritik der bürgerlichen Verhältnisse entwickelten sich Promiskuitätsnormen etwa nach dem Motto: »Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment«. Solchen Normen sieht man an, daß sie weit mehr von vordergründigen sexuellen Interessen als von reflektierter Kritik bestimmt sind. Diejenigen, bei denen die repressive bürgerliche Sexualmoral Ängste und Unsicherheiten hinterlassen hatte, wurden nun, wo diese Moral zerschlagen schien, geradezu genötigt, auszuleben, was bis dahin von dieser Moral nicht nur produziert, sondern auch unterdrückt worden war. Statt repressionsfreie Sexualität zu praktizieren, wurden »Haremsbedürfnisse« ausgelebt, die typische Begleiterscheinung vor allem der männlichen Sexualerziehung sind. Sie traten bis dahin normalerweise – eben weil die Verhältnisse, die sie produzieren, sie auch im Schach halten – kaum an den Tag. In bestimmten Phasen der Studentenrevolte aber konnten sie sich, geschickt getarnt, eine Bahn brechen. Dies ändert nichts an der Berechtigung der Kritik bürgerlicher Sexualmoral. Aber die »linke« Sexualmoral war häufig nur die Kehrseite der bürgerlichen, nicht ihre Überwindung.

Schließlich gehörte zu den Risiken der Studentenrevolte das Problem zwischenmenschlicher Herrschaft, die ebenso die Folge des »linken Normensystems« war. Bestimmte Verhaltensweisen, die einem nicht in den Kram paßten, wurden kurzerhand als »bürgerlich« bezeichnet. Jede weitere Auseinandersetzung erübrigte sich dann. Es ist klar, daß hier Kritik in Form und Inhalt ihres politischen Gehalts beraubt wurde und zur *repressiven Machttechnik* verkam. Der moralinsaure linke Jargon – die Zerfallsform radikaler linker Kritik – unterschied sich dann in nichts mehr von dem, was die linke Kritik ursprünglich kritisierte.

Die Aufzählung der sozialpsychologischen Risiken, die der Erfolg der Studentenrevolte mit sich brachte (also »Aufspringen«, Rebellion, Omnipotenzvorstellungen, Regression und Instrumentalisierung) verdeutlicht zugleich, daß sich durch ihre Dynamik ihr sozialpsychologisches Identitätsprofil veränderte. Sie war nun sehr viel eher für die (kurz beschriebenen) oralen Charaktere attraktiv. Genauer gesagt: einige der widersprüchlichen Momente dieser Charaktere fanden nun ein breites Betätigungsfeld. Die

Studentenrevolte bekam dadurch sozialpsychologisch eine andere Qualität. Aus dem berechtigten Kampf gegen inkompetente Väter wurde zumindest teilweise ein unkontrolliertes Ausagieren von – bildlich ausgedrückt – in gewisser Weise vaterlosen, d. h. orientierungslosen und chaotischen Interaktionsstrategien. Sie wurden zum *Ersatz-Ich für Ich-Schwache,* attraktiv für jene, deren Identitätsprobleme durch die Sinnkrise virulent wurden. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Dies ist nicht den beteiligten Subjekten, sondern der Struktur der Situation anzulasten, denn es ist die bürgerliche Gesellschaft, die Subjekte zur Suche nach Ich-Surrogaten zwingt, weil sie ihnen keine adäquaten Identifikationsmöglichkeiten und Sinnstrukturen bietet.

Ein der Dynamik der Studentenrevolte immanentes Problem resultierte darüber hinaus aus dem Erfolgszwang, den sie selbst produzierte und den die Struktur der Situation ihr aufzwang. Fundamentalopposition verpflichtet längerfristig zum Nachweis, die selbst gestellten Ansprüche auch einlösen zu können. In dem Moment aber, wo alles »entlarvt« ist, muß man sich etwas Neues einfallen lassen, wenn die eigene Legitimationsbasis stabil bleiben soll. Die Studentenrevolte setzte sich selbst unter Leistungsdruck, der um so stärker wurde, je mehr man die anfänglichen Erfolge als Maßstab etablierte und damit im Grunde längerfristige Perspektiven oder gar Rückschläge nicht mehr einkalkulierte. Dieser Leistungsdruck wurde noch erhöht in dem Maße, wie sich die Entwicklung von der Ausgangskonstellation entfernte, also Kritik an den Verhältnissen nicht mehr zur Legitimation eigener Praxis ausreichte, sondern positive und sichtbare Ergebnisse notwendig wurden. Da positive Ergebnisse nur schwer zu erreichen waren, versuchte man sich dadurch zu behelfen, daß man die Normen erhöhte, also immer höhere Ansprüche an die eigene Praxis stellte. In dieser *Hypertrophie der Normen* läßt sich die Wirkung jenes entstrukturierten Über-Ichs erkennen, welches prinzipiell dadurch gekennzeichnet ist, daß es schlecht ins Ich integriert ist und deswegen seine normative Steuerungsfunktion nicht adäquat ausüben kann; was sich u. a. darin auswirkt, daß das Normensystem unrealistisch und für das Subjekt terroristisch wird.

Aktualisierte Omnipotenzgefühle tun sich sehr schwer beim Akzeptieren von eigenen Grenzen oder Mißerfolgen. Im Zusammenwirken mit den hypertrophen Normen, die aus dem entstrukturierten Über-Ich resultierten, führte dies zu regelrechten *Verleugnungsstrategien* oder aber dazu, ein Arrangement herzustellen, in dem Entwicklungen durch Verschiebung des Interpretationssystems stets zu Erfolgen umdefiniert werden konnten. Ansprüche, die problematisch zu werden drohten, wurden fallengelassen. Und an den Grenzen ihrer Möglichkeit angekommen, entwickelte sich in der Studentenrevolte die Tendenz, sich quasi totzusiegen. Erinnert sei an die sich immer schneller ablösenden Organisationsmodelle und politischen

Rahmenrichtlinien oder auch daran, daß in den Parteienbildungen oft eine eigene Realität begründet wurde, weil die Spannung zwischen Anspruch und der Wirklichkeit zu groß wurde.
Prekär wurde diese sozialpsychologische Struktur der Situation dadurch, daß die soziostrukturellen Voraussetzungen der Studentenrevolte sich in ihrem Verlauf auflösten. Die Verhältnisse erwiesen sich nach einer kurzen Pause der Panik nicht nur als um einiges härter, sondern auch lernfähiger als gedacht. Die Aufklärungs- und Aktionstechniken, mit deren Hilfe die Studentenrevolte den CDU-Staat in Schwierigkeiten brachte, verlor nach einiger Zeit ihre Attraktivität und wurde mehr und mehr unterlaufen, weil die Öffentlichkeit sich auf sie eingestellt hatte. Ein Beispiel dafür sind die Demonstrationen, die nach kurzer Zeit zur bloßen Routine wurden und in der Öffentlichkeit keinerlei besonderen Effekt mehr hervorriefen. Die Veralltäglichung studentischen Protests und die fehlende Möglichkeit, die erzielten Erfolge durch eine handlungsfähige Organisation tatsächlich zu stabilisieren, sowie die höhere Flexibilität, mit der nun auf offizieller Seite reagiert wurde, waren zwei Seiten derselben Medaille. Nicht nur die liebevolle Umarmung des Modischen, sondern auch die größere Anpassungsfähigkeit des Systems erstickten die Studentenrevolte schließlich. Ihre systemkritische Aktivität hat in gewissem Sinne dazu geführt, daß das System differenzierter und anpassungsfähiger geworden ist. Funktionalistisch betrachtet kann deswegen die Studentenrevolte auch als »Mechanismus der Anpassung der Gesellschaft an veränderte historische Umstände« bezeichnet werden.

5. Zur Sozialpsychologie der Öffentlichkeit nach dem Zerfall der Revolte

Dieselbe soziale und sozialpsychologische Dynamik, welche zum Erfolg der Studentenrevolte beitrug, hat auf diese Weise ihren Zerfall gefördert. Sie selbst hatte nur wegen einer ganz spezifischen gesellschaftlichen Konstellation öffentliche Bedeutung erlangt und war aus sich selbst heraus nicht imstande, ihre Politik auf eine solide soziale Basis zu stellen und zugleich einen adäquaten Umgang mit den Risiken, die der Erfolg mit sich brachte, zu entwickeln. Ihre sozialpsychologischen Probleme und ihr organisatorisches Defizit ließen, was an Lernprozessen nötig gewesen wäre, ebenso wenig zu, wie der Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst. Was heute unter dem Stichwort »Tendenzwende« diskutiert wird, ist durch die ökonomische Entwicklung bedingt. Einen Beitrag dazu haben aber auch die politisch-sozialen Anpassungsprozesse geleistet, die durch die Studentenrevolte initiiert wurden. Folgende Merkmale kennzeichnen die neue Situation:
a. Die verstärkte ökonomische Krisenhaftigkeit hat dem Luxus der Selbst-

reflexion die Basis zumindest teilweise entzogen. Protest als Mode ist verbraucht. Zugleich liegt der Anpassungsvorsprung nun wieder auf der Seite des Systems. Die Öffentlichkeit hat sich gegen Form und Inhalt studentischer Kritik weitgehend immunisiert; die Institutionen sind sicherer und flexibler und auf neue Art repressiver geworden. Dem Aufstand der Söhne, um erneut die sozialpsychologische Metapher zu verwenden, folgt heute die Rache der Väter – und diese Rache ist hart. Die Berufsverbote sind nur *ein* Beispiel dafür.

b. In dem Maße, wie sich das gesellschaftliche Bewußtsein wieder »normalisierte«, verwandelte sich die hysterische Reaktion der Öffentlichkeit in ein sozial konsistentes und psychisch abgesichertes Stereotyp. Die Studenten wurden zum Standardobjekt von Projektionen, wodurch ihre Praxis zugleich entschärft und aus dem öffentlichen Bewußtsein entfernt werden konnte. Dazu trug sicher bei, daß der Fortschritt der Einsichten auf Seiten der Studenten zunächst die Konsequenz hatte, daß sie in Theorie und Praxis immer esoterischer wurden und die Verfallsformen der Studentenrevolte zugleich genügend Vorwände zur Abwehr boten. Ein neues starres System von Gegenidentifikation ist entstanden. Damit ist die Legitimationsschwäche zunächst kompensiert.

c. Diese Entwicklung hatte für die Generation der Studentenrevolte einen schmerzhaften Lernprozeß zur Folge, den nicht alle ausgehalten haben. Diejenigen, die seinerzeit auf den fahrenden Zug aufsprangen, sind wieder abgesprungen, als sich herausstellte, daß Politik vor allem Arbeit bedeutet. Andere wurden zynisch und/oder resigniert und zogen sich (soweit es ging) auf ein als problemlos erscheinendes oder definiertes Moratorium meist privater Färbung zurück. Darin, aber nicht nur darin, manifestieren sich jene Formen des »nachträglichen Gehorsams«, die eine typische Folgeerscheinung individueller und kollektiver Rebellion sind. Denn sozialpsychologisch unterscheidet sich die Rebellion von der Revolution dadurch, daß sie im Grunde genommen keine ernsthafte Negation der bestehenden Verhältnisse anstrebt, sondern ein Aufbegehren dagegen ist, welches schließlich in seine Reproduktion mündet.

d. Diese Desillusionierung ist für die Generation, die die Studentenrevolte passiv erlebte, also nicht praktisch an ihren Erfahrungen partizipierte, in anderer Weise identitätsbildend. Was für die Studentenrevolte Medium der Emanzipation war, findet sie bereits vermarktet und als Bestandteil der bürgerlichen Öffentlichkeit vor. Von der Popmusik bis zur sexuellen Emanzipation ist alles, was einmal als Instrument gegen repressive Verhältnisse entwickelt wurde, zum festen Bestandteil der Konsumgüterwelt geworden und als solches Teil des oral gefärbten Versorgungssystems, mit dem die neuen Sozialcharaktere an ihre Wirklichkeit gebunden sind. Auf der anderen Seite erzwingen die Umstände wie NC, Berufsverbote usw.

eine Art sekundäre Krämermentalität, Opportunismus und Anpassung. Dies korrespondiert mit den Regressionstendenzen, die für den oralen Charakter zum typischen Abwehrmechanismus geworden sind. Und insofern passen diese Repressionsmechanismen zu den Abwehrtechniken, die für den neuen Sozialcharakter kennzeichnend sind.

e. Die tatsächlichen Realisierungsschwierigkeiten alternativer politischer Praxis wurden während des Experiments, sie zu realisieren, immer deutlicher. Die reale Kluft zwischen Anspruch und Realität, der idealistische Charakter mancher Vorstellungen wurde erst allmählich sichtbar. Damit wurde eine neue, schwierige Einschätzung dessen, was alternative Politik überhaupt leisten kann, notwendig. Diese ernsthafte Reflexion der historischen Perspektiven ist eine erhebliche Belastung; eine Überforderung für all jene, deren Identität psychisch auf dem gesellschaftlichen status quo beruht. In diesem Kontext läßt sich auch die Attraktivität der politischen Rechten erklären. Rechte Theorien können sich heute als Alternative zu angsterregenden und anstrengenden linken Ansprüchen darstellen. Sie bieten scheinbare Ruhe und Sicherheit für jene, die von dem Erkenntnisfortschritt überfordert sind und die mit den Widersprüchen ihrer Sinnstruktur nicht zurecht kommen. Dabei spielt die erwähnte Destruktion traditioneller Bestände, die von der Studentenrevolte machtvoll vorangetrieben wurde, insofern eine Rolle, als sie, wenn nicht reflexive Kompetenz an ihre Stelle tritt, die Suche nach Sinnsurrogaten auslöst – die die Neokonservativen anzubieten scheinen.

6. Politische Identität unter den Bedingungen der Tendenzwende

Unter diesen neuen Bedingungen hat alternative politische Praxis andere soziale Voraussetzungen und verlangt andere psychische Qualifikationen. Sie hat andere Chancen, bringt aber auch andere Risiken mit. Die Tatsache, daß keine Ausnahmebedingungen mehr existieren, erschwert den Zugang zur linken Opposition, aber vereinfacht deren Realisierung. Thesenhaft formuliert lassen sich diese Bedingungen so ausdrücken: Allgemein liegt das Problemniveau höher. Die skizzierten Verhältnisse sind wenig geeignet, politische Alternativen zuzulassen. Diese müssen sich daher in viel stärkerem Maße *gegen* die Verhältnisse durchsetzen, können also nicht auf direkte und indirekte Förderung hoffen, wie das zu Beginn der Studentenrevolte der Fall war. Demgemäß schwierig ist es auch, mit alternativer Politik erfolgreich zu sein. Zugleich verlangt das höhere Wissensniveau höhere Anstrengungen reflexiver Art. Wir wissen heute, daß weder die äußeren noch die inneren Verhältnisse aus Pappe sind. Ihnen ist mit Naivität und Idealismus nicht beizukommen. Qualitative Veränderungen sozialer Art zeichnen sich perspektivisch als langwieriger und anstrengender Prozeß ab

und besitzen wenig Attraktivität für jene, die raschen Fortschritt für ihre soziale und psychische Stabilität benötigen.
Stärke und Autonomie des Über-Ichs reichen nicht mehr aus. Moralische Integrität ist keine hinreichende Eigenschaft mehr. Das Über-Ich muß zur Entwicklung reflexiver Alltagsmoral fähig sein, wenn es die den disparaten und komplexen Ansprüchen alternativer politischer Praxis entsprechende Steuerungsleistung erbringen soll. Ähnliches gilt auch für das Ich: Ein fixes System der Abgrenzung nach innen und außen ist zu wenig imstande, mit den widersprüchlichen Bedingungen adäquat umzugehen. Die Ichgrenzen müssen sowohl haltbar als auch durchlässig sein, um einen adäquaten Austausch mit der Realität zu ermöglichen; die Objektbeziehungen müssen offen und fest zugleich sein. Die Identität, über die ein Subjekt verfügen muß, um unter den Bedingungen der Tendenzwende politisch oppositionell zu werden, muß *wesentlich selbstreflexiv* sein. Kritische Phantasie allein reicht nicht mehr aus. Alternativen nur zu denken bzw. zu symbolisieren ist nicht mehr genug. Um sie realisieren zu können, bedarf es vor allem *praktisch produktiver Kompetenz*. Man muß nicht nur mehr oder weniger vage wissen, wo man hinwill, sondern muß einen praktischen Weg dorthin – der Umwege und Widrigkeiten einkalkuliert – entwickeln können. Erforderlich ist eine die bloße Kritik an bestehenden Verhältnissen transzendierende neue Qualität, die mit gutem Willen allein nicht erreichbar ist.

7. Zur Sozialpsychologie von Dogmatismus und Antidogmatismus

Das beträchtlich gestiegene Anspruchsniveau politischer Praxis, aber auch die realen Schwierigkeiten der momentanen Situation führen oft dazu, daß Einzelne und Gruppen überfordert sind und zu Bewältigungstechniken greifen, die in ihren Konsequenzen gelegentlich fatal sind. Defiziente Formen des Umgangs mit dem komplexen Verhältnis zwischen eigenen politischen Ansprüchen und gesellschaftlicher Wirklichkeit können nicht nur, was man erreichen will, sabotieren, sondern, schlimmer noch, hinterrücks das, was man bekämpfen will, reproduzieren oder verstärken. Zu den (sozialpsychologisch gesehen!) defizienten Bewältigungstechniken gehört zweifellos der *linke Dogmatismus*. Dogmatismus als Methode, sich die Welt in vieler Hinsicht einfach zu denken, ist nicht neu, sondern ein seit Jahrhunderten bewährtes Mittel. Entsprechend irritierend ist es, daß ausgerechnet aus der antiautoritären Bewegung einige der borniertesten dogmatischen Gruppen der Linken hervorgegangen sind. Sie lassen in ihren theoretischen und praktischen Systemen kaum etwas aus dem Repertoire dogmatischer Strukturen aus und arbeiten mit einem schwarz-weißen Weltbild, in dem zwischen Gut und Böse säuberlich getrennt wird und in dem die

strikte Unterscheidung zwischen dem unsäglich Schlechten (Gefährlichen, Bedrohlichen) und dem makellos Reinen den psychoökonomisch günstigen Effekt hat, daß Widersprüchlichkeiten und Zwischentöne nicht mehr existieren. Zu diesem Weltbild gehört auch: die sichere Gewißheit, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein, die dazu führt, daß jeder, der auch nur Fragen stellt, bereits als »unzuverlässig« erscheint; das Sendungsbewußtsein, welches zur Not rechtfertigt, die eigenen Vorstellungen mit allen Mitteln durchzusetzen und den politischen Gegner nicht als Menschen, sondern als Monster zu betrachten und ihn physisch zu vernichten oder wahlweise in die Fischmehlfabrik zu schicken; schließlich das Gefühl, die Speerspitze des Weltgeistes zu sein oder wenigstens an seiner Macht und Weisheit teilzuhaben.

Jeder kennt die Folgen dieses linken Dogmatismus: haarspalterische Disputationen über ein Komma, scholastische Rechthaberei, hohe Investitionen an Zeit und Papier in Abgrenzereien und Ketzerjagd, egoistische Parteipolitik, Sektiererei, Organisationen mit strengen Regeln und Riten, mit hochbesetzten und tabuisierten verbalen und nonverbalen Erkennungszeichen, sakralen Hierarchien. In diesen Merkmalen gleichen sich alle dogmatischen Gruppen der Linken, unabhängig von den sonst sorgfältig gepflegten inhaltlichen Differenzen, die paradoxerweise für den Laien oft kaum erkennbar, aber für die Eingeweihten unüberwindbare Schranken sind.

Irrationale Züge wie die Todfeindschaft der dogmatischen Gruppen untereinander sind Indizien dafür, daß auch der linke Dogmatismus psychologische Bewältigungsfunktionen trägt. Denn es liegt auf der Hand, daß die saubere Unterteilung der Welt in Böcke und Schafe und die politische Abgrenzung nach dem Motto »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« beträchtliche Aufwandsersparnis mit sich bringt: selbstkritische Reflexionen erübrigen sich, lästige Verunsicherungen werden vermieden und können wegen der streng überwachten Grenzen auch nicht aufkommen. Darüberhinaus kann es ein erhebendes Gefühl sein, zur Avantgarde zu gehören und alle anderen hinter sich zu wissen. Beides legt die Vermutung nahe, daß es dabei um die Stabilisierung einer prekären Identität geht, denn das Ausmaß an Bemühungen, auf diese Weise sein Ich *ideologisch* zu stärken, ist direkt proportional zu der Notwendigkeit, es *wirklich* zu stärken. Der linke Dogmatismus bietet zwar keine heile, aber dafür eine klare Welt, und er operiert mit einem Politikbegriff, der den eigenen Alltag ausklammert, also persönliche Bedürfnisse in die (bürgerliche) Welt des nur Privaten verweist. Schließlich bietet er schwachen Subjekten die Möglichkeit, ihre untergründigen Größenphantasien zu pflegen. Sie können sich mit Hilfe des linken Dogmatismus nicht nur selbst als identisch, sondern sich zusätzlich noch als omnipotent erleben.

Der linke Dogmatismus basiert überdies auf psychosozialem Druck. Viele

werden durch moralische Ansprüche, gegen die sie sich nicht wehren können, in die Gruppen hineingezogen und dort mit der Androhung von Sanktionen bei der Stange gehalten, d. h. es sind nicht nur bestimmte subjektive Bedürfnisse, die den sozialpsychologischen Kitt der dogmatischen Gruppen ausmachen. Was sie als Gegenleistung anbieten, ist einfache Orientierung und die Möglichkeit, sich als etwas ganz anderes zu verstehen, wobei zugleich versprochen wird, daß Diffusionen strikt vermieden werden. Hier liegt eine Funktion der auffällig betriebenen »Reinhaltungs«-Strategien: sie garantieren die Kontinuität einer erheblich erleichterten Wirklichkeit. Im Sinne der weiter oben verwendeten Interpretationen ließe sich sagen, daß der linke Dogmatismus auf doppelte Weise Sinnkrisen vermeidet und labile Ichgrenzen sekundär stützt. Denn eine heile linke Welt ermöglicht sowohl Abgrenzung gegen eine als bedrohlich und diffus empfundene Realität als auch den Vorteil, den diese nicht mehr anbietet: einfache Verhältnisse. Der linke Dogmatismus kommt der Identitätsstabilisierung von Gruppen und Personen zugute, die sich einerseits nicht mehr mit der (über sie) herrschenden Realität identifizieren können, aber andererseits auch nicht in der Lage sind, mit ihrer Situation offensiv und produktiv umzugehen, sondern stattdessen genötigt sind, auf repressive Bewältigungstechniken zurückzugreifen.

Diese Techniken bieten denjenigen, deren Psyche noch von den Restbeständen des klassischen bürgerlichen Sozialcharakters gekennzeichnet sind, eher Halt als den mehr »oralen« Charakteren. Denn die »oralen« Charaktere sind am wenigsten fähig, ihre Konflikte durch Verleugnung und rituelle Abwehr zu bewältigen. »Orale« Typen fühlen sich viel eher in Sponti-Kreisen zu Hause, in sogenannten anti-dogmatischen linken Gruppen also. »Anti-dogmatisch« heißt jedoch nicht, daß sie frei von Fehlern und Konflikten wären. Auch diese Gruppen haben Feindbilder (z. B. die »K-Gruppen«), die sich gelegentlich gar nicht so sehr von denen der Dogmatiker unterscheiden. Aber unter Spontis herrschen, entsprechend ihrem anders gearteten psychosozialen Profil andere Bewältigungstechniken, wie: Überidentifizierung, schneller Objektwechsel und Regression. Ich möchte auch diese Techniken kurz erläutern.

– *Regression und Objektwechsel:* In Sponti-Gruppen treten passiv-orales Sich-Hängen-Lassen und Hypersensibilitäten mindestens ebenso häufig auf wie spontane Aktionen und Unmittelbarkeit. Diese Unfähigkeit zur Kontinuität schließt das schnelle Umwechseln auf neue Moden vor allem dann ein, wenn die Vorstellungen und Aktionen, die man gerade für richtig hält, anfangen problematisch zu werden. Auch diese Haltung ist, zumindest teilweise, ein Resultat der Konfrontation mit sehr prekären Identitätsproblemen unter belastenden Umständen, wobei die spezifische Struktur des »oralen« Typs die Richtung der Bewältigungstechniken festlegt.

– *Überidentifizierung:* Sie ist das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit Ansprüchen, die so genau auf Konflikte abzielen, daß sie oft die Ichgrenzen regelrecht zertrümmern und zum Kult der permanenten Probleme werden. Durch die Überidentifizierung kommt es leicht zur Überflutung des Ichs mit moralisch gefärbten Ansprüchen, ein Vorgang, der durch primitive Formen des Über-Ichs noch verstärkt wird, weil diese das Ich ständig mit grausamen Bestrafungen peinigen. Das hat fatale Folgen: aus der sinnvollen Einsicht in die politische Struktur des Alltags wird dadurch der Zwang, den gesamten eigenen Alltag in irgendeiner Form ständig politisch zu begründen. Die psychische Form, in der politische Einsichten verarbeitet werden, führt dazu, daß erdrückende Legitimations- und Leistungsnormen etabliert werden. Chlodwig Poths Cartoons über (seinen) »Progressiven Alltag« veranschaulichen die Folgeprobleme dieses Druckes zum Teil sehr plastisch. Sie zeigen auch, welche Konsequenzen die Überforderung, gewissermaßen jeden Atemzug politisch begründen zu müssen, haben kann: entweder man lebt gegen sich selbst, indem man viele Impulse an sich unterdrückt, statt sich mit ihnen auseinanderzusetzen, oder man lebt sie mit schlechtem Gewissen aus und versucht, sie mit einer (dünnen) linken Tünche zu verdecken. Auf der anderen Seite ergeben sich wegen der Diffusität der Normen und Kriterien beträchtliche Organisationsprobleme: den unsinnigen und haarspalterischen Exegesen, die die Dogmatiker pflegen, entsprechen die berüchtigten Nullpunktdiskussionen der Spontis.
Die beschriebenen Bewältigungstechniken machen kritikunfähig und trüben den Blick für Realitäten. Eine solche Blicktrübung drückt sich auch im inhaltlich gelegentlich etwas primitiven Politikbegriff aus, in dem sich die Antidogmatiker von den Dogmatikern nicht sehr unterscheiden. Vor allem die platte Unterscheidung von »bürgerlich« und »nicht-bürgerlich«, die sich aus den Kindertagen des studentischen Protests herübergerettet hat, ist eine Gegenidentifikation, die mit den Abgrenzungsstrategien der Dogmatiker sehr verwandt ist. Mit Fragen zur Autorität, Macht oder Organisation tun sich die Spontis sehr schwer und eine ganze Reihe von Problemen – von der Eifersucht bis zum Besitz – werden mehr oder weniger rigide abgewehrt.

8. Der Rückzug ins Private als politische Selbstreflexion

Politische Reflexion kann sehr belastend sein und bei bestimmten charakterlichen Dispositionen zu Dekompensation führen. Und der defiziente Umgang mit der hohen Komplexität der Realität kann selbstauferlegte Rollenzwänge und neue Risiken mit sich bringen. Darum ist es notwendig, politische Ansprüche konsequent zu Ende zu denken. Der sich aus dieser Reflexion ergebende Politikbegriff muß *konkret* sein, d. h. er muß vermei-

den, Personen und Gruppen durch unerreichbare Ziele zu überfordern, wie dies etwa der Zwang zur Dauerreflexion tut. Unerreichbare Normen bedeuten nicht nur permanenten Mißerfolg und Lähmung, die dem politischen Gegner die Arbeit erleichtern, sie basieren auch auf einem ungenügenden Verständnis des Verhältnisses von Politik, Alltag und psychosozialer Identität. Gewiß ist alles in einem allgemeinen Sinn politisch und daher relevant, doch das ist eine Banalität. Zu leicht wird über dieser Banalität aber die psychische Stabilität der politisch Handelnden vergessen. Auch die Freiheit von Zwängen, die Möglichkeit, sich unbelastet auf Dinge und Personen einzulassen, ist politisch bedeutsam. »Politisierung des Alltags« kann daher nicht heißen, diesen Alltag an immer wieder neuen abstrakten politischen Relevanzkriterien zu messen, sondern bedeutet, ein bestimmtes Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem herzustellen, welches das Besondere (also auch das unmittelbar Unpolitische) ins Recht setzt, ohne es dem Allgemeinen zu entziehen. Fundamentaloppositionelle Politik muß die Spannung zwischen dem unmittelbar Politisierbaren und dem unmittelbar Unpolitischen aufrechterhalten und darf sie weder nach der einen noch nach der anderen Seite auflösen.

Die neuen Risiken, die damit verbunden sind, können nicht vermieden werden. Wer dem Alltag ein politisches Recht zugestehen will, muß in Kauf nehmen, daß sich bestimmte Momente des Alltagslebens verselbständigen; zu vermeiden wäre diese Verselbständigung nur auf repressive Weise und sie rächt sich stets dadurch, daß sich die unterdrückten Bedürfnisse in einer Art von »Wiederkehr des Verdrängten« auf das politische Handeln des Einzelnen negativ auswirken.

Mit diesen Überlegungen verdeutlicht sich die *Ambivalenz* des sogenannten Rückzugs ins Private unter den Bedingungen der Tendenzwende. Zum einen manifestieren sich in diesem Rückzug solche latenten regressiven Tendenzen, die zum Typus des oralen Charakters gehören. Die Abkehr von einer als überwältigend erlebten gesellschaftlichen Realität, die Flucht in oral gefärbte Versorgungssituationen wird durch den politischen Druck des roll-back erzwungen. Insofern hat der Rückzug den Stellenwert einer sozialpsychologisch retrogressiven Bewegung.

Andererseits ist dieser Rückzug ins Private jedoch auch eine *historisch notwendige Konzentration auf die Alltagsprobleme*, die bisher politische Praxis behindert und verzerrt haben. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Beschäftigung mit der eigenen Wirklichkeit ein politisch progressiver Vorgang, der langfristig zu einer wesentlichen Voraussetzung politischer Veränderung werden kann. Zudem ist privates Glück (welches heute nur noch selbstreflexiv hergestellt werden kann, weil die traditionellen Glücksklischees zerfallen sind) identitätsstiftend und stabilisierend. Gerade unter den Vorzeichen der Tendenzwende ist es nötig, genügend Fähigkeit zum Über-

leben zu besitzen, auch psychisch. Der Rückzug ins Private hat deswegen eine wichtige kompensatorische Bedeutung.

Resümee: Der klassische bürgerliche Sozialcharakter politisierte sich über den Kopf (qua Über-Ich), was der politischen Praxis einerseits bestimmte Möglichkeiten erschloß, ihr anderseits aber auch bestimmte Grenzen setzte. Eine radikale Einlösung der Ziele bürgerlicher Politik war auf der Basis dieses Sozialcharakters jedoch nicht möglich. Die starren Ich-Grenzen und das psychologische Abwehrsystem ließen eine reale Verwirklichung der Forderungen praktischer Solidarität nicht oder nur teilweise zu. Der eher orale Charakter dagegen hat mehr Zugang zur eigenen Sinnlichkeit, nicht zuletzt weil er mehr an ihr leidet. Ihre prästabilierte Harmonie ist zerfallen, denn Ich-Probleme lassen Politisierung quasi nur durch den Bauch zu. Ein vorgegebenes konventionelles Symbolsystem politischer Art fehlt dagegen und muß erst praktisch hergestellt werden. Dem oralen Charakter fehlt also der durch die konventionelle Struktur automatisch hergestellte Zugang zur Politik. Er muß sich diesen Zugang in einem risikoreichen Prozeß erst selbständig erwerben. Dafür stehen ihm Dimensionen politischer Praxis offen, die für das klassische bürgerliche Subjekt nur schwer erreichbar waren. Denn er kann Politik leichter als Wesen seines Handelns (und nicht als dessen Attribut) begreifen.
Was sich aus diesen Überlegungen an politischen Perspektiven ergibt, ist nicht ohne weiteres ableitbar. Es kann jedoch sicher nicht darum gehen, der Studentenrevolte nachzutrauen oder ihre Neuauflage inszenieren zu wollen. Sie hat ihre Funktion erfüllt und Erfahrungen produziert, die noch gar nicht adäquat aufgearbeitet sind. Was den Umgang mit dem strukturell ambivalenten Rückzug ins Private betrifft, so erscheint es mir wenig sinnvoll, ihn bekämpfen zu wollen. Versteht man ihn nicht als Rückzug im herkömmlichen Sinn, sondern als notwendige Besinnung und als Konzentration auf wesentliche Probleme, so ist es konsequent, diesen Prozeß bewußt zu gestalten und so produktiv wie möglich zu wenden. Solange der äußere Spielraum eng ist, liegt der Schwerpunkt alternativer politischer Praxis ohnehin mit einer gewissen Notwendigkeit im interaktiven und kommunikativen Bereich. In diesem Bereich geht es darum, das Überwintern von Ideen und Subjekten zu ermöglichen. Des weiteren kommt es darauf an, Kompetenzen zu erwerben, die die neue Art von Politik normativ und praktisch tragen können.

anabas

LEHRERKALENDER 1977/78

Dies ist der erste nicht von Sparkassenwerbern sondern von Lehrern für Lehrer gemachte Kalender — mit berufsspezifischem Gebrauchswert, mit vielen Notizen zu Alltag, Schule und Erziehung, mit zahlreichen Informationen über die wachsende Repression in der BRD, mit einer Menge Karikaturen, Comics und Fotos — ein Politkaleidoskop, das Spaß macht und Mut, auf Einschüchterungen wieder solidarisch und politisch zu reagieren.

Das Kalendarium reicht von Schuljahr zu Schuljahr, also von August 1977 bis Juli 1978.

352 Seiten, geb., flexibler Einband, DM 8,50 erscheint Anfang Juni 1977

* * *

Martin Doehlemann (Hrsg.):
WEM GEHÖRT DIE UNIVERSITÄT?
Studien zum Zusammenhang von Wissenschaft und Herrschaft anläßlich des 500jährigen Bestehens der Universität Tübingen

Autoren: Alber / Däubler / Doehlemann / v.Gleich / Girschner / Jeggle / A. u. H. Lüdtke / Krüger / Mayer / Mokrosch / Ortmann / Renftle / Rosenbrock / Scharfe / Scheifele / Scheilke / Simon / Weber / Wilkens / Winckler / Wuttke / Zänker (Juni 1977)
ca.360 S., ca. 30 Abb., ca. DM 15,—

Anabas-Verlag . Grünberger Straße 16
6300 Lahn-Gießen 1

Neuerscheinungen IN JEDER BUCHHANDLUNG

päd. extra buchverlag

LITERATUR

Perikles Korovesis
DIE MENSCHENWÄRTER
übersetzt von A. Kerker
100 Seiten, DM 10,80
Griechenland in den finsteren Zeiten der Militärjunta. Ein erschütterndes Dokument einer unmenschlichen Kultur.

Peter Maiwald
GESCHICHTEN VOM ARBEITER B.
80 Seiten, DM 9,80

Roman Ritter
EINEN FREMDEN IM POSTAMT UMARMEN - 80 S., DM 9,80

Manfred Römbell
RICHTIG LEBENDIG WIRD ES AUF DEM FRIEDHOF IM HERBST
80 Seiten, DM 8,80

LITERARISCHE HEFTE
Herausgegeben von der WORTGRUPPE MÜNCHEN

päd. extra buchverlag

Andreas/Micki/Thomas/Ute
Was lange gärt, wird endlich Wut!

Wintersemester 76/77: sämtliche Hochschulen in Westberlin befinden sich im Streik gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung.
Der Streik der Germanistikstudenten gegen das drohende Berufsverbot für mehrere KPD-Wahlaufruf-Unterzeichner an ihrem Fachbereich dehnt sich zunächst auf die gesamte FU aus und erfaßt dann auch die anderen Hochschulen und den Zweiten Bildungsweg. Zuletzt streiken fast 50 000 Studenten und Schüler gegen Berufsverbote, drohende Ordnungsverfahren und die sich verschlechternden Ausbildungsbedingungen.
Am 1. Dezember findet mit ca. 22 000 Menschen die größte Demonstration seit Jahren statt. Dieser Streik ist nicht nur der umfassendste seit langem, er ist auch der lustigste. Nie zuvor wurden so viele Gedichte, Lieder und Theaterstücke gemacht, niemals wurden so viele Feten gefeiert und Wände bemalt. Nie zuvor entstanden so viele neue Beziehungen, nie zuvor gingen so viele auch wieder kaputt. Auch die Frauenbewegung an den Hochschulen erreicht einen Höhepunkt: während der Streiks findet die erste Unifrauen-Vollversammlung statt, vorbereitet durch die Frauengruppen an den Fachbereichen.

Wie ist es dazu gekommen?
Es genügt nicht, die ökonomischen und politischen Hintergründe der zunehmenden politischen Repression und der materiellen Verschlechterung im Ausbildungsbereich darzustellen, um dann »die notwendigen« Entwicklungsformen studentischen Protestes und Widerstandes daraus abzuleiten. Solche Ableitungen, seien sie noch so »richtig« und differenziert, können die wirklichen Politisierungszusammenhänge nicht vollständig erklären. So ist es z. B. für unsere Aktivitäten wichtig zu verstehen, wie sich die Basisgruppenbewegung, d. h. auch unsere Gruppe, entwickelt hat, welche Erfahrungen und Einstellungen der Einzelne dorthin mitbringt, und wie wir dann Gemeinsamkeiten weiterentwickeln und in der politischen Arbeit lernen. Deshalb wollen wir, einige Mitglieder der »OSI-Initiative« (eine Basisgruppe am Institut für Politische Wissenschaften an der FU), versuchen, unsere Geschichte zu vermitteln, eine Geschichte aus vielen »ichs«, die ein »wir« suchen.

Wir können natürlich auf keinen Fall für »*die* Studenten« reden und damit den Streik zu erklären versuchen. Untersuchungen über die Erfahrungen, Motivationen und Einstellungen der Studenten im allgemeinen fehlen uns. Spekulationen helfen kaum weiter. Wir hoffen trotzdem, daß unsere Lernprozesse zu begreifen sind, d. h. andere ihre eigenen Erfahrungen darin wiederfinden können. Aber dazu müssen wir einige Jahre zurückgehen, in die Zeit, als alles anfing.

Du laß dich nicht verhärten

Voller Hoffnungen und Träume ziehe ich nach Berlin: hier würde ich das finden, wonach ich mich schon zuhause im dauernden Konflikt mit meinen Eltern und der Schule so sehr gesehnt habe: »Studentenbewegung«, »Wohngemeinschaften«, »subkulturelles Milieu«, »linke Uni«, »dauernde Revolte«, und . . . und . . . und! Also auf nach Berlin.

Ich wohne mit drei Männern zusammen in Kreuzberg, wir kennen uns schon länger. Zunächst mal sind wir völlig isoliert, in unserer Wohnung erhält sich diese Ruhe und Harmonie, die wir aus unserem engen schwäbischen Provinzstädtle mitgebracht haben. Wir wollen das ändern, raus in die Stadt, Leute kennenlernen. Wir ziehen nachts durch die Berliner Kneipenwelt und beobachten sehnsuchtsvoll die vielen unterschiedlichen Menschen, die da so rumschwirren; irgendwas scheinen wir jedoch falsch zu machen, denn diese »Versuche«, unsere Isolation zu durchbrechen, gehen völlig daneben. Die Wohnung verlassen wir in der Folge nur noch, um einzukaufen und Wäsche zu waschen, zum Spazierengehen, zum gemeinsamen Kulturprogramm, und schließlich, weil wir ja studieren wollen.

Der dicke politische Anspruch in meinem Kopf, das Studium betreffend, ist kein geringerer als der: alles über diese Gesellschaft rauszukriegen, um daraus Ansatzpunkte für eine Strategie der Veränderung zu entwickeln.

So komme ich ans OSI und dränge mich verschüchtert in ein völlig überfülltes linkes Seminar. Später habe ich manchmal sogar das Glück, einen Stuhl zu erwischen, auf dem ich mich dann auch gleich viel sicherer fühle, als wenn ich nur irgendwo in einer Ecke auf dem Boden sitze.

In solchen Momenten fühle ich mich schrecklich allein und unsicher. Ich sitze dann mit demselben versteinerten Gesichtsausdruck rum wie alle anderen im Raum: unangreifbar, kühl, zurückweisend. Ich weiß nicht mehr, warum ich ausgerechnet hier sitze, was ich an diesem Seminarthema so interessant finde und was ich mit den Menschen hier gemeinsam haben soll. Ich wage kaum, mich zu bewegen, habe Herzklopfen, traue mich nicht, zu laut aufzustöhnen, obwohl mir danach zumute ist, werde rot, wenn mir vor Aufregung irgendein Mißgeschick passiert (z. B. hüsteln), und fühle mich laufend beobachtet, obwohl sicher niemandem aufgefallen ist, daß ich auch hier in diesem Raum sitze.

Und dann, jeder kennt die Situation am Anfang eines Seminars, wenn der Dozent seinen Veranstaltungsplan bekannt gibt. Meist arbeitet er gerade an einer Veröffentlichung zu diesem Thema, ich jedenfalls erfahre nicht, warum ausgerechnet dies Gebiet, diese besondere Einengung des Themas oder gar jene spezifische Analyse . . . mir schwirren einfach zu viele Fragen durch den Kopf. Trotzdem gibt's da welche, die sich sofort melden können und entweder gleich den gesamten Ansatz kritisieren, oder aber sie begnügen sich mit der Kritik einiger Teilaspekte. Und dann gibt's da auch welche, die wissen, wie *man* da vorgeht, richtig vorgeht. Ich weiß jedenfalls nicht wohin und warum und verstehe auch die meisten Worte gar nicht. Nur die Marx-Zitate beeindrucken mich ungeheuer, so sehr, daß ich nun zwei Semester gar nichts mehr sage, nichts mehr sagen kann, denn ich spüre, meine Sprache versteht hier niemand; sie kommt auch mir selbst auf einmal so kümmerlich vor. Ich muß einen Kapitalkurs machen, dann gehts sicher besser. – Kapitalkurs gemacht: ich verstehe mich überhaupt nicht mehr, mich versteht sowieso keiner mehr.

Der rote Stein der Weisen

Und dann die politischen Organisationen (ihr Sinn ist ihr Scheitern). Ich lerne allmählich alle ihre Namen kennen, alle ihre Methoden. Die Konkurrenz ihrer Flugblätter und Zeitungen, die vielen objektiven Einschätzungen, alle mit unterschiedlichen Ergebnissen. – Und ich, Kleinbürger, wehrlos mit vielen Fragen, ohne diese objektive Begrifflichkeit der Einschätzung, und nicht so ohne weiteres zum »Klassenverrat« und zum alles entscheidenden Sprung auf die Seite der unentwegt kämpfenden Arbeiterklasse unter Führung der »DeKaBeEmWeEmEl« fähig, bin erneut hilflos und verwirrt. Und das, obwohl mir deren Vorschläge, Einschätzungen und Programme teilweise noch logisch und richtig erscheinen. Ich komme mir den Leuten gegenüber etwas auf den Kopf gefallen vor: einerseits scheint es zu stimmen, was sie sagen, andererseits sträubt sich in mir alles dagegen. Ich kann nichts damit anfangen, möchte mich zwar gern organisieren, um meine Unsicherheit aufzuheben, will mich aber nicht so fest binden und mich nicht zum »Instrument der Revolution« machen lassen. Da diese Gruppen die Unipolitik ziemlich ausschließlich bestimmen, bleibt mir nichts anderes übrig, als mich zu entscheiden: entweder mitmachen oder gar nichts machen. Ich verlege meine Fragen-Zweifel-Ängste erstmal ins Studium, will meinen Kopf bearbeiten, bevor ich die Welt aus den Angeln hebe. Bleibe folglich unorganisiert.

Ein Genosse ist tot

Hinter mir liegen jetzt zwei Semester, und Holger Meins ist tot. Trotz aller Angst und obgleich ich immer noch niemanden kenne von denen, die auf

der Straße sind, mache ich bei einer verbotenen Demo mit: eng zusammengerückt, überall Polizei. Zum erstenmal spüre ich, daß auch andere Angst haben. Ich bekomme Mut. Die Antwort auf uns: Wasserwerfer, Tränengas, Knüppel. Völlig aufgelöst sitze ich dann wieder zu Hause. Ich höre von einem Hungerstreik am OSI[1], spüre die Möglichkeit, hier etwas zu tun, dann aber wieder diese Angst vor dem Alleinsein inmitten von Menschen, die sich in diesem Moment womöglich genauso betroffen fühlen wie ich. Ich bleibe zu Hause mit einem schlechten Gewissen.
Für viele, die dabei waren, ist der Hungerstreik ein Schlüsselerlebnis für ihr Verhältnis zu den politischen Organisationen[2]: diese versuchen, unsere Betroffenheit mit ihrer Wortradikalität auszubeuten, andererseits haben sie nur leere Interpretationen und eingefahrene papierne Aktionen zu bieten: Resolutionen, Flugblätter usw. Letztlich sind sie unfähig, unserer Betroffenheit Ausdruck zu verleihen. Das OSI ist vollgestopft mit Schlafsäcken, Decken und Sprudelflaschen und Ort einer permanenten Vollversammlung. Wichtig ist, daß der Hunger, weil er kollektiv »erlitten wird«, zu ertragen ist, daß dadurch ein Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht und daß er für uns sinnlich erfahrbarer Ausdruck unseres Protestes wird.
Wir treffen uns nach dem Hungerstreik, um den alten Wunsch, gemeinsam und ohne die Organisationen Politik zu machen, in die Tat umzusetzen. Einen kontinuierlichen Zusammenhang finden wir aber erst im nächsten Semester, als im OSI konkrete Fälle von Berufsverboten drohen und wir uns im Anschluß an eine Vollversammlung zu diesem Thema treffen: die erste Initiative gegen die Berufsverbote an der FU ist geboren.

Es hat sich doch etwas getan

Die Anfänge der Gruppe sind schleppend und träge. Einige Genossen, die früher mal in einer Sponti-Organisation gearbeitet haben, bestimmen »urwüchsig« (sie haben eben die größere Erfahrung) den Diskussionsverlauf und die Tagesordnung der Sitzungen. Ich habe Mühe, diesen Diskussionen zu folgen. Lange Reden, Statements, viele bedeutende Worte. Ich wundere mich darüber, was einige Leute schon so alles wissen und im Kopf haben. Meist bleibt mir nach solchen Reden nichts anderes übrig als verständig mit dem Kopf zu nicken, wahrscheinlich ein Ausdruck von Verständnislosigkeit. Wieder Herzklopfen, die Angst, etwas Falsches zu sagen, das Gefühl, unwichtig zu sein. Ich zwinge mich trotzdem, regelmäßig zu den Sitzungen zu erscheinen. Ich spüre es, irgendwann werde ich schon einige Leute kennenlernen und diese Ängste überwinden, werde sicherer werden und neue Erfahrungen machen können, mehr wissen und mich einbringen können; vielleicht rede ich mir dies auch alles nur ein, irgendwie schaffe ich es jedenfalls durchzuhalten, bis ich dann zum erstenmal angelächelt werde. Danach habe ich mich so sehr gesehnt.

Die Fluktuation in der Gruppe ist sehr groß. Immer wieder erscheinen neue Gesichter, alte verschwinden, keiner kümmert sich darum. In dieser Zeit gründen einige engagierte Dozenten und Assistenten (Assis) der FU das Aktionskomitee gegen Berufsverbote (AK).

Anlaß ist das Rundschreiben Nr. 112 des Senators für Wissenschaft und Kunst, Löffler, in dem die generelle Überprüfung aller an der Hochschule Beschäftigten bei Neueinstellungen und Vertragsverlängerungen vorgeschrieben wird. Durch diese Verordnung hat die politische Disziplinierung und Einschüchterung eine neue Qualität erhalten. Für uns wirkt sich das so aus, daß einige Assis ihre geplanten Seminare nicht beginnen dürfen. Uns wird klar, daß wir uns dagegen wehren müssen; zugleich aber auch, daß dies unmöglich ist, solange die einzelnen Gruppen und Grüppchen in Konkurrenz zueinander diesen Kampf als jeweils ihren eigenen deklarieren. Was keiner für möglich gehalten hätte, gelingt: innerhalb von sechs Wochen steht eine Plattform[3] unter dem Motto ›Solidarität mit allen Betroffenen‹. Ziemlich schlagartig verändert sich das politische Klima an der FU: an den meisten Fachbereichen werden Vollversammlungen abgehalten, auf denen anhand der Plattform-Vorschläge die Probleme der Gesinnungsschnüffelei, der »FdGO« und der Verfassung diskutiert werden. Schon bald gibt es vier Fachbereichs-Initiativen, die das Aktionskomitee (AK) unterstützen und für alle (auch organisierte) Studenten offen sind. Zur Koordination dieser Initiativen und zur Planung Uni-weiter Aktionen wird dann der Uni-Ausschuß gegründet.

Wir arbeiten jetzt also in drei Bereichen: unten links die OSI-Initiative, außerdem sitzen wir mit Delegierten im Uni-Ausschuß, und schließlich entsenden wir, wie alle Fachbereichs-Initiativen auch, zwei Delegierte in das übergeordnete AK, in dem der bis dahin wohl einzigartige Versuch unternommen wird, das gesamte linke und linksliberale Spektrum Berlins, von der Roten Hilfe bis zu den Pfadfindern, unter einen Hut zu bekommen bzw. auf eine Plattform. Was sich auf dieser hohen Ebene der politischen Auseinandersetzung abspielt, dokumentiert unsrer Meinung nach am besten ein ›Sitzungsprotokoll‹ des AK, das wir hier auszugsweise veröffentlichen:

LEITUNG: Liebe Anwesende, Freunde und Genossen, werktätige und studierende Intelligenz, Volk! (Begrüßungsgemurmel der Anwesenden: Hallo! Tag! Hört, hört! Gott zum Gruß! Rot Front! Zack, zack!) Wir sind heute zusammengekommen, um die Parolen zu beschließen, die auf der Demonstration getragen und gerufen werden sollen. Doch zunächst – gibt es Anträge zur Tagesordnung? Die Ausschlußanträge bitte ich gleich mit Begründung vorzutragen.

SEW: Jawohl! Ich beantrage, den KSV auszuschließen! Die Begründung ist die weltweite Verschwörung des Maoismus gegen die friedliebende Sow . . .

LEITUNG: Danke, das genügt! Bitte den üblichen Gegenantrag!

KSV: Gegenantrag! Ich beantrage, die SEW auszuschließen und zwar wegen der weltweiten Subversion der Agenturen des Sozialimperialismus mit dem Ziel der Errichtung sozialfaschistischer . . .

LEITUNG: Vielen Dank! Hiermit schreiten wir zur Abstimmung! Wer ist dafür, einen der beiden Antragsteller auszuschließen? (Die große Mehrheit will niemand ausschließen.) Damit sind beide Anträge abgelehnt! Wir schreiten nunmehr zur Tagesordnung.
SEW: Wir haben noch von früheren Kampagnen populäre Parolen, etwa die: Eene, meene Monopole – für die Bildung fehlt die Kohle! Man könnte jetzt für die aktuelle Situation noch erläuternd hinzufügen: Mink, mank Berufsverbot – und da herrscht große Not!
KSV: Wieso herrscht da große Not? Mit diesem Manöver will die SEW doch nur verschleiern, daß große Not vor allem in den vom Sozialimp . . .
LEITUNG: Mach einen besseren Vorschlag!
KSV: Na gut. Ich hätte da eine Parole: Nieder mit Verfassungskot – Weg mit dem Berufsverbot!
SEW: Ich protestiere energisch, daß hier vom KSV die Verfassung in den Kot . . .
LEITUNG: Also Leute, keine Grundsatzdiskussionen! Bitte, ja?! Übrigens . . . vielleicht . . . Mir liegt hier noch eine andre vor: In Uni, Schule, Krankenhaus – schmeißt Schütz die Sozialisten raus! Die find ich auch gut.
SEW: . . . schmeißt Schütz die Demokraten raus!
KSV: . . . die Kommunisten raus!
SEW: Demoraten raus! KSV: Kommisten raus!
LEITUNG: Also, wirklich! Keine Grundsatzdiskussionen mehr! Es fliegen sowohl Demokraten wie Sozialisten und Kommunisten raus! Wie findet Ihr andern denn die Parole?
SPONTI: Also ich find besser: Aus Uni, Schule, Krankenhaus – schmeißt Schütz vor allem Spontis raus!
GIM: . . . Trotzkisten raus!
ARCHÄOLOGE: . . . Archäologen raus!
LEITUNG: So kommen wir doch nicht weiter! Wenn jede Gruppe . . . Also, macht mal konstruktive Vorschläge!
KHG: Ich find richtig: Aus Uni, Schule, Krankenhaus schmeißt der bürgerliche Staat alle die ihre Grundrechte wahrnehmenden Beschäftigten des Öffentlichen Diensts mit Hilfe des Beamtenrechts!
LEITUNG: Aber so eine Parole kann man doch unmöglich rufen! Die reimt sich doch gar nicht!
GERMANIST: Außerdem stimmt das Versmaß nicht!
KHG: Aber die Parole ist richtig! Und darauf kommt's ja wohl an!
KSB/ML: Ich möchte der Parole eine richtige Stoßrichtung geben: In Uni, Schule, Krankenhaus – breitet sich die KPD/ML immer mehr aus!
LEITUNG: Aber das hat doch mit dem Kampf um Berufsverbote nichts zu tun!
KSB/ML: Hat es wohl! Die Ausbreitung der Kommunisten ist der wahre Grund der Berufsverbote und damit ist die Parole richtig!
KSV: . . . ist nicht richtig! Vielmehr breitet sich die KPD immer mehr aus . . . (Gemurmel) . . . und zwar auf Grundlage eines korrekten . . . (stärkeres Gemurmel) . . . und somit ist die KPD der einzige Garant . . .
SEW: . . . hier muß ich auch mal was sagen! Die friedliebenden Kräfte (anschwellendes Getöse) . . . die kalten Krieger wollen die Entspannung . . . (Krach, Zwischenrufe) . . . die SEW . . . fortschrittliche demokratische Kräfte . . . (anhaltender Lärm, Rufe: unerhört, Schluß damit)
LEITUNG (schlägt mit der Flasche auf den Tisch): Ruhe! Aufhörn! Ruhe bitte!
HOMOSEXUELLE AKTION: Wir haben uns auf folgende Parole geeinigt: Schwule fordern klapp, klapp, klapp – schafft Berufsverbote ab! Eine andere Parole aus unseren Reihen wurde erfolgreich bekämpft und als reaktionär abgelehnt. Sie lautete: Tunten sagen huch, huch, huch – Berufsverbot = Verfassungsbruch! Unmöglich, was?
FRAUENGRUPPE: Wir haben uns folgende Parole ausgedacht: Frauen haben keine Hoden – drum sind sie betroffen von Berufsverboten!

KHG: Aber das ist doch platter Feminismus! Man könnte viel eher sagen (lüstern): Gerade Frauen mit prallen Brüsten – gegen Berufsverbote kämpfen müßten . . . (kann nicht weiterreden, da ihn die Frauengruppe in die Mangel nimmt)
LEITUNG: . . . Also, wenn wir vielleicht noch eine, EINE, eine alles integrierende Parole fänden . . . Gemeinsames Brainstorming! Jede Gruppe sagt jetzt eine Parole!
SPONTI: Vielleicht: Die Öffentlichkeit kriegt schon Knoten – von wegen den Berufsverboten!
GERMANIST: Grauenhaft! Eher ginge: Der Senat kriegt rote Flecken – weil ihn Radikale schrecken!
SEW: Ich find besser: Der Senat tut Zähne blecken – weil ihn Demokraten schrecken! Oder noch besser: Der Senat in Angst und Schrecken – weil sich Demokraten recken!
KSV: Warum nicht gleich: Der Senat wird bald verrecken – weil ihn Demokraten necken! Die Wahrheit aber ist: Hinter Büschen, hinter Hecken – Agenturen sich verstecken!
LEITUNG: Schluß jetzt mit dem Hick-Hack! Wo ist übrigens meine Flasche? (KSV und SEW nehmen gerade die letzten Schlucke) Mhm! . . . Wollen wir doch noch die Parolen anderer Gruppen hören.
GIM: Ob Revis, Spontis, ob Chaoten – weg mit den Berufsverboten!
SAZ: Ob Narr, ob Wesel oder Böll – Berufsverbote führn zur Höll'!
GERMANIST: Ganz sicher ist, daß Meister Goethe – Berufsverbot Paroli böte!
SOZIALISTISCHES PLENUM: Ob Revis oder KSV – Berufsverbot ist Grundrechtklau!
SPONTI: Weg mit dem Berufsverbot – macht die Senatoren tot!
KSB/ML: Unter Führung von Ernst Aust – Berufsverbot wird weggebraust!
LEITUNG: Also was Ihr da jetzt alles gebracht habt, das taugt doch wirklich nichts! Ständig schiebt Ihr Eure Sonderinteressen vor den gemeinsamen Kampf! Das geht doch hier um Rechte von uns allen! Deswegen müssen doch die Berufsverbote fallen! (Rufe: Ja, das ist sie doch! Da ham' wir eine!) Wie? Was? Was hab ich gesagt? Allen . . . fallen . . . allen . . . fallen. Ja das ist's! Leute wir ham' sie! Die alles integrierende Parole: ES GEHT UM RECHTE VON UNS ALLEN – BERUFSVERBOTE MÜSSEN FALLEN! (an SEW und KSV) Der könnt Ihr doch auch zustimmen! Wie?
SEW (vor sich hinmurmelnd): Frieden un Verfnassung . . . maoissische Verschwnörung . . .
KSV (brummelnd): Bin nicht mehr vernandlunsfähig . . . Agenurn . . .
LEITUNG: Oh, Gott! Hilf Himmel! Jetzt haben wir uns so schön zu einer Parole zusammengerauft und jetzt wird's wieder keine einheitliche Demonstration! (lautes Gebrabbel und Getöse) He, Ihr! Hört Ihr überhaupt zu!? Was machen wir denn jetzt? (Krach und große Unruhe, wilde Debatten über Stoßrichtung und Perspektive, Strategien und Parolen) He! He. Na, ja, dann. Dann löse ich die Sitzung auf . . .
(aus: Aktionskomitee – Info Nr. 6, 1976)

Unsere Initiativ-Sitzungen sehen kaum anders aus. Unsere Delegierten schaffen es kaum mehr, uns den Stand der Plattfuß-Diskussionen mit all ihren Besonderheiten und Problemen zu vermitteln. Immer neue Diskussionsvorlagen liegen auf unseren Tischen und meistens geht's darum, wie man sich bei den nächsten Abstimmungen verhalten soll. Bis zur Erschöpfung diskutieren wir die zentralen Eingebungen, ärgern uns immer mehr über die Positionen von KHG, KSV und ADS, SEW, die nach wie vor versuchen, alles Entstandene mit ihrem jeweiligen Parteiprogramm zu erwürgen, und drohen an einem Knäuel von Fachbereichs (Fb-) Problemen[4] zu ersticken. Doch all diese Auseinandersetzungen werden immer noch von unseren Obergenossen geführt – Männerpolitik.

Zu einem der quälendsten Probleme unserer Fb-Politik wird das sog. Papierproblem. Erstmalig erscheinen Seminarteilnehmer/innen auf unseren Sitzungen und fordern uns als »einzig relevanten politischen Zusammenschluß am Institut« auf, etwas gegen die Papierknappheit zu unternehmen. Geschmeichelt greifen wir dieses Problem auf und wissen kaum, was wir damit machen sollen. Beachtlich schnell schaffen wir es, den theoretischen Zusammenhang zwischen unserer politischen und materiellen Unterdrükkung herzustellen, wissen aber einfach nicht, wie wir dagegen vorgehen sollen. Einem Seminar dauert unser Hin und Her zu lange; es greift zur Selbsthilfe und klaut das im Keller gelagerte Papier. Wir lernen, daß wir als einzelner Fachbereich nichts machen können, um all diese Verordnungen, Streichungen und sonstigen Frechheiten bei uns zu verhindern. Deshalb setzen wir uns verstärkt mit den anderen Initiativen in Verbindung, und dadurch gewinnt der Uni-Ausschuß immer zentralere Bedeutung für uns.
Der Uni-Ausschuß wächst relativ schnell in seine Arbeit. An der FU beginnt eine Ära der Kampagnen. Zunächst die Kampagne »Bildet Initiativen« (da noch nicht an allen Fachbereichen Basisgruppen existieren), die dann sofort in die Kampagne »Kommt alle in den Uni-Ausschuß« übergeht. Wieder laufen wir zentralen Aufrufen hinterher und geraten in den Konflikt, daß unsere eigenen politischen Schwierigkeiten zu wenig berücksichtigt werden; es stellt sich nämlich sehr schnell heraus, daß der Entwicklungsstand der Initiativen an den einzelnen Fachbereichen einfach noch zu unterschiedlich ist. Die Arbeit des Uni-Ausschusses gipfelt dann in der Kampagne »Gegen Berufsverbote und das Hochschul-Rahmengesetz«. Noch einmal verteilen wir Tausende von Aufrufen und Flugblättern, planen Aktionstage, die mehr als langweilig werden, und haben trotzdem das Gefühl, eine eigene Politik zu machen, ganz anders als die Organisationen bisher. Dann sind wir völlig erschöpft. Eine von uns erwartete Uni-weite Bewegung bleibt aus. Enttäuscht suchen wir lange nach den Ursachen. Die Situation an den Instituten und in unseren Seminaren hat sich nicht verändert. Nur daß einige neue Sternchen am Himmel der Polit-Profis glänzen. Wir haben uns zwar ein bißchen besser kennengelernt, doch wir wissen nicht, wie es weitergehen soll mit uns und überhaupt . . .

Denkpause
Wochenend-Seminar der OSI-Initiative: wir wollen endlich rauskriegen, was wir mit unserer Arbeit überhaupt erreichen wollen und können und wie wir weiter arbeiten sollen. Erst haben wir ein Riesenprogramm im Kopf: Analyse des Verhältnisses von Gesellschaft und Uni und Staat und . . . doch kommt's ganz anders.
Wir sagen einer nach dem anderen reihum, was wir machen wollen, teilen uns in kleine Gruppen auf und reden über unsere Politisierungsgeschichte,

unsere Erwartungen an die OSI-Initiative und sammeln unsere Kritik an ihr (unser fast blinder Aktionismus, der meist störende Einfluß der Gruppen, beschissene Diskussionsformen und Macker-Strukturen). Wir wollen uns nicht mehr mit allen Problemen der Weltpolitik abgeben, sondern uns vor allem auf unsere Uni-Verhältnisse konzentrieren. Wir wollen größeres Gewicht darauf legen, anderen Studenten und uns selbst zu helfen, z. B. Studienkollektive bilden, Studienberatung durchführen, Feste machen usw. Wir wollen uns mehr in die Fb-Politik einmischen. Langfristig wollen wir eine linke Studenten-Organisation auf Uni-Ebene aufbauen.
Anfang des Semesters entstehen dann einige Studienkollektive, u. a. auch unseres. Die meisten Kollektive kranken daran, daß die verschiedensten Berufs-Träume und Bezüge zur Theorie nicht unter einen Hut zu kriegen sind. Immerhin: die Studienberatung für Erstsemester läuft gut und macht Spaß – und die Feste!!
Nachdem wir uns dazu durchgerungen haben, als OSI-Initiative für die Fb-Gremienwahlen zu kandidieren, um mehr Licht in die Fb-Politik zu bringen, bekommen wir mehr als die Hälfte der Stimmen, während die K-Gruppen und die ADS völlig baden gehen[5] – eine Riesenbestätigung für unsere oft so frustrierende Arbeit.

Schluß mit dem Frust da
wir bauen einen UStA (denkste!)
Zu Beginn des Sommersemesters 76 diskutieren wir, wie eine studentische Interessenvertretung, ein AStA-Ersatz, aussehen müßte, die sich an unseren Bedürfnissen orientiert.[6] Auch im AK war über den Aufbau einer zentralen Studentenvertretung verhandelt worden, da das AK den aktuellen Anforderungen von Uni-Politik nicht mehr gewachsen war. Diskussionsergebnis: der UStA, der unabhängige Studenten-Ausschuß. Der UStA ist für uns kein formal-demokratisches Parlament, sondern eine rätedemokratische Organisation aller aktiven Studenten. Sie soll die antikapitalistischen Interessen der Initiativen-Bewegung zum Ausdruck bringen, die Bewegung koordinieren, vereinheitlichen und verbreitern. Von Anfang an wird die UStA-Diskussion von den politischen Organistionen fast ausnahmslos sabotiert. Sie fürchten zu recht den Rückgang ihres Einflusses, nachdem sie die Initiativen-Bewegung zunächst für eine vorübergehende Erscheinung gehalten hatten.
Bis zum Wintersemester 76/77 entstehen drei Programmentwürfe, mit wichtigen Grundsätzen[7], die im folgenden durch ihre Bedeutungslosigkeit beeindrucken.
Schließlich wird der UStA-Aufbau in einer glorreichen Abstimmung gegen die Front der Organisationen beschlossen – es gehört zu den ungelösten Rätseln unserer kurzen Geschichte, warum er bis heute noch nicht steht.

house of the rising sun

Ende der Semesterferien treffen sich 25 von uns[8] in Westdeutschland, um das Semester vorzubereiten. Wir wohnen in einem kleinen Bauernhof, machen ausgedehnte Spaziergänge und kochen viel und gut, wir malen uns gegenseitig an, beim Frühstück in der Sonne fetzen die Stones durch den Wald. Wir schaffen es endlich einmal, Spaß und Arbeit zu verbinden. Wir reden über unsere Schwierigkeiten miteinander, über die meist mißglückten Versuche, gemeinsam zu studieren, und uns alle bedrückt die Aussichtslosigkeit, später mal einen Arbeitsplatz zu erwischen. Wir reden über die Irrealität unserer Wünsche und die Angst, daß ›Beruf‹ nichts anderes heißt als irgendwo angepaßt arbeiten zu müssen. Wir beschließen, im kommenden Semster unsere Arbeit auf die Seminare zu verlegen, da noch keiner von uns ›soweit‹ ist, die Uni zu verlassen. Wir wollen Formen und Inhalte kritisieren, aufzeigen, daß es so, wie es ist, nicht weitergehen kann, Praxisbezug fordern und aus dem abgehobenen linken Theorieballon die Luft rauslassen. Praktisch soll das so aussehen, daß wir auch in den Seminaren Rundum-Gespräche führen, um uns kennenzulernen und um gemeinsam einen Seminarplan zu entwickeln.

Zurück am OSI scheitert unser ganzes Vorhaben bereits an der Vermittlung unserer Überlegungen. Wir wirken destruktiv, im Seminar versteht uns keiner. Großen Anklang findet allerdings die ›Besetzung‹ eines Raumes am Institut, den wir zum Kommunikationszentrum umgestalten wollen. An fast allen Fachbereichen und der PH werden in den nächsten Wochen ebenfalls Räume besetzt.

Die wichtigste Aktion in diesem Semester soll eine Aktionswoche werden, in der wir durch Spiele, Theater, Musik usw. den Lernbetrieb OSI unmöglich machen wollen. So überlegen wir uns den einzelnen Seminaren entsprechende Aktionsformen, die den jeweiligen Inhalt bzw. den Dozenten in Frage stellen sollen. Bei uns, einem ›traditionell‹ linken Institut, gibt es nämlich ganz besonders berühmte Marxisten, die ihre Seminare als autoritäre Vorlesung durchziehen, als ›kleinen Beitrag zur allgemeinen Repression in der BRD‹. Was sich in diesen Veranstaltungen der hohen Wissenschaft abspielt, ist bestenfalls mit einer müden Kino- oder Theatervorstellung vergleichbar; ein gähnendes Publikum vor einem linken Clown. – Aus unserem Seminar-Theater wird nichts: die »Wucht der Geschichte« überrollt uns:

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Die Germanisten streiken! Zwei Dozenten, KPD-Wahlaufruf-Unterzeichner, sollen entlassen werden.

Sollen wir einen Solidaritätsstreik machen? In der OSI-Initiative (Ini) sind alle dafür: uns ist klar, daß wir hier *exemplarisch* zwei Berufsverbote

verhindern müssen. Außerdem: endlich kann dieser Scheißseminarbetrieb lahmgelegt werden. Zeit und Freiraum für schon lange fällige politische Diskussionen . . .?
Wir gehen in die Seminare und lassen dort über einen Solidaritätsstreik abstimmen: tatsächlich befürwortet die überwältigende Mehrheit einen Streik. Auf der OSI-Vollversammlung wird er endgültig beschlossen. Die Stimmung: das Maß ist voll!
Die Germanisten leiern eine Uni-Vollversammlung an. Das Audimax proppenvoll, die Inis berichten, daß die Urabstimmungen für einen Streik fast überall positiv ausfallen: das Streikbarometer steigt, minutenlanger Beifall für jeden neuen streikenden Fachbereich.
Berufsverbot wird anscheinend von allen als die Spitze der Unverschämtheit der ganzen materiellen und politischen Repression, die wir Studenten tagtäglich erfahren, empfunden. Wir wollen diese massenhafte Existenzangst endlich in Widerstand umsetzen. Selbst viele vorher Unpolitische werden mitgerissen. Der Streik breitet sich mit Windeseile aus. Fast sämtliche Hochschulen und Fachhochschulen und der Zweite Bildungsweg in Berlin treten in Streik. Natürlich haben alle noch ihre speziellen Forderungen, aber die wichtigste Forderung ist die nach Zurücknahme dieser und aller Berufsverbote. An der FU bildet sich ein zentraler Streikrat aus jeweils mehreren Vertretern der Fachbereichsstreikräte, später sogar ein regionaler Streikrat für alle Hochschulen, er soll die Bewegung koordinieren. Die Publizisten übernehmen die Aufgabe, einen zentralen »Streikkurier« herauszugeben, die Film- und Fernsehakademie dreht einen Film . . .
In der ersten Streikwoche laufen wir mit einem euphoriebeschwipsten Schmetterling im Bauch herum. Im OSI wie an vielen Fachbereichen: Streikcafeteria als Treffpunkt und Quatschfreßsaufzentrum, Flugblätter und Streikinfos herstellen, Streikposten stehen, Feten organisieren, Streikprogramm auf die Beine stellen. Die Seminare bieten Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen an: Berufsverbote, Prüfungsordnung, Brokdorf, Kulturabende, Filme. Von morgens bis abends sausen wir durch die Gänge, Aufgaben erledigen, immer neue Leute treffen, quatschen, diskutieren. Eine Telefonkette für eventuelle Bulleneinsätze . . .
Demos, Vollversammlungen, zentrale Diskussionsveranstaltungen, Theater, Lieder: Wehrt euch, leistet Widerstand gegen das Berufsverbot im Land!, die ersten Bulleneinsätze bei den Medizinern – und viele der vormals hörwilligen Studenten schlagen sich auf unsere Seite, immer neue Mobilisierung, immer neue Wut!
Am 2. Dezember werden Christioph und Peter vom OSI von einem zivilen Staatsschutztrupp überfallen und verhaftet, als sie versuchen, sich mit Flugblattverteilern der rechtsradikalen CARP-Sekte[9] auf dem Campus auseinanderzusetzen. Die Staatsschutzleute hatten diese Falle offensichtlich

aufgestellt, um »Hintermänner des KSV« zu schnappen, die ihrer Meinung nach die Drahtzieher und Rädelsführer des Streiks waren. »Sie wollten den Kopf der Bewegung, und sie haben in der Tat auch den Kopf der Bewegung gefaßt, nämlich zwei ganz normale unorganisierte Studenten« (Uwe Wesel). Die beiden kommen mit der völlig absurden Begründung der Flucht- und Verdunkelungsgefahr in U-Haft. Ein Solidaritätskomitee wird gegründet. Die Folge: massenhafte Solidarität für die beiden, eine Demo und Kundgebung nach der anderen, Bullenbullennichtsalsbullen.
Als wir in den Demos durch die Straßen gehen, kommt mir wieder der Gedanke, der so oft von uns und mir verdrängt wird: wie wirken wir überhaupt auf die Außenstehenden, auf die Bevölkerung? Eine alte Frau reißt ein Fenster auf und schreit: macht weiter so, Jungs! Aber sonst immer nur die alten Sprüche, geht doch nach drüben und so, und eiskalte Ablehnung. Wie schaffen wir es denn bloß, daß die Leute erkennen, daß zwischen den Berufsverboten und ihren Problemen wie Arbeitslosigkeit usw. ein politischer Zusammenhang besteht? Wir schreiben ein paar »Bevölkerungsflugblätter«: »Liebe Berliner« usw., aber es gibt kaum Reaktionen, außer von der Presse, die uns im Laufe des Streiks ernster zu nehmen beginnt.
Die Bullen verhindern blutig eine Besetzung des Präsidialamts, nachdem sich der Herr Präsident der FU geweigert hatte, zu den Berufsverboten und den Festnahmen der beiden Stellung zu nehmen. Noch nie habe ich Bullen so nahe vor mir so brutal zuschlagen sehen . . . Später erscheint dieser Herr denn doch noch auf der Univollversammlung, wo er uns nur sagen kann, daß wir von gewalttätigen Radikalinskis verführt worden seien. Brüllendes Gelächter von über 3000 »Verführten«.
Das alles schließt uns nach außen fest zusammen, die Wut, die erfahrene Repression, die Bullenknüppel, die Hetze und Verdrehung in den Zeitungen. Auch die Studenten an vorher ziemlich unpolitischen Fachbereichen beginnen sich zu wehren.
In den Fachbereichen entwickelt sich Dynamik: alte Kommunikationsformen zerbrechen, auch die Mitglieder der Inis werden in alle Winde zerstreut, neue Formen entstehen: z. B. die Streikräte, dann endlich der Freiraum für politische Diskussionen und Gespräche, aber auch das Chaos, die Hektik, der Streß, der Zeitdruck, der politische und persönliche Diskussionen immer wieder verhindert. Fast alles rennt schließlich ins Solidaritätskomitee, dadurch wirds im Streikrat immer schwieriger, das Streikprogramm bricht fast völlig zusammen. Die einen sind überlastet, die anderen fühlen sich überflüssig, Mackerstrukturen: immer die gleichen Leute reißen die politische Verantwortlichkeit an sich, lassen neue Leute nichts dazulernen, verhindern Integration – Unsolidaritätskomitee. Wer nicht vorher schon einen festen sozialen Zusammenhang hatte (ein stabiles Seminar, eine Ini, ein Studienkollektiv oder eine Arbeitsgruppe), und das sind die Wenig-

sten an dieser Scheißuni, fällt irgendwann raus, fühlt sich verarscht, bleibt zu Hause. Immer mehr stimmt die »Basis« mit den Füßen ab . . .
Kurz vor Weihnachten wird der Streik ausgesetzt. Die Univollversammlung stellt ein Ultimatum an die Senats- und Uni-Bürokratie: Zurücknahme der Berufsverbote und Freilassung von Christoph und Peter, sonst wird nach Weihnachten weitergestreikt. Fröhliche Weihnacht!
Von wegen: weil Christoph und Peter immer noch in der U-Haft schmoren, besetzen wir Studenten kurz vor Weihnachten eine Kirche in der Nähe des Knasts. Die erhoffte Reaktion der Öffentlichkeit (Presse) bleibt auch nicht aus, und tatsächlich kommen die beiden noch vor Weihnachten aus dem Knast!
Im Januar wird beschlossen, trotz der Freilassung von Christoph und Peter weiterzustreiken: für die Zurücknahme der Berufsverbote. Die Reaktion der Bürokratie ist massiv: Zuckerbrot und Peitsche.
Was niemand erwartet hatte: wir erreichen tatsächlich, daß die beiden Germanistikdozenten weiterarbeiten.
Andererseits wird gegen uns Studenten umso härter durchgegriffen: etliche Straf- und Ordnungsverfahren gegen »Störer«, Auslagerung von Lehrveranstaltungen vor allem der PH an Berliner Schulen mit Polizeischutz. Unbeabsichtigte Nebenwirkung: auch Schüler beginnen sich zu fragen, was die Bullen vor ihrer Schule für eine Berechtigung hätten.
Doch wir sind alle schon etwas müde. Die Abbröckelung ist ziemlich fortgeschritten, immer weniger Studenten kommen noch in die Uni, die Seminare treffen sich kaum mehr. Ein Berg unaufgearbeiteter Probleme des Streiks erschlägt uns fast: was ist aus den Streikaktivitäten geworden, wo liefen Diskussionen unsolidarisch, warum bleiben die Leute inzwischen lieber zu Hause, wie können wir die Diskussionen, die produktiv waren, vermitteln? Doch die Leute, die das betrifft, kommen nicht.
Auch auf der zentralen Ebene Schwierigkeiten: die Unklarheit, ob der zentrale Streikrat jetzt automatisch in den UStA-Rat übergehen soll, wie es eigentlich auf der Univollversammlung vor Weihnachten beschlossen wurde. Verselbständigungsprobleme: die Delegierten aus den Inis (oder Fachbereichsvollversammlungen) werden nicht mehr ausreichend »kontrolliert«, fehlende Vermittlung zwischen Basis und »Zentrale«, weil der Basiszusammenhang im Streik flöten gegangen ist und/oder weil die Restbasis mit Fachbereichsproblemen überlastet ist und nicht erkennen kann, was ihr da der UStA konkret helfen könnte.
Aber am OSI hat sich etwas ganz Neues getan: im Streik ist aus der Kritik am bisherigen Studium und an linken Seminaren (die man heutzutage nur noch daran erkennen kann, daß der Raum so voll ist und die Reden so leer) ein Plenum von Studenten und Lehrbeauftragten gegründet worden: wir diskutieren die Möglichkeit eines Alternativ-Studiums: Leute mit der glei-

chen Berufsperspektive (im OSI Lehrer und Politologen mit der unterschiedlichsten Spezialisierung) schließen sich zu verschiedenen Kollektiven zusammen, um außerhalb der Uni bei jeweils speziellen (auch alternativen) Projekten gemeinsame Praxiserfahrung zu machen. Diese wollen wir wiederum in der Uni in entsprechenden Seminaren und mit entsprechender Theorie (endlich mal Theorie, die mit unseren Erfahrungen was zu tun hat und sie erklären kann) rückvermitteln. Es bilden sich mehrere berufsbezogene Arbeitsgruppen: Lehrer-AG, AG Jugend- und Sozialarbeit, AG Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, AG Medien & Kultur und als besondere und übergreifende die AG Alternative Ökonomie: wie und wo können wir Projekte durchsetzen, wie sichern wir dadurch auch unsere Reproduktion?

Goldene oder leicht verderbliche Früchte?

Wir wollen noch einmal kurz unsere Geschichte zusammenfassen.

Nach der Bewältigung unserer anfänglichen Orientierungsschwierigkeiten entsteht die Initiative, in der wir uns organisiert an den damaligen ›Politikmonopolisten‹ abarbeiten. Langsam bekommen wir Selbstbewußtsein und finden zu eigenen Politikformen. Im Gegensatz zu den Organisationen, deren Politik sich immer ›notwendig‹ aus der dogmatischen Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung ableitet, gehen wir mehr und mehr dazu über, von unseren Bedürfnissen ausgehend die Verhältnisse und unsere Möglichkeiten einzuschätzen, um Politik zu machen. Teilweise bestimmen sogar nur noch ›unsere Bedürfnisse‹ die Aktionen, die auf andere Studenten ziemlich arrogant gewirkt haben müssen: eine kleine Gruppe von Leuten, die sich anscheinend fürchterlich lieben, versucht nur noch ihre eigenen Aktionen, Malereien und Feste durchzuziehen.

Dadurch, daß wir von außen als fester Block erscheinen, in den schwer hineinzukommen ist, aber ›innen‹ große Schwierigkeiten haben, verbindlich miteinander Politik zu machen, kommen wir darauf, daß unsere Verhaltensformen bzw. geheimen Normen wie Lockerheit, Immer-lieb-lächeln und nur nach Lust völlig unverbindlich arbeiten, auch einmal infrage gestellt werden müssen. Während und nach dem Streik wird uns deutlich, welche unterschiedlichen Motivationen und Vorstellungen sich in der Initiative gesammelt haben und wie wenig wir wissen, was wir sowohl politisch als auch berufs- und lebensperspektivisch weiter miteinander wollen.

Es ist uns auch klar geworden, daß diese Bewegung zuerst einmal versuchen muß, ihre eigenen Interessen an der Hochschule zu organisieren, und noch gar keine klaren politischen Perspektiven auf die Gesellschaft haben kann. Unterschiedliche politische Vorstellungen werden oft hintan gestellt, meist noch gar nicht klar herausgeschält. Ein Ausdruck davon ist, wie wenig wir in der Initiative auf die Beine gestellt und wie viel wir ohne jede Produktivi-

tät gelabert haben. Aber das ist nun mal der Stand der Bewegung, und da würde es auch nichts helfen, wenn einige Obermacker uns von oben die Wahrheit eingeben würden. Denn die Bewegung steht und fällt mit der Praxis und der kollektiven Reflexion an der Basis links unten, die keine neue Kaderzentrale will.

Aus der zu objektivistischen Politik der ML-Parteien ist auf unserer Seite eine manchmal zu subjektivistische Politik geworden; genauso wie bei uns aus dem Theoriefetischismus des Seminar-Marxismus eine gewisse Theoriefeindlichkeit entstanden ist: nicht nur am OSI, sondern überall an den Hochschulen, wo Marxismus gelehrt wird, revoltieren wir heute auch gegen die Errungenschaften der Revolte von '68, denn die marxistische Wissenschaft abstrahiert in ihrer Seminar-Spielart häufig von jeglicher und damit auch unserer eigenen Praxis, außerdem von unseren lebensgeschichtlichen Erfahrungen und berufsperspektivischen Problemen. Sie wird durch die Bedingungen der bürgerlichen Uni zur Akademisierung gezwungen und reproduziert sich dann in den Seminaren in den alten Herrschaftsstrukturen – solange wir nichts dagegen unternehmen.

Früher versuchten wir, das Problem eher formal durch Studienkollektive zu lösen. Durch unser jetzt anlaufendes Projekt des berufs- bzw. praxisorientierten Studiums wollen wir es inhaltlich umfassender angehen. Wir wollen der drohenden Arbeitslosigkeit ihren drohenden Charakter nehmen, politische Anpassungsprozesse und das Ausflippen (denn ständig steigt die Zahl der Hochschulabgänger ohne Abschluß) verhindern, indem wir kollektive und stabile Zusammenhänge schaffen aufgrund gemeinsamer Berufsziele; wir wollen uns mit unserer Berufsperspektive auseinandersetzen und in die Praxis gehen, um daraus Kriterien und Anforderungen fürs Studium selbst zu entwickeln. Das scheint uns wichtig, weil wir nicht von vornherein wichtige Positionen (z. B. Lehrer) aufgeben oder ignorieren wollen und andererseits nicht glauben, daß wir uns einfach in Arbeiter verwandeln können, unsere ganze (wenn man will kleinbürgerlich geprägte) Identität so ohne weiteres über den Haufen schmeißen können.

Und schon sind wir in einer neuen Gefahr: daß wir uns auf diese neue Möglichkeit als Allheilmittel fixieren. Uns könnte der Blick für andere gesellschaftliche Probleme (z. B. Brokdorf, Stammheim) in der Initiative verlorengehen, wenn wir jetzt nur noch in den berufsorientierten Arbeitsgruppen rumsitzen. Überdies könnte sich die ganze Bewegung wegen der verschiedenen (Berufs-)interessenschwerpunkte spalten: so daß sich, statt wie früher Individuen, heute kleine Grüppchen ihre je eigene Perspektive zusammenbasteln und nichts mehr nach außen vermitteln. Eine unserer größten politischen Aufgaben wird in Zukunft also auf der Vermittlung, Koordination und Veröffentlichung unserer Diskussionen, Projekte und Ideen liegen. Das wirft natürlich ungeheure Probleme auf, allein schon

organisatorisch, aber: Die neu geschaffene Solidarität darf nicht wieder in der alten Konkurrenz untergehen.
Wie machen wir leicht verderbliche Streik-Früchte zu goldenen?

Anmerkungen

Wir danken allen Berliner Rebellen und grüßen alle Stadtindianer in Italien und anderswo.

1 Der Hungerstreik wird im November 1974 auf einer OSI-Vollversammlung von Prof. Flechtheim vorgeschlagen, ca. 200 Studenten beteiligen sich, um die Forderungen der Politischen Gefangenen: Aufhebung der Isolationshaft und freie Arztwahl, zu unterstützen.

2 In Berlin vor allem der KSV (Studentenorganisation der KPD), die KHG (Studentenorganisation des KBW), ADS (der SEW (= DKP in Westberlin) nahestehende Studentenorganisation), SEW-Hochschulgruppe. SHB und Jusos spielen kaum eine Rolle.

3 In dieser Plattform werden die Berufsverbote auf juristischer und politischer Ebene kritisiert; dabei beruft man sich auf die in der Verfassung verankerten demokratischen Grundrechte, ohne die Beteiligung am Kampf gegen die Berufsverbote an die positive Einstellung zur Verfassung insgesamt zu binden.

4 Fachbereichsprobleme sind z. B. die »Personalstrukturreform«: die Umwandlung von Assistentenstellen, die vom Fachbereich besetzt werden (und zum großen Teil von Linken eingenommen werden), in Professorenstellen auf Lebenszeit, deren Besetzung letztlich vom Senator entschieden wird. Dann die chaotische Struktur des Lehrangebots, die stärker werdende materielle Knappheit an Papier und Druckmaterial für Seminare aufgrund der Kürzungen des Fachbereichs- bzw. Uni-Etats (Sparmaßnahmen des Senats) usw.

5 In ca. 10 Fachbereichen kandidieren und bekommen die Initiativen-Basisgruppen gleichzeitig mit uns auf Anhieb fast die Hälfte oder noch mehr der Stimmen. Das spektakulärste Ergebnis ist die Ablösung des ADS-AStA an der PH durch die »LAUS«, die Liste der aktiven unorganisierten Studenten.

6 1969 wurde der FU-AStA im Rahmen der Hochschulreform im Tausch gegen (heute abgeschaffte) Mitbestimmungsrechte aufgelöst.

7 Die wichtigsten Grundsätze der UStA-Arbeit sind dessen Leitlinien: der UStA versteht sich als Bestandteil einer antikapitalistischen Bewegung; im UStA haben die Frauen und die Ausländer das Recht auf ein autonomes Referat; der UStA begreift das Studium als Übergangsphase zum späteren Beruf; der UStA tritt für den Aufbau eines AStA's ein mit folgenden Rechten: basisdemokratischer Aufbau, imperatives und politisches Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit. Wichtig sind außerdem folgende organisatorische Prinzipien: rätedemokratischer Aufbau, radikales Öffentlichkeitsprinzip.
Über den UStA und diese Grundsätze wurde auf der Univollversammlung während des Streiks abgestimmt. Über die programmatische Arbeitsperspektive konnte man bisher noch keine Einigung erzielen.

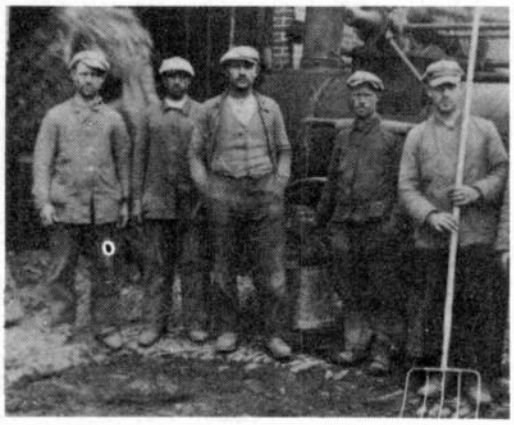
8 In der OSI-Initiative treffen sich normalerweise ca. 60 Leute, allerdings gibt es eine große Fluktuation.

9 Die CARP ist die Studentenorganisation der »Vereinigungskirche« (moon-Sekte), eine religiös getarnte faschistische CIA-Filiale aus Südkorea. Mit zahlreichen internationalen faschistischen Organisationen bildet sie die militante »world anticommunist league«, die selbst der CSU zu rechtsradikal ist.

Syndikat

Onno Poppinga / Hans Martin Barth / Hiltraut Roth
Ostfriesland – Biographien aus dem Widerstand
192 Seiten. Kleinformat. Kartoniert. DM 14,–

Die Autoren haben Überlebende des antifaschistischen Widerstandes in Ostfriesland und Angehörige seiner Opfer aufgesucht und dazu motiviert, zu erzählen, was sie erlebt haben, speziell zwischen 1933 und 1945, aber auch in den Jahrzehnten davor und danach. So entstand eine kommentierte Dokumentation, die politische Geschichte als Sozialgeschichte darstellt und aufschlüsselt.



Johann August Schülein
Selbstbetroffenheit
Über Aneignung und Vermittlung sozialwissenschaftlicher Kompetenz
232 Seiten. Kleinformat. Kartoniert. DM 14,–

Die Erwartungen und Interessen der Studierenden, ihre persönlichen und sachlichen Ansprüche an die Universität stoßen in dieser auf die Forderungen und Zumutungen institutionalisierter Wissenschaft und Wissenschaftlichkeit, die für sich eine zweifelhafte Objektivität in Anspruch nehmen. Daß sich dieser Zusammenstoß nicht immer und nicht sogleich in einer braven Vermittlung des Einzelnen mit dem Allgemeinen glättet, hat sich in den letzten Jahren zumal im Bereich der Sozialwissenschaften häufig gezeigt, ohne daß diese den hier angelegten Konflikt in einer gleichsam hochschuldidaktischen Selbstreflexion aufgegriffen hätten. Die vorliegende Arbeit, die aus Erfahrungen des Hochschulalltags hervorgegangen ist, versucht, einige Schritte in dieser Richtung zu tun. Dabei steht sie von ihrer Fragestellung, aber auch von ihrer Entstehung her im engsten Zusammenhang mit der Sammlung von Arbeiten *Zur Kritik der Hochschuldidaktik*, die gleichzeitig im Syndikat erscheint.

Theodor Gottlieb von Hippel
Über die bürgerliche Verbesserung der Weiber
Nachwort von Ralph-Rainer Wuthenow
276 Seiten. Kleinformat. Halbleinen. DM 20,–

In der Französischen Revolution kämpften viele Frauen zusammen mit den Männern um die bürgerlichen Rechte, aber die revolutionäre Gesetzgebung versagte ihnen diese Rechte – das wirft Hippel, ein deutscher Jakobiner, ihr vor.

Constantin François de Volney
Die Ruinen oder Betrachtungen über die Revolutionen der Reiche
Deutsch von Dorothea Margareta Forkel und Georg Forster
Mit der Vorrede von Georg Forster und einem Nachwort von Günther Mensching
368 Seiten. Kleinformat. Halbleinen. DM 28,–

Michel Leiris
Die eigene und die fremde Kultur
Ethnologische Schriften
Aus dem Französischen von Rolf Wintermeyer
Herausgegeben und mit einer Einleitung von Hans-Jürgen Heinrichs
252 Seiten. Großformat. Kartoniert. DM 28,–

Aus dem Inhalt: Rasse und Zivilisation / Ethnographie und Kolonialismus / Kulturelle Aspekte der Revolution / Die Besessenheit und ihre theatralischen Aspekte bei den Gondar / Das Heilige im Alltagsleben.

Bitte schicken Sie mir regelmäßig Informationen aus dem Syndikat

Adresse (bitte in Druckschrift)

(Name) (Vorname)

(Straße, Nr.) (Ort)

bitte ausschneiden und einsenden an:
Autoren- und Verlagsgesellschaft Syndikat
Savignystr. 61 - 63, Postfach 174003
6000 Frankfurt/Main 1
Tel. 0611/751801-751781

Neu im HanserVerlag

Love's Body

Von Norman O. Brown
Wider die Trennung von
Geist und Körper, Wort und Tat,
Rede und Schweigen
Mit einer Kritik von Herbert Marcuse
Carl Hanser Verlag

260 Seiten. DM 26.–

»›Love's Body‹ ist ein modernes Gegenstück zu ›Also sprach Zarathustra‹.«
M. Green in ›Commenweal‹.

»Browns Werk gehört zu den aufregendsten Beispielen der jüngsten amerikanischen Geistesgeschichte.«
›Choice‹

Fred Viebahn. „Larissa oder die Liebe zum Sozialismus". Roman. 198 Seiten. Hochglanzbroschur. DM 18,—
ISBN 3-88097-024-6 2. Auflage!
Albert Abt, ein westdeutscher Intellektueller aus der aufmüpfigen Studentengeneration um 1968, linksliberal und ein bißchen anarchistisch, reist Mitte der siebziger Jahre mit einer Delegation in die Sowjetunion. Seine Vorurteile will er zu Hause lassen, aber das Land des „realen Sozialismus" konfrontiert den utopischen Sozialisten vom Rhein zwangsläufig wieder damit, und diese Konfrontation erhält umso persönlichere Züge, je intensiver seine Beziehung zu Larissa wird, einer jungen russischen Kommunistin, die den offiziellen Auftrag hat, die Delegation zu begleiten.

Peter Paul Zahl: „Wie im Frieden". Linson. 152 Seiten. DM 18,—. ISBN 3-88097-017-3
Der Band „Wie im Frieden" stellt Texte vor, die P. P. Zahl seit 1972 in der U-Haft geschrieben hat.
In der „strengen Einzelhaft" entstand „Literatur wirklich als Instrument zum Überleben. Auch als Barometer und als Form der Kommunikation. Vor allem: Als Aufforderung an andere, an die draußen, nicht die Hoffnung aufzugeben, weiterzumachen, nicht in Resignation zu verfallen, Politik in der ersten Person zu machen, vom ich zum wir zu gelangen. Literatur als Experimentierfeld sozialer Phantasie. Trotz alledem —"

Literarischer Verlag Helmut Braun KG
Dünnwalder Mauspfad 390
5000 Köln 80
Telefon 0221 - 601457

Hans Jürgen Benedict
Bürger, Linke und Gewalt
Ein subjektives Plädoyer für einen radikalen Pazifismus der Bürgerinitiativen

»Neulich im Bundestag bei der Energiedebatte tobte Stoltenberg – der Nacht- und Nebel-Akteur, der chemische Keulenschwinger: Was hat sich denn geändert in den letzten acht Monaten? Graf Lambsdorff gab bittere Auskunft: Das Bewußtsein! Ja eben, und Gott sei Dank.« Heinz Brandt in Itzehoe

Wer von uns ist sie nicht leid, diese linken studentischen Demonstrationszüge durch die Innenstädte von Berlin, Frankfurt oder Hamburg. Kalt sind die Städte, durch die Betonschluchten von Kaufhäusern, Banken, Konzernzentralen pfeift der Wind, kalt sind die Menschen, die an Straßenrändern stehen: verständnislos und gleichgültig schauen sie uns zu, höchstens belustigt über den bunten Aufzug oder verärgert über die Verkehrsstörung. Nirgends empfand ich diese Isolation als so bedrückend wie beim Pfingstkongreß des Sozialistischen Büros in Frankfurt. Wir waren guter Dinge im Demonstrationszug, lachten, sangen, riefen unsere Parolen – keine Resonanz, keine Reaktion, eine Mauer des Unverständnisses zwischen den Demonstranten und der Bevölkerung, ein garstiger Graben tief und breit, schier unüberwindbar. 20 000 Kundgebungsteilnehmer waren auf dem Römerberg – die bürgerliche Presse, der Rundfunk und das Fernsehen aber verhängten eine (fast) totale Nachrichtensperre, die Gettoisierung war nahezu perfekt.

In der Bewegung gegen Kernkraftwerke scheint es möglich, diese Isolation zu überwinden. Die Initiativen waren unabhängig von der linken Bewegung entstanden; erst in dem Maße, in dem sie ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerieten, wurde auch die Linke aufmerksam. Wyhl – das war wahrhaftig keine Veranstaltung von Demonstrationstouristen, sondern Volksauflauf, Volksbewegung. Die Bürger, die »Gaffer« hatten sich nicht eingereiht, sondern selbst die Initiative ergriffen. Das Bild bei den Demonstrationen sah nun endlich anders aus: sicherlich, in der Mehrzahl immer noch studentisch-jugendlich, aber es waren auch viele Bauern, Winzer, Arbeiter und Hausfrauen dabei.

Das war Wyhl. In Brokdorf änderte sich das Bild total. Hier war die »Volksbasis« sehr viel schmaler als in Wyhl. So dominierten bald wieder die studentischen Gruppen. Aber immer noch war das soziale Spektrum der Teilnehmer breiter als bei den vergangenen Vietnam- oder Berufsverbotsdemonstrationen. Zu der Kundgebung am 13. 11. 76 in Brokdorf kamen Tausende von »Normalbürgern«, die über die Polizeibrutalität und das Vorgehen Stoltenbergs empört waren. Mit Recht fragte Gerhard Bott in

Panorama: Selbst wenn 2000 »Chaoten« dabei waren, was ist mit den restlichen 28 000?
Ich gestehe, es ist ein phantastisches Gefühl, in den Zielen einer Demonstration nicht total getrennt zu sein vom Bewußtsein der Bevölkerung, sondern gegen Zustände zu demonstrieren, die auch der Bevölkerung Sorge bereiten. Es klingt lächerlich, aber mich haben die Meinungsumfragen, die von immer wachsenden Zahlen der Kernenergiegegner sprachen, über die Maßen euphorisch gemacht: 80% befürworten ein Moratorium, 60% wären bereit, infolge eines Verzichts auf Kernkraftwerke Energieeinbußen hinzunehmen. Ich kann es kaum glauben; sind das dieselben Leute, die vor zwei Monaten noch schimpften oder müde abwinkten, wenn ich ihnen ein Brokdorf-Flugblatt in die Hand drücken wollte?
Ist das kein Erfolg, daß das Volk, wenn schon nicht in der Realität, so doch wenigstens in der Statistik auf die Barrikaden geht? Denn die Loyalitätsverweigerung per Meinungsumfrage ist kein Blatt für die Aktenordner der Behörden, sondern kann enorme politische Auswirkungen haben.

1. Die Chancen der ökologischen Bewegung

1973 schrieb H. M. Enzensberger über die Umweltschutzinitiativen:

»Der harmlose Eindruck, den diese Unternehmungen machen, kann leicht über die Reserven an Militanz hinwegtäuschen, die hier verborgen liegen . . . Wenn die Hypothesen der Ökologen sich auch nur zu einem Bruchteil bewahrheiten sollten, dann werden die ökologischen Aktionsgruppen zu einem innenpolitischen Faktor ersten Ranges werden, der nicht mehr zu ignorieren ist . . . Die Borniertheit dieser Initiativen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in ihnen der Keim einer möglichen Massenbewegung steckt.« (*Kursbuch 33*, S. 7)

Was damals manchen Lesern als Übertreibung erscheinen mochte, hat sich inzwischen als exakte Prophetie erwiesen: die Umweltschutzbewegung *ist* ein innenpolitischer Faktor ersten Ranges, sie *hat* die Umrisse einer Massenbewegung. Nicht vorhersehbar war damals, woran genau sich das ökologische Krisenbewußtsein festmachen und in Massenaktionen umschlagen würde. Man wußte ja: Flüsse, Seen und Wälder sterben langsam und leise, die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen vollzieht sich in Raten, die ökologische Katastrophe tritt nicht konzentriert auf (wie in Seveso), sondern verteilt sich auf geschickte Weise so, daß der große Protest ausbleibt. Von den Risiken der Kernenergie redeten 1973 nur wenige, und einen Massenprotest gegen *Atomkraftwerke* vorauszusagen, dazu hätte es in der Tat seherischer Qualitäten bedurft. Und doch waren die Keime dieser Massenbewegung längst vorhanden und begannen sich zu regen. Die Bundesregierung hatte 1971 einen massiven Ausbau der Kernenergieerzeugung beschlossen. Profitinteressen und internationale Wettbe-

werbsfähigkeit der westdeutschen Elektrokonzerne spielten dabei eine wichtigere Rolle als die Sicherung der Energieversorgung. Der Öffentlichkeit wurde der Atomstrom von den Energieunternehmen als billige und saubere Energie verkauft. Die ersten kommerziellen Atomkraftwerke in Würgassen, Stade, Biblis, Neckarwestheim und Brunsbüttel wurden ohne nennenswerte Proteste genehmigt, gebaut und ab 1972 in Betrieb genommen. Dann schockte im Oktober 1973 die »Ölkrise«, welche die Richtigkeit dieser alternativen Energiesicherung zu bestätigen schien. Doch in der Bevölkerung wirkte sie sich anders aus, als zu erwarten gewesen wäre: einmal führte sie im Zusammenhang mit der beginnenden Wirtschaftskrise zu einer Reduzierung des Energiewachstums, zum andern veränderte sie, verstärkt durch die Diskussion über die Grenzen des Wachstums und die Umweltzerstörung, auch das Energiebewußtsein. Die Voraussetzungen für breiteren Widerstand gegen den Ausbau der Kernenergie waren gegeben. Es fehlte nur noch der zündende Funke. Dieser Funke wurde im oberen Rheintal ausgelöst. Nachdem der Einspruch zahlreicher Bürger verhindert hatte, daß Breisach Standort für ein Kernkraftwerk wurde, entschied sich die Baden-Württembergische Staatsregierung im Sommer 1973 für Wyhl. Doch in ihrer Hoffnung, die Angelegenheit hier leichter durchdrücken zu können, sah sich die Regierung getäuscht. Die bürokratische Arroganz, mit der sie die besorgten Bauern, Winzer und Hausfrauen behandelte, verschärfte den Widerstand. Er wurde lebendiger, massiver, phantasievoller, verband sich mit dem in Frankreich und in der Schweiz und griff nach der geglückten Bauplatzbesetzung im Februar 1975 auf das gesamte Bundesgebiet über: die Anti-KKW-Bewegung wurde Realität. Und nach der Nacht-und-Nebel-Aktion Stoltenbergs am 25. Oktober 1976 in Brokdorf wurde sie zu einer Massenbewegung.

»Die Borniertheit, die den meisten Gruppierungen dieser Art anhaftet, ist nicht von ungefähr: ihre Aktivität zielt gewöhnlich darauf ab, das jeweils gegebene Problem zu verschieben. Das ist auch gar nicht anders möglich, weil sie sich an partikularen Interessen artikulieren können.« (Enzensberger 1973, *Kursbuch 33*, S. 7)

Keinesfalls hämisch anzumerken ist: hier irrte Enzensberger, hier erwies er sich als schlechter Prophet. Aber an diesem Punkt irrten wir wahrscheinlich alle. Der Irrtum liegt in der Unterstellung, das Aufgreifen partikularer Interessen schließe eine Artikulation von Allgemeininteressen aus. Begünstigt wurde dieser Irrtum weniger von der Beobachtung, daß Bürgerinitiativen nach dem St. Floriansprinzip verfahren, als vielmehr von der Annahme, der egoistische Normalbürger wünsche, was er selbst nicht haben wolle, seinem Nachbarn auf den Hals. O heiliges Dogma: was wir der Arbeiterklasse an Solidaritätsfähigkeit immer wieder bescheinigen, sprachen wir dem Bürger wie selbstverständlich ab. Neben der theoretischen Voreingenommenheit liegt dabei eine Verwechslung der Phänomene *konkret* und

partikular vor. Die konkreten Interessen, an denen sich Umweltschutzinitiativen kristallisieren, sind notwendig lokal begrenzt. Sie sind aber nicht partikular. Denn das Kampfziel ist das gleiche: die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt und der Schutz der Natur. Die aus Streikbewegungen bekannte Parole »Euer Kampf ist unser Kampf« war nämlich eine der entscheidenden Erfahrungen der Umweltschutz- und besonders der Anti-KKW-Initiativen. Eine erfolgreiche Aktion, über die Massenmedien publikumswirksam verbreitet, ermunterte neue Gruppen, schuf ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, führte zu Formen intensiver Information und Kommunikation: man besuchte andere Gruppen, unterstützte ihre Aktionen, traf sich zu Regional- und Landeskonferenzen, schließlich zu bundesweiten Aktionen. Die Gefährdung durch Kernkraftwerke ist nicht lokal oder regional begrenzt, sie betrifft die Bevölkerung in einem Umkreis bis zu 100 Kilometern, beim größten anzunehmenden Unfall die gesamte Bundesrepublik. »KKW Nee« heißt auch »Partikularismus Nee!« Eine Politik des St. Florian ist darum ausgeschlossen, denn sie würde jede einzelne Initiative ad absurdum führen.

»Am anfälligsten für Öko-Katastrophen sind dagegen die überentwickelten Industrieländer des ›Westens‹. Nicht nur weil in Japan, in Westeuropa und in den USA die irreversiblen Anteile an der Zerstörung der Umwelt zweifellos am höchsten liegen, sondern auch, weil die theoretischen Möglichkeiten einer Tendenzumkehr dort auf systematische Schranken stoßen, die nur durch eine vollständige Umwälzung beseitigt werden können.« (Enzensberger 1973, *Kursbuch 33*, S. 39)

Diese Prognose muß nach der neuesten Entwicklung ein wenig vorsichtiger formuliert werden. Denn so entschieden, wie Enzensberger vermutet, ist eine Tendenzumkehr dann nicht auszuschließen, wenn der Anti-KKW-Bewegung eine Zurücknahme des Atomenergieprogramms gelingen sollte. Der Grund dafür ist die strategische Bedeutung dieses Programms: die friedliche Nutzung der Kernenergie sollte eines der größten ökologischen Probleme lösen: die Erschöpfung der fossilen Brennstoffe, ohne dabei die kapitalistische Produktionsweise und den kapitalistisch dominierten Weltmarkt anzutasten. Deswegen hat der Staat die wirtschaftliche Verwertung der Atomenergie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert – vor allem durch die Finanzierung von Forschung und Entwicklung sowie durch Gesetze, Verordnungen und massive Polizeieinsätze. Die Atomkraftgegner haben also einen wesentlichen Bereich innovativer Staatstätigkeit zur Sicherung der Kapitalverwertung angegriffen und schon jetzt zumindest eine *Reduzierung* der vorgesehenen Kernkraftanlagen erreicht. Das »bornierte«, »partikulare« Vorgehen bei der Standortwahl hat also schon heute zu einer kleinen »Tendenzumkehr« geführt: Das Energiewachstum wird, vorläufig jedenfalls, verlangsamt, alternative Energieträger werden entwikkelt, und Politiker und Konzernvertreter geben öffentlich zu: »es geht nicht so weiter wie bisher«. In diesem Sinne sind Umweltschutz- und Anti-

Atomkraft-Bewegung eine *konservative Revolution*. Sie greifen dem in die Katastrophe rollenden Wagen in die Speichen, wollen ihn zum Stehen bringen, um dadurch die Möglichkeit zur Umkehr zu eröffnen.
Zunächst einmal heißt die Forderung »kein Plutonium und kein zweites Ruhrgebiet für die Kinder«. Die nächsten Schritte sind noch offen, aber folgende Entwicklungen lassen sich denken:
1. Es werden nur kosmetische Reformen durchgeführt. Sobald sich die Szenerie beruhigt hat, läuft alles so weiter wie bisher; nur mit mehr Kontrolle: der Weg in den Atomstaat oder die Plutoniumsgesellschaft, der die Ökokatastrophe nicht erspart bleiben wird, wird weiterbeschritten.
2. Die Umweltschutzbewegung erzwingt im Alleingang eine Reduzierung des Wirtschaftswachstums und gefährdet damit die Stabilität des kapitalistischen Systems. Um dieser Gefährdung vorzubeugen, kommt es zu einer autoritär-faschistoiden Entwicklung, die die Profitinteressen der Großindustrie langfristig absichert.
3. Die Umweltschutzbewegung bildet mit ökologiebewußten Gruppen der Parteien und Gewerkschaften eine Koalition, die die Destruktivkräfte der Industrialisierung in den Griff zu bekommen versucht: fortschreitend von der Beseitigung der schlimmsten Mißstände zu einem Programm antikapitalistischer Reformen, das von der Entwicklung umweltfreundlicher und arbeitsintensiver Technologien bis zu einer gerechteren Verteilung der Energievorräte im Weltmaßstab reicht. Diese Möglichkeit ist nicht mit den ökologischen Sofortprogrammen zu verwechseln, die Enzensberger zu recht kritisiert. Sie setzt vielmehr sozio-ökonomische Veränderungen voraus, rechnet aber nicht mit einer »vollständigen Umwälzung«.

2. Die Linke in der Anti-KKW-Bewegung. Ausbruch aus der Isolierung?

Die Frage, welche der drei Möglichkeiten sich durchsetzt, ist auch für die Linke nicht nur akademischer Natur. Die Zeiten, da Enzensberger formulieren konnte, die Linke »verhält sich gegenüber der ökologischen Hypothese skeptisch und vermeidet es, mit rein ökologisch orientierten Gruppen Bündnisse einzugehen«, diese Zeiten sind seit Brokdorf vorbei. Seit den Auseinandersetzungen am Brokdorfer Bauzaun ist das gesamte linke Spektrum mit von der Partie, wenn es gegen Kernkraftwerke und Wiederaufbereitungsanlagen zu demonstrieren gilt. Die Umorientierung vollzog sich schnell und geräuschlos. Die Dynamik der Ereignisse, insbesondere seit Stoltenbergs Nacht-und-Nebel-Aktion, fegte alle Bedenken hinweg, die bislang gegen die Umweltschutzinitiativen bestanden. Man pfeift zwar noch, wenn der »Chef« der Umweltschützer Wüstenhagen seine Rede beginnt, aber am Ende wird auch ihm, dem Exponenten der bürgerlichen

Mehrheit der Initiativen, Beifall geklatscht. Und inzwischen sind die linken Gruppen bisweilen die »kämpferische Speerspitze« der Atomkraftgegner. Allerdings bescherte das Einströmen der Linken in die Anti-KKW-Bewegung dieser sogleich auch eine Reihe von Problemen. Die Spaltung der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) in «Gemäßigte« und »Radikale« war keinesfalls nur das Ergebnis der Machinationen Stoltenbergs, der SPD und DKP, wie einige linke Verschwörungstheorien suggerierten, sondern eine Folge des strikten Festhaltens verschiedener Gruppen an einer exklusiven Besetzungsstrategie ohne Rücksicht auf Baustop-Urteile und Einstellung der Initiativen am Ort. Immerhin – das Verbot der Demonstration am Bauzaun und das Bürgerkriegsaufgebot der Polizei bewirkten eine Solidarisierungswelle unter der Linken: eine Einschüchterung durch Schmidt und Stoltenberg und eine Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, *das* wollte die Linke trotz aller Differenzen nicht. Die Diskussionen der Frage »Gehen wir nach Brokdorf oder Itzehoe?« wurden nächtelang geführt; in linken Anti-KKW-Gruppen war der psychologische Druck auf die Befürworter der Itzehoer Demonstration sehr stark. Einige Gruppen entzogen sich schließlich dem Fetisch der Einheitsfrage und besetzten am 19. Januar kurzerhand den Bauplatz des Atomkraftwerks in Grohnde an der Weser.

Über 20 000 aber gingen nach Brokdorf, nicht nur die K-Gruppen, wie Rudi Dutschke den »Gemäßigten« in Itzehoe mitteilte, sondern auch die Spontis aus Frankfurt, Berlin, Göttingen und anderen Orten. Und Klaus Rainer Röhl fühlte sich beim Anblick der Demonstranten in Wilster an Berliner Zeiten von 1967/68 erinnert, ohne zu merken, was er damit sagte. Die erwartete Schlacht mit der Polizei blieb aus, weil die »Vernünftigen« sich gegenüber den »Verbalradikalen« durchsetzen konnten. Aber sowohl der in Wilster endende Marsch nach Brokdorf als auch die Demonstration in Itzehoe, wo die Bürger sich in ihre Häuser verkrochen hatten – waren sie nicht Zeichen dafür, daß der Aufbruch aus der Isolation bereits wieder in eine neue Isolation mündete? Wie steht es mit der Hoffnung, die das Editorial der Zeitung *links* vom März 1977 in zwei langen, komplizierten Sätzen formuliert?

»Die bundesrepublikanische Linke, die so lange über ihre mögliche Chancen gesprochen hat, in der Krise ihre Isolierung zu durchbrechen, hat hier, wenn auch anders als erwartet, die Möglichkeit, mit ihren Arbeitsansätzen an unruhigem und lernbereitem Bewußtsein anzuknüpfen. Wird sie zum gleichberechtigten Teilnehmer an dem Lernprozeß der Bürger, bringt sie ihre Erfahrungen ein, ohne deshalb die selbständige und gemeinsame Bewußtseinsbildung aller Kernkraftgegner zu unterbrechen, hilft sie, konkrete Erfahrungen zu verarbeiten, statt abstrakte Programmatiken auf- und durchzusetzen, fördert sie phantasievolle Handlungs- und Verhaltensalternativen, statt stereotype Klischees aus der Geschichte der Arbeiterbewegung vorzuzeigen, kann sie in bisher kaum erreichte Gesellschaftsschichten einbrechen, sozialistischer Politik eine neue Basis verschaffen und damit eine neue Qualität erreichen.«

Diese Sätze enthalten einen Katalog berechtigter Forderungen, gewissermaßen eine Gebotstafel für die Mitarbeit der Linken in der Anti-KKW-Bewegung. Wer aber auch nur einmal das Auftreten linker Gruppen auf einer Landeskonferenz der BUU erlebt hat, der weiß, wie sehr die in *links* skizzierten Chancen des gemeinsamen Lernprozesses gefährdet sind.

3. Zur Dialektik von Gewalt und Widerstand

Einer der strittigen Punkte zwischen »bürgerlichen«, »gemäßigten« und »linken«, »radikalen« Initiativen ist die Frage der Gewalt. Am Vorabend der Demonstration vom 13. November 1976 in Brokdorf hatten sich die beteiligten Gruppen verpflichtet, keine Gewalt gegen Menschen anzuwenden. Trotzdem flogen am nächsten Tag Steine auf Polizisten. Es war für mich ein Schlüsselerlebnis, daß ich zusammen mit anderen, die zum gewaltfreien Vorgehen aufriefen, ausgelacht wurde. Die Kontroverse über die Gewaltanwendung bei einem Platzbesetzungsversuch war die tiefere Ursache für die Spaltung der BUU. Da die linken Gruppen aus Hamburg Gewalt nicht ausschlossen, sondern lehrten: ›das Maß unserer Gewaltanwendung wird vom Vorgehen der Polizei bestimmt‹, rückten die Initiativen der Wilster Marsch und der Westküste von einer gemeinsamen Demonstration am 19. Februar ab. Ein Besetzungsversuch unter der Gewalt-Maxime konnte nach ihrer Meinung nur zu einer quasimilitärischen Auseinandersetzung führen, die den Bürgerinitiativen in dieser Situation (verunsicherte Politiker, Gerichtsurteile gegen KKWe) nur schaden könne.
Die Hamburger Gruppen riefen dann im Namen der BUU zur Demonstration in Brokdorf auf, wozu sie nicht ausreichend legitimiert waren, denn der Beschluß für Brokdorf war nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßt worden, was kein überzeugendes Argument für eine Großaktion ist. »Unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den Formen des Protests« forderten sie die »ehrlichen« AKW-Gegner auf, »durch ihre Teilnahme an der Großkundgebung ihren Willen zu zeigen, auch weiterhin für die Erfüllung ihrer Forderungen zu kämpfen«. Mit solchen Gummiformulierungen erhält jede Gruppe einen Freibrief für ein Vorgehen nach ihrem Geschmack, und die Auseinandersetzung mit der Gewaltfrage wird elegant umgangen.

»Wenn Leute verletzt werden oder sterben, so ist das dann deren persönliches Schicksal und kein Problem der Anti-KKW-Bewegung. Und schließlich war es ja der Staat, von dem die Gewalt ausging«,

kommentierte ironisch die *Graswurzelrevolution.*
Ist die Fixierung auf die Gewaltfrage nur ein Ablenkungsmanöver der Herrschenden, die die radikalen Gruppen kriminalisieren möchten? Soll

man sich auf diese Diskussion nicht weiter einlassen, sondern unter Berufung auf das Naturrecht des Widerstands gegen Unrechtsmaßnahmen auch schon mal zu Steinen, Schleudern, Knüppeln und Stangen greifen, wenn es gar nicht anders geht? Sind diese Aktionen, verglichen mit dem staatlichen Polizeiaufgebot und den Sicherungsmaßnahmen, überhaupt Gewalt? Wie sagte doch ein SDS-Mitglied im April 1968: »Eine tendenziöse Schlagzeile von *Bild* ist mehr Gewalt als ein Stein am Polizisten-Kopf.« Hatte nicht die Springer-Journaille vor dem 19. Februar mit ihrer Diffamierungskampagne einmal mehr massive Gewalt angewandt? Vieles an der gegenwärtigen Gewaltdiskussion erinnert an die Debatten von 1967/68 – mit dem einen signifikanten Unterschied: die Gewaltfrage wird nicht grundsätzlich diskutiert, niemand redet über die strukturelle Gewalt, wie sie im Zusammenhang von wirtschaftlicher Verfügungsgewalt, staatlichen Zwangsinstitutionen, Polizei- und Pressemacht entsteht. Die Gewaltproblematik wird ausschließlich unter strategisch-funktionalem Aspekt erörtert: ist Gewaltanwendung ein angemessenes Mittel, um das Aktionsziel »Kein KKW in Brokdorf und anderswo« zu erreichen? Bedeutet diese Spezifizierung der Gewaltfrage einen Fortschritt?

Wer den Kultusminister mit Steinen bewirft, um seiner Forderung nach kleinen Klassen Nachdruck zu verleihen, hat sicherlich das falsche Aktionsmittel gewählt. Im Unterschied zu vielen Bürgerinitiativen im soziokulturellen Bereich müssen die Initiativen gegen industrielle Großprojekte schon zu entschiedenem Widerstand bereit sein, wenn sie Erfolg haben wollen. Denn der Konflikt mit Staat und Industrie ist kein Kinderspiel oder, um mit Mao Tse-tung zu reden, »kein Deckchensticken«. Doch *Widerstand* und *Gewalt* sind nicht dasselbe. In den Bürgerinitiativen herrschte bislang Einverständnis darüber, daß dieser Widerstand gewaltfrei zu sein habe. Die These Claus Offes, daß Bürgerinitiativen nur bei »einer Kombination von Verhandlungsstrategien mit kalkulierten Gewaltakten« erfolgreich seien, stimmt nicht. Den meisten Bürgerinitiativen genügten die Mobilisierung der Betroffenen, die Aufklärung der Öffentlichkeit, Verhandlungen mit den Behörden, Klagen vor den Gerichten sowie Demonstrationen und Protestkundgebungen zum Erfolg. Kalkulierte Gewaltakte waren die Ausnahme. Auch handelte es sich nicht um Gewaltakte, sondern um Regelverletzungen, um illegale Handlungen, die nach dem Bürgerlichen Recht bestraft werden können. Die Besetzung eines Baugeländes oder eines Mietshauses, das Sit-in auf einer Straße laufen in der Regel gewaltfrei ab. Ihr Erfolg ist meist an den Überraschungseffekt gebunden: werden die anvisierten Objekte erst einmal von massiven Polizeikräften geschützt, ist eine gewaltfreie Aktion kaum noch möglich. Gewaltakte sind diese Handlungen allenfalls nach der herrschenden Interpretation, die die Interpretation der Herrschenden ist: ein gewaltloses Sit-in auf dem Gleiskörper einer Straßenbahn ist

nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1969 nicht nur gewaltsam, sondern rechtswidrige Nötigung. Die Verletzung von sog. Eigentumsrechten ist für den Staat Grund genug, draufloszuprügeln und mit dem Hinweis auf Putativnotwehr u. U. auch das Recht auf Leben aufzuheben.
Mit kalkulierten Regelverletzungen bzw. ihrer Androhung soll Druck auf die Behörden ausgeübt werden. Diese Regelverletzungen sind aber Druckmittel nicht deshalb, weil sie *reale* Gegenmacht darstellten, sondern weil sie diese *symbolisieren*, d. h. etwas von der Macht der Ohnmächtigen aufscheinen lassen, die *moralischer* und *nicht militärischer* Natur ist. Eine gesperrte Straße, ein besetztes Haus, ein belagerter Bauplatz sind Faustpfänder, die die eigene Verhandlungsbasis verbessern. Sie sollen eine Phase der Besinnung einleiten, den Gegner zur Änderung seiner Pläne bewegen. Das gelang in Wyhl mit dem Faustpfand des besetzten Platzes.
Regelverletzungen wären jedoch falsch angewandt, verstünde man sie als Aktionen in einem Bürgerkrieg unversöhnlicher Kontrahenten. Sie sind die ultima ratio des protestierenden Bürgers, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind. Durch das Einströmen linker Gruppen in die Anti-KKW-Bewegung hat sich die Bewertung dieser Aktionen verändert. Die K- und Sponti-Gruppen benutzen Regelverletzungen als Mittel realer Machtauseinandersetzung mit dem Staatsapparat. Die richtige Erkenntnis, daß der Staat einmal bezogene Positionen nicht bereitwillig räumt, führt zu der falschen Konsequenz, man könne ihn durch quasi-militärische Aktionen dazu zwingen.
Die Verschiebung von der funktionalen Regelverletzung zur realen Machtauseinandersetzung hat erhebliche Folgen für die öffentliche Wirkung: steinewerfende »Chaoten«, die sich am Bauzaun blutige Köpfe holen, können nicht mit Sympathie rechnen, wohl aber Demonstranten, die in der Nähe des Platzes aus Hubschraubern mit Tränengas beschossen werden. Übermäßige Gewaltanwendung gegen gewaltfreie Demonstranten setzt den Staat ins Unrecht, führt zur Schwächung seiner Legitimität. Die Frauen, die in Wyhl vom Platz geprügelt wurden, haben zum Erfolg der Bewegung erheblich beigetragen. Das Unrecht einer massiven Bauplatzbefestigung verringert sich jedoch in dem Maße, in dem die Mittel zu ihrer Überwindung gewalttätig werden. Eine eigentümliche Dialektik – aber auf sie sollten sich auch die bisher nicht gewaltlos vorgehenden Gruppen einstellen.

4. Prinzipien des gewaltfreien Widerstands

Viele kehrten aus der Schlacht um Brokdorf am 13. November mit der Gewißheit zurück: »Dies war meine letzte gewaltfreie Demonstration!« Eine verständliche Reaktion und dennoch ein voreiliger Schluß. Die Frage

der Gewaltfreiheit ist in der Anti-KKW-Bewegung nie richtig diskutiert worden. Wie gesagt: die bürgerlichen Gruppen handelten wie selbstverständlich gewaltlos, und die linken Gruppen halten nichts von der gewaltfreien Aktion. Dabei ist sie ihnen kaum bekannt: sie gilt als abwieglerisch, pazifistisch und versöhnlerisch, als Strategie der Feigen und der Pfaffen, als Lock- und Spaltungsinstrument der Herrschenden. Doch wie wenig er von der Gewaltfreiheit weiß, zeigte z. B. der KB, der die militante Aktion propagiert: er lobte die Besetzung des Regierungspräsidiums in Freiburg, ohne auch nur zu ahnen, daß sie von gewalt*freien* Gruppen durchgeführt wurde. Was aber sind die Prinzipien der gewaltfreien Aktion im Kampf gegen die Atomkraftwerke?

1. Die gewaltfreie Aktion geht von der Überzeugung aus, daß die Ziele des Kampfes auch in seinen Mitteln präsent sein sollten; Aktionsform und Aktionsziel dürfen nicht auseinandergerissen werden. »Wir wollen Leben schützen, nicht verletzen« – dieses Motto der Atomkraftgegner muß auch ihre Aktionen bestimmen.
2. Gewaltfreie Aktion heißt »nichtverletzende Handlung«. Auf keinen Fall darf der politische Gegner physisch verletzt werden; Gewalt gegen Sachen bzw. Sachbeschädigungen, die nur um den Preis der Verletzung von Menschen zu bewerkstelligen sind, sollten vermieden werden. Es ist eben ein großer Unterschied, ob eine Polizeikette vor einem Bauzaun vor dem Druck einer großen Menschenmasse zurückweicht, oder ob sie durch einen Steinhagel zum Rückzug veranlaßt wird. Jeder Verletzte, ob Demonstrant oder Polizist, ist ein Verletzter zuviel.
3. An gewaltfreien Aktionen sollten sich nur diejenigen beteiligen, die garantieren können, daß sie nicht zurückschlagen. Denn es ist schwierig, brutale staatliche Gewalt und Schikanen zu ertragen, ohne selber brutal zu werden. Auch verbale Beleidigungen sind zu unterlassen. »Sag nicht, ihr Schweine. Sag, wer hat sie dazu gemacht.« P. P. Zahl.
Zurückzuschlagen, und sei es nur zum Zweck der Selbstverteidigung, ist eine natürliche Reaktion. Die meisten Atomkraftgegner sind weder entschieden gewaltsam noch entschieden gewaltfrei eingestellt. Werden sie durch brutale Angriffe der Polizei in Mitleidenschaft gezogen, dann tendieren sie aber eher zum Zurückschlagen als zur passiven Hinnahme der Gewalt. In Brokdorf fehlten gewaltfreie Aktionsvorschläge, die den Zorn der Bürger produktiv hätten umsetzen können. Gewaltfreie Aktion heißt nicht einfach: die andere Backe hinhalten.
4. Gewaltfreie Aktionen müssen intensiv vorbereitet und mit Übersicht durchgeführt werden. Zur Verantwortung der Veranstalter gehört, klar, unmißverständlich und öffentlich bekanntzugeben, was das Ziel der Aktion ist, wie ihr Verlauf aussehen soll und unter welchen Bedingungen die

Aktion abgebrochen wird. Spontaneität ist wichtig, aber Sinn hat sie nur auf der Basis verbindlicher Regeln.
5. Gewaltfreie Aktionen sind dialogisch angelegt. Das Dialogangebot bezieht sich sowohl auf die Verantwortlichen wie auf die Polizei. Gewaltfreie Aktionen sollen Politiker durch Demonstration von Stärke und Entschlossenheit zum Umdenken bewegen und bei den Polizisten um Verständnis für die Aktion werben. Im Kaiserstuhl haben die Winzer und Bauern Tag und Nacht mit den Beamten diskutiert, mit dem Ergebnis, daß viele Beamte am Tag der Platzbesetzung nicht mehr bereit waren, gegen die Bevölkerung vorzugehen.
Ich bin mir völlig im klaren darüber, daß diese Forderung angesichts der Festungen in Brokdorf und Grohnde wie Hohn bzw. wie eine am Schreibtisch zurechtgezimmerte Theorie klingen können. Gewaltfreiheit angesichts derart massiver staatlicher Gewalt zu predigen, könne doch nur die Ohnmacht verstärken. Ich vermute aber: derartige Festungen werden eher den entmutigen, der mehrmals gegen sie anstürmt, sie aber trotz aller Militanz nicht brechen kann. Er wird resignieren oder in seinem Zorn und seiner Verzweiflung zu noch gezielterer Gewalt greifen. An einer solchen Eskalation aber kann in der Anti-KKW-Bewegung niemandem gelegen sein.
Mit dieser Entschiedenheit muß auch die Frage beantwortet werden, ob angesichts des heraufziehenden »Nuklearfaschismus« nicht doch militante Widerstandsformen geboten seien. Denn auch wenn statt der 50 nur 25 Kernkraftwerke gebaut werden, wird Atommüll für Jahrtausende angehäuft; die Risiken bleiben die gleichen. Trotzdem muß die Antwort lauten: weder Schlachten mit der Polizei noch individuelle Gewaltaktionen können das Atomenergieprogramm zu Fall bringen, sondern dazu in der Lage wäre nur eine breite soziale Bewegung. Deswegen ist das Ende der bürgerlichen Protestformen noch nicht gekommen. Die Möglichkeiten *zivilen Ungehorsams* sind keineswegs erschöpft; ich denke an die Verweigerung von Steuern oder den Stromrechnungsboykott, an Aktionen also, die gegenwärtig in Frankreich durchgeführt werden und in Hamburg gerade beginnen. Nötig sind Aktionen, mit denen die Bevölkerung selber handelt und eine Isolierung der Linken gleichzeitig vermieden wird.

5. Momentaufnahmen aus Grohnde – Eine blutige Farce sinnloser Gewalt

Ein Musterbeispiel für eine isolierte Aktion der linken Atomkraftgegner war die Großkundgebung in Grohnde am 19. März dieses Jahres. Was war dem »Sturm auf Grohnde«, dieser bisher härtesten Schlacht zwischen Polizei und Kernkraftgegnern vorausgegangen? Am 19. Februar, während der großen Demonstrationen in Itzehoe und Brokdorf, war der Bauplatz

des Atomkraftwerks Grohnde in einer gewaltlosen Aktion besetzt worden. Diese Besetzung stand unter dem Motto »Blumen für die Polizisten, Drahtscheren für den Bauzaun«. Die Idee zu dieser Aktion war von einigen gewaltfreien Gruppen ausgegangen, die des Zwanges zur unbedingten Militanz inzwischen überdrüssig waren. Nach anfänglichen Bedenken stimmten auch die örtlichen Bürgerinitiativen der Besetzung zu.
Die Aktion verlief zunächst erfolgreich: der Platz, nur mit einem Drahtzaun und von schwachen Polizeikräften geschützt, konnte von einigen hundert Demonstranten besetzt werden. Dann drohte die Polizei den Platz zu räumen. Auf Bitten der örtlichen Initiativen, die keine Konfrontation mit der Polizei wollten, zogen sich die Demonstranten schließlich freiwillig von dem Platz zurück, was wohl voreilig war.
Die Einmischung »von außen« hatte sich in Grenzen gehalten. Die Demonstranten richteten sich nach den Wünschen der örtlichen Initiativen. Das sollte sich bald ändern. Auf der nächsten Regionalkonferenz waren die Vertreter des KB aus den norddeutschen Universitätsstädten sowie der studentisch dominierten Bürgerinitiativen zugegen und nahmen die Vorbereitung der nächsten Demonstration am 19. März in ihre Hände. Unterdessen wurde der Platz zu einer Festung à la Brokdorf ausgebaut. Die neue Grohnder Tradition (Symbol Blume) wurde von der Brokdorfer (Stichwort Helme) abgelöst. Auch von Gewaltfreiheit war keine Rede mehr. Im Aufruf der Regionalkonferenz vom 9. 3. 77 hieß es nur noch:

»Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei, wir wollen das AKW verhindern. Polizisten und Bauarbeiter sind nicht unsere Gegner, es geht um die Sache selbst.«

Nirgends kommt die erneute Isolation deutlicher zum Ausdruck als in dem Flugblatt, das in Hamburg in einer Auflage von 70 000 (!) Exemplaren erschien. Darin heißt es:

»Die BUU Hamburg ruft zur Teilnahme an dieser Kundgebung auf. Lernt aus Brokdorf! Überprüft Eure Brokdorf-Ausrüstung! Zieht Ölzeug, Helme, feste Schuhe etc. an. Gasbrillen und Mundschutz. Abfahrt von Hamburg 3.00 Uhr morgens, Glashüttenstraße.«

Dieses Flugblatt ist ein Aufruf für Berufsdemonstranten. Welcher Bürger sollte ihm folgen können? Stünde er am ersten Frühlingswochenende mit Helm und Gasbrille morgens um 3 Uhr am Heiligengeistfeld, seine Freunde und Nachbarn würden ihn für verrückt erklären.
Zwei Tage vor der geplanten Demonstration zählt man die Häupter der Lieben und wundert sich: nur ca. 1700 Hamburger wollen nach Grohnde fahren. Die Mobilisierung für Grohnde hat nicht geklappt; also weitermachen: »Genossen, stellt euch auf die Straßen und Plätze, sprecht die arbeitende Bevölkerung an, knüpft euch jeden vor, der ein Abzeichen trägt. Weitere Vorschläge?« Großes Schweigen. »Also dann die organisatorischen Details – Bericht der Verkehrs- und Sanitätergruppe.« Niemand merkt, daß Grohnde nicht Brokdorf oder Wyhl ist, daß man nicht beliebig mobilisieren

kann, auch bei Studenten nicht, die viel Zeit und Energie haben, und daß bestimmte Formen der Mobilisierung viele abschrecken. Auch Fragen nach dem Stand der Mobilisierung der Bevölkerung in und um Grohnde tauchen kaum auf. Daß die beiden Vertreter der örtlichen Bürgerinitiativen sich aus der Demonstrationsleitung zurückgezogen haben, wird mit deren Borniertheit erklärt, die Kundgebung selbst organisieren zu wollen; daß der eigentliche Grund der geplante Besetzungsversuch ist, bleibt unerwähnt. Wie schon in der Diskussion um Brokdorf setzt man sich über die Gefühle der Bevölkerung am Ort hinweg; auch der Stand der Anti-KKW-Bewegung (das Wyhl-Urteil) wird nicht in die Strategie einbezogen. Widersprüchlich sind auch die Auskünfte über Ziel und Verlauf der Aktion: Einerseits wird gesagt, wir bereiten uns technisch auf die Bauplatzbesetzung vor, andererseits versichert: wir wollen keine militärische Auseinandersetzung mit der Polizei. Daß bei derartig massiver Absicherung des Bauplatzes eine Besetzung zwangsläufig eine quasi-militärische Konfrontation mit der Polizei bedeutet, wird verschwiegen; einerseits wird eine Demonstrationsleitung gewählt, die die Aktion koordinieren soll, etwa auch zum Rückzug blasen kann und soll, falls ein Erfolg nicht in Aussicht ist, andererseits wird erklärt, Polizeifunktionen dieser Leitung seien ebensowenig vorgesehen wie ein massiver Ordnungsdienst, denn man dürfe die Spontaneität der Massen nicht unterbinden. Zur Rechtfertigung wird auf den 13. 11. verwiesen: dabei weiß jeder, daß es damals chaotisch zuging und nichts so sehr fehlte wie das organisierende Moment. Das Gegenbeispiel vom 19. Februar, als Hamburger Stadtteilgruppen vor Brokdorf den KBW hinderten, eine Polizeisperre zu durchbrechen und damit die Schlacht zu provozieren, wird heruntergespielt.

In Grohnde ging man sofort, ohne Vorspiel, zur Sache. Die linken Demonstranten »würdigten die einheimischen Atomenergiegegner keines Blicks und marschierten sofort weiter zum Bauplatz« *(Frankfurter Rundschau)*. Eine Polizeisperre wurde mit Gewalt überwunden, dann begann die »Arbeit am Zaun«, gut organisiert, mit effektiven Werkzeugen. Die Polizei spritzte mit Wasserwerfern, die Demonstranten warfen mit Steinen, die Polizisten stocherten mit Eisenstangen durch den Zaun gegen die Angreifer; schließlich wurde der Zaun in einer Breite von 4 Metern eingerissen, die Polizei schickte 1000 Mann Verstärkung an den Zaun, und es kam zu einer erbitterten Schlacht, bei der Hunderte von Verletzten auf der Strecke blieben.

Zugegeben – die Presseberichterstattung über Grohnde war tendenziös, sie lastete brutale Gewaltanwendung allein den Demonstranten an und ließ einen Ministerpräsidenten vor die Kamera treten, der erschüttert nur von den Verletzungen »seiner Beamten« sprach, als hätte es nicht ebensoviel Verletzte unter den Demonstranten gegeben. Mehrere Hundertschaften

Polizei, die mit gezogenem Gummiknüppel auf die Demonstranten einstürmen, eine Reiterstaffel, die im Galopp in die zurückweichende Menge hineinreitet – diese Tatsachen blieben ebenso unkritisiert wie das neuerliche bürgerkriegsartige Aufgebot an Polizei und Grenzschutz.
Polizeibrutalität ist jedoch keine Rechtfertigung für geplante Gewalttätigkeit seitens der Demonstranten. Sie kann im einzelnen Fall erklären, warum jemand zurückprügelt oder mit Steinen wirft. Schikanen und Brutalität können, psychologisch leicht erklärbar, zu unkontrollierten Aggressionen führen. Aus vielen einzelnen Fällen kann sich in einer akuten Konfrontation dann so etwas wie ein massenhafter Rückgriff auf »gewaltsame« Methoden ergeben. Das geschah in Brokdorf am 13. November 1976 – damals hatte die große Mehrheit sich vorgenommen, gewaltlos zu agieren, und wurde erst durch Polizeischikanen zu vereinzelten Gewaltaktionen getrieben.
In Grohnde war die Gewaltanwendung jedoch vorprogrammiert. Die Absicht, den Zaun einzureißen und den Platz zu besetzen, konnte nur mit menschenverletzender Gewalt durchgeführt werden. Im Klartext: symbolische Löcher in den Zaun schlagen und dafür reale Löcher in den Köpfen der Demonstranten und Polizisten in Kauf nehmen, oder Steinwürfe als Feuerschutz für die Stoßtrupps am Zaun – das sind gefährliche Entwicklungen.
Auseinandersetzungen von japanischer Qualität können der Bürgerinitiativ-Bewegung nicht willkommen sein. Sie hat ihre größten Erfolge bislang mit friedlichen Mitteln erkämpft – in Verhandlungen mit Politikern und Behörden, vor Gericht, durch friedliche Demonstrationen und Aktionen mit nur gelegentlichen Regelverletzungen. Die Androhung solcher Handlungen erwies sich in vielen Fällen als wirksam genug. Die überwiegende Mehrheit der Gruppen ist daher nicht bereit, der militanten Konfliktstrategie zu folgen. Und auch diejenigen Bevölkerungsgruppen, die die BI-Aktivitäten mit Sympathie verfolgen und gegebenenfalls bereit sind, sich selbst zu engagieren (nach Umfragen immerhin 35%), werden von gezielter Gewaltanwendung nur abgeschreckt. Gruppen, die ohne Diskussion über die künftig einzuschlagende Strategie Aktionen wie Grohnde vorbereiten und durchführen, isolieren sich selbst; hier wird keine Spaltung von außen in die Anti-KKW-Bewegung hineingetragen, sondern die bestehenden, aber zurückgestellten Differenzen werden aktualisiert von denen, die die gemeinsame Basis des Handelns verlassen. Insofern markiert Grohnde einen Wendepunkt. War Brokdorf die Tragödie, so geriet die Wiederholung in Grohnde zur allerdings blutigen Farce.

6. Arbeitsteilung zwischen »Militanten« und »Gemäßigten«?

Solange die Bürgerinitiativen im Konflikt um den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf mit friedlichen Mitteln vorgingen, machten die Behörden mit ihnen, was sie wollten. Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren wurde bis zur 1. Teilgenehmigung über die Bühne gebracht, ohne daß die Öffentlichkeit davon besondere Notiz nahm. Erst die beiden großen Demonstrationen und das Auftreten militanter Gruppen, die den Platz zu besetzen versuchten, rückten Brokdorf und den Kampf der Bürgerinitiativen ins Blickfeld der Öffentlichkeit und forcierten die Diskussion über die Kernenergie. Gibt es also nicht doch eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen »Radikalen« und »Gemäßigten«? – Es ist eine unbestrittene Erfahrung aus der Geschichte sozialer und politischer Bewegungen der Neuzeit, daß die Aktionen militanter Minderheiten die Verhandlungsposition gemäßigter Mehrheiten gestärkt haben. Das Auftreten der Black Power, aber auch die riots in den Ghettos haben den Forderungen der gewaltfreien Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings erheblichen Nachdruck verliehen. Aber indem ich diese historischen Beispiele erwähne, argumentiere ich gleichzeitig gegen ihre Ähnlichkeit mit den westdeutschen Bürgerinitiativen. Denn weder sind alle friedlichen Mittel der Beeinflussung politischer Entscheidungen erschöpft, noch wird von den Gemäßigten die militante Aktion insgeheim in ihr Kalkül einbezogen. (Wüstenhagen wird über das Auftreten der K-Gruppen nicht nur nicht erfreut sein, sondern es für schädlich halten.) Vor allem aber liegen in der »Gewalttätigkeit« der militanten Gruppen starke Elemente unrealistischen Konfliktverhaltens, die der Anti-KKW-Bewegung schaden. »Unrealistische Konflikte gehen aus Frustrationen hervor, deren Urheber nicht diejenigen sind, mit denen man sich im Konflikt auseinandersetzt«, schreibt Lewis Coser. Die K-Gruppen suchen die Konfrontation mit der Polizei, um den bürgerlichen Staat und die ihn dominierenden Kapitalinteressen zu treffen. Tatsächlich schützt der Staat mit der Befestigung und polizeilichen Verteidigung von Bauplätzen die Kapitalinteressen der Energie- und Elektroindustrie. Die Illusion besteht aber darin zu meinen, durch Prügeleien mit der Polizei könnten diese Kapitalinteressen wirklich bekämpft werden. Militanz *kann* ein wirksames Mittel politischer Auseinandersetzung sein, wenn sie sinnvoll eingesetzt wird. Sektiererische Gruppen werden aufgrund ihres rigiden Feindbildes jedoch dazu getrieben, wo immer sich eine Gelegenheit bietet, ihren Haß auf den Staat auszuagieren. Sie achten nicht darauf, ob eine starke soziale Bewegung existiert, die das erstrebte Aktionsziel unterstützt. Sie agieren nur für sich, aus einer »paranoiden« Zwangslage und aus dogmatisierten theoretischen Vorentscheidungen heraus. Eben darin liegt das Wahrheitsmoment des Vorwurfs: »Denen geht es gar nicht um die Kernenergie, die

wollen nur unseren Staat kaputtmachen.« Den aktionistischen Gruppen ist es überdies egal, welche Konsequenzen ihr Handeln für die Linke hat. Der Staat nutzt natürlich jede Gelegenheit, um unter Hinweis auf diese Gruppen weite Kreise der Anti-KKW-Bewegung zu diffamieren und die bürgerlichen Freiheiten einzuschränken: das Verbot der Demonstration in Brokdorf und die weiträumigen Verkehrskontrollen legen davon ebenso Zeugnis ab wie die Verfassungsschutzüberwachung der Kernkraftgegner.
Nach den Erfahrungen der Baader-Meinhof-Hysterie, die u. a. zur Aufrüstung der Polizei und zur Radikalenjagd führte, müßte diese riskante Politik der K-Gruppen von der sozialistischen Linken entschieden kritisiert werden. Nichts gegen die Zerstörung von NATO-Stacheldraht, aber wer, wie die Hamburger Gruppen, die Vorbereitung menschenverletzender Gewalt verharmlosend »Bastelgruppen« nennt, hat die Linie realistischer linker Politik verlassen. Es ist bitter, vor der Übermacht staatlicher Gewalt zurückweichen zu müssen, aber keine Schande und jedenfalls besser als sich heroisch und übereilt auf Auseinandersetzungen einzulassen, die nur in Niederlagen und Verzweiflung enden können.
Wyhl – Brokdorf – Grohnde – das sind drei Stationen eines deutschen Bürger»aufstandes«, die für die Linke lehrreich sein können. Bürgerinitiativen – das heißt Einmischung des »Volkes« in seine eigenen Angelegenheiten. Initiiert wurde diese Intervention von einer sozial aktiven Minderheit. Für die Linke, diese andere Minderheit, sollte interessant genug sein, wie diese kleinen Gruppen eine Bevölkerungsmehrheit für ihre Sache zu interessieren vermochten.
Zweifellos: die durch Bürgerinitiativen bewirkte Verbesserung der alltäglichen Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung hat einerseits und kurzfristig eine Stabilisierung des politischen Systems zur Folge, wer wollte das leugnen. Andererseits erlernen die Betroffenen im Kampf für ihre Interessen Fähigkeiten, die über bürgerliche Formen von Öffentlichkeit hinausweisen. Vor allem aber thematisieren sie Probleme, die unter den gegebenen Bedingungen nicht lösbar sind und deswegen ein längerfristiges Unruhepotential schaffen.

Thomas Kuby / Christian Marzahn
Lernen in Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen

»Man ist ständig dabei, etwas zu lernen, weil man etwas tun will, und man tut ständig neue Dinge, weil man etwas gelernt hat.« (André Gorz)

Wir lernen, weil wir etwas tun wollen

30. Oktober 1976 in der Wilstermarsch. Es ist zwölf Uhr mittags. Auf der B 431 und über Wilster kommen immer mehr Busse und PKWs. Über die Feldwege ziehen Gruppen mit Gummistiefeln und gelben Öljacken; Kinder sind dabei, Plakate und Transparente: »Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo!« und »Wi secht nei zu's KaKaWei!«
Was so beginnt und von Minute zu Minute anschwillt, wird später unter dem Namen »Brokdorf 1« im ganzen Land bekannt werden. Es ist die erste große Demonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf, dessen Bau am 26. Oktober 1976 in einer Nacht- und Nebelaktion und gesichert durch starke Polizeikräfte begonnen worden ist.
Wir sind mit dem Bus hergekommen. Zusammen mit anderen Busmannschaften wandern wir in Richtung Bauplatz. Wir singen einen Kanon »Wehrt Euch, leistet Widerstand – Gegen das Atomwerk hier im Land . . .« (auf die Melodie »Hejo – spann den Wagen an«). Da die Kundgebung erst später stattfinden wird, gehen wir hinüber zum Gelände und besichtigen die Befestigungsanlagen. Unsere Gefühle sind gemischt: Empörung, Freude, daß die sich so einigeln müssen, ziemliche Skepsis, ob man gegen diese Festung etwas ausrichten kann. Jenseits des Zaunes sind Bauarbeiter damit beschäftigt, dicke Pfähle in die Erde zu rammen. Halb gespielt, halb ernst ist die Keckheit, mit der ihnen einer von der Straße aus zuruft: »Laßt das doch. Wir räumen das nachher sowieso wieder weg.« Die Bauarbeiter höhnen.
Die Kundgebung endet mit der Bekräftigung, den Bauplatz zu besichtigen. Acht-, vielleicht auch zehntausend Menschen setzen sich in Bewegung. Sie singen »Wehrt Euch . . .« und rufen »Kein KKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!« Zaun und Nato-Draht sind erstaunlich schnell überwunden. Die Mutigsten laufen zuerst auf den Platz, viele zögern. »Kommt rüber, laßt uns nicht allein!« Immer mehr springen über den Graben, provisorische Brücken werden aus Zaunpfählen und Maschendraht errichtet. Bald sind über tausend Demonstranten auf dem Platz. Nach einigen Scharmützeln und mehreren Attacken der berittenen Polizei ziehen sich Werkschutz und Polizei etwas zurück. Um das besetzte Gebiet wird neuer Nato-Draht ausgelegt; eine Enklave entsteht.

Die Demonstranten sind sich nicht einig, wie es weitergehen soll. Mit großer Energie werden verschiedene Positionen vertreten: wieder abziehen, noch eine Weile dableiben, sich auf eine lange Besetzung einrichten. Holz findet sich auf dem Platz, und in der anbrechenden Dunkelheit werden Feuer entzündet. Plötzlich ist Essen da, Brot und Milch in großen Kannen von den Bauern der Umgebung. Wir sitzen um die Feuerstellen, es ist warm, wir singen und reden miteinander, die Spannung fällt von uns ab. Stolz und Zufriedenheit kommt auf, daß es uns gelungen ist, auf den Bauplatz zu kommen; es entsteht eine Atmosphäre freundschaftlicher Offenheit.

Wege nach Brokdorf

An einem der Feuer treffen sich zwei, die sich schon kennen: ein Bauer aus Heemsen bei Nienburg und ein Ingenieur aus Bremen. Sie kennen sich aus dem Wachlager Lichtenmoor, das dort im Sommer 1976 gegen die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage für Atommüll aufgeschlagen worden war. Sie kennen sich nicht sehr gut und freuen sich, einander hier zu begegnen. Die Stimmung bietet Gelegenheit zu erzählen.
Der Bauer erzählt etwa folgendes: Ich komme aus Heemsen; auf dem Hof hat schon mein Großvater gesessen. Natürlich habe ich über Atomenergie schon früher mal was in der Zeitung gelesen, ich hab mich aber nicht weiter drum gekümmert. Klar, mir sind dabei die Atombomben eingefallen, aber es hieß ja »friedliche Nutzung der Atomenergie«. Die werden das schon machen, hab ich mir gedacht.
Dann kamen eines Tages junge Leute auf den Hof, sie verteilten Flugblätter und wollten mit uns darüber reden. Geredet hab ich nicht viel mit ihnen, aber das Flugblatt hab ich dann doch genauer studiert. Schlimm war das, was da drin stand, wenn das stimmte. Hab auch mal mit meiner Frau darüber gesprochen. Und im Dorf wurde es auch schon mal angetippt. Mehr aber nicht.
Dann hörte man plötzlich von den Ereignissen in Lichtenmoor. Dort hatten sie einen Bohrtrupp vertrieben und ein Wachlager eingerichtet. Weil ich hörte, daß da auch Landwirte mitmachten, dachte ich, da mußt du mal hinschauen. Bin also sonntags zu einem der Frühschoppen ins Lager gegangen. Da haben sie einen Film über Wyhl gezeigt und darüber diskutiert. Ich hab mir das angehört und auch wieder Flugblätter mitgenommen, die ich dann zu Hause gelesen habe. So harmlos, wie es die Politiker darstellen, ist die Sache mit der Atmomenergie wohl doch nicht, das wurde mir allmählich klar. In der nächsten Zeit bin ich dann noch öfters ins Lager gegangen und habe neue Informationen bekommen, da ist mir dann doch manches aufgegangen. Die Sache kann nicht so ungefährlich sein, wie sie

immer sagen. Warum bauen sie uns die Dinger denn vor die Haustür, wo sie die Energie doch in der Stadt brauchen? Und warum gibt es Katastrophenpläne? Unsere Milchwirtschaft, sagen sie, würde durch die Anlagen nicht beeinträchtigt, aber dann liest man plötzlich was von »besonderer Vermarktung« in den Plänen, d. h. unsere Milch soll nur noch an Altersheime und so verkauft werden. Wem nützen die Atomwerke eigentlich? Natürlich erst mal denen, die daran verdienen. Und nicht schlecht. Wissenschaftler konnten die sich offenbar auch kaufen, so wie die daherredeten. Und manchmal konnte man denken, die Politiker auch.

Als ich dann anfing, im Lager ein bißchen mitzuarbeiten, hab ich erst gemerkt, was das eigentlich heißt: Leute aufklären. Was da alles dazugehört! Es ist gar nicht so einfach, ein gutes Flugblatt zu machen, in dem auch was drin steht, was die Leute lesen; da muß man selber schon ganz schön bescheid wissen. Oder mit den Leuten so reden, daß die mal wegkommen von ihrem: »Da kann man noch nichts machen.« Oder dafür sorgen, daß immer jemand im Lager ist und daß im Falle des Falles so schnell wie möglich viele Leute herkommen, um den Baubeginn zu verhindern. Und überhaupt: bei so vielen Individualisten und verschiedenen Anschauungen in den Bürgerinitiativen immer das gemeinsame Ziel im Auge behalten, auch wenn man sich über Wege und Mittel oft gar nicht einig ist. Schwierig ist es auch, die Leute von der Presse für sich zu gewinnen; die dürfen ja auch nicht schreiben, was sie wirklich denken, und haben Angst, daß sie eine drauf kriegen, wenn sie zu kritisch berichten. Na ja, und dann die Politiker und die Experten. Immer versuchen sie, einen mit ihrem Fachwissen zu überrumpeln und mit ihren Zusagen und Versprechungen zu beruhigen. Aber wenn man sich mal selbst mit der Sache beschäftigt hat, kann man denen schon Fragen stellen, daß sie schwitzen. Einer hat uns vorgerechnet, die Kühe würden nur so und so viel Radioaktivität mit dem Gras aufnehmen, weil sie ja nur in den Sommermonaten auf der Wiese stehen. Ich hab ihn dann gefragt, was er glaubt, was die Kühe im Winter fressen, wenn sie im Stall sind – da hat plötzlich seine ganze Rechnung nicht mehr gestimmt.

Den Aufruf der BBU zur Demonstration in Brokdorf haben wir auch in Lichtenmoor besprochen. Das war für mich klar, daß man da mitgehen muß. Wir müssen denen da oben zeigen, daß wir uns nicht alles gefallen lassen! Und deshalb sitz' ich jetzt hier.

Während der Bauer erzählt, schwirren Gerüchte durch die Reihen der Besetzer: Die Polizei kommt, von der Straße her, vom Zaun her . . . Aber vorerst bleibt es ruhig.

Und so erzählt der Ingenieur: Ich hätte nie geglaubt, daß wir auf den Platz kommen, bei diesen Mauern, Zäunen, Stacheldraht und dem Heer von Polizisten. Und früher hätte ich nie geglaubt, daß ich mich an so was mal beteiligen würde.

Ich bin Ingenieur, und Ingenieure sind in solchen Dingen eher zurückhaltend. Früher habe ich eigentlich immer geglaubt, die Atomenergie sei die Lösung des Energieproblems. So hatte ich es auch gelernt. Natürlich gab es da noch technische Probleme, aber sie waren im Prinzip lösbar, Schritt für Schritt. Mir schien klar, daß eine hochentwickelte Industriegesellschaft wie die unsere ihr Niveau nur halten kann, wenn sie dafür einen gewissen Preis zahlt. Ein Risiko gibt es in der Technik immer; man muß sehen, daß man das kleinere Übel wählt.

Bei den ersten Flugblättern gegen Kernkraftwerke habe ich gedacht: Maschinenstürmer! Keine Ahnung von Technik. Romantiker, die auf die Bäume zurück wollen.

Zu einer Veranstaltung im Lager Lichtenmoor bin ich das erste Mal gefahren, weil mich ein früherer Studienkollege dazu überredet hatte. Ich war sehr skeptisch, aber auch neugierig, ob die Naturwissenschaftler, die dort mitmachten, eigentlich auch wissenschaftliche Argumente hatten oder ob es ihnen nur um politische Agitation ging. Ich muß sagen, daß mich das hohe Niveau der Diskussion, die Sachkenntnis der Beteiligten und ihre Ernsthaftigkeit ziemlich beeindruckt haben. Nicht nur bei der Diskussion, wo man so komplizierte Dinge ja nur schwer behandeln kann, sondern vor allem aus dem Material, das am Info-Stand auslag, erfuhr ich Dinge, die mir neu waren. Z. B. die vielen tatsächlichen oder Beinahe-Unfälle in deutschen und ausländischen Kernkraftwerken, die den Experten immer »ein Rätsel« waren. Oder Untersuchungen ausländischer Wissenschaftler zur Strahlenbelastung durch KKWs, die bei uns gar nicht bekannt waren. Oder auch die Überlegung, daß ein ungeheurer Überwachungsapparat notwendig ist, um alles, was mit Kernenergie irgendwie zusammenhängt, wirklich unter Kontrolle zu halten.

Ich habe dann ziemlich viel Fachliteratur studiert und auch die Tagespresse aufmerksamer gelesen. Dabei ist mir deutlicher geworden, daß die Politiker in ihren Erklärungen über die heiklen Punkte, wie z. B. das Problem der Endlagerung der radioaktiven Abfälle, immer sehr elegant hinweg gingen. Und was ich noch viel schlimmer fand: auch viele der Wissenschaftler, die sich für Kernkraftwerke aussprachen. Das hat mir zu denken gegeben. Ich habe versucht, diese Fragen mit Kollegen aus dem Betrieb und mit Ingenieuren in meinem Bekanntenkreis zu diskutieren, z. B. die ungelösten Sicherheitsfragen, die verantwortungslosen Verharmlosungen (bei gleichzeitiger Ausarbeitung von Katastrophenplänen), wer daran eigentlich ein Interesse habe und ob es nicht stimme, daß, wie man sagt, »die Ingenieure die Esel sind, auf denen die Kaufleute reiten«. Bei vielen bin ich damit auf ziemliche Ablehnung gestoßen; sie haben von Sachzwängen und vom technischen Fortschritt geredet und mich anzüglich gefragt, ob ich jetzt auch unter die Systemveränderer gegangen sei.

Dann habe ich auch angefangen, im Lager in Lichtenmoor mitzuarbeiten, nicht regelmäßig, aber immerhin. Ich wollte einfach die Kenntnisse weitergeben, die ich mir angeeignet hatte. Aber das war gar nicht so einfach. Ich habe z. B. lange geglaubt, man könne die Politiker durch präzise Informationen über die technischen Zusammenhänge zu etwas mehr Vorsicht bewegen, sie vielleicht sogar für unsere Seite gewinnen. Expertengespräche und Verhandlungen erschienen mir deshalb sehr wichtig, wichtiger fast als die Aufklärung und Aktivierung der Bevölkerung. Das war wohl nicht richtig; wie sich gezeigt hat, reagieren Politiker am ehesten auf politischen Druck. Mir war auch immer sehr wichtig, daß in unseren Flugblättern und Broschüren die technischen Fragen und Probleme detailliert dargestellt werden. Dabei ist mir dann oft vorgehalten worden, ich könne das Wesentliche nicht vom Unwesentlichen unterscheiden. Überhaupt fiel es mir anfangs schwer, mich mit den Leuten im Lager, mit den Bauern aus der Umgebung zu verständigen. Man hatte einfach nicht dieselbe Sprache, und die Studenten, die dort redeten, konnte ich manchmal gar nicht verstehen. Ich fand die Diskussionen im Lager oft chaotisch und durcheinander; sie hatten kein richtiges Ziel und kamen vom Hundertsten ins Tausendste. Erst nach und nach habe ich begriffen, daß dies eben keine technischen Erörterungen waren und daß sich auf diese Weise sehr viele Leute daran beteiligen konnten, die dann auch hinter dem Ergebnis standen.
Eigentlich habe ich den Leuten nicht viel zugetraut. Vielleicht war ich auch deshalb so überrascht, wie gut sie z. B. die Sicherung des Lagers organisierten oder wie sie den Alarmplan ausgetüftelt haben. Oder wie schnell jetzt diese Bauplatzumzäunung hier überwunden war!
So etwa liefen die Unterhaltungen. Um 20,30 Uhr, etwa drei Stunden nach der Besetzung, griff die Polizei an. Sie kam aus der Mitte des Bauplatzes und trieb die Besetzer ohne jede Vorwarnung mit Wasserwerfern, Tränengas und chemischer Keule in Richtung Straße. Auf die letzte Reihe wurde brutal eingeprügelt; die Zelte und Decken, die wir zurücklassen mußten, warf die Polizei ins Feuer. Unsere beiden Freunde wurden mit den anderen über den Graben auf die Straße getrieben. Mit voller Kraft beteiligten sie sich an den Sprechchören: »Wir kommen wieder – Wir kommen wieder!«

Schon vor einem Monat hat in Grohnde eine Platzbesetzung stattgefunden. Damals waren Helme, Bolzenschneider und Drahtscheren überflüssig. Die einzige Ausrüstung der Demonstranten: Blumen für die Polizisten. Die Wirkung der friedlichen Platzbesetzung: Einen Monat später stehen hier meterhohe Barrikaden wie in Brokdorf. Kein Wunder, daß die etwa 20 000 Atomgegner angesichts der deutlich gezeigten Staatsgewalt (Polizei und Wasserwerfer) nicht wieder mit Blumen kamen, sondern mit der bewährten Brokdorf-Ausrüstung. Wo vor vier Wochen noch friedliche Eintracht zwischen Polizisten und Demonstranten herrschte, legte es die übermächtige Polizei diesmal auf gewaltsame Konfrontation an.
Bei der Demonstration im Herbst in Brokdorf dachte ich schon: Brutaler geht's nicht! Hier erhielt ich nun eine ganz besondere Lektion über das wahre Gesicht unserer bundesdeutschen

Freiheit! Ich sah, wie Polizisten 16- oder 17jährige Mädchen blutig schlugen und anschließend mit ihren Pferden überritten; wie die Chemokeule rücksichtslos eingesetzt wurde; wie der Knüppel auf die eingeschüchterten und verwirrten Demonstranten niederprasselte. Ich mußte mich schwer zusammenreißen, um nicht mit bloßen Fäusten wutentbrannt auf diese entarteten, gefühllosen, nur ihrer freiheitlich demokratischen Grundordnung gehorchenden Barbaren loszugehen.
Wurden hier die höchsten Werte unserer Gesellschaftsordnung verteidigt? Wenn ja, dann weg mit ihr!
Seit Brokdorf und Grohnde habe ich etwas von dem verstanden, was die Kommunisten wollen. Wie will Herr Albrecht mit einen KBW-Verbot verhindern, daß diese neue politische Kraft weiter an Sympathie gewinnt? (Ein Leserbrief, in: *Stern*, 14. 4. 1977)

Aufeinander zu lernen

Unser Bauer und unser Ingenieur sind fiktive Figuren, aber sie sind deshalb nicht unwirklich. Sie und ihre Berichte sind Montagen aus unseren Erlebnissen und Erfahrungen im Widerstand gegen Atomanlagen, aus Dokumenten und vielen Gesprächen. Es sind Berichte über Lernprozesse und Veränderungen, die in letzter Zeit mit vielen Menschen vor sich gegangen sind. Verschieden sind Ausgangspunkt und Ausgangsbedingungen der Lernprozesse. Der Bauer bearbeitet direkt die Natur; Boden und Arbeitsinstrumente gehören ihm. Aber der ökonomische Zwang des Marktes diktiert ihm ein Verhalten gegenüber der Natur, von dem er ahnt, daß es falsch und zerstörerisch ist. Es gibt keine wirkliche Lösung. Er sieht keine Alternative für Inhalt und Form seiner Arbeit und für sein eigenes Leben. Man muß sich durchwursteln, so gut es geht. Aber auch das wird nicht mehr möglich sein, wenn Atomkraftwerke Wasser und Luft radioaktiv verseuchen und mit der Landwirtschaft auch seine ökonomische Existenz ruinieren.
Der Ingenieur lebt und arbeitet getrennt von der Natur. Er bearbeitet sie gegen Lohn so mittelbar und parzelliert, daß ihm ein Bewußtsein seines Verhältnisses zur Natur verlorengegangen ist. Die Allmacht der Technik beherrscht sein Denken. Er glaubt an die technische Lösbarkeit aller auftretenden Probleme, wenn man nur gewissenhaft, sachkundig und schrittweise vorgeht. Verbesserungen sind für ihn nur als abgewogene Reformschritte denkbar, alles andere ist Romantik und Utopie. Es gibt keine hundertprozentige Technik, jeder technische Fortschritt hat ein gewisses Risiko, und Fahrlässigkeit fordert ihre Opfer. Diese wären aber bei der Atomtechnologie so enorm, daß hier keinerlei technisches Risiko eingegangen werden darf – was nicht möglich ist.
Von verschiedenen Ausgangspunkten lernen Bauer und Ingenieur aufeinander zu, jeder mit spezifischen Lernvorteilen und Lernbehinderungen. Sobald sie anfangen, aus ihren Einsichten praktische Konsequenzen zu ziehen, lernen sie an gemeinsamen Aufgaben, etwa denen, die das Wachlager

Lichtenmoor stellt. Sie lernen alles, was zur Sicherung der Basis notwendig ist: Organisation permanenter Präsenz und abrufbare Schlagkraft (Alarmplan). Sie lernen, was zur Verbreitung der Basis notwendig ist: die lokale Bevölkerung gewinnen, mit anderen Bürgerinitiativen zusammenarbeiten, Ergänzung und Vertiefung des eigenen Wissens, ohne das die Aufgaben nicht zu bewältigen sind.

Auf drei große Bereiche bezieht sich dieses notwendige Wissen: auf Natur, auf Gesellschaft und auf uns selbst. Wer den Befürwortern der Atomenergie entgegentreten will, muß etwas wissen über den Prozeß der Kernspaltung, über die Wirkung radioaktiver Strahlung, über Reaktortechnik und Reaktor(un)sicherheit, über Stabilität und Zerstörbarkeit von Ökosystemen, über alternative Möglichkeiten der Energiegewinnung.

Und wer herausfinden will, warum diese Gesellschaft so sorglos mit ihren natürlichen Voraussetzungen und so fahrlässig mit der Gesundheit ihrer Mitglieder umgeht, muß etwas über die politischen und ökonomischen Grundlagen dieser Gesellschaft wissen. Er wird sich für Ökonomie, für die Verteilung von Macht und Herrschaft, für Anspruch und Wirklichkeit der Demokratie, für die Rolle des Staates, der Parteien, der Presse, der Wissenschaft und der Wissenschaftler interessieren. Er wird sich mit der Stellung des eigenen Landes im internationalen Zusammenhang beschäftigen und nicht zuletzt mit alternativen Gesellschaftsformen.

Der dritte Bereich ist die dauernde und radikale Rückbeziehung der beiden ersten Bereiche auf uns selbst und unsere Praxis. Er ist die erfahrungsgeleitete Absage an alle Formen anonymer und unkontrollierbarer Delegation von Vertrauen und der massive Anspruch, nicht länger Objekt fremder Entscheidungen zu sein. Er ist die Erfahrung der Notwendigkeit von Zusammenschluß und Organisation und der Möglichkeit von Solidarität und kollektiver Kreativität. Mit jedem neuen, selbständig errungenen Erfolg wächst das Vertrauen in die eigene Kraft.

Die Lernprozesse, mit denen wir es hier zu tun haben, spielen sich anders ab als in unseren gewöhnlichen Lernanstalten. Die Lerninhalte erwachsen aus den Lebensinteressen der Lernenden und brauchen deshalb nicht unter besonderer Stimulation oder unter Zwang vermittelt und nicht durch Zertifikate bescheinigt zu werden. Es gibt keinen numerus clausus, ganz im Gegenteil! Die Lernenden konkurrieren nicht gegeneinander, sondern kooperieren, und je besser sie dies tun, desto eher erreichen sie ihr Ziel. Es gibt Spezialisten für bestimmte Fragen, aber keine professionellen Lehrer und keine Wissensmonopole. Die Rollen zwischen Lehrendem und Lernendem wechseln, der Lehrer der Physik ist bei der Platzbesetzung vielleicht der Belehrte. Der Komplexität des Lernfeldes entspricht die Flexibilität der Lernformen, die vom aktionsgebundenen Aha-Erlebnis bis zur systematischen und planmäßigen Unterrichtung reichen.

Lernen in Bürgerinitiativen erfolgt nicht abgetrennt von der Gesellschaft, sondern entsteht aus ihr und ist auf sie bezogen. Es ist nicht abgetrennt von den Problemen, den Interessen und dem Handeln der Menschen, sondern ergibt sich daraus und dient als Orientierung. Ziel ist nicht zweckfreies Wissen, sondern Wissen, das im und für den Kampf erworben wird. Es ist Instrument der Erkenntnis der eigenen Interessen und ihrer offensiven praktischen Vertretung.

Bürgerinitiativen: Fortsetzung der APO?

»Volkshochschul fürs Volksgewuhl« – diese selbstbewußt-pfiffige Parole, die die Bürger von Wyhl für ihr Freundschaftshaus auf dem besetzten Bauplatz gefunden haben, bezeichnet den wesentlichen Gesichtspunkt der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen. Massenhafte, umfassende und stoßartig ablaufende Lernprozesse sind nicht mehr nur Berichte aus dem fernen China, sondern Erfahrungen im eigenen Land. Die engen Kreise der immer schon Politisierten werden übersprungen, ebenso die Grenzen der Stadt. Leute lernen und revoltieren gegen die Obrigkeit, Leute, die für jede Art von Fortschritt hinterm Berg zu wohnen schienen. Geht es jetzt mit schnellen Schritten los auf die Transformation der Gesellschaft? Entsteht oder existiert hier eine neue Außerparlamentarische Opposition?
Der Vergleich mit der APO wird weniger in den Reihen der Bürgerinitiativen selbst als vielmehr von außen angestellt. In der Mehrzahl der Fälle hat er einen abwertenden Zweck: »Radikale«, »Weltverbesserer«, »Spinner«, »kriminelle Elemente« hieß es damals und heißt es heute mit der Absicht, eine Bewegung zu diffamieren und zu isolieren. Damals wie heute sprach man von »Drahtziehern«, streute die Legende aus, die große Mehrheit der Beteiligten werde von einer kleinen Minderheit »mißbraucht«, die in Wirklichkeit ganz andere Ziele verfolge.
Die Ähnlichkeit der Diffamierung hat ihre Ursache in der Ähnlichkeit des Diffamierten; tatsächlich gibt es eine Reihe bemerkenswerter struktureller Entsprechungen. Beide Bewegungen, die außerparlamentarische Opposition (APO) der 60er Jahre und die gegenwärtigen Bürgerinitiativen, kennzeichnet ein Lernprozeß, in dem die existenziellen Fragen der Subjekte mit den objektiven Strukturen der Gesellschaft in Zusammenhang gebracht werden. Von den Ausgangspunkten Vietnam-Krieg und Ordinarienuniversität einerseits und der atomaren Bedrohung andererseits öffnen sich die Lernenden der kritischen Auseinandersetzung mit allen Bereichen der Gesellschaft bis hin zur Weltpolitik. Das Bewußtsein unmittelbarer Betroffenheit und das im praktischen Kampf ständig sich erweiternde Verstehen ihrer Bedingungen sind die Grundlage des radikalen Wahrheitsanspruchs, Aufklärungswillens und Rechtsbewußtseins beider Bewegungen.

Dem entsprechen ihre demokratischen Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen. Einigkeit im Ziel – das bei den Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen um vieles präziser ist als bei der APO –, ansonsten Vielfalt der Meinungen. Es gibt keine formalisierten, hierarchischen Befehlskompetenzen oder Unterordnungsgebote und daher auch keine Denkverbote, keine Selbstzensur. Statt dessen herrscht Überzeugungszwang, denn am praktischen Kampf beteiligt sich nur, wer von seiner Richtigkeit und Notwendigkeit überzeugt ist. Dann aber politisiert sich sein gesamter Alltag.
APO und Bürgerinitiativen sind Aufklärungsbewegungen. Sie durchbrechen und zerstören durch Denktabus geschützte Ideologien: die »Gerechtigkeit« des Vietnam-Krieges, die »Bewährtheit« der Ordinarienuniversität, die »Objektivität« der Springer-Presse, die »Notwendigkeit« und »Sicherheit« der Atomtechnologie. Sie machen Geheimes offenbar – z. B. die Katastrophenpläne für Atomkraftwerke – und Unzugängliches zugänglich. An die Stelle von Exklusivität und Geheimhaltung setzen sie Öffentlichkeit und die Beteiligung der Vielen. Da ihnen der Zugang zu den Massenmedien weitgehend versperrt ist, produzieren sie die Gegeninformation selbst und in anderen Formen – in Flugblättern, Zeitungen, Broschüren, Büchern, Aufklebern, Straßentheatern, Versammlungen und Kundgebungen. Was an technischem Apparat fehlt, macht das Engagement der Vielen wett.
Zu den gemeinsamen Grundeinsichten von APO und Bürgerinitiativen gehört schließlich, daß man die Vertretung seiner Interessen nicht delegieren kann, sondern selbst wahrnehmen muß. Dies mußte allerdings erst gelernt werden in unzähligen konkreten Erfahrungen mit den verschiedensten Organisationen und Repräsentanten, die sich als »Interessenvertreter« anbiederten. Aus diesen Erfahrungen erwuchsen nicht nur radikale Fragen an die Realität bundesdeutscher Demokratie, sondern auch der praktische Antiinstitutionalismus der Bewegung, ihre dezentralisierte Struktur und ihr Vertrauen auf die eigene Kraft.
Solche Gemeinsamkeiten von APO und Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen dürfen jedoch nicht zu dem Mißverständnis führen, beide Bewegungen seien identisch, oder die jüngere sei die Fortsetzung der älteren. Gewiß ist das massenhafte Entstehen von Bürgerinitiativen seit Anfang der 70er Jahre ohne den Vorlauf der APO kaum zu verstehen; dennoch gibt es entscheidende Unterschiede. Der wichtigste ist die soziale Zusammensetzung. Vom Vietnam-Krieg war man nicht physisch und ökonomisch, sondern in erster Linie moralisch betroffen, und die Struktur der traditionellen Universität war ohnehin nur für eine Minderheit praktische Erfahrung. Die Intellektuellen und besonders die Studenten blieben deshalb die soziale Basis der APO. Vereinzelt kamen Schüler und Lehrlinge hinzu, in anderen Bevölkerungsschichten hat sie nie Fuß gefaßt.
Der Charakter der atomaren Bedrohung und ihrer gesellschaftlichen Impli-

kationen ist anders. Hier geht es sehr direkt um die eigene Existenz, und schon heute gibt es niemanden mehr, der von dieser Bedrohung nicht betroffen wäre. Diese Betroffenheit ist nicht moralisch, sondern physisch und existenziell. Ihr entspricht die breite soziale Zusammensetzung der Bürgerbewegung gegen Atomanlagen und ihr Wachsen vom Land – den Standorten der Anlagen – hinein in die Städte. Ihr entspricht die Stärke dieser Bewegung.

Wir tun Neues, weil wir etwas gelernt haben

In Anbetracht des schnellen Aufschwungs der Bewegung während der letzten Jahre und Monate stellt sich die Frage nach ihrer Perspektive und ihrem politischen Potential. Welche »neuen Dinge« werden die Bürgerinitiativen tun aufgrund der Lernprozesse, die in ihnen ablaufen? Werden sie das Atomprogramm der Bundesregierung erfolgreich verhindern, vielleicht sogar den Prozeß der »Transformation der Gesellschaft« einleiten?
Für den Versuch, diese Frage zu beantworten, ist der Rückblick auf die APO der 60er Jahre auch deshalb lehrreich, weil er die euphorische Beurteilung einer Bewegung und ihrer gesellschaftsverändernden Kraft als politischen Fehler erkennbar macht. Daß damals die »wichtigsten Kettenglieder« zur Revolutionierung der Gesellschaft doch noch nicht ergriffen waren, wissen wir heute aus der Erfahrung, die wir mit der Studentenbewegung gemacht haben (vgl. Bergmann 1968). Diese Erfahrung sollte eine Lehre sein. Die Perspektive der heutigen Bewegung ergibt sich nicht aus einer optimistischen Extrapolation der Kämpfe von Wyhl bis Brokdorf und ihr politisches Potential nicht aus einer Hochrechnung der bisherigen politischen Erfolge. Insgesamt sind die Schwierigkeiten und Niederlagen aufschlußreicher als die spektakulären Aktionen und Erfolge. Zwischen Wyhl und Brokdorf liegt die erste Phase einer Bewegung, von der zu fragen ist, unter welchen Voraussetzungen sie ihr Ziel – die Verhinderung von Betrieb und Bau von Atomanlagen – erreichen kann und welche politisierenden Effekte der Kampf um dieses Ziel hat.

Besonderheiten der Bürgerbewegung gegen Atomanlagen

Vor fünf Jahren, als es um Nordhorn-Range, Rote-Punkt-Aktionen, Kinderspielplätze und Grünflächen ging und von einer Bewegung gegen Atomanlagen noch nicht die Rede war, schrieb Helga Faßbinder im *Kursbuch:*

»Bürgerinitiativen kommen anläßlich einer Maßnahme zustande, von der eine meist durch ihren lokalen Wohnzusammenhang bestimmte Gruppe der Bevölkerung betroffen und gegen-

über ihren bisherigen Lebensumständen beeinträchtigt wird. Die Anlässe reichen dabei von der materiellen Verschlechterung, wie Abriß billiger Altbauwohnungen, der Lärmbelästigung durch neue Verkehrsführung, der Zerstörung von Sozialeinrichtungen und Erholungsgebieten, Tariferhöhung und Streckennetzverdünnung öffentlicher Verkehrsmittel und der mangelnden sozialen Ausstattung von Neubauprojekten bis zu eher subjektiv und emotional empfundenen Beeinträchtigungen wie Zerstörung traditioneller Identifikationssymbole und Veränderungen, die den Statuswert eines Gebiets mindern. Diese Maßnahmen betreffen eine in ihrer Klassenlage heterogene Gruppe, deren einzige Gemeinsamkeit in ihrer Rolle als ›Bürger‹ einer Kommune und in ihrer aktuellen Betroffenheit besteht.« (Faßbinder 1972, S. 79)

Vom politischen Potential solcher Bürgerinitiativen versprachen sich die meisten »Linken« nicht viel. Vorherrschend war die Auffassung, daß den durch punktuellen Anlaß, Verhaftung im Reproduktionsbereich und klassenheterogene Zusammensetzung gekennzeichneten Initiativen eine politische Bedeutung nur dann zukomme, wenn es gelinge, in ihnen den »Standpunkt des Proletariats« durchzusetzen und so ihren Kampf gegen die Verschlechterung einzelner Reproduktionsbedingungen in Verbindung zu bringen mit dem umfassenden ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse (vgl. etwa Faßbinder 1972; oder H. F. 1974, S. 123 ff.).

In bezug auf die politische Bedeutung von Reproduktionskämpfen vertrat Claus Offe eine entgegengesetzte Ansicht. In der Analyse der Schwierigkeiten, die der Mobilisierung des politischen Potentials von Bürgerinitiativen entgegenstehen, stimmte er jedoch im wesentlichen mit den übrigen Autoren überein. Offe nennt drei Gefahren, mit denen die Bürgerinitiativen fertig werden müssen, wenn ihr Kampf erfolgreich sein und politisch weiterreichende Bedeutung haben soll: Sie müssen alle Tendenzen zur Verwandlung der Initiative in eine reine Selbsthilfeorganisation abwehren, sie dürfen sich nicht durch Beschränkung ihrer Forderungen auf angebotene Alternativen zu einem Anhängsel der staatlichen Planung machen lassen, und sie müssen schließlich durch organisierte Selbststabilisierung der objektiv bedingten Zersplitterung ihres Widerstands entgegenwirken (vgl. Offe 1971, S. 159 ff.).

Tatsächlich haben Abirrungen in der einen oder anderen Richtung den erfolgreichen Widerstand vieler Bürgerinitiativen gehemmt oder sogar vereitelt. Zweifellos sind die genannten Gefahren für solche Bürgerinitiativen, wie sie Helga Faßbinder beschrieben hat, auch heute noch gültig. Es stellt sich jedoch die Frage, ob diese Beschreibung auch auf die Bewegung gegen Atomanlagen zutrifft, bzw. ob nicht diese Bewegung eine *Besonderheit* aufweist, die einige der Schwierigkeiten, mit denen andere Bürgerinitiativen typischerweise konfrontiert sind, aufhebt. Das ist u. E. der Fall, wobei wir glauben, daß die Besonderheit der Bewegung gegen Atomanlagen vor allem in den folgenden drei Punkten besteht:

– Das mit der Nutzung der Atomenergie heraufbeschworene Gefährdungspotential übertrifft bei weitem die tatsächlichen oder möglichen

Gefahren aller bisherigen zivilen Planungen. Da die Gefahren so groß sind, geht mit dem Aufbau und Betrieb von Atomanlagen der Aufbau von Geheimdienstapparaten und die umfassende und politisch »legitimierte« Bespitzelung von Tausenden von Menschen einher. Die Plutoniumtechnologie zieht den Abbau noch verbliebener demokratischer Rechte und Freiheiten und die Errichtung eines Polizeistaates nach sich.
– Der absoluten Intensität der Gefährdung entspricht ihre räumliche und zeitliche Dimension. Antwortpostkarten, die die Lagerbesatzung im Lichtenmoor mit Luftballons hatte fliegen lassen, kamen schon wenige Tage später mit solidarischen Grüßen aus Südschweden zurück. »Radioaktivität kennt keine Grenzen« steht deshalb auf den Transparenten, die Dänen, Schweden und Holländer zu unseren Demonstrationen mitbringen. Nicht nur räumlich, sondern auch zeitlich ist das Ausmaß der Gefährdung von Leben und Gesundheit von Millionen von Menschen einmalig. Radioaktive Stoffe mit Halbwertszeiten, die uns – zurückgerechnet – in die Steinzeit bringen, bedeuten nichts weniger als die Zerstörung der Zukunft.
– Intensität und Ausmaß der Gefährdung einerseits, der Druck, mit dem Staat und Kern-Industrie die Nutzung der Atomenergie voranzutreiben versuchen, andererseits sind die Gründe, warum in diesem Konflikt Lebensinteressen und Profitinteressen ungleich härter und unvermittelter aufeinander prallen als in allen übrigen Konflikten, in denen Bürgerinitiativen bislang engagiert waren. Niemals zuvor sind Bürgerinitiativen so brutalen Angriffen der Staatsgewalt ausgesetzt gewesen wie in Wyhl und Brokdorf, niemals zuvor wurde Bürgern die Interessenverflechtung von Staat und Industrie so deutlich vor Augen geführt.
Diese Besonderheiten der Bewegung gegen Atomanlagen bedingen, daß einige der Schwierigkeiten entfallen, mit denen andere, durch punktuelle und weniger umfassend lebensbedrohende Anlässe hervorgerufene Bürgerinitiativen konfrontiert sind. In der Degeneration zu kollektiven, nach außen abgeschotteten Selbsthilfeorganisationen wird man kaum eine für die Anti-Atom-Initiativen typische Gefahr sehen können. Organisierter Kontakt zwischen den Initiativen ist nötig, damit diese ihr Ziel erreichen; und die Erfahrungen mit regionalen Zusammenschlüssen, Alarmplänen und gemeinsamen Demonstrationsvorbereitungen zeigen, daß den Bürgerinitiativen diese Organisierung relativ leicht fällt, wenn ihre praktische Notwendigkeit einsichtig ist. Für eine nichtatomare Zukunft gibt es keine »Selbsthilfe« in dem Sinne, daß sich der Bürger ein Windrad in den Garten stellt und im übrigen den Staat walten läßt. Die Forderung »Weg mit dem Atomprogramm!« bringt das klar zum Ausdruck.
Mit dem Ausmaß der Bedrohung hängt darüber hinaus zusammen, daß die objektiven, im Anlaß des Konflikts angelegten Ursachen für die Zersplitterung des Widerstands weitgehend aufgehoben werden. Bereits in Wyhl

hatte sich gezeigt, daß die Lokalbornierung nur eine kurzfristige und anfängliche Erscheinung war. Die Forderung ». . . und auch nicht anderswo!« gehört heute zum festen Bestandteil aller Lokalkämpfe gegen Atomkraftwerke. Daß sie von den Bürgerinitiativen ernst genommen wird, beweist die überregionale Unterstützung, die alle Initiativen in entscheidenden Phasen ihres Kampfes erfahren. Als am 14. März 1977 die Baugenehmigung für das AKW in Wyhl aufgehoben wurde, begrüßten die ansässigen Initiativen diesen Gerichtsentscheid mit dem Hinweis, daß man sich nun um das französische Fessenheim auf der anderen Rheinseite kümmern müsse. Wie in Frankreich, so kann auch in der BRD kein Atomkraftwerk gebaut werden, dessen Gefahrenkreis sich auf eine einzige Region beschränken ließe; in beinahe allen Fällen werden zudem angrenzende Länder betroffen. Statt den Widerstand zu zersplittern, ist sein Anlaß deshalb eher die objektive Grundlage für seine Vergesellschaftung und seine Internationalisierung.

Die Gefahr der Selbstaufgabe durch Integration

Von den drei von Offe benannten Gefahren bleibt die Gefahr der Integration einzelner Initiativen in die staatliche Planung auch für die Bewegung gegen Atomanlagen relevant. Sie ist durchaus nicht nur eine Erscheinung des Anfangs, sondern tritt im Gegenteil dann zutage, wenn sich die Auseinandersetzungen zuspitzen und die Bewegung beginnt, die staatliche Planung tatsächlich zu verletzen. Um den Druck abzufangen, zeigt sich der Staat in diesem Moment kompromißbereit und läßt sich auf Verhandlungen ein, in denen den Bürgerinitiativen die Möglichkeit einer »Mitbestimmung« angeboten wird. Es stellt sich dann jedesmal die für die Einheit und Stärke der Initiativen entscheidende Frage, worum und in welcher Form die Verhandlungen geführt werden sollen. Die Bürgerinitiativen stehen vor der Alternative, entweder in ihrem Kampf gegen Atomanlagen ein Stück voranzukommen (deswegen wäre es falsch, Verhandlungsmöglichkeiten nicht zu nutzen, z. B. um Zeit zu gewinnen, oder um die Niederschlagung von Strafverfahren zu erreichen), oder zu einem politisch belanglosen Anhängsel der staatlichen Planung zu werden, dem mit dem Köder »Mitbestimmung« die für die Realisierung des Atomprogramms wichtige Funktion des »kritischen Begleiters« und »Legitimationsträgers« zugeschoben wird. *Darüber zu verhandeln, ob Atomkraftwerke langsamer oder mit anderen Sicherheitsauflagen gebaut werden, heißt die eigene Position aufgeben.*
Wenn die Bürgerinitiativen des Oberrheins heute schreiben (vgl. Nössler 1976, S. 164), daß die Gegenseite mit Verhandlungen vor allem versucht, eine verklausulierte Zustimmung zum Bau von Atomanlagen zu erreichen, und daß Verhandlungen diesen Bau nie verhindern können, so ist das eine

aus jahrelangem Kampf gewonnene Erfahrung, die aber nicht ohne weiteres auf andere Initiativen übertragen werden kann. Auf der Großveranstaltung in Itzehoe am 19. Februar 1977 gab es deutliche Anzeichen dafür, daß die Integrationspolitik von SPD und FDP in den Initiativen ihre Wirkung tat. Forderungen wie »Kein AKW gegen den Willen der Bevölkerung!« enthalten eine für die Bürgerinitiativen gefährliche Tendenz der Delegation der Vertretung eigener Interessen an den parlamentarischen Willensbildungsapparat, in dem die kompromißlose Ablehnung der Atomenergie keine Chance hat.

Die Bürgerinitiativen können ihre Autonomie gegenüber dem Staat nur bewahren, wenn sie sich nicht auf die der staatlichen Bürokratie adäquaten Auseinandersetzungsformen beschränken. In ihrem bisherigen Widerstand mußten die Bürgerinitiativen lernen, daß ihr Kampf nur dann vorankommt und nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie bereit und entschlossen sind, die Verhandlungsstrategien und -formen der Gegenseite notfalls mit *kalkulierten Regelverletzungen* wie Blockade und Platzbesetzungen zu durchkreuzen. Allerdings können sich die einzelnen Initiativen nicht einfach »entschließen«, diese Mittel anzuwenden; ihr erfolgreicher Einsatz ist vielmehr abhängig von der Stärke der gesamten Bewegung. Das Problem der Abwehr der Integrationsgefahr erweist sich damit als ein Teilaspekt des Grundproblems der Bewegung überhaupt: ihre Selbststabilisierung und die Entwicklung ihrer eigenen Kraft.

Über die Frage, wie dies zu geschehen habe, wird heute in den Initiativen heftig debattiert. Für die meisten Bereiche der täglichen Arbeit in den Initiativen hat die Debatte praktische Konsequenzen, insbesondere aber für die Öffentlichkeitsarbeit und die Mobilisierung, sowie – nach innen gerichtet – für die Vereinheitlichung der bereits gewonnenen Mitglieder. Perspektive und politisches Potential der Bewegung sind unmittelbar abhängig von einer richtigen und erfolgreichen *Stabilisierungspolitik* in den Bürgerinitiativen selbst. Sie müssen in diesem Zusammenhang diskutiert werden.

Kämpfen aufgrund von Belehrung?

Für die Selbststabilisierung der Bewegung stellt sich heute vor allem die Frage der *Zieleingrenzung*, d. h. wie ausschließlich oder wie umfassend der Widerstand gegen den Bau und Betrieb von Atomanlagen organisiert werden soll. Aufgrund der offensichtlichen Verzahnung von Atomenergie und staatlich sanktionierten Kapitalinteressen, aufgrund auch der Gefahr der Eingliederung der Bürgerinitiativen in die staatliche Planung, wird heute in den Bürgerinitiativen – in erster Linie von Vertretern bestimmter kommunistischer Organisationen, aber auch von Nicht-Organisierten

– eine Stabilisierungspolitik vertreten, die bestrebt ist, dem Widerstand gegen Atomanlagen *von vornherein* eine antikapitalistische und antiimperialistische Ausrichtung zu geben. Sie basiert auf der Überzeugung, daß sich Stärke und Entschlossenheit der Bewegung nur entwickeln können, wenn die Heterogenität der politischen Standpunkte beseitigt und statt dessen der einheitliche »Standpunkt des Proletariats« durchgesetzt wird. So stellt beispielsweise der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) in einer Einschätzung der Kämpfe von Bürgerinitiativen fest, »daß diese Kämpfe das Niveau des spontanen Massenprotests nicht überschritten haben, daß sie nicht politisch mit der Perspektive des Klassenkampfes geführt werden«. Deswegen dürfe man die Bürgerinitiativen jedoch nicht aus der allgemeinen Klassenkampfstrategie herausnehmen, sondern habe als Kommunist vielmehr die Aufgabe, »die vorwärtstreibenden Seiten solcher Bewegungen festzustellen und zu propagieren, gegenüber den spontanen, auseinanderstrebenden Interessen das vereinheitlichende proletarische Klasseninteresse hervorzukehren« (*Kommunismus und Klassenkampf* Nr. 2, 1974, S. 123). Nach Auffassung der Vertreter dieser Linie in der Stabilisierungspolitik ist nicht nur die Mobilisierung des politischen Potentials der Bewegung an diese Bedingung geknüpft, sondern auch ihr unmittelbarer Erfolg in der Verhinderung von Atomanlagen; nur als politischer Kampf kann der Kampf gegen Atomanlagen erfolgreich sein. An dieser Politik richtet sich auch die Öffentlichkeitsarbeit aus, die von vornherein das über die Verhinderung von Atomanlagen hinausgehende politische Kampfziel hervorhebt und neue Kräfte über die Einsicht in die Notwendigkeit des politischen Kampfes gegen das Kapital und den kapitalistischen Staat zu gewinnen sucht. Es liegt in der Konsequenz dieser Linie, sowohl die Auseinandersetzung zwischen Bürgerinitiativen und Atomenergie-Befürwortern als auch die Auseinandersetzungen in den Bürgerinitiativen selbst politisch zuzuspitzen und in der Abgrenzung der Bewegung gegenüber bürgerlichen oder politisch unentschlossenen Kräften einen Gewinn für die Stärke und Entschlossenheit der Bewegung zu sehen. In einem Artikel der vom KBW herausgegebenen *Kommunistischen Volkszeitung*, der – ohne Gespür für die Ironie der Formulierung – die Bürgerinitiativen zum Bruch mit bürgerlichen Strömungen aufruft, heißt es:

»Aufgabe dieser bürgerlichen Strömungen ist es, als verlängerter Arm der Bourgeoisie die Volksmassen vom konsequenten, selbständigen Kampf gegen den bürgerlichen Staat abzuhalten. (. . .) Immer wenn die Kommunisten den Charakter des kapitalistischen Staates und den Aufbau des Sozialismus propagieren, stimmen Vertreter dieser bürgerlichen Strömungen ein großes Wehgeschrei an. Dies ist gut so. Es wird die Auseinandersetzungen und die Klarheit über den Charakter des Kampfes gegen Kernenergieanlagen vertiefen und den Zusammenschluß der Volksmassen auf der Linie des selbständigen Kampfes gegen den imperialistischen Staatsapparat vorantreiben.« (*KVZ* 2/77, Bezirksbeilage Bremen/Unterweser, S. 4)

Daß der Zusammenschluß der »Volksmassen« gegen Atomanlagen und ihre

staatlichen Befürworter auf diese Weise vorangetrieben werden könne, hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten als Illusion erwiesen. Trotz eines Beschlusses der Bürgerinitiativen, auf dem Lagergelände in Lichtenmoor keine Parteipublikationen verteilen zu lassen, fiel der KBW im September 1976 mit einer massiven Propaganda- und Werbeaktion ins Lager ein. Er wurde des Lagers verwiesen. Als am 30. Oktober 1976 ein Teil des Bauplatzes in Brockdorf von etwa 2000 Demonstranten besetzt worden war, rief der KBW per Megaphon dazu auf, den Platz wieder zu verlassen. Eine Besetzung sei sinnlos, solange keine politische Vereinheitlichung der Bürgerinitiativen erfolgt sei. Schmollend zog er – gefolgt nur von einem Häuflein von Getreuen, von den anderen geschmäht – vom Platz, lange bevor die Polizei die Demonstranten gewaltsam vertrieb. Und obgleich unter den Bürgerinitiativen für den Versuch einer Bauplatzbesetzung in Brokdorf am 19. Februar 1977 keine Einheit zustande kam, die örtlichen Initiativen sogar mehrheitlich dagegen waren und auch jene Initiativen, die sich zur Kundgebung in Itzehoe versammeln wollten, unmißverständlich erklärt hatten, einen Weiterbau nicht hinnehmen und im Falle der Aufhebung des gerichtlich verfügten Baustopps unverzüglich zu einer Großkundgebung mit Besetzungsversuch aufrufen zu wollen – trotz dieser Lage der Dinge verfolgten der KBW und auch die anderen »K-Gruppen« von Anfang an eine Politik der »Besetzung in jedem Fall« und riskierten damit eine Spaltung der gesamten Bürgerbewegung. Die Realität hat sie auch hier widerlegt.

Widerstand aufgrund von Erfahrung

Die Bürgerinitiativen wurden durch solche Erfahrungen in ihrer Überzeugung bestärkt, daß ihre Selbststabilisierung nicht über die propagandistische Politisierung ihres Widerstands, sondern im Gegenteil über eine möglichst enge Eingrenzung des Kampfziels auf die Verhinderung von Atomanlagen angestrebt werden müsse. Diese Stabilisierungspolitik zielt darauf, eine möglichst große Zahl von Menschen, unabhängig von ihren politischen Standorten, zu gewinnen. Sie verzichtet darauf, in den Bürgerinitiativen einen einheitlichen politischen Standpunkt durchzusetzen, ist vielmehr bestrebt, ausgehend von der persönlichen Betroffenheit des einzelnen durch die Gefahren der Atomenergienutzung, den unterschiedlichen Wissensstand der Mitglieder auszugleichen, um auf diese Weise die Einsicht in die Notwendigkeit der Verhinderung von Atomanlagen auf der ganzen Welt zu vertiefen. Dabei umfaßt dieser Ausgleich auch den Ausgleich des politischen Wissens durch politische Aufklärung, aber nicht als übergestülpte Belehrung, sondern als Antwort auf die Aufklärungs*bedürfnisse*, die aus dem Kampf gegen Atomanlagen notwendig hervorwachsen. Die Verein-

heitlichung der Mitglieder setzt nicht die Zustimmung zu bestimmten politischen Überzeugungen, sondern allein die Unterstützung des unmittelbaren Zieles der Bewegung – die Verhinderung von Atomanlagen und die Beseitigung des Atomprogramms – voraus. Unter den gleichen Prämissen erfolgt die Öffentlichkeitsarbeit. Sie basiert auf der Überzeugung, daß die Stärke der Bewegung nicht nur in der Zahl der Engagierten und in ihrer Einheit, sondern wesentlich auch in dem Rückhalt liegt, den die Bewegung in der öffentlichen Meinung findet. Entscheidend ist die breite, kontinuierliche und auf die Lebensbedürfnisse der Menschen bezogene Information über die Gefahren der Atomenergienutzung, die Aufklärung über die Tatsache, daß der zusätzliche Atomstrom die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung nicht verbessern, sondern nur verschlechtern kann, und schließlich immer wieder der Hinweis auf die Realisierbarkeit und die Notwendigkeit technischer und gesellschaftlicher Alternativen. Ziel dieser Öffentlichkeitsarbeit ist es, die Einsicht in die Notwendigkeit, Atomanlagen zu verhindern, so zu verbreiten, daß die Bewegung auch für den Fall notwendiger und militanter Aktionen ihren Rückhalt in der öffentlichen Meinung behält. Die Bürgerinitiativen wollen die Unterstützung der öffentlichen Meinung nicht durch Abstriche von den eigenen Zielen oder den Verzicht auf Regelverletzungen erreichen, sondern es kommt ihnen gerade darauf an, daß die öffentliche Meinung hinter den Zielen der Bewegung und den zur Durchsetzung der Ziele notwendigen Mitteln steht.
Schon im Kampf der Bürgerinitiativen des Oberrheins und seither immer wieder hat sich herausgestellt, daß diese Stabilisierungspolitik richtig ist und daß durch sie die Stärke und Entschlossenheit der Bewegung vorangebracht werden können. In bezug auf die Abwehr der Integrationsgefahr und die Stabilisierung der Bewegung gegenüber den Staatsorganen ist diese Politik erfolgreich, allerdings nicht deshalb, weil sie den Staat propagandistisch als Durchsetzungs- und Schutzinstanz von Kapitalinteressen »entlarvt«, sondern weil sie eine große Zahl von Menschen zum aktiven Eintreten für ihre Lebensinteressen bewegen und in einem Widerstand zusammenfassen kann, in dessen Abwehr der Staat sich *selbst* als diese Instanz entlarven muß. Nichts zerstört einerseits Sozialstaatsillusionen nachhaltiger und ruft andererseits radikaleres Engagement hervor als die Erfahrung staatlicher Gewalt durch Menschen, die sich in einer gerechten Sache zusammengeschlossen haben. Nach dem Polizeieinsatz von Wyhl am 20. Februar 1975 schrieb ein Mitglied der Bürgerinitiativen:

»Ich erinnere mich noch an viele Gesichter von Leuten aus der Bevölkerung, die nicht nur schmerzverzerrt, sondern auch total fassungslos waren. Sie haben in dieser kurzen Zeit eine solche Veränderung ihres Bewußtseins durchgemacht, daß man das heute noch gar nicht absehen kann und wovor ich, wenn ich Herr Filbinger und Co. wäre, mehr Angst hätte als vor jedem Studenten.« (Gladitz 1976, S. 43)

Obgleich solche Äußerungen sicher typisch für viele Leute sind, dürfen sie nicht einfach als Indiz für ein über den Widerstand gegen Atomanlagen hinausgehendes politisches Engagement genommen werden. Denn genauso charakteristisch ist die Antwort einer Winzerin auf die Frage nach ihren gesellschaftsverändernden Motiven:

»Also ich hab solche Ambitionen noch gar nie gehabt. Ich habe das gemacht gegen Breisach und Marckolsheim, was in meiner Kraft gestanden ist. Und wenn wir's wegbringen, das KKW, dann werd ich wieder an meine Arbeit gehen und wir werden zufrieden sein und die stille Genugtuung haben, wir sind dabeigewesen und wir haben mitgeholfen.« (Gladitz 1976, S. 161)

Zweifellos liegen solche Einstellungen in der Linie einer Selbststabilisierungspolitik, die den Widerstand der Bürgerinitiativen eng auf die Verhinderung von Atomanlagen konzentriert und dadurch unterschiedlichste Bevölkerungskreise motivieren kann. Deshalb stellt sich für sie die Frage nach dem weiterreichenden politischen Potential mit besonderem Nachdruck. Ist nicht anzunehmen, daß diese Bewegung zwar in bezug auf die Verhinderung von Atomanlagen eine erfolgversprechende Perspektive hat, daß sie aber darüber hinaus keine Anstöße zur Veränderung der Gesellschaft geben wird? Ist es deshalb nicht notwendig, die Bewegung gegen Atomanlagen propagandistisch zu politisieren, weil sonst die Verhältnisse unangetastet bleiben, die nicht nur Atomkraftwerke gesetzmäßig hervorbringen, sondern Umweltzerstörung überhaupt und eine immer umfassender werdende Bedrohung des menschlichen Lebens?

Kritik, Entdeckung und alternatives Handeln als politische Potenz

Das politische, auf Veränderung der Gesellschaft zielende Potential der Bewegung gegen Atomanlagen liegt u. E. nicht in ihrem unmittelbaren Kampfziel und kann auch nicht mobilisiert werden, indem das Kampfziel politisch aufgefächert oder durch ein anderes ersetzt wird. In den Bürgerinitiativen den »Standpunkt des Proletariats« durchsetzen und sie zum »Bestandteil des Klassenkampfs« machen zu wollen, bedeutet ihre Auflösung, allenfalls die Schaffung einer weiteren kommunistischen Organisation einschließlich ihrer derzeit typischen Probleme. Die Anziehungskraft der Bürgerinitiativen für kommunistische Gruppierungen liegt in ihrem Massenzulauf. Gerade diesem ist aber die Attitüde propagandistischer Belehrung äußerst abträglich. Freilich liegt dieses Dilemma, das heute viele Sozialisten entmutigt, nicht darin begründet, daß die Leute nicht politisch lernen könnten oder wollten, sondern in den Fehlern der bezeichneten politischen Linie. In der Schrift »Über die Praxis« von 1937 schrieb Mao Tse-tung:

»Das Denken dieser ›Linken‹ überspringt bestimmte Entwicklungsstufen des objektiven

Prozesses; die einen halten ihre Illusion für Wahrheit, die anderen versuchen, verfrüht in der Gegenwart Ideale zu verwirklichen, die erst in der Zukunft verwirklicht werden können. Sie haben sich von der jeweiligen Praxis der Mehrheit der Menschen, von der aktuellen Wirklichkeit losgelöst und erweisen sich in ihren Handlungen als Abenteurer.« (Mao Tse-tung 1937, S. 361 f.)

Das politische Potential der Bewegung gegen Atomanlagen kommt erst in den Blick, wenn man die durch diese Bewegung angestoßenen *Lernprozesse* betrachtet. Es zeigt sich dann, daß sich zwischen Wyhl und Brokdorf vermutlich eine der mächtigsten und umfassendsten »Volks-Schulungen« der deutschen Nachkriegsgeschichte ereignet hat, die nicht auf die bestehende Gesellschaft, sondern auf ihre Überwindung vorbereitet.
Den weitgespannten Fächer dieser Schulung und ihre vom verschulten Lernen so ganz verschiedene Form haben wir im ersten Teil dieses Aufsatzes darzustellen versucht. Stichwortartig zusammengefaßt läßt sich feststellen, daß dieses Lernen die Kritik am Bestehenden, die Aufdeckung von Verschüttetem und die Ausbildung alternativer Handlungsfähigkeiten umfaßt:
Kritik an Staat, Parteien, Gesetzen und Gerichten, Presse, Kirche, Wissenschaft und Wissenschaftlern, der Rolle der Frauen und der Männer, gekoppelt mit Ansätzen einer generellen Kultur- und Kapitalismuskritik;
Entdeckung der Stärke, die die Solidarität verleiht, der praktischen Intelligenz und Kreativität der »einfachen Leute«, der eigenen Sprache, Kultur und (Widerstands-) Tradition, schließlich und am wichtigsten: die Entdekkung von *Alternativen* und der eigenen Fähigkeit zum alternativen Handeln.
In diesem Lernen des Allgemeinen im Punktuellen sehen wir das eigentliche politische Potential der Bürgerbewegung. Mit ihm ist eine schrittweise Politisierung der Bevölkerung verbunden, die nicht so leicht unterdrückt, aber durch abstrakte politische Belehrung auch nicht beschleunigt werden kann. Es ist zu vermuten, daß der Druck, mit dem der Staat das Atomprogramm heute durchzusetzen versucht, diese Lernprozesse intensivieren und auf immer mehr Menschen ausdehnen wird. Mit jedem Polizeieinsatz zum Schutze von Atomanlagen, mit jeder »Lauschaktion« und mit jeder technischen Panne werden neue Fragen aufgeworfen, weitere Lernprozesse in Gang gesetzt, gewinnt der Widerstand an Stärke. Und je mehr »Sachzwänge« Wirtschaft und Staat zur Verteidigung ihres Atomprogramms ins Feld führen, um so fragwürdiger wird die Gesellschaft, die diese Sachzwänge produziert.
Die Lernprozesse, die der Widerstand gegen Atomanlagen angestoßen hat und immer weiter in Bewegung setzt, weisen in ihrer Perspektive über die Bürgerbewegung hinaus. Sie haben ihren Ursprung in konkreten und unmittelbaren Erfahrungen und Bedrohungen und weiten sich aus – wie die

Kreise, die ein Stein verursacht, der ins Wasser fällt – zu immer neuen Fragen, warum das so ist und ob es so sein muß. Hierin liegt die politische Bedeutung einer Bewegung, die ihren bürgerlichen Charakter in dem Maße abstreifen wird, in dem sich die in ihr in Gang gesetzten Lernprozesse umsetzen in das Handeln von Menschen, denen die Errichtung einer neuen Gesellschaft zum unmittelbaren Lebensbedürfnis geworden ist und die ihre Geschichte selbst und bewußt in die Hand nehmen.

Ausgewählte Literatur

Autorengruppe des Projekts SAIU an der Universität Bremen: *Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie. 66 Erwiderungen*, Berlin, Oberbaumverlag 1975

Bergmann, Uwe u. a.: *Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition*, Reinbek, Rowohlt 1968

Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken. Bericht für das Bundesministerium für Forschung und Technologie, Februar 1975. Durchgeführt vom Batelle-Institut e. V., Frankfurt/M., Bonn 1975

Bürgerproteste – die vierte Gewalt, in: *Der Spiegel* Nr. 13 (21. 3.), 1977, S. 32-49

H. F.: »Bürgerinitiativen« und Klassenkampf, in: *Kommunismus und Klassenkampf* 2, 1974, S. 123-125

Faßbinder, Helga: Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung im Kontext kapitalistischer Regionalpolitik, in: *Kursbuch* 27, 1972, S. 68-83

Gladitz, Nina (Hrsg.): *Lieber aktiv als radioaktiv. Wyhler Bauern erzählen*, Berlin, Wagenbach 1976

Gorz, André: Der heimliche Lehrplan der Erwachsenenbildung, in: H. Dauber / E. Verne (Hrsg.): *Freiheit zum Lernen. Alternativen zur lebenslänglichen Verschulung*, Reinbek, Rowohlt 1976, S. 75-83.

Grossmann, Heinz (Hrsg.): *Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung?* Frankfurt/M., Fischer Bücherei 1971

Mao Tse-Tung: Über die Praxis (1937), in: ders., *Ausgewählte Werke*, Bd. 1, Peking 1968, S. 347-364

Moßmann, Walter: Volkshochschule Wyhlerwald, in: H. Dauber / E. Verne (Hrsg.): *Freiheit zum Lernen. Alternativen zur lebenslänglichen Verschulung*, Reinbek, Rowohlt 1976, S. 156-172

Nössler, Berndt und Margret de Witt (Hrsg.): *Wyhl. Betroffene Bürger berichten*, Freiburg, inform-Verlag 1976

Offe, Claus: Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus, in: H. Grossmann (Hrsg.): *Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung?* Frankfurt/M., Fischer Bücherei 1971, S. 152-165

Strohm, Holger: *Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation über Kernkraftwerke*, Hamburg (2. Aufl.), Assoziation 1975

Arbeiterbewegung
Theorie und Geschichte

Jahrbuch 1
Über Karl Korsch
Hg.: Claudia Pozzoli
Originalausgabe
ATG 6600 / DM 9,80

Jahrbuch 2
Marxistische Revolutionstheorien
Hg.: Claudio Pozzoli
Originalausgabe
ATG 6606 / DM 9,80

Jahrbuch 3
Die Linke in der SPD
Hg.: Claudio Pozzoli
Originalausgabe
ATG 6609 / DM 11,80

Jahrbuch 4
Faschismus und Kapitalismus
Hg.: Claudio Pozzoli
Originalausgabe
ATG 6610 / DM 14,80

Jeremy Brecher
Streiks und Arbeiterrevolten
Amerikanische Arbeiterbewegung 1877 – 1970
Deutsche Erstausgabe
ATG 6605 / DM 7,80

Paul Mattick / Christoph Deutschmann / Volkhard Brandes
Krisen und Krisentheorien
Originalausgabe
ATG 6607 / DM 5,80

Paul Mattick
Kritik der Neomarxisten
Originalausgabe
ATG 6601 / DM 6,80

A.M. Pankratova
Fabrikräte in Rußland
Der Kampf um die sozialistische Fabrik.
Deutsche Erstausgabe
ATG 6602 / DM 11,80

Leo Trotzki
Geschichte der russischen Revolution
Band 1: Erster Teil
Die Februarrevolution
ATG 6603 / DM 8,80
Band 2: Zweiter Teil
Die Oktoberrevolution (1)
ATG 6604/1 / DM 7,80
Band 3: Zweiter Teil
Die Oktoberrevolution (2)
ATG 6604/2 / DM 7,80

FISCHER
TASCHENBÜCHER

...ausgebeutet sein

Ein italienisches Kollektiv

– Eine Analyse über die Situation der Frau im Kapitalismus, über ihre Klassensituation und ihr Kastendasein –
Mit Hilfe der marxistischen Methode werden traditionelle Begriffe vom Funktionieren der Warenproduktion, von Klassenkampf und dem Verhältnis der Frauen zum männlichen Proletariat infrage gestellt, wobei die Unterdrückung erkannt wird, als Bedingung, die Privateigentum und Tauschsystem aufrechterhält. – Ein Beitrag zur Theorie des Feminismus aus Italien – 227 S., DM 15.–

GETTING CLEAR

ANNE KENT RUSH

EIN THERAPIE-HANDBUCH FÜR FRAUEN

Ein Therapie-Handbuch für Frauen aus den Bereichen der Gestalttherapie, Bioenergetik, Yoga, Massage, Meditation, Spiel, Ausdruckstanz und consciousness raising. Mit vielen Übungen zur Verfeinerung der körperlichen und seelischen Wahrnehmung.
303 S., großformatig und illustriert, DM 20.–

Verlag Frauenoffensive
Kellerstr. 39 8 München 80

Ein Buch, das die Diskussion über die Möglichkeiten der Linken in der BRD wieder auf die Füße stellt. Grundlage für eine materialistische Selbstkritik. Aus dem Inhalt: Arbeiterklasse und Parteiensystem / Sozialpolitik als Integrationspolitik/ Das Bundesverfassungsgericht in der Ära Adenauer/KPD und Kalter Krieg bis 1950/ Die Linke in der SPD.

Rotbuch 145
270 Seiten. DM 12.–

Cobler deckt die Ursachen und Vorwände für den Ausbau des ›Staatsschutzes auf.
Aus dem Inhalt: Das bange Gefühl der Gefährdung/Die Legitimitätskrise des Staates/Die gezielte Emotionalisierung/Die Perfektionierung der Überwachung/Das Strafrecht als Kampfmittel/ Das politische Strafverfahren/Der militärische Staatsschutz.

Rotbuch 152
160 Seiten. DM 8.–

Deutschers Essays zur Judenfrage sind gegen die mangelhafte Aufklärung und die fortdauernde Blindheit gegenüber dem Faschismus gerichtet. Sie richten sich damit auch an die Linke: als unerläßliche Nachhilfe, als Grundlage für jede Diskussion über Antisemitismus, Zionismus und den Nah ost-Konflikt.

Rotbuch 159
144 Seiten. DM 8.–

Die erste gründliche und umfassende Darstellung der Geschichte Italiens seit dem zweiten Weltkrieg auf ökonomischer und politischer Ebene. Ein Buch, das analysiert, ohne unkritische Italien-Begeisterung zu entfachen. Grundlage für jeden, der die politische Entwicklung in Italien verstehen will.

Rotbuch 127
320 Seiten. DM 14.–

Rotbuch Verlag

Oskar Negt
Interesse gegen Partei

Über Identitätsprobleme der deutschen Linken
Ein Gespräch mit Harald Wieser

H. W.: Auf den Monat genau vor zehn Jahren wurde anläßlich eines Schahbesuches in Berlin der Student Benno Ohnesorg erschossen. Diese Erschießung radikalisierte den auch vorher schon bestehenden Protest der APO. Der Protest wurde zur Bewegung und in ihren besten Zeiten war diese Bewegung ein Machtfaktor. Zehn Jahre danach ist von der Macht der linken Opposition nur wenig übriggeblieben, und die alte Bewegung war auch nicht in der Lage, ihre eigene Geschichte an die nachrückende Generation weiterzuvermitteln. In diesem Sinne teilt die Linke auf fatale Weise die spezifisch deutsche Geschichtslosigkeit. Das geht mitunter so weit, daß es uns an denselben Hochschulen, die einst das Zentrum der linken Opposition waren, heute passieren kann, daß die Studenten in Gesprächen und Seminaren das Wort APO so unbetroffen mitschreiben, wie sie 5 Minuten später Freud, Parsons oder Durkheim notieren, als akademische Neuigkeit, fast soweit weg wie die Weimarer Republik. Mit anderen Worten: die Neue Linke existiert zwar in den Köpfen Tausender Einzelner, in diskutierenden Kollektiven und politischen Arbeitsgruppen, aber als Bewegung ist sie, vor allem an den Hochschulen, identitätslos geworden. Oder richtiger: die Identität, das Selbstbewußtsein der Neuen Linken ist eine Art *negative Identität.* Das heißt, wir wissen sehr genau, warum wir *nicht* in der SPD, *nicht* in der DKP, *nicht* in einer der K-Gruppen arbeiten. Aber sobald von uns die positive Definition unserer eigenen Vorstellungen verlangt wird, geraten wir in Schwierigkeiten oder verstecken uns hinter Begriffen der Bürokratiekritik: Rätedemokratie, demokratischer Sozialismus, die so richtig wie allgemein, aber an Außenstehende nicht vermittelbar sind, weil diesen Begriffen das Bild fehlt. Die darin steckenden Identitätsprobleme der Linken sollten Thema unseres Gespräches sein.

O. N.: Ich kann den negativen Zug deiner Einschätzung der politischen Kraft der Linken nicht ganz teilen. In einigen Punkten bin ich sogar gegenteiliger Auffassung. Nehmen wir z. B. die Machtverhältnisse an den Hochschulen: der unbestreitbare Zerfall der nach außen mobilisierungsfähigen Studentenbewegung, wie er sich in den zerfaserten Studentenfraktionen mit Parteianspruch darstellt, ist doch nur die Hälfte der Wirklichkeit.

Die andere Hälfte besteht in einer für die deutsche Geschichte, soweit sie von der Bundesrepublik fortgesetzt wird, bisher beispiellosen Umstrukturierung der Machtverhältnisse der Hochschulen, in der Lernorganisation und in den vermittelten Inhalten. Denn es gibt heute, trotz des wachsenden Drucks einer technokratischen Austrocknung des kritischen Nährbodens von Wissenschaft und Lehre, eine ins Gewicht fallende Erweiterung marxistischer Perspektiven des Denkens, wie sie noch vor zehn Jahren Wunschvorstellung und bloßes Programm war. Mit dieser »Institutionalisierung« des marxistischen Wissenschaftsansatzes hat sich die Linke Widerstandsinseln der Realitätserforschung und der Wissensvermittlung geschaffen, die ohne Übertreibung ein großer politischer Erfolg sind.

Das ist aber nicht alles. Die Protestbewegung der Studenten und der Jugendlichen, die sich mit ihren an die Wurzeln der Probleme gehenden Ansprüchen *quer* zu den durch Restaurationen und Konterrevolutionen geprägten Entwicklungslinien der deutschen Geschichte legte, hat gesellschaftliche Fragestellungen in die Öffentlichkeit gebracht, von denen wir noch heute zehren, selbst *die* linken Gruppen, denen die eigene Geschichte fremder ist als Ereignisse der zwanziger Jahre. So ist das Thema einer sozialistischen Demokratie auf die Tagesordnung gesetzt worden, als einer auf Selbstbestimmung gerichteten Organisationsform des Lebens, die sich im Kampf gegen Gewalt, Unfreiheit und Ausbeutung positiv definiert. Der bis dahin verdrängte, ja praktisch überhaupt nicht bewußt gewordene Zusammenhang zwischen Politik und eigenem Leben ist in vielfältiger Weise thematisiert worden. Wer hat vorher von der Politisierung des Arbeitsplatzes gesprochen? Wer von Bedürfnissen, Erfahrungen und Interessen, die Politik als Moment der Selbstbefreiung konstituieren? Politik hat in Deutschland immer den faden Beigeschmack von Geschäftspraktiken oder von Berufs- und Beamtentätigkeit gehabt.

Sicherlich: es wäre ganz falsch, die Protestbewegung nachträglich zu glorifizieren. Aber auch die Spekulation darüber, welche Fehler man damals hätte vermeiden können, ist müßig – wahrscheinlich gar keine. Es kommt darauf an, die gemachten Fehler nicht zu wiederholen. So kann ich mir vorstellen, daß Formen des *akademischen Marxismus,* bei denen der kritische Gehalt des marxistischen Denkens nicht mehr an bürgerlichem Wissenschaftsmaterial und an der Realität seine Bewährung und Gültigkeit erfährt, sondern deduktiv als Kanon positiven Wissens dargestellt wird, zur Erosion der Studentenbewegung beigetragen und die politische Attraktivität der organisierten Linken an den Hochschulen verringert hat. Das Marxsche *Kapital* läßt sich eben nicht zum reinen Lernstoff machen, wie ein Text von Max Weber, ohne ein Stück seiner politischen Sprengkraft zu verlieren.

H. W.: Diese Entwicklung ist im Grunde ein doppelter Selbstmord, ein wissenschaftlicher und politischer. Ein wissenschaftlicher, weil ein Marxis-

mus, dessen Aneignungsweise sich von der autoritären Wissensvermittlung traditioneller Seminare kaum noch unterscheidet, Gefahr läuft, auch die Bedeutung seiner Inhalte zu verändern. Ich meine folgendes: es ist ein großer Unterschied, ob ich mir *ein- und dieselbe Theorie* aktiv, selbständig und kritisch erarbeite oder ob ich sie in humorlosen Veranstaltungen gläubig konsumiere. Die Theorie selber ändert dadurch ihren Charakter. In dem einen Fall bleibt sie, was sie zu sein verdient: ein Instrumentarium gesellschaftlicher Kritik, politischer Gebrauchswert und, wenns gut geht, auch ein persönlicher Gewinn. In dem anderen Fall verändert sie sich zu dem, was sie nachweisbar nicht ist: zu einem geschlossenen System von Regeln, eher der Mathematik nachgebildet. Und ohne daß die Lehrenden und Lernenden es wollen, kommt es auf diese Weise, durch diese Form der Aneignung zu einer Art Verbürgerlichung des Marxismus. Das wäre sein wissenschaftlicher Selbstmord. – Sein politischer Selbstmord besteht, meine ich, darin, daß die sklavische Rekonstruktion der Buchstaben des Marxismus – rekonstruiert werden ja tatsächlich seine Buchstaben, nicht seine Bedeutung – offene Diskussionen und angstfreie Fragen gerade verhindert. Das kann dann dazu führen, daß selbst die lernbereitesten Leute irgendwann die Nase voll haben. Denn was sie lernen ist, die Autorität der Theorie wie einen Hammer zu benutzen, mit dem sie selbständige Fragen und die Lust am Denken erschlagen. Anstatt also von den Ängsten vor der Wissenschaft zu emanzipieren, schafft dieser Seminarmarxismus neue Ängste, und anstatt zu politisieren, tut er geradewegs das Gegenteil: er entpolitisiert unter dem Namen des Marxismus.

O. N.: Gegen diese Verbürgerlichung und Entpolitisierung des Marxismus gibt es nur ein Mittel: die Arbeit an der Erneuerung des Marxismus. Erneuerung heißt dabei keineswegs eine Suche nach irgendwelchen »Ergänzungen«, Revisionen oder Neubegründungen, auch nicht, daß man die Marxschen Schriften beiseite legen könnte, um von vorn anzufangen. Im Gegenteil: die Marxsche Theorie ist in meinen Augen die einzige *epochale Theorie der Gegenwart,* die gilt, solange es Lohnarbeit und Kapital, solange es Ausbeutung und Unterdrückung gibt. Und sie ist die einzige Theorie, die alle Mittel der Selbstkritik enthält, ohne daß man ihre Grundkategorien und ihre wesentlichen Erkenntnisse in Frage stellen müßte. Gerade angesichts der politisch ausgetrockneten deutschen Verhältnisse ist es notwendig, die Marxsche Theorie zunächst in ihrer originären theoretischen Form zu studieren, die Schriften von Marx und Engels aufzuschlagen und peinlich genau zu sehen, was sie gedacht und was sie geschrieben haben. Das wäre eine substanzielle Marx-Orthodoxie, die ich für notwendig und aktuell halte und die das gerade Gegenteil von dem ist, was Lenin als den ABC-Marxismus bezeichnet und kritisiert. Der versteinerte ABC-Marxismus, der sich an die Stelle der Realität setzt, kann zur politischen Identität

der Linken nicht beitragen; er kann nur *Sekten-Identität* schaffen. Denn ihm fehlt etwas wesentliches: die geschichtliche Dimension des Marxschen Denkens, die Lebendigkeit seiner Begriffe und Erkenntnisse. So ist unter Erneuerung auch zu verstehen, daß der Wiederholungszwang der *Ausgrenzungen* überwunden wird, ich meine damit den nutzlosen, seit über fünfzig Jahren betriebenen Windmühlenkampf gegen alle Strömungen des Denkens und Handelns innerhalb des marxistischen Spektrums, die als Abweichungen gelten: idealistisch, spontaneistisch, subjektivistisch, utopistisch, syndikalistisch, usw. Ein Windmühlenkampf ist es, weil die wirklichen Menschen eben so handeln, wie es *diese* und nicht die angeblich wissenschaftlicheren Kategorien ausdrücken. Wer geschlagen wird, reagiert spontan, und wer Gemeinheit und Unterdrückung erfährt, denkt utopisch und idealistisch, wenn er seinen Zustand, auch durch kollektive Aktionen, verändern will. Er will diese reale Veränderung *seines Lebens*, nicht *abstrakte Ziele*. Die Vorstellung von einer besseren und anderen Ökonomie als der des Kapitalismus oder die Vorstellung von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel sind sicherlich unverzichtbare Elemente des sozialistischen Denkens und Handelns. Aber die Marxsche Theorie ist Gesellschaftstheorie, keine rein ökonomische Theorie. Die Erneuerung des Marxismus, die ein wesentliches Moment der Identitätsbildung der Linken ist, muß also Antworten auf die Frage geben, wie die aus ihrer Alltagserfahrung herauswachsenden Bedürfnisse der Menschen zum sinnlichen Gegenstand der marxistischen Wissenschaft werden können, wie der sinnliche Reichtum der Marxschen Begriffe im wirklichen Lernen und Handeln entfaltet werden kann.

H. W.: Zur Erneuerung des Marxismus gehörte also auch die Rehabilitierung des utopischen Denkens, nicht der alte, aber ein neuer, ein moderner Fourier zum Beispiel. Das Risiko der Spekulation gehört dazu. Das ist natürlich eine schwere Sünde wider die bei uns dominierende Marx-Exegese, denn der Seminarmarxismus operiert ja mit einem Wissenschaftsbegriff, dessen Exaktheit für utopisches Denken völlig blind macht. Die Abwehr dagegen drückt sich in uralten Vorwürfen aus: Romantizismus, Metaphysik, Zurück-auf-die-Bäume-Ideologie. Aber diese Abwehr, die wissenschaftlich verkleidet auftritt, hat wahrscheinlich auch handfeste politische Gründe: wozu Utopien, wenn die Zukunft bereits Wirklichkeit ist, in der DDR etwa oder in China. Wir aber wollen und können auf solche sozialen Paradiese gerade nicht verweisen. Darum könnten genauere Zukunftsvorstellungen für uns im Grunde in zweifacher Hinsicht wichtig sein: um unsere eigene Identität zu klären, aber auch, um nach außen erkennbar zu werden. Bloch hat gegen Engels ein interessantes Argument ins Feld geführt: der Fortschritt des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft sei ein zu großer Fortschritt gewesen. Ich glaube, er hat recht damit.

O. N.: Er hat mit dieser Metapher ein Programm in Auftrag gegeben. Nur dürfen dabei die utopischen Entwürfe keine bloße Ergänzung zur Wissenschaft sein, etwa nach dem arbeitsteiligen Muster: hier die Theorie und dort die Utopie. Sondern wir müssen die Anstrengung auf uns nehmen herauszufinden, warum soviele Elemente, die mit dem wirklichen Handeln der Menschen zu tun haben, im Marxismus ausgegrenzt sind. Das heißt: wir müssen an der Utopie, vor allem den Alltags-Utopien der Menschen, als vollwertigen Gegenständen der Wissenschaft arbeiten. Nur dann kann die Annäherung der heute noch getrennten Welten gelingen, die Aufhebung dualistischer Denkstrukturen, die nur zustande kommen kann, wenn sich eine innere Vermitteltheit von Wissenschaft und Agitation, von Bild und Begriff herstellte.

H. W.: Das wäre ein Programm der Utopie in einem nicht- oder nach-utopistischen Sinn. – Aber mit dieser Kritik des institutionalisierten deutschen Marxismus ist der Identitätsverlust der Linken an den Hochschulen nur an einem Beispiel beschrieben. Worin liegt deiner Ansicht nach der Grund für den Niedergang der Opposition als einer mobilisierungsfähigen Bewegung? Worin liegt der Grund dafür, daß es die permanente politische Präsenz, die ja eine Präsenz innerhalb und außerhalb des Ghettos der Universität war, nicht mehr gibt?

O. N.: Du sprichst vom Niedergang der Opposition als einer mobilisierungsfähigen Bewegung. Das muß differenziert werden. Klar scheint mir zu sein, daß die bürgerlichen Massenmedien, Fernsehen, Zeitungen, Rundfunk, aus ihrem Verhalten in der Zeit der Protestbewegungen, wo sie durch extensive Berichterstattungen zu deren Verbreiterung wesentlich beitrugen, gelernt haben. Linke und liberale Journalisten haben es heute schwerer als damals, sie sind von Berufsverboten bedroht und in ihrer Arbeit eingeschränkt. Hat dadurch aber die Mobilisierungskraft der Linken gelitten? Brokdorf, Wyhl, Tausende von Bürgerinitiativen, Massenveranstaltungen wie der Pfingstkongreß des Sozialistischen Büros, die Studentenproteste gegen repressive Hochschulgesetze und gegen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Studenten und Schüler, Betriebsbesetzungen und Streiks – das liegt doch alles im Zeitraum der letzten fünf Jahre und zeigt, im Ganzen genommen, eine Massenmobilisierung, die es vor 1970 auch bei den großen Vietnam-Demonstrationen nicht häufig gab. Massenmobilisierung ist nicht das Hauptproblem der Linken. Wir sollten darauf noch zurückkommen.

Zunächst noch einiges zur Hochschule und dem Zerfall der Studentenbewegung in der alten Form einer demonstrativen Massenmobilisierung. Warum sich diese Form nicht halten konnte, dafür gibt es sicherlich viele Gründe: zunehmende Repression des Staatsapparates, Veränderungen des Charakters der Krise, auch interne Organisationsschwierigkeiten, die in

allen Intellektuellenbewegungen aufbrechen. Ich will Bekanntes nicht wiederholen. Nur *ein* Moment will ich herausgreifen. Was du die permanente politische Präsenz nennst, könnte man auch mit einem anderen Ausdruck belegen: *Überpolitisierung*. Tatsächlich hat es nach 1967, das läßt sich aus der Rückschau schon so nennen, eine Phase der Überpolitisierung gegeben. Sie hat darin bestanden, daß einerseits die privatesten Angelegenheiten wie politische Probleme behandelt wurden und andererseits, und zwar im engen Rahmen der Universität, nach Lösungen für globalpolitische Fragen gesucht wurde. Die Universität, die Hochschullehrer, aber auch die Studenten selber wurden dadurch mit selbstgeschaffenen Erwartungen konfrontiert, die sie auf Dauer, ohne eine wirksame Vermittlung zur Arbeiterklasse, überfordern mußten.

Wenn wir den Begriff der Überpolitisierung beibehalten, dann ließe sich sagen, daß wir uns, als Reaktion darauf, heute an den Hochschulen in der Phase der *Unterpolitisierung* befinden. Studentische Politik stellt sich heute viel weniger als damals über externe politische Identifikationen her, sondern ist stärker auf Probleme gerichtet, die die Universitäts-Linke der 60er Jahre vernachlässigt hat: auf Mensa-Preise, BAföG-Sätze, Studienorganisation usw., auf vergleichbare Probleme also, wie der VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) sie Ende der 50er Jahre aufgegriffen hat. Das heißt, es ist eine gewisse Traditionalisierung der Studentenpolitik eingetreten, eine Art studentischer Syndikalismus. Das sieht manchmal noch wie ein unpolitischer Protest aus, aber wir können es auch anders nennen: in die Reflexion vieler Leute ist eine Art nüchterner Realismus eingetreten. Wenn auf seiner Basis politische Aktivitäten entstehen, dann könnte sich die Phase der Unterpolitisierung irgendwann als ein Hinzugewinn an Identität erweisen.

H. W.: Unser Gespräch hat den Identitätsverlust der Neuen Linken bis jetzt mit dem Identitätsverlust der intellektuellen Linken gleichgesetzt. Nun repräsentiert die Hochschule aber nur einen kleinen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Das heißt: ist es nicht ein Trugschluß, in ruhigeren Universitäten den Beweis für die Krise der Neuen Linken überhaupt zu sehen? Haben sich nicht vielmehr einige der von ihr ausgehenden Ideen, Impulse und politischen Ausdrucksformen in andere soziale Bereiche verlagert; und zwar auf sehr indirekte Weise, in viel weniger spektakulärer Form und unter gänzlich neuen Namen? Ich denke dabei jetzt weniger an die Bürgerinitiativen, sondern mehr an die Arbeiterschaft: an die größer gewordene Zahl politisch arbeitender Vertrauensleute und Betriebsräte und an neue Formen des Arbeitskampfes.

O. N.: Einen direkten Kausalzusammenhang zwischen den Ideen der intellektuellen Linken und den neuen Bewegungen innerhalb der Arbeiterklasse gibt es sicherlich nicht. Im Gegenteil: es hat von seiten der deutschen

Arbeiter in der Vergangenheit immer mehr Sekpsis als Sympathie gegenüber der radikalen Linken gegeben. Andererseits läßt sich aber feststellen, daß im gleichen Augenblick, wo sich in der Hochschul-Linken Identitätsschwierigkeiten durch politischen Erfolgsverlust und angsterzeugende Repression vergrößern, in der Arbeiterschaft neue identitätsbildende Erfahrungen gemacht werden. Das fängt bei der Alltagssprache an. So haben z. B. Begriffe wie »Kapital«, »Ausbeutung« oder »Klasse«, die durch den Faschismus, den Kalten Krieg, Antikommunismus und popularisierte Mittelstandssoziologie verschüttet wurden, in der Umgangssprache vieler Arbeiter wieder an Selbstverständlichkeit gewonnen; und antikommunistische Feindbestimmungen haben heute in den Betrieben nicht mehr die abschreckende Wirkung, die sie noch vor zehn Jahren hatten. Sicherlich: das sind, verglichen mit anderen europäischen Ländern, sehr bescheidene Veränderungen, aber in der Bundesrepublik sind sie doch bemerkenswerte Zeichen der Wiederherstellung einer verlorengegangenen proletarischen Identität. Ein zweites Moment der proletarischen Identitätsbildung wird durch die augenblickliche Polarisierung in den Gewerkschaften gefördert. Gegenüber den traditionellen Funktionsträgern, die eher geneigt waren, das Instrument der zentralen Tarifverhandlungen als ein reines Verhandlungsinstrument unterhalb der Öffentlichkeitsebene zu handhaben, nimmt, bis in die Vorstände hinein, der Einfluß jener Gewerkschafter zu, die den materiellen Existenzkampf der Arbeiter als ganzen wieder stärker zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen machen. Für die Aktivität der Arbeiter und das Bewußtsein ist das nicht unerheblich, denn während die zentrale Verhandlungspolitik die einfachen Mitglieder von politischer Selbsttätigkeit faktisch weitgehend ausschließt, fordert die aus dem Existenzkampf der Arbeiter gegen das Kapital abgeleitete Gewerkschaftspolitik, welche sich auf den *materiellen und geistigen Lebensprozeß der Arbeiter* einstellt, diese Selbsttätigkeit natürlich heraus. Ein drittes Moment ist die Polarisierung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit: neben der alten Funktionärsschulung existiert in zunehmendem Maße eine Bildungsarbeit, die auf Probleme abzielt, die in der Funktionärsschulung nie eine ernsthafte Rolle gespielt haben: auf die Kommunikation unter den Arbeitern, auf Politisierungsprozesse am Arbeitsplatz, auf Freizeitverhalten, Familie und Schule, auf Probleme also, die nicht nur die Arbeit im engeren Sinne, sondern auch den außerbetrieblichen Alltag, das *Leben* der Arbeiter betreffen. In der allmählichen Überwindung des alten Ökonomismus aber wirken, so könnte man vielleicht sagen, tatsächlich Ideen, die dem Politikbegriff der Neuen Linken ähnlich sind. In gewisser Weise gilt das auch für die Aktionen der Arbeiter selber. Die großen Streiks der Nachkriegsperiode etwa haben, mit Ausnahme der Mitbestimmungskämpfe, selbst da, wo sie zu politischen Auseinandersetzungen wurden, letztlich doch immer den Charakter von reinen

Lohnkämpfen gehabt. Diese sind auch heute unabdingbare Grundlage erfolgreicher Gewerkschaftspolitik. Wenn wir uns dagegen die Erfahrungen ansehen, die in Erwitte oder anderswo gemacht wurden, dann zeigt sich: es ging zwar auch hier um materielle Garantien, um immerhin nichts weniger als den Arbeitsplatz und die Erhaltung des Lebensstandards, aber die Formen der Auseinandersetzungen waren neu. Denn was dort stattgefunden hat, war die Politisierung ganzer Lebensbereiche, eine Politisierung, die die Frauen, die Familien, Freunde, Nachbarn und Bekannte einbezogen hat. Und in den Fabriken selbst? Zum ersten Mal überhaupt in der deutschen Geschichte wurden während dieser Auseinandersetzungen Tendenzen spürbar, wo die Arbeiter, das zeigen die Betriebsbesetzungen, die Fabriken als ihren eigenen Tätigkeitsbereich und sich selber als mögliche Akteure dieser Fabriken betrachtet haben. Selbstverwaltung nicht nur als Ziel, sondern als Kampfform. Sie haben auf diese Weise ein Stück Sozialismus praktiziert, mitten im Kapitalismus haben sie Sozialismus praktiziert, denn was ist Sozialismus anderes als die gesamtgesellschaftliche Organisationsform von Selbstverwaltung.

H. W.: Sie haben Sozialismus praktiziert. Aber sie haben ihre Erfahrungen und Ziele nicht Sozialismus genannt. Die Intellektuellen fassen sie nachträglich so zusammen. Denn gerade in Deutschland hat die herrschende Ideologie es doch fertiggebracht, die Wirklichkeit und die Begriffe einander völlig zu entfremden.

O. N.: Sie haben es nicht so genannt. Aber auch die russischen Arbeiter und Bauern haben nicht für den Sozialismus als abstraktes Ziel gekämpft. Kein Volk, keine Revolution hat irgendwann und irgendwo jemals in diesem Sinne für den Sozialismus gekämpft, sondern für die konkrete Abschaffung von Ausbeutung, Leid und Verbrechen. Auch bei Lip haben die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht für den Sozialismus gekämpft, aber die Formen ihres Kampfes, die Tatsache, daß sie selbständig gehandelt und neue Formen der Öffentlichkeit hergestellt haben, auf die kein Sozialismus je verzichten kann, diese Tatsache gibt uns das Recht zu sagen: sie haben selbst dann ein Stück Sozialismus praktiziert, wenn sie das Wort noch nie gehört haben sollten. Ist das Spontaneismus? Nein. Denn ich habe bereits gesagt: ohne Theorie, genauer ohne den Marxismus ist sozialistische Politik nicht möglich.

H. W.: Das klingt sehr eindrucksvoll. Aber ist diese Interpretation nicht einfach die Umkehrung der herrschenden Ideologie, man könnte auch sagen der Schutzbehauptung der Herrschenden, nach der natürlich kein einziger der deutschen Arbeiter auch nur annähernd etwas mit Sozialismus im Sinn hat? Während die Herrschenden sagen: Sozialismus nirgendwo, sagst du das Gegenteil: Sozialismus überall. Die Arbeiter in Kalldorf und in Erwitte dagegen sagen, sie hätten schlicht ihre Interessen vertreten.

O. N.: Ja, Interessenvertretung. Ich bin der Überzeugung, daß wir, was die konsequente Vertretung von Interessen unter den besonderen deutschen Bedingungen bedeutet, noch viel zu wenig durchdacht haben. Wenn ich in diesem Zusammenhang von Interessen spreche, so meine ich selbstverständlich nicht Verbandsinteressen, sondern Lebensinteressen der Masse der arbeitenden Bevölkerung. Auch keine anthropologisch unveränderlichen Interessen und Bedürfnisse. Unter hiesigen Bedingungen nämlich kommt der Interessenvertretung ein ganz anderer Stellenwert zu als in anderen Ländern. Wie sehen die deutschen Bedingungen aus? In Deutschland gibt es eine durch und durch *staatsvermittelte Definition des Interesses,* die eine lange Geschichte katastrophaler Folgen ausdrückt. Das heißt: Interessen können und dürfen sich nur als Interessen des Gemeinwohls artikulieren, das die herrschende Klasse festlegt und die jeweilige Regierung mit dem Staatssiegel versieht. Besondere Interessen, die *materiellen und geistigen Lebensinteressen der breiten Masse,* haben in dem Klima einer institutionalisierten und ideologisch verbrämten Sozialpartnerschaft, das ja ein spezifisch deutsches Phänomen ist, nur dann eine Chance, akzeptiert zu werden, wenn sie sich als *allgemeine* Interessen tarnen. Diese Koppelung von unmittelbaren Profitinteressen und Allgemeininteresse gelingt den Konzernen und Monopolen regelmäßig, wenn sie mit wachsender Arbeitslosigkeit drohen. Die Organisierung nach Interessen bedeutet, diese Staatsvermitteltheit der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu durchbrechen; sie ist die Voraussetzung dafür, daß die Klassenkämpfe ihre staatlich neutralisierte und judifizierte Form, die teilweise noch den Kampf der Linken gegen die Berufsverbote prägt, verlieren. Diese Staatsvermitteltheit aller sozialen und politischen Probleme kommt im übrigen selbst in der Sprache zum Ausdruck: der politische Bürger heißt *Staatsbürger.* Das gibt es, meines Wissens, nirgendwo sonst: den Staatsbürger in Frankreich z. B. müßten wir mit Citoyen-Bourgeois übersetzen, für jeden Franzosen ein völliger Widersinn.

Warum ist das so wichtig? Ich bin der Meinung, daß immer dann, wenn unter Bedingungen einer Klassengesellschaft die kollektiven *politischen Ausdrucksformen der Klassenkämpfe* eingeschränkt, staatlich zersetzt oder zerstört werden, das *Gewaltpotential in der Gesellschaft wächst.* Und zwar in einer sich ergänzenden, doppelten Richtung: der Individualisierung gesellschaftlicher Gewalt, die bis in Formen des Terrorismus geht, und des Anwachsens der staatlichen Gewalt. Sie leben voneinander. Der Rechtsstaat oder genauer: der Gesetzgebungsstaat ist, wie schon mehrfach in der deutschen Geschichte, auf dem Wege, die Demokratie aufzuzehren. Was für bürgerliche Politiker in Frankreich und Italien und auch anderswo doch eine Selbstverständlichkeit ist, daß der Kapitalismus eine Klassengesellschaft ist, trifft in Westdeutschland auf Kopfschütteln. So verkehren sich

angesichts verschärfter Klassenkämpfe alle Rechtsbegriffe: die Gerichtsprozesse nehmen, wo sie es mit politischen Problemen zu tun haben, tendenziell den Charakter einer Inquisitionsgerichtsbarkeit an. Der Verdächtigte oder Angeschuldigte kommt verurteilt in den Gerichtssaal; er muß seine *Unschuld beweisen*, nicht *das Gericht seine Schuld*. Wenn man nur noch Terroristen, Sympathisanten und potentielle Terroristen sieht, so hilft nur das Mittel totalitärer Überwachung. Ein gefährlicher Wahn. *Die politische Entfaltung der Klassenkämpfe ist das einzige Mittel, diesen Wahn zu durchbrechen.*

H. W.: Nun melden sich seit einiger Zeit immer wieder Genossen zu Wort, auch im Umkreis des Sozialistischen Büros, die für die Gründung einer neuen linken *Partei* eintreten. Auf den ersten Blick hat diese zaghafte Offensive einleuchtende Argumente für sich, z. B.: der Parlamentarismus in der Bundesrepublik ist ein alternativloser Parlamentarismus, ein Wechselbad zwischen CDU und SPD, SPD und CDU. Und das von Wahljahr zu Wahljahr. Eine in der Bevölkerung ernstgenommene linke Wahlalternative existiert dagegen nicht. Zwar nehmen auch die DKP, der KBW und einige andere kommunistische Kleinparteien an den Wahlen teil, aber sie streiten sich um Dezimalstellen und Promille unterhalb der 2-Prozent-Schwelle. Antikapitalistische Positionen sind folglich in der bürgerlichen Öffentlichkeit nirgendwo vertreten. Und die Sozialisten? Sie wählen entweder nicht oder stehlen sich wenige Minuten vor Schließung der Wahllokale in eine Kabine und machen verschämt ihr SPD-Kreuzchen, ihr Kreuzchen gegen Strauß und Dregger, wie sie sagen. Dieser Zustand der politischen Handlungsunfähigkeit, so argumentieren nun die Befürworter der neuen Partei, müsse und könne auch aufhören. Denn: das Potential der Leute, die einerseits von der SPD enttäuscht sind, aber andererseits die DKP mit ihren ideologischen Abhängigkeiten für keine Alternative halten, dieses Potential sei heute so groß wie nie zuvor. Rudi Dutschke z. B. rechnet mit einem linken Wahlergebnis von nicht weniger als 8 Prozent. Ist also die neue Partei die Lösung unserer Identitätsprobleme? Sind unsere Identitätsprobleme Organisationsprobleme? Du bist ein Gegner der neuen linken Partei, jedenfalls für den Augenblick und für 1980. Warum?

O. N.: Weil ich der festen Überzeugung bin, daß unsere Identitätsprobleme eben keine reinen Organisationsprobleme sind und durch eine neue Partei zum jetzigen Augenblick nur scheinbar gelöst, jedenfalls verschoben würden. Auch das hat mit der deutschen Geschichte zu tun, deren konterrevolutionäre Traditionen wir gegenwärtig massiv zu spüren bekommen. Die bürgerliche Klasse in Deutschland hat keine wirklich selbständige demokratische Befreiungsbewegung gegenüber dem Staat hervorgebracht, sondern sie hat sich in Kollaboration mit dem alten preußisch-feudalen Staat emanzipiert. Sie hat daher keine eigene politische und kulturelle

Klassenidentität entwickelt, die sich als Identität der ganzen Nation darstellen ließe. Diese nationale deutsche Identitätslosigkeit, und das halte ich für einen wichtigen Punkt, wiederholt sich aber in gewisser Weise auch in der Linken, natürlich auch in der Rechten. Während die Rechte ihr fehlendes Selbstbewußtsein dadurch herzustellen versucht, daß sie Minderheiten ausgrenzt, gesellschaftliche Verhältnisse biologisiert, ganze Rassen diskriminiert, neigt die Linke immer wieder dazu, ihre mangelnde Eigenständigkeit mit Hilfe von *Fremdidentifikationen* zu kompensieren: sie orientiert sich weniger an den Problemen im eigenen Lande, als an anderen Ländern, anderen Parteien, anderen Revolutionen. Wenn sie also schon Identitäten entwickelt, dann entwickelt sie sekundäre, geborgte Identitäten. Das ist keine Frage des guten oder schlechten Willens. Es gibt wahrscheinlich kein Land der Welt, in dem so viel nach Identität gesucht wird und wo so wenig Bereitschaft besteht, mit *Widersprüchen produktiv* umzugehen. Wo Widersprüche auftreten, werden sie nicht dialektisch, d. h. produktiv in den politischen Arbeitsprozeß einbezogen, sondern dualistisch oder antithetisch behandelt. Entweder bist du Freund oder Feind, gut oder böse, Kommunist oder Antikommunist, usw. Mit politisch Andersdenkenden setzt man sich ungern an einen Tisch, ein Rigorismus, der im Milieu der italienischen oder französischen Linken eher Erstaunen hervorriefe. So ist es kein Zufall, daß Sektierertum, Renegatenwesen und Liniendogmatismus gerade bei uns in Deutschland so ausgeprägt und beharrlich sind. Denn mit diesen Erscheinungen wiederholt sich auch in der Linken, was im Grunde ein nationales Phänomen ist. Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, manches davon gilt auch für die DDR. Der Sozialismus in der DDR ist schließlich nicht das selbsttätige autonome Werk der Arbeiterklasse, sondern er wurde zunächst wesentlich unter dem Schutz fremder Truppen ins Werk gesetzt, die den Deutschen in der DDR den Sozialismus quasi mitgebracht und ihn als eine gegenständliche Objektivität installiert haben, ohne daß diese Objektivität zu dem damaligen Zeitpunkt bereits Teil der Subjektivität der Menschen gewesen wäre. Denn es gab in der Machtfrage keine Alternative. Und bis in die Embleme, das Bewußtsein und die staatlich vermittelte Disziplin der Arbeiterklasse hinein ist dieser Sozialismus in seinen öffentlichen und politischen Formen ein preußischer Sozialismus, der Widersprüchen und staatlich nicht sanktionierten Lernprozessen der Menschen kaum einen wirklichen Raum läßt. Eine neue linke Partei aber müßte, um die Fehler der alten Parteien nicht nachzuahmen, ein Problembewußtsein dieser geschichtlichen Tatsachen verkörpern. Das ist ein Maßstab, den wir um den Preis des selbsttätigen Sozialismus nicht aufgeben dürfen. Eine linke Partei zum jetzigen Zeitpunkt jedoch könnte diesem Maßstab nicht genügen.

H. W.: Dieses Gegenargument ist sehr global und wenig anschaulich. Von

ihm allein werden sich die Vertreter der Parteiidee kaum beeindrucken lassen. Denn ihre Argumente *für* die Partei, das ist ja gerade ihre Stärke, sind erheblich konkreter.

O. N.: Ich teile zwar nicht den 8-Prozent-Optimismus von Rudi Dutschke, aber wahrscheinlich würde das Ereignis einer solchen Parteigründung tatsächlich einige tausend Menschen mobilisieren. Nur: wer wären diese Menschen? Es wären vorwiegend Studenten, Intellektuelle und Reproduktionsarbeiter. Es wären Menschen, die sich aufgrund ihrer vergleichsweise unabhängigeren Arbeit diese Partei förmlich *leisten* könnten. Für diese Genossen wäre die Parteigründung sicherlich ein großes Ereignis, verknüpft mit einem beachtlichen Symbolwert. Aber was wäre ihre neue Partei: sie wäre im Grunde eine alte Partei, ganz zwangsläufig dem Typus eines Vereins nachgebildet, welcher alle traditionellen Parteien charakterisiert. Diesen Vereinstypus nimmt eine Partei notwendigerweise immer dann an, wenn sie sich über einer Bewegung organisiert, die noch gar nicht existiert oder die nicht mehr existiert. Und diese Bewegung existiert in der Bundesrepublik noch nicht. Die neue linke Partei wäre also nicht der organisatorische Ausdruck bereits massenhaft vorhandener Arbeitsprozesse und nicht der Ausdruck bereits massenhaft artikulierter Interessen. Sondern sie wäre ein Dach ohne Haus. Nennenswerte Teile der Arbeiterklasse wären in dieser Partei ganz sicher nicht repräsentiert, und selbst einzelne Arbeiter, linke Betriebsräte z. B., die privat mit der SPD gebrochen haben, würden sich hüten, in dieser Partei offen mitzuarbeiten. Denn in dem Moment, wo sie es täten, würden sie sich selber alle politischen Brücken abbrechen, die sie in den Betrieben für ihre Arbeit brauchen. Warum? Weil die Masse ihrer Kollegen gegenüber der Sozialdemokratie noch loyal ist. Sie haben zwar Einwände gegen die SPD, aber sie verhalten sich letztlich noch loyal. Diese Loyalität gegenüber den Großorganisationen ist sicherlich im Zerbröckeln begriffen, und es ist zu erwarten, daß sich in den kommenden fünf bis zehn Jahren das bestehende Parteiengefüge der BRD stark ändern wird. Aber: von Lenin stammt der Satz: Für uns als Intellektuelle mag der Parlamentarismus, traditionelle Parteien usw. historisch überholt sein – aber sind sie auch für die Arbeiterschaft überholt? Auf die Situation in der Bundesrepublik übertragen, ließe sich daraus der Satz machen: Für die linken Intellektuellen ist die SPD inzwischen alles andere als eine sozialistische Partei – aber ist das Scheitern des ökonomischen und politischen Krisenmanagement auch in das Bewußtsein und die Erfahrungen der Arbeiter eingegangen? Bevor jedoch die Massenloyalität gegenüber der Sozialdemokratie nicht spürbar zurückgegangen ist, ist die neue linke Partei nichts weiter als die – vielleicht etwas bessere und größere – Wiederholung von etwas, was wir in den bestehenden Kleinparteien bereits haben: eine Partei und Politik aus der Isolation heraus, eine Studenten- und Jugendpartei, in

der sofort nach dem Gründungstag die Fraktionskämpfe ausbrechen würden.

H. W.: Das ist ein neuralgischer Punkt in der Parteifrage. Denn vielleicht stimmt das umgekehrte Argument: die Massenloyalität zu den herrschenden Parteien ist gerade deshalb noch so unerschüttert, *weil* es eine attraktive linke Alternative, *weil* es die neue linke Partei noch nicht gibt.

O. N.: Das ist so plausibel wie falsch. Es ist deshalb falsch, weil es diese Alternativen doch gibt: die DKP, die kommunistischen Gruppen.

H. W.: Nein. Sie sind eben keine Alternativen; keine Alternativen für das Potential der Leute, von denen wir sprechen: die mit der SPD unzufrieden sind, aber gegenüber den autoritären Sozialismus-Modellen von DKP und KPD mindestens ebenso große Vorbehalte haben.

O. N.: Trotzdem. Es gibt in der Geschichte kein einziges Beispiel dafür, daß die Gründung einer Partei diese oder jene politische Entscheidung der Wähler überhaupt erst produziert hätte.

H. W.: Doch, diese Beispiele gibt es. Ich denke an die sozialistische Partei in Portugal, die Soarez-Partei. Sie ist zwar ein Bonner Export und eine Partei *gegen* die portugiesische Revolution. Aber obwohl sie erst einige Jahre jung ist, hat sie es in kürzester Zeit geschafft, über 30 Prozent der Wähler auf ihre Seite zu bekommen.

O. N.: Richtig, aber das Beispiel ist für uns unbrauchbar. Denn eine Partei, die mit der Linie des kleineren Übels arbeitet und sich als Partei der Ordnung präsentiert, hat natürlich viel leichteres Spiel. Schließlich organisiert sie Enttäuschungen gegen etwas Bestehendes, gegen die Kommunisten, gegen die Revolution. Eine sozialistische Partei in der Bundesrepublik aber müßte das Gegenteil tun: sie müßte für etwas Neues eintreten können, für etwas, das bislang nur ansatzweise in den Klassenkämpfen sich rührt und häufiger noch als bloße Idee von Intellektuellen existiert. Wir wollen ja gerade keine Partei von nur Enttäuschten sein. Denn eine Partei, die lediglich Enttäuschungen, aber keine neugewonnene politische Identität ihrer Anhänger organisiert, würde sehr schnell ihre Kraft und auch ihr politisches Profil verbrauchen.

H. W.: Mit anderen Worten: Die Illusion der neuen Partei liegt also nicht so sehr darin, daß sie Mitglieder und Sympathisanten fände, sondern die Illusion liegt darin, daß diese Partei eine aktiv sozialistische Partei sein könnte.

O. N.: Ja. Denn im Augenblick, unter den Bedingungen der noch nicht massenhaft *politisch* gewordenen Klassenauseinandersetzungen, wäre die Partei weder in der Lage, ihre eigene Identität in den Widersprüchen produktiv durchzuhalten, noch wäre sie in der Lage, selber Schutz zu bieten, den in ihr organisierten Arbeitern Schutz zu bieten. Einzelne Arbeiter, die sich unter Hintanstellung ihrer bisherigen politischen Arbeitsmöglich-

keiten, welche durch die Gewerkschaften geschützt sind, in dieser Partei engagierten, sie gewännen nicht, sie verlören an Einfluß in den Betrieben. Denn die deutschen Gewerkschaften sind noch nicht bereit, dazu fehlt jeder Druck, auch marxistische Positionen offen anzuerkennen und ihre Artikulation zu schützen. Und die politische Identität der Partei würde unterlaufen, weil sie ja gar nicht anders könnte, als sich auf den Wahlausgleichsmodus ihrer Interessen einzulassen. Sobald sie um ihres Überlebens willen gezwungen ist, sich auf die Wähler einzustellen, wird sie sich hüten, ihre Interessen offen und radikal zu vertreten. Das darf allerdings nicht zu einer Berührungsangst gegenüber den gesellschaftlichen Institutionen und anderen Organisationen führen. Aber ihre Identität würde demselben Meinungsmarkt zum Opfer fallen, dem z. B. auch Benneter zum Opfer gefallen ist. Er hat sich, ohne sicheren Basisschutz, auf die Meinungsbörse begeben und mit relativ hohem Einsatz spekuliert. Und schließlich kommt hinzu: an welchem Gegner sollte die Partei sich produktiv abarbeiten? Die italienischen und französischen Linkssozialisten haben diesen politischen Kontrahenten in Gestalt der kommunistischen Parteien; gegenüber den Kommunisten können sie den Kommunismus einklagen. Die linkssozialistische Partei in der Bundesrepublik aber müßte sich an der SPD abarbeiten. Was aber könnte sie im Augenblick, für die Wähler nachvollziehbar, gegenüber der SPD einklagen? Eben doch nur jenen konsequenten Reformismus, den die SPD selber aktiv nicht mehr vertritt.

H. W.: Was ist deine Alternative zur Alternative der linken Partei?

O. N.: Wenn ich dafür einen Begriff finden soll, dann möchte ich die Alternative *Volksfront der gemeinsamen politischen Arbeit* nennen. Das ist eine Volksfront, die von ihren klassischen Vorbildern und von der Praxis in anderen europäischen Ländern sehr verschieden ist: keine Volksfront der Chefetagen und Vorstandskoalitionen, wie sie in Frankreich möglich und auch Realität ist, sondern eine Volksfront, wie sie den besonderen deutschen Verhältnissen gerecht wird: eine Volksfront der Arbeit von unten und vor Ort; ein in der Zukunft intensiver werdender Austausch von Lernprozessen der Leute und Gruppen, die ihre Interessen noch isoliert voneinander artikulieren. Produktive Ansätze dieser Volksfront sehe ich im Sozialistischen Büro, weil das SB das in Deutschland verlorengegangene *überfraktionelle* geschichtliche Bewußtsein der Sozialisten am entschiedensten repräsentiert und sich auf die identitätszerstörenden Mechanismen der Parteienkonkurrenz nicht einläßt. Auf dem Boden dieser Art von Volksfront gemeinsamer Arbeit könnte dann eines Tages auch eine sozialistische Partei, eine Partei neuen Typs, entstehen. Die Zeit ist nicht reif, aber sie reift.

Jean Marcel Bouguereau, geboren 1946, gehört seit Anfang der 60er Jahre zur extremen Linken in Frankreich. Er lebt in Paris und ist Redaktionsmitglied von *Libération*.

Klaus Hartung, geboren 1940, studierte Germanistik, Soziologie und Psychologie. Zur Zeit arbeitet er vor allem auf dem Gebiet der Psychiatrie-Kritik.

Jürgen Seifert, geboren 1928, Werkzeugmacher, Dr. jur., ist Professor für die Wissenschaft von der Politik an der TU Hannover.

Otto Kallscheuer, geboren 1950, studierte Germanistik, alte Geschichte und Philosophie. Er ist Assistent am Institut für Politische Wissenschaften der FU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Eurokommunismus und Kritik der marxschen Dialektik.

Johann August Schülein, geboren 1947, studierte Soziologie. Er ist Dozent für Soziologie und Sozialpsychologie an der Uni Gießen. Soeben erschien von ihm: *Selbstbetroffenheit. Über Aneignung und Vermittlung sozialwissenschaftlicher Kompetenz* (Syndikat Verlag Ffm).

Hans Jürgen Benedict, geboren 1941, studierte Theologie und Friedensforschung. Er beschäftigt sich vor allem mit Möglichkeiten der Basis-Mobilisierung an strategisch wichtigen Punkten und mit Problemen der Rüstungs- und Entwicklungspolitik.

Thomas Kuby, geboren 1941, ausgebildeter Werkzeugmacher und Designer, arbeitet heute als wiss. Assistent an der FU Berlin in der Lehrerausbildung.

Christian Marzahn, geboren 1941, studierte Germanistik, Latein und Pädagogik und lehrt heute als Ass. Professor im Studiengang Sozialpädagogik an der Uni Bremen.

Oskar Negt, geboren 1934, studierte Philosophie und Soziologie. Er ist Professor für Soziologie an der TU Hannover und arbeitet im Sozialistischen Büro/Offenbach mit.

Kursbuch 49 Sinnlichkeiten September 77

Kursbuch 50 Bürgerinitiativen/Volksbegehren – neue Vierte Gewalt? November 77

Bürgerinitiativen üben heute auf viele Linke, ob organisiert oder nicht, einen magischen Bann aus, jedenfalls dort, wo sie aus dem Status des Vereins in den der Volksbewegung einzutreten scheinen. Erhebt sich hier endlich »das Volk«, das man so lange vergeblich dazu aufgefordert hatte?
Es handelt sich auf jeden Fall um etwas Neues. Vielleicht sogar um eine neue Vierte Gewalt? Die traditionelle Vierte Gewalt, in der Verfassungsgarantie der Pressefreiheit verankert, ist längst schon durch die höher rangierende Garantie der freien Verfügung übers Eigentum umgebogen. Die Bürgerinitiativen dagegen können sich kaum auf Eigentum, nur auf die Garantie der Versammlungsfreiheit und des Demonstrationsrechts berufen, die jedoch von der Exekutive fast beliebig beschnitten werden kann. Wie aber, wenn die Exekutive der protestierenden Bürger nicht mehr Herr wird, wenn der Einsatz staatlicher Gewalt die Empörung schürt statt bremst, wenn die Behörden schließlich vor dem Volk kapitulieren und ihre Politik ändern müssen?
Volksbewegungen, die sich jenseits von bürgerlichen Vereinen und politischen Parteien artikulieren, sind im System der parlamentarischen Demokratie nicht vorgesehen: werden sie ihren Rahmen sprengen? Neben dieses brisante politologische Problem tritt das unmittelbar politische: Woher kommt der Protest und wohin zielt er, wie könnte er – zum Guten oder Argen – kanalisiert werden?

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

22 v. Greiff: Abbildtheorie / Müller: Kinderaufzucht im Kapitalismus / Hopf, Hopf: Kritik der Klassenanalyse des PKA / Itoh: Krisentheorie bei Marx / Buddeberg und Damus: Herrschaft in „nachkapitalistischen" Gesellschaften / Schultz: Bäuerliche Interessenvertretung (1)

22

23 Blanke: Zur innerlinken Auseinandersetzung / Massarrat: Linksbürgerliche Analysen der „Energiekrise" / Betriebspolitik bei Osram / Mänicke-Gyöngyösi: Kultur und Alltagsleben in der SU / Altvater, Zeuner: Sontheimer-Kritik / Schultz: Bäuerliche Interessenvertretung (2)

23

24 Schaile: Der Arbeitskampf der Druckarbeiter 1976 / Hildebrandt, Olle, Schoeller: Kritik des syndikalistischen Internationalismus / Deutschmann: Das Elend systemtheoretischer Krisenanalyse / Krause: Die allgemeine Struktur des Monopols / Dudek: Engels und das Problem der Naturdialektik

24

25 Seifert: Bundestagswahl 76 / Schmollinger, Stöss: Bundestagswahlen und soziale Basis der Parteien (1) / Berger: Historische Sozialbewegung und heutige Arbeitsemigration in Südspanien / Stamatis: Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate / Penk, Thörmer: Reformismus u. Aufstieg

25

26 Schwerpunkt: Parteien, Bündnispolitik / Zeuner: SPD und Gewerkschaften / Brandt: Einheitsfront und Volksfront in Deutschland / Altvater, Genth: Eurokommunismus und Wirtschaftskrise in Italien / Schmollinger, Stöss: Bundestagswahlen (2) / Hildebrandt: Kap. Betriebspolitik 74/76

26

Prokla: einzeln 9 Mark, im Abonnement 7 Mark, über Buchhandlungen oder den Verlag: Rotbuch, Potsdamerstr. 98, 1 Berlin 30. Jahresabo (4 Hefte): 28 Mark plus Porto

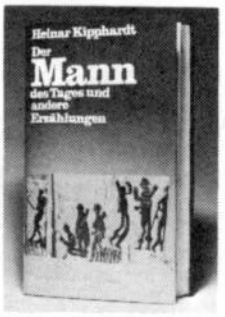
Rotbuch Verlag

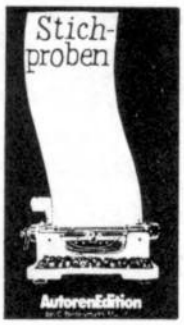
★

Der Mann des Tages und andere Erzählungen

In einer kühlen, präzisen Sprache schreibt Kipphardt nicht nur von den Grauen des Krieges, er versucht vielmehr zu zeigen, wie und durch welche Verhältnisse Menschen dazu gebracht werden können, solches Grauen zu verursachen.

Heinar Kipphardt
250 S.
28,– DM





Stichproben kostenlos anfordern.
Postkarte genügt!
An: C. Bertelsmann/München
Steinhauser Straße 1
8000 München 80

AutorenEdition

Karl A. Otto

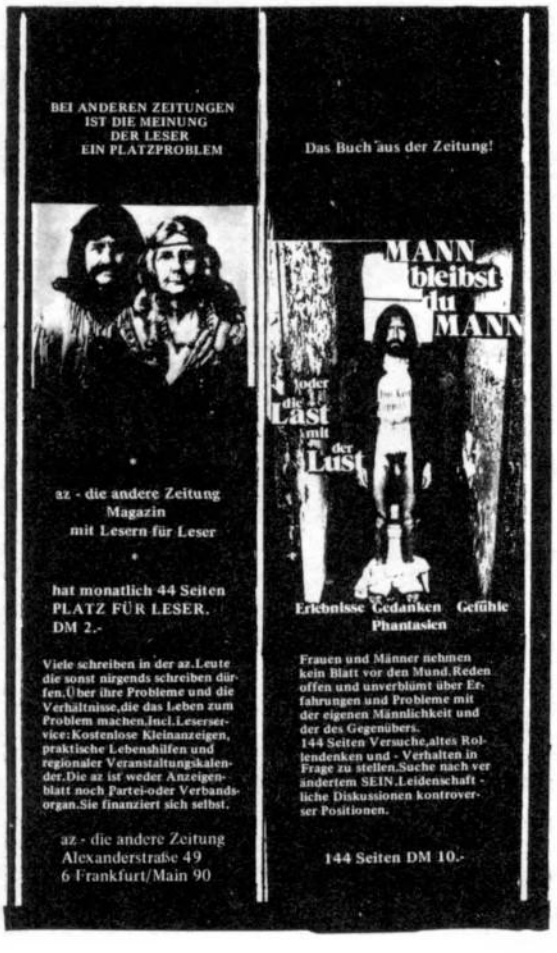
Vom Ostermarsch zur APO

Geschichte der ausserparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-70

230 Seiten, DM 20,-

campus

Oeder Weg 100 · 6 Frankfurt 18



Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen · Juli 1976

Aus dem Inhalt:

Frauenbewegung und Frauenuniversität / Frauenwissenschaft
Kampf ums Frauenstudium
Sexismus in der Schule
Frauen in der Psychiatrie
Frauen und Hausarbeit
in der Geschichte
Hausarbeit heute
Feministische
Literaturwissenschaft
Berufsverbot für die Musen:
Frauen in der Kunst
Frauen in der
Russischen Revolution
Frauen unter dem Faschismus
Proletarischer Antifeminismus
am Beispiel der SPD 1900 - 1914
Eigentumslosigkeit der Frau

410 Seiten, ca. 90 Abbildungen, 11.50 DM
Zu beziehen über Frauenbuchvertrieb
Lietzenburger Strasse 8 D 1000 Berlin 33
Tel. 030/821 00 18
Erschienen im Courage Verlag Berlin

Ret Marut (B. TRAVEN)

Der Ziegelbrenner ☐

Völlig verschollene revolutionäre Zeitschrift, die zwischen dem 1. September 1917 und dem 21. Dezember 1921 in München erschien; geschrieben, gedruckt und herausgegeben von einem Freund Gustav Landauers und Kurt Eisners, der sich Ret Marut, Fred Maruth oder Richard Maurhut nannte, wegen der Teilnahme an der Errichtung der Bayerischen Räterepublik zum Tode verurteilt wurde und nach Mexiko entkommen konnte: B. Traven.
592 Seiten Preis 18 DM

Honoré Daumier

DIE JUSTIZ ☐

37 Offsetdruckreproduktionen nach Originallithographien
Format 21 x 30 Preis 18 DM

Erich Mühsam

NAMEN UND MENSCHEN	10 DM ☐
SAMMLUNG 1898-1928	12 DM ☐
DER KRATER	7 DM ☐
ASCONA	5 DM ☐

BEI BESTELLUNG TITEL ANKREUZEN

Name _____

Anschrift _____

_____

PER NACHNAHME/VORAUSSCHECK

Verlag Klaus Guhl
1000 Berlin 19 Postfach 191532

Antiquariat & Buchhandlung Pinkus-Genossenschaft Zürich

Spezialgebiete: Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, Sozialismus. Arbeiter- und Exilliteratur. Philosophie.
✱Wir informieren mit Spezialkatalogen. Lieferbar sind u.a.

Katalog 191: Politik, Wirtschafts-und Sozialwissenschaften, Sozialismus: Zeitschriften & Flugblätter

Katalog 193: Politik, Wirtschafts-und Sozialwissenschaften, Sozialismus. Schwerpunkte: Dritte Welt. Energie-u. Rohstoffpolitik, Bevölkerung. Antifaschistische Schriften aus Italien.

✱Ueber Neuerscheinungen dieser Gebiete informiert Sie die "Bibliographische Information".

Unser Buchladen bietet Ihnen eine grosse Auswahl zu diesen Themen an und informiert regelmässig mit Neuerscheinungslisten.

✱Sind Sie an diesen Themen interessiert? Dann lohnt sich ein Besuch bei uns. Wer nicht kommen kann, erhält unsere Kataloge auf Anfrage gratis zugeschickt.

Pinkus-Genossenschaft
Antiquariat & Buchhandlung
Froschaugasse 7
CH-8001 Zürich Tel. 01 32 26 47

warum 1977 plötzlich so viele Leute Kursbuch 33 kaufen?*

21 Kapitalismus in der Bundesrepublik
Arbeiterfragebogen 1880/1970/ Zur politischen Ökonomie Deutschlands (1932)/Die Wirtschaftspolitik der SPD/Die Frauen bei Bosch und AEG/Telefunken/Dreieck Bonn-Lissboa-Johannesburg.

23 Übergänge zum Sozialismus
Zur Analyse neuer Gesellschaftsformen/Übergangsbestimmungen aus 130 Jahren/Der russische Weg zum Sozialismus/Das politische Testament von E. S. Varga/Entfremdung, Herrschaft, Produzentendemokratie/Bericht aus einem chinesischen Dorf

24 Schule, Schulung, Unterricht
Ein Plädoyer für die Abschaffung der Schule/Kritik der kompensatorischen Erziehung/Bericht über eine Berliner Volksschule/Die Schulsysteme der DDR und der BRD/Ratschläge zweier Deutschlehrer an ihre Schüler.

26 Die Klassenkämpfe in Italien
Können wir aus italienischen Klassenkämpfen lernen/Die ökonomischen Widersprüche im Nachkriegs-Italien/Die politische Geschichte Italiens seit 1945/Die KPI – Aufbau und Führungsmethoden/Die Gewerkschaften und die Fiat-Kämpfe.

27 Planen Bauen Wohnen
„Schöner Wohnen", Protokoll aus dem märkischen Viertel/Wohnungspolitik. Leitfaden durchs kalkulierte Chaos/Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung/Wohnungskampf, Hausbesetzung, Wohnkollektiv/Die Entwicklung des Bauwesens in der DDR.

28 Das Elend mit der Psyche I Psychiatrie
Psychische Verelendung und die Politik der Psychiatrie/Der „Wahn und der Fall" – Schizophrenie/Der Reformismus/Therapie als gesellschaftliche Praxis/Patientenselbstorganisation (SPK) und Staatsapparat.

29 Das Elend mit der Psyche II Psychoanalyse
Psychoanalyse als Herrschaftswissenschaft?/Auf der Couch (und dahinter)/Die Benutzung einer bürgerlichen Wissenschaft/Psychoanalyse, Kapitalmystifikation und Ideologie/Ödipus – ein bürgerlicher Komplex?

30 Der Sozialismus als Staatsmacht: Ein Dilemma und fünf Berichte
Unsere Schwierigkeiten mit den sozialistischen Ländern/Fünf Reiseberichte: DDR, CSSR, Volksrepublik Nordkorea, Cuba/ Revolutions-Tourismus

31 Staatsgewalt und Reformismus
Ist der spätkapitalistische Staat faschistisch?/Staatsgewalt, Reformismus und die Politik der Linken/ Klassenkampf und Repression/ Staat und Ökonomie

32 Folter in der BRD – Zur Situation der Politischen Gefangenen
Isolation: die programmierte Folter/Gegen die Ächtung des politischen Gegners/Imperialismus: Provokation und Repression/ Kulturdenkmäler des Imperialismus

33 Ökologie und Politik oder die Zukunft der Industrialisierung
Zur Kritik der politischen Ökologie/ Die technokratische Ökologie/Die Bevölkerungsbombe ist ein Rockefeller Baby/USA: Der öko-industrielle Komplex/BRD: Profitschmutz und Umweltschutz

34 Kinder
Nieder mit der Kindheit!/Kinderkultur/Spielen und Spielzeug/ Kind und Buch/Aus dem Stegreif Soziodramatische Spiele mit Arbeiterkindern/Die Schule im Leben der Arbeiterkinder/Arbeiterkinder und Solidarität

35 Verkehrsformen I Frauen Männer Linke
Über die Schwierigkeiten ihrer Emanzipation/Objektiver Faktor Subjektivität/Die Sache der Frauen/ Gibt es eine Emanzipation der Männer?/Wegwerfbeziehungen/ Abenteuer des falschen Bewußtseins

36 Geld
Drei Ansichten vom Geld/Leitfaden zur politischen Ökonomie des Geldes/Die Zerstörung des Geldes/ Permanente Inflation/Zur Funktion und Macht der Banken/Die Linken und das Geld

37 Verkehrsformen II Emanzipation in der Gruppe
Schwierigkeiten mit Genossen/ „Ich war getrennt von mir selbst"/ „Warum ist Solidarität so schwierig?"/Die Homosexualität in uns/ Jenseits der Familie. Ein sexualpolitisches Experiment.

38 Lohnarbeit
Erfahrungen eines chilenischen Arbeiters in der BRD/Stück für Stück. Gespräche mit deutschen Arbeitern/Am Band. Aufzeichnungen eines Vertrauensmanns/Italien: »Neuer Syndikalismus/Lohnarbeit im Sozialismus?« – z.B. DDR, Polen

39 Provinz
Gespräch über Ungleichzeitigkeit/ Neuland – Leben in der Provinz/ Halbstark in Peine/Der Nachbar und das Allgemeine, Lehrlinge in der Provinz/„Provinz" als politisches Problem

40 Beruf: Langer oder kurzer Marsch?
Berufsperspektiven: Berichte von Lehrern, Sozialarbeitern, Krankenhausärzten, Juristen/Berufswege und -abwege

41 Alltag
Unser Alltag. Nachruf zu Lebzeiten/ Alltags-Zeit. Über die unaufhälligste Form sozialen Zwangs/ Befreiung vom Alltag?/Szenen aus dem Alltag des Genossen X

42 Unsere Bourgeoisie
Eure Elite/Bürgerliche Attrappen/ Unsere Bourgeoisie – Beschreibung einer Lücke/Der Aufstieg – Die Krise – Die Macht ohne Herrlichkeit/Das unheimliche Heim/ Abgrenzungsübungen eines Aufsteigers/Kapitalfraktionen

43 Arbeitsorganisation – Ende des Taylorismus?
Taylorismus – ein Mittelklassentraum?/Die Wirklichkeit der kapitalistischen Arbeit (Frauenakkord, Großraumbüro)/Lenin und Taylor, Taylor in der DDR/Wie arbeiten die Chinesen?

44 Unsere Unterwelt
Milieus: Frankfurt, St. Pauli, Fulda . . ./Professionen und Karrieren: Eierdiebe, Loddel, Zocker, Dealer, Bosse/Auf dem Strich, über dem Strich/Die Logik der Kriminalisierung: Zur Dialektik von Konformität und Kriminalität

45 Wir Kleinbürger
Die schwankende Klasse, die verhinderte Klasse/Die Unaufhaltsamkeit des Kleinbürgertums/Selbstanfechtung zwecks Selbsterhaltung/Die allgegenwärtigen Über bauarbeiter. Wofür er schafft, wovon er träumt

46 Volksfront für Europa?
Volksfront: Geschichte und Theorie/Modelle für die Zukunft Europas/Italien: der Historische Kompromiß/Frankreich ist nicht Chile/ Portugal heute/Volksfront vom Osten gesehen/Was sagt die NATO?

47 Frauen
Emanzipation macht Angst/Ich war Amsterdame/Frauen in Kneipen/Wohin geht Nora?/Unter Unter Männern/Frauen-Bilder im Aufbruch/Über Rockerbräute, Hausfrauen/Oberschülerinnen unter sich/Schwester wohin geht die Reise?

*** weil einige Kursbücher ihrer Zeit voraus sind und viele Leute zu spät abonnieren**

Bezugsbedingungen
Erscheinungsweise: 4 mal jährlich
Umfang pro Heft: 192 Seiten
Preis ab Heft 39: 8 Mark
Im Abonnement: 6 Mark
Preis Heft 21-38: 7 Mark
Im Abonnement 5 Mark
Kursbuch 1-20, 22, 25 sind restlos vergriffen

rororo aktuell

Die Geschichte der Revolte von '67 - nacherzählt in 18 Lebensberichten

Peter Mosler hat ein subjektives Buch geschrieben: er ist durch die Bundesrepublik gereist und hat Genossen von einst aufgespürt und mit ihnen geredet, oft tagelang. Nicht die bekannten Führer der Revolte hat er interviewt, sondern die exemplarisch Unbekannten.
So ist ein spannendes und häufig melancholisches Buch entstanden, in dem die subjektive Seite der Revolte den Rahmen gibt für die Darstellung einer ganzen von der Jugend geprägten Epoche.
rororo aktuell 4119 / DM 6,80

Die Bände der letzten Monate:

Ulfried Kleinert
Seelsorger oder Bewacher?
Pfarrer als Opfer der Gegenreform im Strafvollzug
aktuell 4116 / DM 5,80

Johano Strasser
Die Zukunft der Demokratie.
Grenzen des Wachstums – Grenzen der Freiheit?
aktuell 4118 / DM 4,80

Studiengruppe Militärpolitik
Die Nationale Volksarmee.
Ein Anti-Weißbuch zum Militär in der DDR
aktuell 4059 / DM 5,80

Claus Biegert
Seit 200 Jahren ohne Verfassung.
1976: Indianer im Widerstand
aktuell 4056 / DM 5,80

Exportinteressen gegen Muttermilch.
Eine Dokumentation der Arbeitsgruppe Dritte Welt, Bern
aktuell 4065 / DM 4,80

Mohamed Sid-Ahmed
Nach vier Kriegen im Nahen Osten.
Thesen zu einer offensiven Friedenspolitik
aktuell 4062 / DM 5,80

Hernan Valdes
Auch wenn es nur einer wäre . . .
Tagebuch aus einem chilenischen KZ
aktuell 4064 / DM 5,80

Jürgen Fuchs
Gedächtnisprotokolle
Mit Liedern von Gerulf Pannach
aktuell 4122 / DM 4,80

aktuell rororo